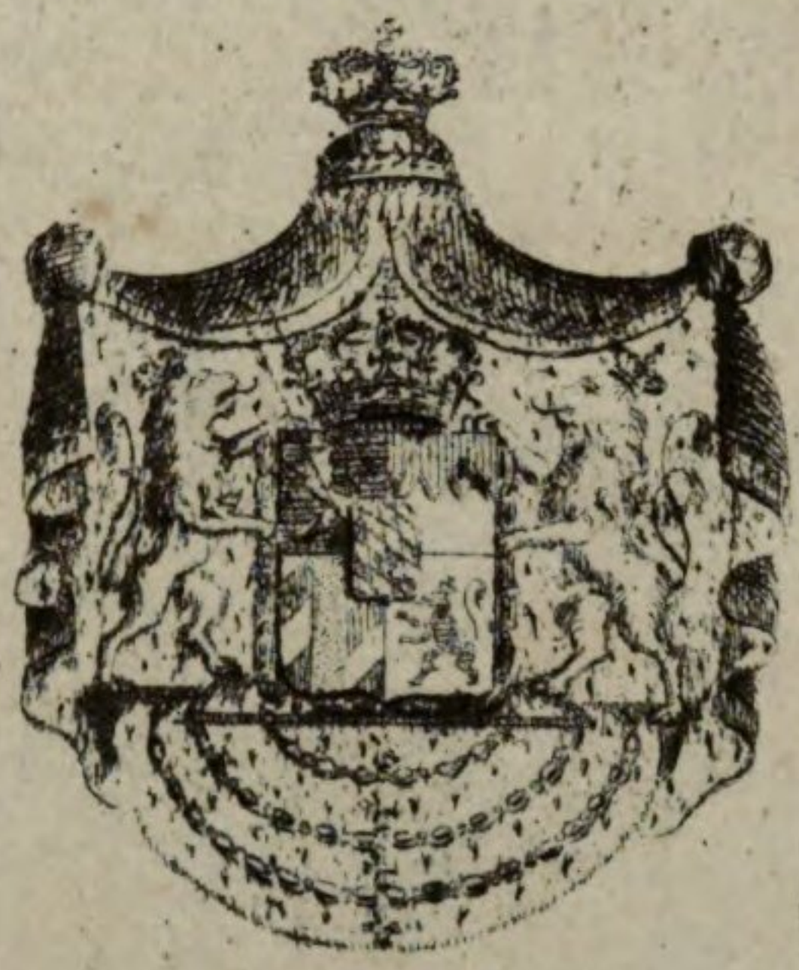
T. Prad
129 m

pr. B 3 1833

Kamptz



BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Handbuch

des

Mecklenburgischen

Civil-Processes.

Entworfen

von

Karl Albert von Kamptz,

Reichs-Kammergerichts-Assessor und Königl. Preußischem Kammerherrn.

Jacob W.

Berlin,

C. Saalfeldsche Buchhandlung.

1811.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Seinem Bruder

dem

Hauptmann

Anton Friedrich Ludwig v. Kamptz

in Rostock

zum freundschaftlichen Andenken

brüderlich zugeeignet

vom Verfasser.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Vorrede.

Ein Handbuch des Mecklenburgischen Civil-Processes war ein längst gefühltes Bedürfniß und der Gegenstand eines oft ausgesprochenen Wunsches.

Schon dadurch, daß dieser Wunsch so lange unbefriedigt blieb, bestätigen sich die, mit dieser Arbeit verbundenen, mancherlei Schwierigkeiten, zu deren Beseitigung dem Geschäftsmanne die Muße, dem bloßen Theoretiker aber die Materialien fehlten. Die beiden allgemeinen Landes-Proceßordnungen, dem Stoffe nach vor fast drei, der Form nach aber vor beinahe zwei Jahrhunderten abgefaßt, sind wegen der, so sehr veränderten, Gerichtsverfassung in so vielen Fällen nicht mehr anwendbar und der, nach und nach durch Gerichtsgebrauch gebildete, Proceß in eben so vielen Momenten vom gesetzlichen verschieden und

schon

schon seiner Quelle nach schwankend, ungewiß und nicht einem Jeden zugänglich, da ein, gesetzlich bestimmt und fest vorgeschriebener, Proceß in Mecklenburg mehr, als in den mehrsten andern deutschen Staaten, fehlt. Und die vorhandenen gesetzlichen oder gerichtsgebräuchlichen Proceßnormen sind dazu nach den verschiedenen Landestheilen, ja in diesen wieder nach verschiedenen Zeiten und Gerichtshöfen, von einander abweichend, weil Mecklenburg keinen durchweg anwendbaren Proceß-Codex und also das Gebiet des supplirenden Gerichtsgebrauchs hier einen größern Umfang hat.

Daß ich in dem vorliegenden Grundriß alle diese Schwierigkeiten nicht überwunden habe, fühlt und fürchtet gewiß Niemand mehr, als ich selber. Da ich aber durch eine Reihe von Jahren in verschiedenen Tempeln der mecklenburgischen Themis zur Verwaltung der Gerechtigkeit mitwirkte und daher die Grundsätze dieser Verwaltung mir näher, als dem größern Theil meiner Mitbürger, bekannt geworden sind; so bestimmte der Wunsch, für sie während meiner, durch eine Verkettung von Umständen noch fortdauernden, Geschäftsmusse nicht ganz ohne Nutzen zu sein, mich zu derjenigen Arbeit, die ich gegenwärtig vorlege und deren Grundzüge aus Vorträgen entstanden sind, welche ich während dieser Musse einigen meiner jüngern Freunde über diesen Gegenstand gehalten habe.

Sie beschränkt sich nur auf die Grundsätze des Mecklenburgischen Civil-Processes; neue

An-

Ansichten, neue Entdeckungen sind schon durch die Natur des Gegenstandes eben so sehr ausgeschlossen, als die Grundsätze des gemeinrechtlichen Processes, welche ich als bekannt voraussetze, durchweg übergehe, und ihnen nur die des Mecklenburgischen Processes anreihe. Es schien mir zweckmäßig, der, gemeinhin unfruchtbaren, Systemen-Grübelei practische Deutlichkeit und practischen Zusammenhang vorzuziehen; Niemand soll, kann und wird aus diesem Handbuch den Proceß überhaupt erlernen, und ich streite daher auch mit Niemand über ein hievon abweichendes System. Da der Proceß aus einzelnen Acten besteht, aus deren verschiedenen Composition die verschiedenen Proceßgattungen entstehen; so habe ich erst die einzelnen Proceßhandlungen und dann die, aus der Verschiedenheit ihrer Zusammensetzung entstehenden, verschiedenen Proceßgattungen dargestellt. So viel immer möglich, habe ich den eigenen Ausdruck der Mecklenburgischen Proceßgesetze beibehalten, und, um durch möglichst geringe Ausdehnung dieses Grundrisses seine Gemeinnützlichkeit zu befördern, bei schon anderwärts erörterten Gegenständen mich kürzer, als über noch unbearbeitete, wiewohl oft minder wichtige, Vorwürfe gefaßt und oft Gesetze, die in Jedermanns Händen und Gedächtniß sind, nur angedeutet.

Dem einheimischen Theoretiker und Practiker aus der, zerstreut vorliegenden, Proceßgesetzgebung und Proceß-Litteratur eine Grundlage

zu

zu liefern, an welche er nicht allein die weitre Ausbildung der Gesetzgebung und des Gerichtsgebrauchs, sondern auch seine bessern Ansichten und Erfarungen anreihen könne, war der Gesichtspunkt, aus welchem ich diese Bogen hauptsächlich bearbeitete.

Ich schließe sie mit einigen Bemerkungen über den Mecklenburgischen Civil-Proceß überhaupt.

Es liegt von selbst vor, daß derselbe nicht auf die Untersuchungs-, sondern, dem gemeinen deutschen Proceß gemäß, auf die Verhandlungs-Maxime gegründet ist: er theilt die beiden Hauptbestandtheile der gerichtlichen Verhandlung, Ausmittelung des Factums und Bestimmung der, aus demselben gesetzlich fließenden, Folgen, zwischen Parthei und Richter; die Erforschung und Feststellung des Factums ist in Mecklenburg nicht Gegenstand der officiellen, richterlichen Wirksamkeit, sondern das Recht der Parthei, ihr gehört das Eigenthum des Factums; das alte Sprichwort: narra mihi factum, narrabo tibi jus normirt das Verhältniß zwischen Richter und Parthei, welcher letztern aber auch das Recht zusteht, ihre Ansicht über die rechtlichen Folgen der Thatsache dem Richter, ehe er darüber die seinige ausspricht, zu entwickeln.

Schon aus den Quellen, aus welchen die Mecklenburgischen Proceßgesetze geschöpft sind, geht der große Einfluß hervor, welchen auf die-

selben, sowohl die allgemeine deutsche Gesetzgebung, als die Grundsätze des sächsischen Processes gehabt haben. Die Hauptgrundlage des Mecklenburgischen Civil-Processes, die Hofgerichts-Ordnung von 1558 und die, bald nach der, allen deutschen Territorial-Gerichtshöfen zum Vorbilde vorgeschriebene, jüngste Reichs-Kammergerichts-Ordnung, und sowohl sie, als die, jene nach den, nachher erlassenen, Reichsabschieden und, so oft in deren Gemäßheit erfolgten, hof- und landgerichtlichen Gemeinenbescheiden, modificirende, jüngste Hofgerichts-Ordnung, so wie die, derselben sich anschließende, Güstrowsche Canzlei-Ordnung ist das, aus diesem Gesichtspunkt bearbeitete, Werk der, am Sitz des Reichs-Kammergerichts und in Sächsischen Gerichtshöfen gebildeten, derzeitigen, berühmten Mecklenburgischen Rechtsgelehrten eines Zeitraums, in welchem man eine grelle Abweichung der Territorial-Proceß-Gesetzgebung von der der Reichsgerichte, und besonders des Reichs-Kammergerichts, kaum wagte, und die, von ihnen angenommenen, Grundlagen haben seit fast einem Viertel-Jahrtausend keine durchgreifende Revision erhalten.

Der Mecklenburgische Proceß hat daher, den Concursproceß abgerechnet, wenigere Eigenthümlichkeiten, als der der mehresten übrigen deutschen Staaten, zumal die Gesetzgebung für einzelne Fälle und der Gerichtsgebrauch auch in spätern Zeiten im Wesentlichen von jenen allgemeinen

Nor-

Normen nicht sehr abwich. Im Character des Mecklenburgischen Civil-Processes dürften folgende, zum Theil auf unsrer öffentlichen Verfassung ruhende, Züge unverkennbar sich aussprechen:

1) der Richter handelt in Ansehung des Factums nicht ex officio, sondern die Parthei ist Herr des Factums, so wie der Richter das Organ der Anwendung der Gesetze auf den, von der Parthei ihm vorgetragenen und bewiesenen, Thatumstand.

2) Unabhängigkeit des gerichtlichen Verfarens und besonders des Rechtsspruchs von der administrativen Gewalt.

3) möglichste Erleichterung, Begünstigung, Sicherung, Erweiterung und Vervielfachung des rechtlichen Gehörs in allen Instanzen; — mehr eine sichere, als schleunige Gerechtigkeitspflege.

Unverkennbar ein schöner, achtungswürdiger Geist, der, wenn alle Räder des gerichtlichen Verfarens, ihrer Bestimmung gemäß, in einander wirken und die entstandenen Lücken durch die Gesetzgebung gefüllt sein werden, Achtung, Vertrauen und Gemeinnützigkeit der Justizpflege sichert.

Neustrelitz im October 1810.

v. Kamptz.

Verzeichniß der Subscribenten.

[bedeutet ein Exemplar auf Schreibpapier, D. ein Exemplar auf Druckpapier.]

Syndicus Dr. Taddel in Rostock 1 S.
Hofrath Voß in Parchim 1
Sibeth in Güstrow 1
Bürgermeister Baetke in Plau 1
Syndicus Stovenhagen in Rostock 1
Hofrath Breslach in Rostock 1
v. Warnstädt auf Wilhelminenhoff 1
Cammerdirector von Ferber auf Wotrum 1
v. Varner auf Bülow 1
Stadt Gnoien 1
Bürgermeister Pries in Wahren 1
Gerichtsrath Knuel in Ribnitz 1
Bürgermeister Bölte in Rehna 1
Bürgerm. Giese in Cröpelin 1
Der Magistrat zu Malchin 1
Dr. Koch in Rostock 1
Hofrath Spalding in Neubrandenburg 1
Geheimerath von Flotow auf Repplin 1
Bürgermeister Kütemeyer in Schwerin 1
Bürgem. Löscher in Parchim 1
Gerichtsrath Rudow in Grevismühlen 1
v. Wickede auf Gorschendorf 1
Klosterhauptmann von Rülow auf Leetzen zu Malchow 1
Landesbibliothek, Dr. Becker in Rostock 1
Hofr. Trotsche in Güstrow 1 S
Drost von Döring auf Badow 1
Baron v. Merheimb auf Gieschow 2
v. d Lühe auf Zarnewantz 1
Landrath von Levetzow auf Carnitz 1
v. d. Lühe auf Bahrenhaupt 1
Dr. Stever in Rostock 1
Prof. Konorack in — 1
Justizrath v. Hobe in Rostock 1
Doctor Wiese in — 1
Dr. Brandenburg in — 1
Dr. Frehse jun. in — 1
Justizr v. Nettelbladt in — 1
Senator Dr. Brandenburg in Rostock 1
Landrath von Both auf Grabenstieten 2 D.
Landrath v. Oertzen auf Kittendorf 1
Landr. von Vieregg auf Steinhausen 1
Landr. v. Oertzen auf Roggow 1
Oertzen auf Kotelow 1
Lassert a. Dammereck 1
C. H. v. Preen auf Dommersdorf 6
Landm. v. Pleßen auf Mindsow 1
Oberstl. v. Pleßen auf Mielotorff 1
Graf v. Rittberg auf Warbelew 1
v. Pleßen auf Drüsewitz 1
H. G. v. d. Lanken auf Rethwisch 1

Klosterhauptmann v. Lowzow auf Klaber 1 D
Rittmeister v. Müller auf Schabow 1
Landessekretär Dr. Wolff in Rostock 1
Hofrath Wennmohs in Grabow 1
Bürgerm. Zeller in Penzlin 1
Commissionsrath Engel in Malchow 1
Bürgerm. Bürger in Sternberg 1
v. Thien Bürgerm. in Crivitz 1
Bürgerm. Krüger in Hagenow 1
Wachenhusen in Neukalden 1
Sekretair Wiggers in Rostock 1
Bürgerm. Vogel in Domitz 1
Kammerherr von Vieregg in Wismar 1
Hofrath Köppen in Rostock jetzt zu Dargum 1
Advocat Livonius in Grevismühlen 1
Baron v. Maltzahn auf Penzlin 1
v. Restorff auf Buckow 1
Dr. u. Landesarchivar Becker in Rostock 1
Dr. v. Berg in Rostock 1
Cons. R. Friedlieb in Rostock 1
Cammerh. v. Forstner in — 1
Hofrath Taddel in Rostock 1
Justizr. v. Thomstorff in — 1
Dr. Prehn in — 1
Dr. Weber in — 1
Dr. C. W. Taddel in — 1
Advocat Bock in — 1
Commiss. rath Oresen in — 1
Canzleidirector v. Nettelbladt 1
Justizrath Stumpe in Rostock 1
Procurator Reichelmann in — 1
Bürgermeister Reuter in Stavenhagen 6 S. u. 1
Advocat Schüler in Schwerin 1
Doctor juris Karsten in Rostock 1
Candidat Ortmann in Rostock 1
Eggers in — 1
Studiosus Reutel in Malchin 1
Cand. jur. Lüders in Malchin 1
Cammersekretair Ringwicht in Neustrelitz 1
Bürgermeister Sucrow in Fürstenberg 1
Advocat Schröder in Neustrelitz 1
Cammerrath Mende in Neustr. 1 S.
Gerichtsrath Bartholdy in — 1 D.
Advocat Funk in — 1 S.
Oesten in Neubrandenburg 1 D.
Advocat Merker in Neubr. 1

Regierungscanzlist Ebecke in Neustrelitz 1 S.
Hofrath Götze in Neustrelitz 1
Herzogl. Justizcanzlei daselbst 1
Canzleirath Strübing das. 1
Amtsrath Siemßen in Feldberg 1
Hof- und Landgerichtsfiscal Gänger in Güstrow 1 D.
Assessor Brandt in Güstrow 1 S.
Hofrath Ackermann in Bützow 1
Geh Justizrath Seip in Ratzeburg 1 D.
Advocat Schmidt in Wahren 1
Hofrath Scharenberg in Rostock 1
Notarius Richter in Selbensande 1
Amtsverw. Neumann in Boizenburg an der Elbe 1
Dr. Schultetus in Güstrow 1
Gerichtsrath Flörke in Goldberg 1
Bürgermeister Siemßen in Altstrelitz 1
Amtsverwalter Ratich in Dömitz 2
Advocat Wendt in Dübz 1 S.
Commissionsrath Maaßen in Bothmer 1
Stadtrichter Reinhard in Teterow 1 D.
Professor Eschenbach in Rostock 1 S. u. 1
Landdrost von Gentzkow in Fürstenberg 1 S.
Advocat Icke in Parchim 2 D.
Koch in Neustrelitz 1
Bürgermeister Rahne das. 1
Advocat Nümker in Neubrandenburg 1 S. 1
Buchbinder Hoffmann in Friedland 1
Advocat Thießing in Rostock 5
Gerichtssekretair Brötzmann in Penzlin 1
Cammerjunker von Scheve in Neustrelitz 1
Advocat Müller in Neubrandenburg 1
Syonagel, Hannöverscher Cammerconsulent in Ratzeburg 1 S.
Advocat Voß in Wahren 1 D.
Amtsauditor v. Bülow in Rühs 1
Stiller in Rostock 1 S. 6
Stadtrichter Reinhard in Teterow 1

In Güstrow.

Auditor von Meding 1 S.
Geheime Canzleirath Sibeth 1
Advocat Krüger 1
Sekretär Burmeister 1
Doctor Hansen 1

Hofrath C. F. J. Krüger junior	1 S.	Advocat Büsching	1 S.
Advocat Steinmann	1	Doctor Reimkasten	1
Auditor von der Lühe	1	Ludwig Krüger	1
Assessor von Rieben	1	Hofrath Wachenhusen	1
Hofrath Barkey junior	1	Canzleirath Bouchholz	1
Advocat Carl Rönnberg	1 D.	Doctor Raminger	1
Amtsverwalter von Storch	1	Regirungsrath Rudloff	1
Amtmann Eichmann	1	von Oertzen	1
Steuerrath Viereck	1	Advocat F. C. F. Müller	1 D.
Advocat J. C. C. Piper	1	Hofrath Masius	1
Amtsauditor von Elderhorst	1	Advocat Reimkasten	1
Doctor Kämmerer	1	Livonius	1
Assessor Fromm	1	Doctor Bolte	1
Sekretär Sauerkohl	1	Kosel	1
Procurator Schröder	1	Hofrath Francke	1
Advocat Levonius junior	1	Advocat Wachenhusen	1
Doctor Beck	1	Oberamtmann Susemihl	1
Hofrath Rönnberg	1	Advocat Kühm	1
Legationsrath Riemann	1	Cammersekretär Holm	1
Justizrath Carnatz	1	Brüning	1
Jarchow	1	Advocat Schumacher	1
Canzleirath Jarchow junior	1	Registrator Tiede	1
Advocat J. C. Ternani	1	Doctor C. A. Kütemeyer	1
Doctor Spalding	1	Advocat C. W. Krüger	1
Procurator Zander	1	Berner	1
Advocat Emrich	1	Landdrost v. Wendland	1
Hofrath Neumann	1	Geheime Cammerrath Bühring	1
Advocat Dochow	1	Cammerdirector Brüning	1
Hofrath Canzler	1		
Advocat Schnepel	1	Graf v. Plessen auf Ivenack	1
Kemmerer	1	Rath Burchard in Neubrandenburg	1
Voß	1	Stiller in Rostock	1 S. 12
Neumann	1	Hofrath Rümker in Neubrandenburg	1
Rönnberg	1	Rath Funk das.	1
In Schwerin.			
Doctor Karsten	1 S.		

Inhalt.

Nach voraufgeschickter Einleitung (§. 1—3.)

I. Erstes Buch: der Mecklenburgische Civilproceß überhaupt.

A. Erster Abschnitt: die Mecklenburgischen Gerichte und ihre Verhältnisse (§. 4—20.)

B. Zweiter Abschnitt: Gerichtsstand (§. 21.)

C. Dritter Abschnitt: die Partheien, Sachwälde und gerichtliche Vorträge (§. 22—31.)

D. Vierter Abschnitt: das gerichtliche Verfaren überhaupt und die verschiedenen Gattungen desselben (§. 32—42.)

II. Zweites Buch: die einzelnen Theile des gerichtlichen Verfarens.

A. Erster Abschnitt: Haupttheile desselben.

1. Erster Titel: Klage (§ 43—46.)
2. Zweiter Titel: richterliche Verfügung und deren Insinuation (§. 47—49.)
3. Dritter Titel: Antwort des Beklagten (§. 50—55.)
4. Vierter Titel: Replick (§. 56.)
5. Fünfter Titel: Duplick (§. 57.)
6. Sechster Titel: Triplick und Quadruplick (§. 58.)
7. Siebenter Titel: andre Schriften (§. 59.)
8. Achter Titel: Actenschluß (§ 60.)
9. Neunter Titel: Acten-Rotulation (§. 61.)
10. Zehnter Titel Urtel (§. 62—64.)
11. Eilfter Titel: Rechtskraft (§. 65 u. 66.)
12. Zwölfter Titel: Beweis und Gegenbeweis (§. 67—85.)
13. Dreizehnter Titel: Proceßkosten und Schäden (§. 86 und 87.)
14. Vierzehnter Titel: Vollstreckung des gerichtlichen Erkenntnisses (§. 88—92.)

B. Zweiter Abschnitt: Zwischentheile desselben.

1. Erster Titel: Ungehorsamsanklage (§. 93.)
2. Zweiter Titel Litisdenunciation §. 94.)
3. Dritter Titel: Intervention (§. 95.)
4. Vierter Titel: Wiederklage (§. 96 u. 97.)

5. Fünfter Titel: Proceß-Cautionen (§. 98 — 100)
6. Sechster Titel: Processualische Eide (§. 101 u 102.)

III. Drittes Buch: die einzelnen Proceßgattungen.

A. Erster Abschnitt: Processe erster Instanz.

A. Erste Abtheilung: ordentliche Processe

1. Erster Titel: Erklärungsproceß (§. 104 u. 105.)
2. Zweiter Titel: Vernehmlassungsproceß (§. 106 u. 107.)
3. Dritter Titel: Citationsproceß

a. erste Unterabtheilung: bürgerlicher (§. 109 — 113.)
b. zweite Unterabtheilung: fiscalischer (§. 114 — 117.)

B. Zweite Abtheilung: summarische Processe.

1. Erster Titel: Vernehmlassungsproceß (§. 119.)
2. Zweiter Titel: Erklärungsproceß (§ 120 u. 121.)
3. Dritter Titel: Citationsproceß (§ 122 — 127.)
4. Vierter Titel: Mandatsproceß (§. 128 — 130)
5. Fünfter Titel: Executivproceß (§. 121 — 138.)
6. Sechster Titel: possessorischer Proceß (§. 139 — 141.)
7. Siebenter Titel: Arrestproceß (§ 142 u. 143)
8. Achter Titel: Concursproceß (§. 144 — 157.)

B, Zweiter Abschnitt: Processe weitrer Instanzen.

A. Erste Abtheilung: Rechtsmittel überhaupt (§ 158 — 163.)
B. Zweite Abtheilung: einzelne Rechtsmittel.

a. Erste Unterabtheilung: ordentliche Rechtsmittel

1. Erster Titel: Appellation (§. 164 — 175.)
2. Zweiter Titel: Restitution (§. 176 — 178.)
3. Dritter Titel: Nullitäts-Deduction (§. 179 — 181.)
4. Vierter Titel: Supplication (§. 182 — 184.)

b. Zweite Unterabtheilung: außerordentliche Rechtsmittel

1. Erster Titel: Querel (§. 185 u. 186.)
2. Zweiter Titel: Avocation (§. 187.)
3. Dritter Titel: außerordentliche Restitution (§. 188.)

Erklärung der, in diesem Grundrisse gebrauchten, Abkürzungszeichen.

I. Gesetze.

HGO. Hofgerichtsordnung v 1558 od. 1568.
P. O. Policeiordnung v. 1572.
K. O. Kirchenordnung.
R. K. O. Revidirte Kirchenordnung.
H u. LGO. Hof- und Landgerichtsordnung v. 1622.
GCO. Güstrowsche Canzleiordnung v 1669.
SCO Schwerinsche Canzleiordnung v. 1637.
CO Consistorialordnung.
CJR. Consistorial-Interims-Reglement v. 1755.
LGGEV. Landesgrundgesetzlicher Erbvergleich v. 1755.
H. u. LGGB. Hof- und Landgerichtlicher Gemeiner Bescheid.
S. GB. Gemeiner Bescheid der Schwerinschen Justiz-Canzlei.
Str. GB. Gemeiner Bescheid der Strelitzschen Justiz-Canzlei.
R. St R. Rostockisches Stadtrecht v. 1757.
R. GO. Rostocksche neue Gerichtsordnung v. 1586.
R. EV. Rostockscher Erbvertrag.
J. O. Herzogl. Meckl. Schwerinsche Interims-Ordnung für die Herzogl. Niedergerichte v. 1770.
V. Verordnung.

II. Namen.

H. H. A.	Herzog	Hans Albert v. Meckl	Güstrow.
— A. F.	—	Adolph Friedrich I. v. M	Schwerin.
— G. A.	—	Gustav Adolph v. M.	Güstrow.
— Ch. L.	—	Christian Ludwig I.	von Meckl. Schwerin und Güstrow
— Fr. W.	—	Friedrich Wilhelm	
— C. L.	—	Carl Leopold	
— Ch. L.	—	Christian Ludwig II.	
— F.	—	Friedrich	
— F. F.	—	Friedrich Franz	
— A. F. II.	—	Adolph Friedrich II.	von Meckl. Strelitz
— A. F. III	—	Adolph Friedrich III.	
— A. F. IV.	—	Adolph Friedrich IV.	
— C.	—	Carl	
H. u. LG.	Hof- und Landgericht.		

III. Litterarische Werke.

N. S. Neue Sammlung der Mecklenburgischen Landesgesetze.
Schr. Schröders Neueste Gesetzsammlung.
J. M. ill. *Mantzels* Jus Mecklenburgicum et lubecense illustratum.
Beitr. (Meine) Beiträge zum Meckl. Staats- und Privatrecht.
M. C. R. (Mein) Civilrecht der Herzogthümer Mecklenburg I. (Theil) II (Abtheilung)
M. R. S. (Meine) Mecklenburgischen Rechtssprüche.

Einleitung.

§. 1.

1. Umfang.

Der vorliegende Grundriß des Mecklenburgischen Civil-Processes beschränkt sich auf

I. den Proceß in bürgerlichen Sachen, mit Ausschluß, nicht bloß des Criminal- sondern auch des Lehn- (1) und Consistorial-Processes.

II. den Proceß in streitigen bürgerlichen Rechtssachen, mit Ausschluß des Verfahrens der willkührlichen Gerichtsbarkeit.

III. den Proceß der ordentlichen Gerichte, mit Ausschluß des der außerordentlichen Gerichte, in welchen indessen die Hof- und Landgerichts- und die Canzley-Ordnung mit den übrigen Processgesetzen gelten. (2)

IV. den eigentlichen Proceß, mit Ausschluß der Gerichtsverfassung.

V. den bürgerlichen Proceß in den ordentlichen Gerichten der Herzogthümer Mecklenburg, mit Ausschluß der Fürstenthümer

Schwerin (3) und Ratzeburg (4) und der Stadt und Herrschaft Wismar. (5)

VI. die Vorschriften der Mecklenburgischen geschriebenen und ungeschriebenen Proceßnormen, ohne zugleich über die, auch in den meklenburgischen Gerichtshöfen geltenden, gemeinprocessualischen Gesetze sich zu verbreiten und endlich

VII. den gemeinen Mecklenburgischen Proceß, mithin ohne Rücksicht auf den Particular-Proceß, z. B. den Rostockschen, obgleich einzelne Momente desselben hin und wieder angeführt sind.

(1) In Lehns-Sachen ist die Lehncammer zu Schwerin und die Lehnscanzley zu Neustrelitz competenter Gerichtshof (LGGEv. §. 463. *Tornow* de feudis Meckl. P. I. S. 601 ff. P. II. S. 327 ff.) und in jener die H. u. L. G. O., in dieser die G. C. O. Proceß-Norm (M. C. R. I. I. §. 65.) Vergl. über die lehnsherrliche Gerichtsbarkeit *Engelbrecht* selectae observat. forenses obs. 91. und über den Begriff und Umfang der Lehnssachen *Resolut. ad grav. jud.* 5. *justissimae decis.* N. 627 u. 784. LGGEv. §. 463. *Selecta juridica rostochiensia* Fasc. IV. sp. 4. qu. 2. *Mantzel* jus Meckl. illustr. Cent. I. jud. 72. und M. R. S. I. 26. II. 120 u. 122.

(2) M. C. R. I. 1. §. 65 u. 78.

(3) Das Fürstenthum Schwerin steht seit 1774, jedoch mit Ausschluß der, aus demselben den Herzogthümern einverleibten, ritterschaftlichen Güter (Mantzel Neueste Meckl. Staatskanzlei I. n. 12.) und 1788 mit Einschluß der incorporirten Domanial-Aemter Marnitz und Tempzin (Schröder I. II. 110. Monathsschrift von und für Meckl. 1789. St. V. S. 430.) nicht unter der Gerichtsbarkeit der Gerichtshöfe der Herzogthümer. Landesherrl. Verordnung v. 12 Februar 1610, 16

Juny

Juny 1749 und vom 18. November 1789; allein in demselben gilt sowohl die H. u. L. G. O. als die Schw. Canzl. O. v. 1637. (M. C. K. I. 1. §. 65 u. 74.)

(4) Die G. C. O. ist indessen auch hier Proceß-Gesetz. M. C. K. I. 1. §. 75.

(5) Ueber die Gerichts- und Proceß-Verfassung dieses Landes s. Mehlen Anleitung zum ordentlichen bürgerlichen Proceß §. 107 ff. Die daselbst angeführten Gesetze, und namentlich die K. Schwedische Tribunals-Ordnung v. J. 1657 gelten hier fortdauernd auch nach der Wiedervereinigung mit Mecklenburg.

§. 2.

2. Proceß-Gesetze.

Die Mecklenburgischen Proceßgesetze sind

I. entweder gemeinprocessualische, wohin das Römische (1) und das canonische (2) Recht und die, mit der Auflösung der deutschen Reichsverfassung keinesweges aufgehobenen, deutschen Reichs-Privat-Gesetze (3) gehören oder

II. besondere Mecklenburgische Gesetze (4). Diese sind

A. in Rücksicht auf die Fassung

a. entweder geschriebene oder

b. ungeschriebene, wohin Gewohnheiten, (5) Observanz und gerichtliche Praxis (6).

B. in Rücksicht auf die Form, entweder eigene Proceßgesetze oder, den Proceß betreffende, Theile größerer allgemeiner Gesetze z. B. der Landes Reversalen, des LGGB. u. s. w.

C. in Rücksicht auf ihre verbindende Kraft entweder

a. Proceß-Norm für alle Gerichte beider Herzogthümer — allgemeine Proceß-Gesetze, wohin, außer den, in allgemeinen Gesetzen enthaltenen, processualischen Vorschriften,

1) die Hof- und Landgerichts-Ordnung v. 2. Jul. 1622 (7).

2) Die Consistorial-Ordnung v. 1570 (8).

3) Die, für beide Herzogthümer erlassenen, einzelnen Proceßgesetze (9).

b. oder Proceßnorm nur für einen Landesantheil oder für einen Gerichtshof — besondere Proceßgesetze und zwar

aa. Gesetze für alle Gerichte eines Landesantheils — particulaire Landesgesetze, (10) nämlich

1) Die Schwerinsche Canzleiordnung vom 25 August 1637 (11)

2) Die Güstrowsche Canzleiordnung v. 2 März 1669 (12)

3) Die, in allgemeinen Gesetzen eines Landesantheils enthaltenen, Proceßgesetze (13)

4) Die besonderen einzelnen Proceßgesetze eines Landesantheils (14)

bb. Gesetze nur für entweder eine gewisse Gattung von Gerichten oder ein Gericht eines Landesantheils — specielle Gesetze und zwar

a. für

α. für einzelne Landesgerichte,
1) die, an ein einzelnes Landesgerichte erlassenen, Vorschriften,
2) die gemeinen Bescheide
aa. des Hof- und Landgerichts, (15)
bb. der Justiz-Canzlei (16) zu Schwerin (17) Rostock (18) und Neustrelitz (19),
cc. des Hofmarschallamts zu Schwerin (20).

β. für die Untergerichte
1) allgemeine Vorschriften für alle Untergerichte (21)
2) oder Gesetze für eine einzelne Gattung von Untergerichten (22)
3) oder Gesetze für ein einzelnes Untergericht.

Die Nothwendigkeit, bei jeder Anführung eines dieser Gesetze auf die Eigenschaft desselben Rücksicht zu nehmen und hiernach die allgemeine oder beschränktere Anwendbarkeit des, daraus abgeleiteten, Satzes zu bestimmen, ist hieraus von selbst klar.

(1) M. C. R. I. 1. §. 19.
(2) M. C. R. I. 1. §. 20.
(3) M. C. R. I. 1. §. 22.
(4) Die LGGEV. §. 423 verheißene Landes-Proceß-Ordnung ist noch nicht erschienen; in Hr. Fr. V. v. 26 Januar 1786 (Schr. I. II. 86.) werden die H. u. LO. und die G. C. O. „die beiden Landes-Proceß-Ordnungen" genannt.
(5) M. C. R. §. 212—217.
(6) welche aber bei gesammten Landesgerichten Meckl. Schwerinschen Antheils gleichförmig seyn soll,

z. B. V. v. 6 Nov. 1770 (§. 146), v. 8 Jun. 1776 (§ 153), v. 19 Sept. 1778 (§. 20), v. 15 Nov. 1809 (§. 34) u. a. m. Wolff Repertorium über alle Landesangelegenheiten S. 501.

(7) M. C. R. I. I. §. 62—64. Die LGGEV. §. 403 gedachte Revision derselben ist noch nicht erfolgt. Wolf Repertorium über alle Landesangelegenheiten 58 und 501. I Suppl. 229. II Suppl. 179. Die H. u. LGO. gilt auch für die übrigen Ober- und Untergerichte. M. C. R. I. I. §. 65.

(8) M. C. R. I. I. §. 52. vergl. Interims-Reglement für das H. Consistorium nach Anleitung der C. M. v. 2 April 1755. (in Eschenbach Beiträgen zu einer vollständigen Samml. der Meckl. Gesetze und in Ditmar Supplement zu Spalding Repert. Suppl. II. Anl. 1.) H. Fr. *Regulativum Consist.* v. 15 April 1773.

(9) Z. B. wegen der cessionis bonorum, Inappellabilität der Schuldsachen, der Präferenz der priorum corporum, des beneficii separationis, der Appellations-Solennien, der Beweiskraft der Handlungsbücher, des öffentlichen Verkaufs der Concurs-Güter, der Mittheilung der Entscheidungsgründe u. a. m.

(10) Die Gesetze der beiden Landesantheile sollen indessen von einander nicht abweichen LGGEV. §. 140. Hagemeister Mecklenb. Staatsrecht §. 39. (Vergl. die V. v. 1809 u. 1810, wegen der Gerichtsferien (§. 34)), allein demungeachtet finden wesentliche Verschiedenheiten Statt, z. B. §. 34. 76. 89. 177. u. a. m.

(11) M. C. R. I. I. §. 75.

(12) M. C. R. I. I. §. 75. über ihre Uebereinstimmung mit der H. u. LGO. s. Manzel *Pandectae juris Mecklenb.* sp. I. S. 24.

(13) Z. B. die Resolutiones an die Stargardschen Städte v. 1754.

(14) Die Schwerinschen sind in mehrere gedruckte Sammlungen zusammengetragen, im Strelitzischen ist dieß noch nicht geschehen.

(15) M. C. R. I. I. § 67.

(16) Beitr. VI. S. 309. M. C. R. I. I. §. 77 u. 88

(17) M. C. R. a. a. O. §. 78.

(18) M. C. R. a. a. O. §. 79. Beiträge VI. 310.
(19) M. C. R. a. a. O. §. 83.
(20) Nur einer, der v. 3 Oct. 1775. (M. S. II. 226) (§. 111)
(21) Z. B. H. u. LGO. II. 1. GPC. II. 1.
(22) Z. B. die, für die H. M. Schwerinschen Amts- und Stadtgerichte erlassene, Interims-Ordnung v. 14 Jul. 1770 (M. S. II. 78) und deren Erläuterung v. 6 Nov. 1771 (das. 80.)
(23) Z. B. die Rostocksche Neue Gerichtsordnung v 1586. M. C. R. I. II. n. XLII. und mehrere Rostocksche Proceßgesetze.

*) Ueber die Befugniß der Gerichtshöfe, die Landesgesetze zu interpretiren LGGEV §. 401.
**) Das Lübsche Recht ist in Mecklenburg keine Proceßnorm. *Hellwig* diss. de reconventione §. XI. von Balthasar von dem in den Pommerschen Städten geltenden, auswärtigen Rechten. S. 27 ff.
***) Ueber die Billigkeit H. u. CGO. I. 4. §. 5.

§. 3.

3. Proceß-Literatur.

Der Mecklenburgische Civilproceß ist, seinem Umfange nach, bisher wissenschaftlich nicht bearbeitet: die Rücksichten, welche einige größere processualische Werke (1) auf ihn nehmen, sind dürftig; einige andere Schriften (2) enthalten indessen Beiträge zu einzelnen Theilen desselben, von welchen einige auch Gegenstand besonderer academischen Schriften waren.

(1) *Ludov. Gunth. Martini Commentarius forensis in ordinationem processuis judiciariam* (welcher häufig die G. C. O. erläutert). *Conrad Friedlieb de Friedensberg Practica forensis compendiaria civilis ad S. R. I. Cameram et judicium aulicum caesareum passim, potissimum vero ad S. R. M. Sueciae judicia in*

in Provinciis Germaniae tam judicia Megapolensia simul directa atque formulis in prima et secunda instantia usitatis maxime Curiae dicasterii Pomeraniae et Summi tribunalis Wismariensis quandoque etiam Cameraе imperialis et judicii aulici tam cancellariarum Megapolensium conformibus illustrata. (Lips. et Sedini 1709. fol.) Fried. Mehlen Anleitung zum ordentlichen bürgerlichen Proceß mit Rücksicht auf die Gerichtsordnung Schwedisch-Pommerns und Mecklenburgs. (Berlin und Greifswalde 1804. 8.)

(2) *Mantzel, Selecta juridica rostochiensia*; desselben *Jus Mecklenburgicum et Lubecense illustratum*, meine Beiträge zum Meckl. Strel. und Privatrecht (Thl. I – VI), die, von mir herausgegebenen, Mecklenburgischen Rechtssprüche (Thl. I. II.) und Christian Carl Friedrich Wilhelm Freih. v. Nettelbladt Archiv für die Rechtsgelahrheit in Mecklenburg (Thl. I—III).

Erstes Buch.

Der Mecklenburgische Civil-Proceß überhaupt.

Erster Abschnitt.

Die Mecklenburgischen Gerichte.

§. 4.

I. Ober- und Untergerichte.

a) überhaupt.

Die Gerichte in Mecklenburg sind in der Regel (1) folgende:

I. Gerichte erster Instanz

A. ordentliche

A. für canzleisäßige Personen und Gegenstände

1) Das Hof- und Landgericht zu Güstrow (2)

2) Die Justiz-Canzley zu Schwerin, Rostock und Neustrelitz (3)

3) Das städtische Obergericht zu Rostock.

B. für amtssäßige Personen und Gegenstände

1) in

1) in den Städten die Stadtgerichte, zuweilen die Magistrate (§. 6)
2) in den landesherrlichen Domänen die Amtsgerichte (§. 6)
3) in den ritterschaftlichen und andern Privatgütern die Patrimonialgerichte in deren verschiedenen Gattungen (§. 6).

B. außerordentliche

A. für bestimmte Classen von Personen — blos Canzleisässige — fora generalia für alle Personal-Sachen der, dahin gehörigen, Personen.

1) die Regirung zu Schwerin für ihre Mitglieder und Subalternen
2) das academische Gericht zu Rostock für die Academie Verwandte(4)
3) die Hofstaabs-Gerichte (5)
4) die Militair-Gerichte (6)

B. für einzelne Gegenstände — fora specialia

1) das Consistorium zu Rostock für Ehesachen der Domanial-Unterthanen Mecklenburg-Schwerinschen Landesantheils (7)
2) die Domanial-Forst-Gerichte für Forstwroge-Sachen der Domanial-Einwohner (8)
3) die Magistrate in den Städten als Waisen-Gericht für nicht streitige Erbtheilungen unter Personen bürgerlichen Standes (9)
4) die Steuerstuben in den Städten für Steuerdefraudationen und Contraventionen (10)

5) die

5) die Steuer-Polizei und städtische Cämmerey-Commission zu Güstrow für Streitigkeiten zwischen den Bürgerschaften unter sich und mit den Magistraten, insofern sie nicht Privatverhältnisse betreffen (11)
6) die Elbzoll-Commission in Boitzenburg für Zoll- und Schiffahrtssachen auf der Elbe (12)
7) die Lotterie-Commission zu Schwerin für die Rückstände und Lotteriegelder der Neben- und Unter-Collecteurs und Intereſſenten zur Landes- und gestatteten auswärtigen Lotterie (13)
8) die öffentlichen Auctionarien für die Auctions-Rückstände (14)
9) einzelne für einige Polizeigegenstände angeordnete Special-Gerichte (15)
10) die Rabbiner für Gegenstände des jüdischen Ritus (16)

II. Gerichte zweiter Instanz

A. ordentliche, nach Aufhebung der, in einigen Städten ehedem üblich gewesenen, Appellation ans Amtshaus (§. 165)
1) das Hof- und Landgericht
2) die drei Justiz-Canzleyen
3) das Obergericht zu Rostock

B. außerordentliche
1) die Herzogl. Regirungen als Querel-Behörde für die Landesgerichte (§ 185)
2) die Herzogl. Regirung zu Schwerin als Appellations-Querel- oder Recurs-Gericht für die außerordentlichen Gerichte

richte erster Instanz. A. 2. und 4. B. 2. 5. 6. 7. 8. 9. (17)

3) dieselbe als Rostockscher Recurs=Gerichtshof

4) die Regirung zu Neustrelitz für die Forstwroge=Erkenntnisse des dortigen Forstcollegiums

5) Die Herzogliche Cammer zu Neustrelitz im Recurs von den Steuerstuben des stargardschen Kreises (I. B. B. 4).

6) Die Steuer Commission zu Güstrow im Recurs der Steuerstuben der M. Schwerinschen Städte.

7) In einigen Städten der Magistrat (§. 165.)

III. Gerichte dritter Instanz

A. ordentliche, das Hof= und Landgericht,

B. außerordentliche, die Landesregirungen in 1) Schwerin, a. Recurshof für die Erkenntnisse der Steuer=Commission zu Güstrow (II. B 6.) und b. für den Rostockschen Recurs, und 2) zu Neustrelitz, als Recurshof für die Entscheidungen der dortigen Cammer (II. B. 5.)

(1) Ausnahmen sind sehr selten z. B. die Pastorat=Gerichte (LGGEV. §. 418), das Rütingsche Voigtei=Gericht zu Rhena u. a. m.

(2) D Johann Peter Kraft Meckl. Hof= und Lands=Gerichts=Historie (in Ungnaden *Amoenit.* dipl. juris St. VI. IX.) M. Beiträge V. 197. f. f. VI. Abh. XXIV.

(3) Die Geschichte der Justiz=Canzleyen in Mecklenburg in Beiträgen B. III. N. IX. B. V. N. XXII.

(4) *Formula concordiae* v. 1563. Rostocksche Erbvertrag v. 1788, §. 202. *de Behr* res Meckl. 1735. f. f.

(5)

(5) I. Oberkammerherrn-Staabs-Gericht 1) zu Schwerin, ganz im Verhältnisse des Hofmarschall-Amts, 2) zu Neustrelitz (jetzt sind die darunter gestandenen Personen theils unter der Justiz-Canzley, theils unter dem Hofmarschall-Amt.) H. A. F. IV. v. 5. April 1787 und v. 30. Oct. 1793. H. C. V. v. 9 Juny 1795 und v. 6 May 1796. II. Das Hofmarschall-Amt 1) zu Schwerin H. C. L. V. v. 14 Oct. 1755 und v. 4 März 1756 (N. S. II. 224 und 225.) und 2) zu Neustrelitz H. A. F. III. V. v. 4 Nov. 1718. H. A. F. IV. V. v. 5 April 1787 und v. 30 Oct. 1793. H. C. V. v. 9 July 1794 und vom 25 März 1796. III. Das Marstall-Amt 1) zu Ludwigslust H. F. F. V. v. 23 Dec. 1797 (Schr. I. II. 167), 2) zu Neustrelitz H. A. F. III. V. v. 4 Nov. 1718 und H. A. F. IV. V. v. 5 Apr. 1787 §. 2. IV. Die Hof- oder Wirthums-Aemter der, zum Hofstaat der apanagirten Mitglieder des Herzogl. Hauses gehörigen, Personen, die, in Ermangelung eines eigenen Hofamts, im Schwerinschen unter dem Hofmarschall-Amt (H. F. V. v. 4 März 1756 (N. S. II. 225), im Strelitzschen aber unter der Justiz-Canzley (H. A. F. IV V. v. 22 August 1774) stehen, obgleich die Dienerschaft des Erbprinzen durch H. C. V. v. 22 März 1810 unter das Hofmarschall-Amt gesetzt ist.

(6) Ein eigentlicher militärischer Gerichtshof, als allgemeiner Gerichtshof für alle Militär-Personen, ist nicht vorhanden (H. F. F. V. v. 9 Oct. 1809), sondern letztere stehen unter dem Gericht ihres Corps: 1. in M. Schwerin H. Fr. Wilh. Artikelsbrief v. 30 März 1701, H. Fr. Kriegsrecht und Artikelsbrief v. 30 Sept. 1757 (N. S. II. 120), H. Fr. Fr. Kriegsrecht und militärische Gesetze v. 23 Aug. 1796 (Schr. II. I. 31), H. Fr. V. v. 30 Dec. 1776 (das. 10), H. F. F. V. v. 10 July 1786. Insonderheit sind auch die, bei Hofe angestellten Officiere, in Schuldsachen dem militärischen Gerichtsstande unterworfen H. F. F. V. v. 9 Jan. 1788 in Dimar II. 145), wogegen aber die Commandanten in den Städten und alle übrigen Militär-Personen, welche nicht zu den Bataillons des Herzogl. Regiments oder zu

den

den sonstigen besondern Corps gehören, aber doch in wirklichen Diensten stehen und sonst kein forum privilegiatum haben (H. F. F. V. v. 9 Oct. 1809), und die entlassenen Officiere (H. F. F. V. v. 30 März 1806) der Gerichtsbarkeit der Landesgerichte, die Invaliden-Garnisonen in den Städten Sternberg, Hagenow, Rhena, Schwaan, Goldberg und Lübtz aber vermöge besondern Auftrags dem dortigen Stadtrichter (H. F. F. V. v. 2 Januar 1800 Schr. I. II. 35.), so wie die Auditeurs in Dienstsachen dem Gerichtsstande des Militärkollegiums, in andern persönlichen Angelegenheiten aber der Jurisdiction der Regimentsgerichte, und nur in fiscalischen Klagen, gleich den wirklichen Officieren, der Gerichtsbarkeit der Landesgerichte (H. F. F. Circular-Verordnung an die Landesgerichte v. 14 August 1809) unterworfen sind.

II. In M. Strelitz H. A. F. IV. Militär-Justiz-Reglement v. 13 Jan. 1767 und V. v. 4 März 1767, 8 April 1775 und v. 17 July 1780, H. C. V. v. 5 May 1796, v. 25 Februar 1809 (nach welcher bis zur Festsetzung eines umfassenden Regulativs die Officiere in Civilsachen in erster Instanz unter der Justiz-Canzley stehen), v. 20 Apr. 1809 (daß die Husaren interimistisch nach wie vor in civilibus unter der Justiz-Canzley stehen) und v. 4 Sept. 1809 wegen vorläufiger Bestellung des Bataillonsgerichts (v. §. 123. Anmerk. 5.).

(7) H. Fr. V. v. 15 April 1773 (N. S. I. 151.) und v. 24 Febr. 1777, H. F. F. V. v. 10 März 1795 (Schr. I. II. 135.) (§. 123.)

(8) I. M. Schwerin H. F. V. v. 14 März 1780, H. F. F. V. v. 17 März 1787 (Schr. II. I. 24.), v. 24 März 1792 (daf. 137), v. 4 Januar 1798 (daf. 46), v. 9 April 1802 (daf. 36) und v. 26 Oct. 1808. II. M. Strelitz H. A. F. III. V. v. 4 Nov. 1718, H. A. F. IV. V. v. 30 Januar 1754, v. 1 May 1759 und v. 26 Nov. 1773, H. C. V. v. 22 Dec. 1798; von den Erkenntnissen des Forst-Collegii findet jedoch in Gemäßheit des Forst-Jurisdictions-Regulativs v. 26 Nov. 1773 keine Appellation Statt, sondern dem Verurtheilten bleibt allein der Recurs zur Gnade des Herzogs übrig (H. C. V. v. 12 Dec. 1809); die

Unter

Untersuchung der Jagd = Excesse gebührt aber dem foro ordinario des Excedenten (H. C. V. v. 30 März 1810). Diese forstliche Gerichtsbarkeit ist indessen nur auf amtesässige Domanial = Einwohner beschränkt, vergl. z. B. Schröder I. II. S. 281 und die V. H. F. F. vom 22 August 1796 (Schr. II. 1. 30.) und H. A. F. IV. v. 26 Nov. 1773 und H. C. v. 22 Dec. 1798 wegen Holzeutwendung der Soldaten.

(9) LGGEV. §. 373. I. M. Schwerin M. C. R. I. 1. §. 111—210. II. M. Strelitz H. C. Resol. an die Städte des Stargardschen Kreises v. 12 Sept. 1798.

(10) LGGEV. §. 56—58. Einnehmer = Instruction ad C 1. A 2. §. 4—6. Ordnung für die städtische Steuer = Polizei und Cämmerei = Comm. v. 2 Febr. 1763. §. 1. und 11. (M. S. IV. 6.) Rost. Convention v. 1748. §. 6.

(11) LGGEV. §. 369. Ordnung für die Steuer = Polizei und Cämmerei = Commission v. 1763 §. 9. H. L. V. v. 8 April 1777 (M. S. II. 269.).

(12) Reglement für die Elbzollbeamten v. 27 Aug. 1737 und 26 März 1798. (Schr. I. II. 170.)

(13) H. Fr. V. v. 26 July 1771, 20 July 1776 und 21 Okt. 1778.

(14) H. Fr. V. v. 26 Febr. 1756, 26 Febr. 1765, 19 Oct. 1767, 31 März 1768 (M. S. II. 33—36), v. 1 Sept. 1783 (Schr. I. II. 171.) H. Fr. V. v. 23 Nov. 1790 und 24 April 1794 (das. 104 und 107).

(15) Z. B. Wegbesserungssachen (M. S. IV. 233), Feuer = Gericht (das. 41).

(16) H. Fr. Fr. V. v. 10 April 1794 (Schr. I. II. 142), H. C. V. v. 20 Sept. 1794.

(17) Vergl. LGGEV. §. 56 — 58. Ordnung für die Steuer = Commission §. 23.

§. 5.

§. 5.

b) insonderheit.

aa) Die außerordentlichen Gerichte.

Die außerordentlichen Gerichte erster Instanz, mit Ausnahme der, unter A. 2. ad B. 1. und 3, sind erst im achtzehnten Jahrhundert entstanden, und auf die, ihnen ausdrücklich unterworfenen, Personen oder Gegenstände genau zu beschränken.

Wenn gleich die Gerichtsbarkeit der allgemeinen, außerordentlichen Gerichte über alle Rechtssachen der, denselben unterworfenen, Personen sich erstreckt; so weicht dieselbe doch der der ordentlichen Gerichtshöfe:

1) in Verlöbniß- und Ehesachen (1).
2) in Realklagen (2).
3) aus dem Grunde der Connexität (3).
4) in fiscalischen Sachen (4) und
5) aus dem Grunde der, vor dem Eintritt des befreieten Gerichtsstandes schon vorhandenen, Litispendenz (5).

(1) Vergl. wegen I. des Militairs 1) in M. Schw. §. 123. und 2) in M. Str. das Militair-Justiz-Reglement v. 1767 Cap. I. §. 7 und 8, und H. A. F. IV. B. v. 5 Januar 1767. II. Der academischen Verwandten §. 123.

(2) LGGEV. §. 417. Const. v. 18 Januar 1624 (17. S. II. 22.) und wegen des Militairs die §. 4. Anmk. 6. angeführten Gesetze.

(3) Vergl. M. Strel. Milit. Just. Regl. v. 1767, Cap. I. §. 9.

(4) Z. B. wegen 1) der Hofbediente Schröder I. II. 192, 2) des Militairs, insofern die Sache nicht bloß

bloß militairisch ist. §. 4. Anmk. 6, auch §. 11. und 110.

(5) Z. B. wegen der Recruten. H. F. V. v. 23 Sept. 1783. und H. F. F. V. v. 10 July 1786 (Schr. II. I. 8.)

*) Ueber das, aus Civil- und Militair-Mitgliedern zusammengesetzte, judicium mixtum, s. H. M. Schw. Reglement v. 1 Aug. 1787. (Schr. II. 97.) und H. M. Strel. Mil. Just. Regl. v. 1767.

§. 6.

bb) Die ordentlichen Gerichte.

aaa) Untergerichte.

Die ordentlichen Gerichte (1) sind entweder Unter- oder Obergerichte, und erstere entweder

I. landesherrliche Gerichte; dieß sind, bis auf wenige Ausnahmen (2), die Stadtgerichte, welche durch den, vom Landesherrn bestellten, Stadtrichter mit Zuziehung einiger Beisitzer aus dem Magistrat (3) verwaltet werden.

II. oder Patrimonialgerichte im allgemeinen Sinn. Dahin gehören

1. die Amtsgerichte, welche vermöge des, aus der Herzogl. Cammer erhaltenen, Auftrags die ordentliche Gerichtsbarkeit in den Domänen verwalten (4).

2. die Patrimonialgerichte in den Ritterschaftlichen Gütern (5). Die Patrimonialgerichtsbarkeit steht als ein, jedem ritterschaftlichen Guthe in der Ausnahmenlosen Regel anhängiges, Vorrecht, jedem Besitzer des erstern zu (6);

diese Gerichte müssen mit tüchtigen Männern und einem geschwornen Actuar, oder, an dessen Stelle, einem specialiter ad acta vereidigten Notar besetzt (7), auf dem Gute selbst gehalten (8), die Kosten ihrer Besetzung, als eine Gerichtsbarkeitslast, vom Gutsherrn, dem dagegen die gesetzlichen Sporteln zustehen, nicht aber von den Partheien getragen (9) und darin bei Vermeidung der Avocation und anderer, dem Befinden nach, selbst der Privations-Strafe (10), die Justiz gehörig administrirt werden (11); sie sind

a) entweder delegirte Gerichte, die in den, den zwischen dem Gutsherrn an einem und dem Pächter, Verwalter, Schreiber oder andern im Gute befindlichen, freien Leuten am andern Theil eingegangenen, Contract, wenn in demselben letztere der Gutsgerichtsbarkeit sich ausdrücklich unterworfen haben (§. 13), oder des Gutsherrn eigene Person betreffenden, Fällen (12) als durchaus unpartheiische Gerichte vom Gutsherrn niedergesetzt werden und in denselben ist der Gutsherr nicht Richter, sondern bloß Parthei, und kann mithin nicht selbst im Gericht sitzen, ja, nach neuern, obgleich weder allgemeinen, noch gesetzlich gebilligten Grundsätzen, nicht einmal den gewöhnlichen Justitiar zum delegirten Richter bestellen (13), oder

6) Patri-

b) Patrimonialgerichte im eigentlichsten Sinne, für die, zu den eben erwähnten nicht gehörigen, Sachen, in welchen der Gutsherr zwar selbst Richter sein kann (14), sie aber übrigens, wie obgedacht, besetzen muß.

3) Die Kloster- Amts- Gerichte in den Kloster- Gütern (15).

4) Die Stadt- Magistrate für, sowohl die eigentlichen städtischen Cämmerei- Güter, als die, zu Stadt- Recht- liegende, Cämmerei Grundstücke.

5) Die Oeconomie- Gerichte in den Oeconomie- Gütern.

6) Die — sehr seltenen — Pastorat- Gerichte für die, auf den Pfarr- Grundstücken wohnende, Personen (16).

Die Gerichtsbarkeit der Untergerichte

I. beschränkt sich bloß auf weltliche Gegenstände, mit gänzlicher Ausschließung der der geistlichen Gerichtsbarkeit (17) (§. 11).

II. findet nur in erster Instanz Statt (18).

III. sie erstreckt sich aber über alle Gegenstände der bürgerlichen, sowohl streitigen, als willkührlichen Gerichtsbarkeit (19) und nicht allein

IV. über den ganzen Umfang des Grundstücks und insonderheit auch über die, durch dasselbe gehende, Landstraßen, Feld- und Holzwege, Bäche und Ströme, so weit sie das Gut berühren (20), sondern auch

V. über alle Bewohner des Amts oder des Guts ohne Rücksicht auf ihre Religion, insoweit sie nicht schriftsässig sind (21),

VI. die Niedergerichtliche Jurisdiction ist zwar der Landesgerichtlichen Gerichtsbarkeit untergeordnet, allein mit derselben nicht cumulativ (22).

(1) *Forum ordinarium* LGGEV. §. 57.

(2) I. Nur in Rostock hat der Magistrat die alleinige Gerichtsbarkeit, II. in Parchim, Güstrow, Neubrandenburg, Friedland und Malchow steht die Gerichtsbarkeit dem Landesherrn und der Stadt gemeinschaftlich, so wie III. in Malchow der Familie von Flotow gemeinschaftlich mit dem Landesherrn und der Stadt (M. R. S. I. 78.), in Penzlin der Familie von Malzahn (Klüver II. 306. Frank VII. 147. VIII. 281. Pütter Rechtsfälle III. 22.) und ehedem in Sülz und Marlow der Familie von der Lühe zu. Die Aufhebung der Herzoglichen Gerichtsbarkeit in den Städten und deren Verleihung an die Magistrate ist von den letztern oft, aber vergeblich, gewünscht. Mantzel L. M. Staats-Canzlei III. 91. (vergl. §. 13. **)).

(3) Das Stimmrecht dieser Beisitzer ist nicht in allen Städten gleich. M. R. S. II. 156.

(4) „Die Unsern Beamten aus unserer Cammer anvertraute jurisdictio ordinaria." H. F. F. V. v. 24 März 1792. (Schr. I. II. 137.) Nur in Ansehung neu erworbener Domänen, aber nur selten, nehmen diese Gerichte einen besondern Namen an, z. B. das Gericht der Voigtey Rüting zu Rhena.

(5) LGGEV. §. 423. *Joan. Jacobi Prehn* (praeside *Henr. Taddel*) diss. de jurisdictione patrimoniali praesertim secundum jura Mecklenburgica (Rost. 1765. 4.) *Joan. Matth. Martini* s. *Joan. Christ. Erdtmann* diss. de jurisdictione patrimoniali possessoribus praediorum subornate quidem, sed non cumulative competente. (Rost. 1796. 4.) *Toruow* de feud. Meckl. P. II. Sect. II. §. 1. f. f.

(6) *Tornow* a. a. O. *de Behr* res meckl. lib. VIII. §. 18. *Engelbrecht* observ. select. forens. obs

43. S. 190. Hagemeister Meckl. Staatsrecht §. 83, auch die Bauern, wenn sie eigenthümliche Besitzer ritterschaftlicher Güter sind, haben diese Gerichtsbarkeit, vergl. z. B. H. F. F. Regul. für das Patrimonial-Gericht zu Steder und Niendorf v. 2. May 1786. (Schr. I. II. 188.)

(7) Eschenbach über dir Besezung der Untergerichte in Mecklenburg (im Patriot. Archiv f. M. I. Jahrg. II. St. N. 4.) H. und LGO. II. 1. §. 1. GLC. II. 1. §. 1. LGGEV. §. 425. *Tornow* a. a. O. Beiträge VI. 278. und 284. Die Gerichtsbeisitzer erhalten, außer dem Fall eines Versprechens, keine Diäten. M. R. S. I. 82. Der Notar muß zu jeder Sache, gleich beim Anfang der Verhandlung, in der Regel schriftlich, besonders vereidet werden.

(8) M. R. S. I. 74. Wolf Rep. I. 6. Die Landesgerichte verstatten indessen aus bewegenden Gründen eine Ausnahme von der Regel. M. R. S. I. 74. Eine allgemeine Ausnahme tritt nicht allein bei den Kloster-Gütern, sondern auch bei Gütern ein, welche mit andern ein, einem Besitzer gehöriges, Ganze ausmachen, so wie auch in Ansehung der Pertinenzien einzelner Güter.

(9) *Prehn* a. a. O. Sect. II. §. 24. Meckl. Strel. Repert. S. 114. M. R. S. I. 9. II. 152.

(10) H. u. LGO. II. 43. §. 1. G. C. O. II. 44. §. 1. HGA. V. v. 15 April 1684. *Tornow* II. 2. 32.

(11) S. Anmk. 7, auch §. 187.

(12) LGGEV. §. 412 und 413.

(13) M. R. S. II. N. 123.

(14) LGGEV. §. 412.

(15) Vergl. §. 13. N. 12. wegen des Klosters zum heiligen Geist in Rostock. Erbv. v. 1584. §. 38. und *de Behr* res meckl. S. 1740.

(16) LGGEV. §. 418.

(17) H. Fr. V. v. 20 April 1779. (Schr. I. II. 39.) *Tornow* II. Sect. II. §. 1. f. f. *Jus Meckl. M.* Cent. IV. jud. 46. (§. 13 und §. 123.)

(18) LGGEV. §. 412.

(19) Also auch Erbtheilungssachen. LGGEV. §. 373. Schröder I. II. N. 132 und N. 133, in Ansehung deren indessen in den Städten eine Ausnahme

me eintritt (§. 4. Anmk. 9.), mit Ausschluß jedoch der, §. 5. gedachten, Gegenstände.

(20) LGGEV. §. 419, allein nicht über die geistlichen Grundstücke (§. 13).

(21) In der Regel über alle Hintersassen (LGGEV. §. 423. und Schröder I. II. 132. u. 133), insonderheit über 1) Pächter, Verwalter, Schreiber und andre freie Leute, insoweit es nicht des Gutsherrn eigene Person oder den, mit ihm geschlossenen, Contract betrifft und nicht im letztern eine Prorogation geschehen ist (LGGEV. §. 373. 412 und 413. *Tornow* P. II. S. 224. *Selecta jurid. rost.* Fasc. III. sp. 6. qu. 11. Pörker Neue Samml. St. III. N. XVI. von Nettelbladt Archiv II. S. 103. Schröder a. a. O.), eine Ausnahme wird jedoch auch in Ansehung der Guts-Gerichtsbarkeit durch eine canzleisässige Eigenschaft begründet: M. R. S. II. 168. 2) Die Dienstbothen der Prediger und Küster (K. K. O. fol. 134 b. LGGEV. §. 418.) 3) Die Dorfschulmeister, welche keine Küster sind. (LGGEV. §. 496.) 4) Die Priester-Bauern, in Ansehung welcher der Prediger kein erweisliches Recht hat. (LGGEV. §. 418.) 5) Die Lehrer und Lehrerinnen der Kinder des Gutsherrn oder andere Honoratioren, wenn sie aus einem persönlichen Grunde nicht canzleisässig sind. M. R. S. II. 168. (§. 13. n. 13.)

(22) S. *Martini* diss. cit. Ausnahmen, s. §. 13. N. 12 und §. 17.

§. 7.

bbb) Ober= (Landes=) Gerichte.

a) ihr Verhältniß im Allgemeinen.

Die Obergerichte, worunter hier nur die weltlichen, nämlich das Hof= und Landgericht und die drei Justizcanzleien begriffen sind, repräsentiren den Landesherrn, als Landes-Oberrichter, und verwalten an seiner Statt und in seinem Namen (1) dessen landesoberrichterliches Amt, theils

theils in erster, theils in zweiter, theils in dritter Instanz.

Neben dieser landesherrlichen weltlichen Gerichtsbarkeit ist ihnen auch die Oberbischöfliche Consistorial=Gerichtsbarkeit in den, ehedem vor dem Consistorium gehörigen, Civil= und Processachen, mit Ausnahme der, die Lehre und den Lebenswandel der Kirchendiener betreffenden, Sachen, sie mögen kurz und ohne processualische Weiterungen abgethan werden können, oder eine gerichtliche Cognition und einen förmlichen Proceß erfordern, übertragen (2).

(1) H. u. LGO. v. 1568 und v. 1622. I. 1. §. 4. Eben dieß ist der Fall bei den Justiz=Canzleien. Das Hof, und Landgericht erkannte ehedem im Namen beider Herzöge (§. 63.); die, den Landesgerichten gebührenden, und von ihnen zurückzugebenden, landesherrlichen Curialien, ein, ihnen schuldiger, vorzüglicher Respect (z. B. G. C. O. II. 1. §. 1. u. §. 26.), die Unzulässigkeit der mündlichen Appellations=Einlegung (§. 168), die (ehemalige) unmittelbare Reichsgerichtliche Appellabilität der Justiz=Canzleien; die Richtung der Hof= und Landgerichtlichen Compulsorialien an den Registrator der Canzleien, die Verschiedenheit der Fassung der Hof= und Landgerichtlichen Urteln in appellatorio von den Canzleien oder Niedergerichten (§. 174) u. a. m. sind Folgen der Ausübung der Gerichtsbarkeit im landesherrlichen Namen.

(2) l. M. Schw. H. Fr. V. v. 30 Nov. 1756 (Z. S. I. 32.), v. 8 Aug. 1760 (Z. S. I. 124), v. 20 Juny 1776 (das. II. 283.), v. 8 Jan. 1777 (das. II. 284) und v. 16 May 1778 (das. III. 209), auch Rescript an den engern Ausschuß v. 20 Juny 1776 (in Grundgesetzen N. 41.) Wolff Rep. 61. Siggelkow §. 11 und §. 233. Die Ausnahme der Sponsal= und Matrimonialsachen der Domanial=Unterthanen in M. Schw. ist bereits (§. 3) bemerkt. Die Bestrafung des, von Nicht=

Nichteximirten begangenen, Ehebruchs oder Mißhandlung gehört, nur dann, wenn dieser Punkt wegen des Ehepunkts zur Sprache kömmt, nicht aber, wenn darin criminaliter verfahren wird, vor den Landesgerichten H. Fr. Fr. V. v. 25 Oct. 1800 (Schr. I. II. 195.) LGGEV. §. 416. Neben dem Wandel und der Lehre der Kirchendiener gehören auch die, von andern begangenen, Ueberschreitungen der Kirchenordnung in der Art vor dem Consistorium, daß dasselbe sie der Regierung zum Zweck der Verweisung zur weitern Cognition an ein Landesgericht anzeigt. H. F. V. v. 8 Januar 1777. (Spalding Rep. S. 181.) II. M. Str. H. A. F. IV. B. v. 16 März 1774 u. v. 26 Nov. 1778.

§. 8.

β) ihre Competenz

αα) im Allgemeinen

Da jedes der Landesgerichte den Landesherrn, als Oberrichter, repräsentirt (§. 7); so erstreckt die Gerichtsbarkeit des erstern sich über das ganze Territorium des Letztern, insoweit keine Ausnahme von derselben eintritt (§. 9). Die Competenz der Landesgerichte ist daher in der Regel gegründet, und ihre Gerichtsbarkeit eine allgemeine (1), allein in einigen Rücksichten modificirt, nämlich

1) durch das Recht der ersten Instanz (§. 11)
2) durch die, für besondere Classen oder Gegenstände angeordnete, besondere Gerichte (§. 4 u. 11.)
3) durch die Beschränkungen des Appellationszugs (§. 166)
4) durch die Aufhebung der Concurrenz der Landesgerichte (§. 14).

Auch

Auch in Mecklenburg ist die Gerichtsbarkeit der Gerichte überhaupt und der Landesgerichte insonderheit in allen Fällen gegründet, welche, nach Grundsätzen des gemeinen, besonders deutschen, Rechts, Gegenstände der gerichtlichen Verhandlung sind, mithin in allen Sachen, „worin es auf einen recht- und richterlichen Ausspruch ankommt (2)", also in Ansehung einer jeden, klagbar angebrachten, Rechts-Verletzung, das Object, an welchem diese sich äussert, mag eine öffentliche oder Privatsache seyn (3).

(1) H. u. LGO. II. 3. §. 3. 8. §. 1. G. C. O. II. 3. §. 3. Hagemeister M. St. R. §. 83—85. Beiträge z. M. St. u. P. R. III. S. 64.
(2) LGGEV. §. 394.
(3) Z. B. LGGEV. §. 265. 276. 385. n. 5. 394. H. A. F. III. V. v. 25 Oct. u. 4 Nov. 1718. M. R. S. II. 176. Wolff Repert. 560.

§. 9.

ββ) insonderheit.

a) Incompetenz der Landesgerichte.

Die Competenz der ordentlichen Gerichte und der Landesgerichte insonderheit ist überall nicht gegründet.

I. in Ansehung derjenigen Personen, welche überhaupt oder in einzelnen Verhältnissen einem ausserordentlichen Gerichtsstande unterworfen sind (§. 4).

II. in Ansehung gewisser Gegenstände. Ausser den, den ausserordentlichen Gerichten übergebenen, Sachen (§. 4) gehören hieher

1. die

1. die Beitreibung der öffentlichen Landesabgaben und Anlagen (1), und
2. die, die Mecklenburg Schwerinsche städtische Brand-Assecurations-Gesellschaft überhaupt oder deren Repräsentanten, Directorium und einzelne Mitglieder, als solche, betreffende, Sachen (2).

(1) Resol. ad grav. polit. 10 u. 18. LGGEV. §. 58. Executions-Ordnung im Contributions-Wesen v. 18 April 1755 (Anlage des LGGEV.) vergl. jedoch H. u. LGO. I. 14. §. 3. ELO. I. 12. §. 3.

(2) Städtische Brand-Assecurations-Gesellschafts-Reglement v. 30 Jul. 1785. §. 37. (Schr. II. II. 49) H. F. F. V. v. 9 Dec. 1785. (das. 48 u. 82) u. v. 12 August 1790 (das. 124); in Ansehung der Brandassecurations-Gesellschaft für das platte Land aber ist die Civil-Gerichtsbarkeit gegründet, das. II. II. 16.

§. 10.

b) Fälle, in welchen die Gerichtsbarkeit der Landesgerichte nicht anders, als durch Verweisung an sie gegründet wird.

Hierhin sind die, vor den Hofstaatsgerichten gehörigen, Sachen zu rechnen (§. 4)

§. 11.

c) Fälle der Incompetenz der Landesgerichte in erster Instanz.

Die Gerichtsbarkeit der Landesgerichte ist zwar überhaupt, allein nicht in erster Instanz, gegründet:

I. in

I. in den bürgerlichen Sachen der, den Untergerichten in erster Instanz unterworfenen, Personen (1), insofern nicht besondere Ursachen die landesgerichtliche erste Instanz ausnahmsweise begründen, nämlich
1) in Avocationsfällen (§. 187)
2) wegen Connexität oder Continenz der Sache (2)
3) wegen Recusation des Untergerichts (§. 19) (3)
4) in fiscalischen Sachen, in welchen die Landesgerichte in dem unbestreitbaren, durch den Grund, daß es hier auf die Wahrnehmung des Interesses des Staates oder des landesherrlichen Fiscus ankommt, zu rechtfertigenden, Besitz der unmittelbaren Competenz sind (§. 19) (3)

II. in Ehe- und Verlöbnißsachen der Domanial-Unterthanen Herzogl. Mecklenburg-Schwerinschen Antheils (§. 4), der Rostockschen Academie-Verwandte (§. 123) und der, dem Ehegericht der Stadt Rostock unterworfenen, Personen (§. 123).

Ein Forum miserabilium personarum giebt es in Mecklenburg nicht (5).

(1) H. u. LGO. I. 3. 1. II. 3. 3. G. C. O. II. 3. 3. Die Landesgerichte sind daher zur Beobachtung der, den Niedergerichten gebührenden, ersten Instanz angewiesen. H. G. O. v. 1558 u. v. 1568. Tit.: was für Sachen — §. 1. Canzl. Ord. v. 1573. Tit.: die in Sachen. §. Die weil. H. Carl Resolut. v. 1610. (Beiträge III. 23 u. 45.) *Resol. ad Grav. in add.* Cl. 6. *gr.* 9. LGGEV. §. 264. 414 u. 423 und insonderheit 1. M. Schw.

Schw. H. C. L. V. v. 14 Febr. 1750. H. F. V. v. 16 April 1765. (N. S. II. 58 u. 59.) H. F. F. v. 1 Jun. 1791 (Schr. I. II. 132) u. v. 2 Febr. 1792 §. 8. (daſ. 135). II. M. Str. H. A. Fr. III. V. v. 14 Nov. 1718 u. H. A. F. IV. *Resol.* an die Stargardiſchen Städte v. 1 Jul. 1754. ad g. 28. Einige Städte haben noch beſondere privilegia de non evocando z. B. Koſt. Erbv. 1788. §. 105.

(2) H. u. LGO. II. 3. §. 4. G. C. O. II. 3. §. 3.

(3) H. u. LGO. II. 3. §. 1. G. C. O. II. 3. §. 1. wegen Roſtock. Erbv. v. 1788. §. 121.

(4) H. F. F. Reſcript an die Landesgerichte v. 14 April 1787, 28 Febr. 1789, 30 Januar 1790 u. 10 Januar 1797 (Schröder I. il. 93. 156) ſ. auch §. 5. Anmk. 4. Wolf Repert. 130. I Suppl. 66 – 68. M. R. S. I. 86. Anders vielleicht nach älteren Geſetzen H. u. LGO. I. 3. §. 14. 5. §. 1 u. 3. (welche Stelle in der G. C. O. I. 4. §. 3. eine andere Faſſung erhalten hat) u. H. Chr. Lud. V. v. 12 März 1750, 24 März 1753. §. 10 (N. S. II. 73. IV. 38.) u. H. Fr. V. v. 4 Dec. 1766. §. 6. (N. S. IV. 186.)

(5) In Anſehung Roſtocks iſt dieß ausdrücklich feſtgeſetzt. R. E. V. v. 1788. §. 119.

§. 12.

d) Fälle der landesgerichtlichen Incompetenz in der Appellations-Inſtanz.

Dieſe Fälle ſind unter §. 166 bemerkt.

§. 13.

e) Competenz der landesgerichtlichen Gerichtsbarkeit in erſter Inſtanz.

Die landesgerichtliche Gerichtsbarkeit in erſter Inſtanz iſt, außer den, §. 11 gedachten, Fäl-

Fällen, im Allgemeinen jedesmal begründet, wenn der Beklagte überhaupt oder in Absicht des Streitgegenstandes dem Landesherrn, als Oberrichtern, unmittelbar, ohne Zwischenkunft eines Untergerichts, unterworfen ist (1). Diese unmittelbare Unterwerfung gründet sich entweder darauf, daß zwischen dem Landesherrn und dem Beklagten überhaupt keine Unterobrigkeit steht, oder darauf, daß sie für besondre Verhältnisse eingeführt ist, oder endlich darauf, daß der Gegenstand ursprünglich kein Object der weltlichen Gerichtsbarkeit war, sondern den Landesgerichten besonders beigelegt ist.

Unter den Landesgerichten stehen daher in erster Instanz

I. aus dem Grunde der allgemeinen, unmittelbaren Unterwürfigkeit des Beklagten unter dem Landesherrn, also aus dem Grunde der canzleisässigen Eigenschaft des erstern,

1. der landesherrliche Fiscus (2)

2. die landesherrlichen Domänen und die, dieselben verwaltenden, Cammer- Forst- und Jagd-Collegien (3), welche, so wie der Fiscus, durch den Regirungs- Cammer- Forst- oder Jagd-Procurator vertreten werden (§. 114), weshalb der Kläger die Bestellung desselben in der, zur Klage stehenden, Sache vor gerichtlicher Aubringung der Klage bewürken, und dazu von dem Landesgerichte vor Erkennung einer Proceßverfügung ex officio angewiesen werden muß (4).

3. der Geburtsadel beiderlei Geschlechts (5), allein, der Regel nach, nicht desselben Gesinde (6).

4. die

4. die Rittergüter (7), durch deren eigenthümlichen Besitz überdem das volle Landsassiat begründet wird (8)
5. die Eigenthümer der Rittergüter, auch wenn sie bürgerlichen (9) oder bäuerlichen (10) Standes sind, mit ihrer Familie, aber nur so lange sie diese Güter besitzen.
6. die Ritter- und Landschaft oder einer dieser Stände, der ritter- und landschaftliche und der ritterschaftliche engere Ausschuß und die ritterschaftlichen Aemter (11).
7. die Landesklöster (12).
8. die städtischen Gemeinden und ihre Magistrate (13)
9. die landesherrlichen Staats- Hof- und Kirchen-Diener (14), insofern sie keinem außerordentlichen Gerichtsstande unterworfen sind (§. 4), der Regel nach mit ihrer Familie (15), aber nicht mit ihrem Gesinde (16).
10. die ritter- und landschaftlichen oder ritterschaftlichen, oder städtischen, höheren Bediente mit ihrer Familie, aber nicht mit ihrem Gesinde (17).
11. die, mit landesherrlichen oder landesherrlich gebilligten, auswärtigen Titeln versehenen, Personen mit ihrer Familie (18).
12. die Bürgermeister (19) und, wo ein andres nicht besonders festgesetzt ist, concurrenter mit dem Stadtmagistrat oder Stadtgericht, die Rathmänner der Vorder- und Landstädte (20).

14. die-

13. diejenigen Personen bürgerlichen Standes, welche auf Academien den höhern Wissenschaften obgelegen (21).

II. Aus specieller, auf besondern Gründen beruhenden, Canzleisässigkeit

14. die, von den landesherrlichen Fiscälen, als solchen, angeklagten Personen (§. 11).

15. die Dienstbothen der ordentlichen (22) Mitglieder, Fiscäle, Procuratoren, Protonotarien, Secretarien, Registratoren und Bothenmeister der Landesgerichte (23).

16. die Pächter, Verwalter, Schreiber und andre, auf ritterschaftlichen Gütern befindlichen, freien Leute in Fällen, die den Contract oder die eigene Person des Gutsherrn betreffen, außer dem ausdrücklichen Prorogationsfall (§. 6).

17. einige, mit der Canzleisässigkeit besonders versehene, Corporationen und Institute (24).

III. Aus dem Grunde der, nur den Landesgerichten besonders beigelegten, Gerichtsbarkeit, nämlich

18. die Verlöbniß- und Ehesachen aller und jeder Unterthanen (§. 7); im Schwerinschen Landesantheil jedoch mit Ausnahme der Domanial-Unterthanen (§. 4), der Academie Verwandte und der Stadt Rostockschen Hintersassen (§. 123).

19. alle Sachen, welche der Kirchen, Schulen und Hospitalien Güther, Lehne, Einkünfte, Nutzung, Gebäude und Besserung, gemeine Kloster-Güter und der Kir-

Kirchen- und Schuldiener Besoldung, so wie die persönlichen Klagen gegen dieselben betreffen, welche ehedem zur ausschließlichen, ersten Instanz des Consistoriums gehörten (25), gegenwärtig aber mit der Consistorial-Gerichtsbarkeit den Landesgerichten besonders übertragen sind (26).

(1) „Diejenigen, so Uns und Unserm Hofgericht ohne Mittel unterworfen." HGO. v. 1558. Tit. von Klage §. 6. H. G. O. v. 1568. ibid. H. Ulrich V. v. 16 Januar 1587. (LT. S. II. 52.) H. u. LGO. I. 5. §. 1.

(2) Rev. v. 1572. Art. 3. LGGEV. §. 248, 294, 303, 378, 394 u. 405. Hagemeister Mecklenb. St. R. §. 186. Beiträge III. 66. Daher ist in allen, die landesfürstlichen und Regalrechte betreffenden, Fällen der Regirungsfiscal von den Landesgerichten zu excitiren. H. Fr. V. v. 5 Jan. 1784. (Schr. I. II. 74.)

(3) LGGEV. §. 303, 348 u. 367. Hagemeister a. a. O. §. 186, auch die Herzoglichen Domanialbeamte. Rev. v. 1572. Art. 3. H. u. LGO. II. 3. §. 3. 6. §. 3. G. C. O. II. 3. §. 3. Fürstbrüd. Vergl. v. 15 Januar 1624. §. 3. (LT. S. II. 22.) *Resol. ad grav.* in *addit.* de 1701, gr. 14. H. C. L. V. v. 14 Febr. 1750. (LT. S. II. 58.) LGGEV. §. 249, 276 u. 367. H. F. F. V. v. 23 Febr. 1791. (Schr. I. II. 130.)

(4) Z. B. H. F. F. V. v. 23 Febr. 1791. (Schr. I. II. 130 u. 131.) und über die Gränzen der verschiedenen Fiscalate. Schr. I. II. 155.

(5) H. G. O. v. 1558. Tit: was für Sachen. §. 2. v. 1568 ibid. H. u. LGO. II. 3. §. 3. G. C. O. II. 3. §. 3. H. A. F. IV. V. v. 26 Nov. 1776. M. R. S. I. 12. auch wenn er in den Städten wohnt. Beiträge III. S. 284, jedoch mit fast allgemeiner Ausnahme des in Rostock wohnenden Adels. M. C. R. I. II. 208.

(6) S. Anmk. 23.

(7) „Ge-

(7) „Gemeinde einer Stadt, Flecken oder Dorfs", H. Gl. v. 1558 u. 1568 a. a. O. §. 2. H. u. LGO. II. 3. §. 3. GCO. II. 3. §. 3. LGGEV. §. 249, 276, 277 u. 327. Eine Ausnahme findet in Ansehung der Rostockschen Districts-Güter Statt. R. E. V. v. 1788. §. 112 f. f., auch die Schulzen-Lehne sind amtssässig. Beiträge II. Abh. II. §. 32.

(8) G. C. O. II. 11. §. 8. H. Ft. Fr. Rescr. v. 29 Nov. 1791. (Schr. I. II. 133.) Hagemeister §. 41. M. R. S. I. 73.

(9) LGGEV. §. 327. M. R. S. I. 58. II. 106. Die, im Rostockschen District eingesessenen, Rostockschen Bürger sind jedoch der Raths-Gerichtsbarkeit unterworfen. R. E. V. v. 1584. §. 81 u. 82, vergl. indessen die neuere Vorschrift des E V. v. 1788. §. 111. f. f.

(10) M. R. S. II. 48. Schröder I. II. n. 88.

(11) LGGEV. §. 187 u. 363. M. R. S. I. 83. II. 100, 103, 135. v. Nettelbladt Archiv I. S. 89. III. S. 94.

(12) Die Kloster-Conventualinnen, selbst die adelichen, stehen mit ihrem Gesinde unter der concurrirenden Gerichtsbarkeit der Landes-Gerichte und der Kloster-Amtsgerichte. H. F. F. Rescript v. 22 Febr. u. v. 27 July 1779. (Schr. I. II. 176 u. 177) die zu Ribnitz aber unter der des dortigen Provisorats. v. Nettelbladt Archiv III. 114.

(13) S. Anmk. 7. M. R. S. I. 78. II. 95. Die ehemalige Amtssässigkeit der Städte Goldberg, Brüel, Hagenow, Crakow, Laage, Rhena und Lübtz ist in neuern Zeiten aufgehoben. M. C. R. I. S. 160 f. f. Ueber den Gerichtsstand für die Streitigkeiten zwischen dem Magistrat und der Bürgerschaft s. §. 9.

(14) Fürstbrüd. Vergl. v. 15 Jan. 1624. §. 2. LGGEV. §. 395 u. 418. H. A. F. 3. B. v. 25 Oct. u. 4 Nov. 1718. R. E. V. v. 1788. §. 149, 150, 155 f. f. Canzleisässig sind daher in der Regel a. alle Herzogliche Hofbediente, in so weit sie entweder den, §. 3. gedachten, Hofstaabs-Gerichten unterworfen sind oder einen, von deren Gerichtsbarkeit sie befreienden, höhern Rang haben, im ersten Fall jedoch nur auf vorgängige Verweisung

der Sache (§. 10); die Hofkünstler und Handwerker, wohin auch die Hoffactoren, aber nur I. im Schwerinschen, wenn sie in gewissem Sold stehen und ihre Arbeit nicht von Zeit zu Zeit bezahlt erhalten. H. F. V. v. 6 April 1756 (M. S. II. 249), v. 14 May 1771, v. 12 Jan. und 12 Febr. 1773. H. F. F. V. v. 11 Aug. 1786 (Schr. II. II. 65.) u. v. 13 Jul. 1799 (das. 179.) und II. im Strelitzischen, wenn sie nicht zugleich bürgerliche Pflichten übernommen haben. H. A. F. IV. V. v. 5 Apr. 1787. §. 1.

b. die, bei den landesherrlichen Landesbehörden angestellten, Ober- und Unterbediente. H. u. LGO. I. 14. §. 1. GCO. I. 12. §. 1. K. E. V. v. 1788. §. 149, nach ihrer Entlassung aber, in so weit sie in Rostock wohnen, unter der Einschränkung des Erbv. v. 1785 §. 151.

c. die Militairpersonen mit der §. 6. Anmerk. 6. gedachten und in Ansehung Rostocks mit der Einschränkung des Erbv. v. 1788. §. 155.

d. die Prediger und Küster auf dem Lande und in den Städten mit ihren Ehefrauen und Kindern, aber ohne Gesinde (K. K. O. fol. 134. Fürstl. V. v. 15 Januar 1624. LGGEV. §. 418. *Select. consult. Collegii Ictorum Gryph.* resp. XII. *Scharff* consult. n. 40. Ludovici Consistorial-Proceß Cap. V. §. 35. Siggelkow Handbuch §. 127 ff. Wegen Rostock s. Erbv. v. 1788. §. 76. 84 u. 206.

e. die Schulbediente (LGGEV. §. 417) mit Ausschluß jedoch der Dorfschulmeister, in so weit sie nicht Küster sind. das. §. 496.

f. die, bei den Domanial-Aemtern, Forst- Jagd- Steuer-, Zoll- und Postbehörden, bei den Amts- und Stadtgerichten und bei dem Medicinalwesen angestellten, landesherrlichen Bediente, wohin jedoch die untern Subalternen, z. B. Mühlenschreiber und Steuer-Visitatoren (LGGEV. §. 60), Thorschreiber (M. K. S. I. 72.), die nicht wirklich bestallten Cnirurgien und Bader, so wie die Hebammen (M. S. IV. St. 299) und die Nachrichter (M. K. S. I. 72.) u. a. m. nicht, wohl aber die wirklich bestallten Chirurgien (Schr. I. II. 203.) zu rechnen. Soviel die Forstbediente betrifft,

trifft; so sind I. im Schwerinschen die Oberförster canzleisassig (H. F. F. V. v. 13 April 1795 Schr. I. II, 146). II. im Strelitzischen aber stehen alle Oberförster, Förster, Holzwärter und andere Forst- und Jagdbediente unter den Amtsgerichten, mit Ausschluß der adlichen Oberforstmeister, welche indessen in Klagen aus ihrem Dienstverhältnisse amtssässig sind. H. Carl V. v. 31 März 1796.

g. die, bei den Landesgerichten angestellten, Procuratoren und Advocaten, jene mit ihrer Familie und ihrem Gesinde, diese aber nicht mit dem letztern. H. u. LGO. I. 14. §. 1 u. 2. GCO. I. 12. §. 1 u. 2. (beide Gesetze scheinen zwar den Advocaten die Canzleisässigkeit nicht beizulegen, allein sie reden eigentlich nur vom foro privilegiato), nur die, in Rostock wohnenden, Advocaten stehen, wenn sie nicht zugleich wirkliche Academici sind, mit Ausnahme der Officialsachen, unter städtischer Gerichtsbarkeit. Erbv. v. 1788. §. 145.

(15) Ausnahmen sind jedoch bei niedern Subalternen z. B. H. u. LGO. I. 14. §. 1. GCO. I. 12. §. 1.

(16) Dieß ist die Regel (arg. LGGEV. §. 418); Ausnahmen s. z. B. Anm. 23.

(17) Wenn sie sich in Rostock aufhalten, wenigstens die Promoti, Syndici und Consulenten, allein nicht der Landes-Secretair, Archivar, der Landkasten-Einnehmer und Secretair. Vergl v. 27 Jun. 1793. ad §. 145. (M. C. R. I. II. 208); auch die ritterschaftl. Amtseinnehmer sind, wenn sie Literati sind, canzleisässig. H. F. V. v. 31 Jul. 1784. (Schr. I. II. 75.)

(18) Z. B. Doctoren. In Ansehung der, in Rostock wohnenden, Titularen s. Erbv. v. 1788. §. 145. Die Notarien, selbst die immatriculirten, sind aber, falls sie nicht Literati, persönlich nicht canzleisässig. H. u. LGO. I II. 4. GCO. II. 9. 1 u. 3. H. F V. v. 24 Sept. 1781 u. v. 31 Jul. 1781 (Schr. I. II. 75.) R. E. V. v. 1788. §. 145. Auch bei charakterisirten Domanialpächtern sind die Amtsgerichte für alle Gegenstände, welche sich auf den, zwischen der Cammer und dem Pächter bestehenden, Pachtcontract begründen, mit vor-

alleiniger Ausnahme der von der Kammer sich vorbehaltenen Puncte, competent H. C. V. v. 31 März 1810.

(19) Beiträge II. Abth. VIII. §. 18 u. 26. aber nicht die Mitglieder des Rostockschen Magistrats.

(20) H. Fr. Fr. V. v. 19 März 1789 (Schr. I. II. 115).

(21) Literati. vergl. H. Fr. V. v. 31 Jul. 1784. (Schr. I. II. 75.) z. B. Candidaten M. R. S. II. 168.

(22) Nicht der außerordentlichen Beisitzer des Hof- und Landgerichts. M. R. S. I. 28.

(23) H. u. LGO. I. 14. §. 1. GOC. I. 12. §. 1. Beiträge V. 387.

(24) Z. B. das Collegium der Judenältesten in Altstrelitz. H. C. V. v. 28 Sept. 1808., die Leichenbeitrags-Gesellschaft in Güstrow u. a. m.

(25) C. O. Tit. III. §. 10. K. K. O. art. 4. §. 9. LGGEV. §. 417. allein nicht die Priester-Bauern LGGEV. §. 418.

(26) S. 7. Anm. 2. vergl. Schröder I. II. 101. Siggelkow §. 70.

*) Die vormalige, auch in Mecklenburg übliche, Canzleisässigkeit der Juden (*Nicol. Georg. Bernh. de Löwenstern* (prae.. *Ad. Frid. Trendelenburg*) diss. de Judaeis eorumque diversa conditione secundum jus Romanum et Germanicum imprimis Mecklenburgicum (*Bützovii* 1768 4.) obs. V.) ist aufgehoben I. im Meckl. Schwerinschen, insofern sie nicht wirklich in Herzogl. Diensten stehen, durch H. Fr. V. v. 12 Jun. 1765. (M. S. IV. 70.) u. v. 6 Jul. 1780 (Schr. I. II. 45.) II. in Meckl. Strelitz (vergl. Mantzel Neue Staatscanzlei III. S. 90), wenn sie nicht in canzleisässigen Herzogl. Diensten stehen, durch H. C. V. v. 18 Febr. 1797.

**) Der, im Herzogl. Meckl. Schw. Reg. Rescript v. 23 Sept. 1777 (Schröder I. II. n. 20) gemachte Vorschlag, alle, auf städtischem Grund und Boden wohnende, Eximirte geringern Standes der städtischen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen, ist, wie nützlich er auch sein würde, als Gesetz noch nicht angenommen. Wolf Repertorium über alle Landesangelegenheiten 127.

§. 14.

§. 14.

2. ihre Concurrenz.

Die Landesgerichte haben, in Fällen ihrer Competenz (§. 8—13), nach Wahl des Klägers oder des Appellanten, concurrirende Gerichtsbarkeit (1). Diese Competenz hat Statt

I. in Ansehung sowol der ersten, als der niedergerichtlichen Appellations- oder Querel-Instanz, wie auch der Verweisung von den Hofstaatsgerichten (2) und Einsendung der Verlöbniß- und Ehesachen (§. 1. 2. 3.).

II. allein nur unter denjenigen Landesgerichten, welche im Namen desselben Fürsten Recht sprechen, nicht aber zwischen den Landesgerichten verschiedener Landesherrn (3), mithin concurriren

1) für die Herzogl. Meckl. Schwerinschen Lande das Hof- und Landgericht, als Mecklenburg Schwerinscher Gerichtshof, und die Justiz-Canzleien zu Schwerin u. zu Rostock; ersteres hat die concurrirende Gerichtsbarkeit mit den beiden letztren seit deren Entstehung, diese unter einander aber erst seit der Vereinigung der Herzogthümer Schwerin und Güstrow unter einem Herzog.

2) für den stargardischen Kreis das Hof- und Landgericht, als Gerichtshof in stargardschen Sachen (4), und die Justiz-Canzlei in Neustrelitz, mit Ausschluß der Justiz-Canzleien in Schwerin und Rostock (5).

III. Von dieser landesgerichtlichen concurrenten Gerichtsbarkeit finden, da die Belehrungen

gen

gen in Criminalfällen hieher nicht gehören, nur folgende Ausnahmen Statt:

1) in Ansehung aller vier Landesgerichte, alle Rechtssachen, ohne einige und selbst nicht der Realklagen Ausnahme, in welchen die Mitglieder, Fiscäle, Procuratoren, Protonotarien, Secretarien, Registratoren und Bothenmeister der Landesgerichte oder Jemand aus ihrer, in väterlicher Gewalt noch befindlichen, Familie, oder von ihrem Gesinde, so wie auch die Canzlisten, Copisten und andre Gerichtsbediente, diese drei aber nur für ihre Person, und endlich die Advocaten in Rücksicht ihres, bei diesem Gerichte ausgeübten, Amts, Beklagte sind, indem in diesen Sachen nur das Landesgericht, bei welchem sie, ihr Familienvater oder Dienstherr angestellt sind oder bei welchem die Advocaten ihr Amt ausgeübt haben, in erster Instanz competent ist (6).

2) in Ansehung der Landesgerichte Mecklenburg-Schwerinschen Antheils ist

a. das Hof- und Landgericht mit Ausschluß der Justiz-Canzleien alein competenter Gerichtshof für

aa. die Appellationen von den Justiz-Canzleien zu Schwerin und Rostock und vom Consistorium zu Rostock.

bb. für die, die Stadt Rostock und deren Magistrat und Gü-

ter,

ter, als Corporation, betreffenden, Sachen (7) und

cc. für die Appellationen von den Gerichten der Stadt Rostock (a)

b. für die Versiegelungssachen canzleisässiger Personen, ist unter Aufhebung der ehemaligen Concurrenz (8), das Land unter die drei Landes-Gerichte in drei privative Versiegelungsdistricte getheilt (9).

c. für die Ehescheidungs-Processe gegen desertirte Soldaten ist das zunächst belegene Landesgericht vorzugsweise competent (10).

(1) H. u. LGO. II. 3. §. 3. 37: §. 1. LGGEV. §. 187. Kais. Appell. Privilegium v. 1651. *Justissimae Decisiones* S. 285. n. 16—18. *Carmon* diss. de remediis suspensivis sect. sp. I. §. 7 u. 8. *Warnemünde* sect. III. Tit. 19. §. 5. Klüver II. S. 739. Mehlen von der Appellation §. 118. Pütter auserlesene Rechtsfälle B. II. S. 245. Hagemeister §. 85—87. Beiträge III. 19. 50. 88. V. 198. Auch bei der Abnahme der Civilsachen vom Consisterium ward dem Kläger die Wahl des Landesgerichts, an welches die Sache abzugeben, gestattet. H. Fr. V. v. 8 Januar 1777 (LL. S. II. 284.)

(2) Das Meckl. Strel. Reglement v. 5 April 1787 schreibt zwar vor, daß der Dimissorialabschied an die Justiz-Canzley erlassen werden soll, allein dadurch ist die allgemeine Concurrenz wohl eben so wenig, als in den, Anm. *) gedachten, Fällen aufgehoben.

(3) Vergl. hierüber im Allgemeinen Beiträge III. 19. 50. 88. V. 198 ff.

(4) Der Herzog zu Meckl. Strelitz soll dahin sehen, daß von seinen stargardischen Unterthanen den Er-

Erkenntnissen des Hof: und Landgerichts Folge geleistet werde. *Justiss. decis.* Cl. IV. Tit. V. n. 8.

(5) Eine Ausnahme dürfte indessen gewissermaßen, obwohl ohne gegenseits mögliche Concurrenz, wegen Connexität der Sache in den, LGGB. §. 137 gedachten, Klagen gegen den, die Ritter- und Landschaft des stargardischen Kreises mit repräsentirenden, engern Ausschuß eintreten.

(6) H. u. LGO. I. 14. §. 1 u. 2. GCO. I. 12. §. 1 u. 2. H. C. L. V. v. 10 Dec. 1753 und H. Fr. V. v. 6 April und 4 Dec. 1758. (in Beiträgen V. 386). *Warnemünde* differentiae juris civil. et Meckl. Sect. III. Tit. II. §. 2. M. R. S. I. n. 28.; die außerordentlichen Beisitzer des Hof- und Landgerichts haben jedoch diesen ausschließlichen Gerichtsstand nicht. M. R. S. I. n. 28; die Justiz-Canzley in Rostock kann auch gegen Graduatos, welche als Procuratoren die Matrikel von ihr erhalten haben, in personalibus Klage annehmen und die exceptio fori abwarten, H. Fr. V. v. 9 Oct. 1762 (Dirmar II. 178), allein nach dem Erbv. v. 1788. §. 145. haben nur würkliche Academici in personalibus dieß forum. In Ansehung aller dieser Personen hat dieser bevorzügte Gerichtsstand aber nur Statt, wenn sie Beklagte sind (Fürstl. brüderl. Vergl. v. 22 Febr. 1622. M. S. II. S. 721) in Lehnssachen fällt derselbe gegenwärtig überall weg. und tritt der der Lehnkammer ein, obgleich das Gegentheil im Fürstbrüderl. Vergleich zur Erläuterung des H. u. LGO. v. 1624. §. 2. festgesetzt und von *Warnemünde* a. a. O. behauptet ist; auch beschränkt dieß forum privilegiatum sich nur auf solche Personen, welche in erster Instanz nicht vor einem andern Gerichte belangt werden müssen. H. Fr. V. v. 6 April 1758. (Ditmar II. Suppl. S. 109.)

(7) Erbv. v. 1573. §. 8. *Regul. jurisd.* §. 2. Erbv. v. 1788. §. 122. *Justissimae decis.* Cl. V. Tit. 4. n. 21. Hagemeister §. 184. In Streitigkeiten zwischen der Stadt und der Academie hat jedoch das Hof- und Landgericht mit der Justiz-Canzlei in Schwerin concurrente Gerichtsbarkeit.

Erbv.

Erbv. v. 1788. §. 246—248. Hagemeister §. 189.

(a). H. F. V. v. 27 Jun. 1757 u. Erbv. v. 1788. §. 122.

(8) M. R. S. I. 36.

(9) H. Fr. Fr. V. v. 10 März 1801. (Schr. I. II. 196.)

(10) H. F. F. V. v. 3 August 1784 (Schr. II. I. 7.)

*) In den Gesetzen z. B. *Resol. ad gr.* de 1701 in addit. n. 4. LGGEV. §. 367. H. A. F. III. Resol. v. 4 Nov. 1718 u. a. m. wird oft nur das Hof- und Landgericht genannt, allein dadurch dessen Concurrenz mit den Justiz-Canzleien nicht aufgehoben.

§. 15.

II. Verhältniß, besonders der Landesgerichte:

a) zum Landesherrn.

Der Regent ist auch in Mecklenburg die Quelle aller Gerichtsbarkeit und die Landesgerichte insonderheit verwalten in Seinem Namen sowohl die landesherrliche, als die oberbischöfliche (§. 7.) Gerichtsbarkeit; Er hat durch Gerichts-Visitationen (1) und andre Mittel (2) die oberste Aufsicht über die Justiz-Pflege und sämmtliche Gerichtshöfe (3).

Allein das Verhältniß der richterlichen Macht zum Landesfürsten und seiner Regirungsgewalt ist in Mecklenburg früher und genauer, als in manchen andern Staaten Deutschlands, nach den, in ihrer beiderseitigen Natur tief liegenden, Grundsätzen bestimmt. Die Justiz soll weder vom Landesherrn selbst (4), noch von seinen administrativen Behörden, sondern stets und lediglich von den ordentlichen Gerichtshöfen ausgeübt und verwaltet werden (8). Diesem gemäß sollen die Regi-

girungs- und Cammer-Collegien alle Partheien- und Streitsachen, welche bei ihnen angebracht werden möchten, an die Gerichte verweisen und die, bei den letztern anhängigen, zu keiner Zeit abrufen und an sich ziehen (6); auch der Regent selbst soll den Landesgerichten in Verwaltung der Justiz keinen Aufenthalt machen, oder durch die Regirung oder Cammer verursachen lassen, folglich durch keine Befehle, Inhibitionen und Avocationen Hindernisse oder Zögerungen der Justiz veranlassen, oder die angestellten Richter durch besondre Befehle belästigen und beschweren, oder ihnen, auf was Art und Weise sie verfahren oder sprechen sollen, vorschreiben, sondern solches ihrem Gewissen und den Pflichten, womit sie den Gerichten und der Gerechtigkeit verwandt sind, überlassen (7), und daher, wenn jemand über einen richterlichen Spruch sich bei ihm beschwert, zwar vom Gericht Bericht fordern, allein durch Vorschreibung des fernern Verfahrens oder Erkenntnisses, keinesweges den Lauf der Justiz aufhalten, noch dem obsiegenden Theil an dem Effect der erhaltenen Urtel hinderlich sein, vielmehr das Gericht die Sache in dem Stande, worin sie sich befindet, ohne Abwartung der landesherrlichen Resolution auf den erstatteten Bericht, mit Ausnahme des Falls der offenbaren Nichtigkeit (§. 187), zur Endschaft befördern, weshalb die Landesgerichte, wenn dergleichen Rescripte, Avocationen, Suspensiv-Decrete, Inhibitionen und Mandate, wie im Proceß zu verfahren oder zu sprechen, an sie erschlichenerweise ausgebracht oder abgelassen werden, authorisirt sind, solcher ungehindert, in den Rechtssachen, in Gemäßheit der Gerichtsordnung, Reichs- und Landes-Satzungen,

gen, gemeiner Rechte und Acten zu verfahren (9). Endlich soll der Landesherr Niemand an Vorwendung seiner rechtlichen Nothdurft und Beschützung hindern (10).

(1) H. u. LGO. II. 1. §. 5. u. 6. LGGEV. §. 397. Wolf Repertorium S. 163. Hagemeister §. 89. Fürstbrüderl. Erbvergl. v. 1755. §. 19.
(2) Z. B. durch Proceßtabellen, welche schon in der G. C. O. I. 3. 1. vorkommen.
(3) LGGEV. §. 432.
(4) Durch die, unten angeführten, spätern Sanctionen sind also die, in der H. u. LGO. nicht befindlichen, Vorschriften der S. C. O. v. 1637, Eingang §. Da sie auch und §. Wenn in einer u. s. w. und der G. C. O. I. 2. 1 u. 6, welche beide ohne landständische Concurrenz erlassen, aufgehoben.
(5) LGGEV. §. 393.
(6) LGGEV. §. 394 u. 463. H. u. LGO. I. 1. §. 4.
(7) LGGEV. §. 396. H. u. LGO. I. 1. §. 4.
(8) LGGEV. §. 397.
(9) LGGEV. §. 398.
(10) LGGEV. §. 406.
*) Ueber die Unabhängigkeit des richterlichen Spruchs von der regiminellen Gewalt in Mecklenburg s. H. u. LGO. v. 1568 Tit. v. Execution §. 4. H. u. LGGB. v. 11 Sept. 1592. Fürstbrüd. Vergl. wegen des Hofgerichts v. 25 Febr. 1622. §. dem Hofgericht. H. LGO. I. 1. §. 4. 4. §. 5. *Resol. ad grav. jud.* 2. u. 5. und ad addit. ol. 6. gr. 1. auch ad grav. spec. güst. 8. *Justiss. decis.* n. 382, 375, 611, 615, 622, 645. H. A. F. IV. Resol. auf die gravamina der stargardischen Städte v. 1754 ad gr. 30. (in Mantzel N. M. St. C. III. 391.) H. Chr. L. V. v. 14 Febr. 1750 u. H. Fr. V. v. 16 April u. 24 May 1765. (27. S. II. 58, 59 u. 60.) H. Fr. Fr. Rescr. v. 10 Febr. 1791. (Schr. II. 129) vorzüglich aber die, M. R. S. I. N. 7, 43 u. 81. II. 99. abgedruckten, Kaiserlichen Erkenntnisse, vergl. auch Spalding Landesverf. I. 486. f. f. n. 7.

7. Wolf Repert. 500. *de Behr* res meckl. S. 1793. Hagemeister M. Staatsrecht §. 91. Beiträge III. S. 76—78.

**) Eine Ausnahme ist gewissermaßen der Rostocksche Recurs: Rost. Erbvertr. v. 1573. §. Wo auch ein Bürger ꝛc. v. 1584 §. 89 und v. 1788 §. 169—183. Hagemeister §. 91. M. K. S. II. 111.

***) Ueber die Gerichtsbarkeit der Cammer in Dienstsachen der ihr unterworfenen Bediente s. M. K. G. II. n. 81 und der Steuer-Commission §. 9.

§. 16.

b) zu einander.

Die Mecklenburgischen Landesgerichte, als Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz (1), stehen zu einander im Verhältniß gleicher und, innerhalb der Gränzen ihrer Concurrenz (§. 14.), concurrenter, Gerichtshöfe, mithin

I. entscheidet unter ihnen die Prävention (2)

II. sind sie schuldig, gegenseitig auf Litispendenz und auf Continentia causarum zu sehen (3)

III. hat jedes derselben das Recht der unmittelbaren Vollstreckung seiner Erkenntnisse (§. 88.), mit Ausnahme sowol der Fälle, worin die concurrirende Gerichtsbarkeit wegfällt (4) (§. 14. III.), als der Vollstreckung der, in stargardischen Sachen vom Hof- und Landgericht erkannten, Executorialien (5), wogegen aber bei diesem Gerichtshofe in schwerinschen Sachen, die, Namens des Herzogs zu Mecklenburg-Strelitz erlassenen, Mandata de parendo zuweilen die Stelle eigentlicher Subsidialien vertreten.

IV. communiciren alle Mecklenburgschen Lan-

des-

desgerichte gegenseitig mittelst Collegial-Schreiben (6).

(1) Ob das H. u. LGericht in Rücksicht auf die Justiz-Canzlen ein judicium superius (Kaiserl. Reichshofraths-Conclusum v. 2 März 1738 in Justiss. decis. n. 622) sey? s. Beiträge III. 98. V. 198. M. R. S. II. n. 136 und v. Nettelbladt Archiv II. 332 – 346.

(2) C. O. Tit. 4. §. 1. Beiträge III. 50 u. 88. M. R. S. I. n. 36.

(3) Canzl. Ord. v. 1573. Tit: Wie in Sachen am Hof zu verfahren, §. Dieweil ꝛc. Fürstbrüd. Vergl. v. 25 Febr. 1622. H. u. LGO. II. 3. 4. G. C. O. II. 3 3. LGGEV. §. 416.

(4) Z. B. bei Zeugen Abhörungen. M. R. S. I, n. 29. Anmk. 1.

(5) Hamb. Vergl. v. 8 März 1701. Art. 8.

(6) Ueber die Curialien der Meckl. Schwerinschen Justiz-Canzleien und des Hof- und Landgerichts. H. Chr. Lud. V. v. 23 August 1752. (Ditmar Repert. II. Suppl. 124.) und über die Curialien zwischen den beiderseitigen Landesgerichten. H. A. F. IV. V. v. 1 Dec. 1777 und v. 6 Jan. 1783. Ueber die Befugniß des H. u. LGerichts, von den Justiz-Canzleien in Appellationsfällen, Bericht zu erfordern, s. Anmk. 1. Das H. u. LGericht hat den übrigen, collegialisch requirirenden, Landesgerichten die verlangten Original-Acten allemal verabfolgen zu lassen. H. Fr. Rescript v. 26 April 1757. (Ditmar a. a. O. 146.)

§. 17.

c) zu den Niedergerichten.

Die Landesgerichte stehen zu den Niedergerichten

I. nicht im Verhältnisse concurrirender Gerichte (1) und sind daher bis auf die, §. 11. ge-

gedachten, Ausnahmen zur officiellen Beobachtung der, den Niedergerichten zustehenden, ersten Instanz verpflichtet (§. 11.).

II. sondern im Verhältniß

1) sowohl des Appellations, Richters, als

2) des Oberrichters und haben in dieser Eigenschaft

a) die Ober-Aufsicht über die Niedergerichte und deren Personale und Justiz-Pflege (2);

b) das Recht, über die untergerichtliche Justizpflege Beschwerden anzunehmen und darüber zu erkennen (§. 186.)

c) die Befugniß der unmittelbaren Vorladung untergerichtlicher Hintersassen in landesgerichtlichen Processen (3)

d) das Recht der unmittelbaren Insinuation landesgerichtlicher Befehle an niedergerichtliche Hintersassen (4)

e) das Recht der unmittelbaren Executions-Vollstreckung gegen diese Hintersassen (5).

(1) Eine concurrente Gerichtsbarkeit hat indessen ausnahmsweise Statt, in Ansehung 1) der Kloster-Conventualinnen (§. 13), 2) der Vorder- und Landstädtischen Rathmänner (§. 13), 3) der einzelnen Schulzen, Hausleute und Eigenthümer zu Steder und Niendorf, (H. F. F. V. v. 2 März 1786. Schr. I. II. 88.) 4) der hypothecarischen Klagen auf Rostocksche, zu Stadtrecht liegende, den unter Herzoglicher Gerichtsbarkeit stehenden Herzogl. Bedienten gehörige, Grundstücke. Rost. Erbvertr. v. 1788. §. 161.

(2) H. u. LGO. II. 1. §. 1. 3. §. 1. 43. §. 2. GGO. II. 1. §. 1 u. 9. 3. §. 1. u. 2. 44. §. 2. H. M. Str. V. v. 4 Nov. 1718 u. v. 28 Oct. 1794.

Tor-

Tornow de feud. Meckl. II. 618. Mehlen a. a. O. §. 205. Beiträge III. 51 u. 69. Die Eigenschaft des Appellations-Richters gestattet den Landesgerichten in Civilsachen die Ertheilung der Belehrungen nicht M. R. S. I. n. 37 über die Ausnahme vergl. H. F. F. Res. v. 27 Febr. 1797 (Schr. I. II. 169.)

(3) LGGEV. §. 420. Die Vorladung eines Soldaten geschiehet aber durch eine Verordnung an dessen Chef. H. F. F. Regl. v. 11 Aug. 1787. §. 10. (Schr. I. II. 97.). allein in fiscalischen Ehe- und Verlöbnißfällen unmittelbar.

(4) In Ansehung der Rostockschen Hintersassen ist dieß modificirt. Erbvertr. v. 1798. §. 105 u. 146.

(5) LGGEV. §. 420 und in Ansehung des stargardischen Kreises. Beiträge V. 279, 285 und 294. Der Rostocksche Erbv. v. 1788 modificirt auch dieß in Ansehung der Rostockschen Hintersassen.

§. 18.

d) zu den Partheien

a a) überhaupt.

Auch die Mecklenburgischen Gerichte haben gegen die Partheien überhaupt die Verpflichtung, alle richterlichen Pflichten durch gründliche, gewissenhafte, unpartheiische, unverzögerte, den Proceßgesetzen angemessene Justiz-Administration zu erfüllen (1) und für die treue Erfüllung dieser Pflicht dem Staate und den Partheien verantwortlich zu seyn (3), insonderheit liegt ihnen ob, in den, zum auswärtigen Rechtsspruch nicht gestellten, Fällen (§. 20.) selbst Recht zu sprechen (3), die Sachen der Partheien geheim zu halten (4), amtshalber dahin zu sehen, daß in den Processen keine Nichtigkeiten entstehen (5) und die Proceßkosten und Gebühren möglichst zu vermindern und zu vereinfachen (6).

Da-

Dagegen sind sie aber berechtigt, von den Partheien und deren Sach- und Anwälden Gehorsam und Achtung zu fordern, und die Verletzung dieser Pflicht selbst zu untersuchen und zu bestrafen (7), von den, dazu vermögenden (8), Partheien die gesetzlichen Sporteln zu nehmen (9) und in Gegenständen des Berufs öffentlichen Glauben zu fordern.

(1) Aus den vielen, darüber ergangenen, Gesetzen, H. u. LGO. I. 4. §. 5. II. 39. §. 2. GCD. I. 3. §. 3. *Resol. ad Grav.* add. gr. 10.
(2) GCD. v. 1612 §. 3. GCD. II. 1. §. 9. 10. §. 6.
(3) LGGEV. §. 399 u. §. 400.
(4) H. u. LGM. I. 4. §. 8 u. 9. 8. §. 2. GCD. II. 12.
(5) H. u. LGO. II. 7. §. 4. GCD. II. 7. §. 4. II. §. 3. vergl. Schröder II. II. 109.
(6) Vergl. z. B. Schröder I. II. S. 29. *Mathias Bernh. Hering s. Joan. Michael. Sprengel* diss. de judice ecclesiastico secundum tit. V. Ordinationis Consistorialis megapolitanae ad litigantium sumtus tam in genere quam in specie minuendos obligato. (*Rost.* 1744.) Wie wenig dies hin und wieder geschehen, beweiset Wolf Repert. Art.: Sporteln.
(7) H. u. LGO. I. 3. §. fin. 6. §. 7 u. 13. 17. 18. GCD. I. 1. §. 2 u. 23. 12. §. 1 u. 12. H. u. LGGB. v. 18 April 1670 u. 13 Januar 1674.
(8) Arme Partheien sind von Sportel-Erlegung befreiet. H. u. LGO. I. 13. §. 2. GCD. I. 11. §. 2. nach der H. u. LGO. v. 1568 Tit. v. arm. Parth. und der KGO. v. 1586. I. 9. §. 2. derjenige, der in seinem ganzen Vermögen nicht 30 Gulden hat; nach der H. u. LGO. v. 1622 I. 13. §. 1 u. 3. §. 23. aber derjenige, der nicht vermag, die Gerichts- Procuratur- und Advocatur-Gebühren zu bezahlen und solches durch den, daselbst enthaltenen, Armeneid beschwören kann; gemeine Soldaten gehören wegen ihres notorischen Unvermögens zu den armen Partheien. H. Fr. V.

V. v. 28 Nov. 1769 (Ditmar II. 111.) über die Bestrafung muthwilliger armer Partheien H. u. LGO. I. 13. §. 4. GCO I. 9. §. 4.

(9) Vergl. über die gerichtlichen Sporteln: Revers. v. 1572. an Schl. H. u. LGO. I. 10. §. 7. II. 7. §. 4. 44. GCO. II. 44. LGGEV. § 402. H. u. LGGEB. v. 17 Januar 1716. Sportel-taxe für die H. M. Schw. Amtsgerichte v. 11 May 1802. (Schröder I. II. 204). Die Gerichts-sporteln wurden im 16ten und 17ten Jahrhundert im schweren Münzfuß, nachher aber in M. Schw. v. 1757 bis 1763 in leichtem Courant, seitdem aber in schwerem Münzfuß und, als eigentlich für die herrschaftliche Casse zu erhebende jura, nur in den dort receptionsfähigen Münzsorten (H. F. V. v. 15 Jul. 1776 u. 13 Nov. 1778, H. Fr. Fr. V. v. 17 Jul. 1788. Ditmar II. 113) im Strelitzschen aber theils in Golde, theils im Preuß. Gelde erhoben.

§. 19.

bb) insonderheit.

α) Recusation.

In jeder Lage des Processes hat die Parthei das Recht, das eigene Erkenntniß eines competenten Richters, sowohl überhaupt, als insonderheit zu dem entscheidenden Act der richterlichen Wirksamkeit zu verbitten.

Ersteres geschiehet durch die Recusation des Richters (1). Die Landesgesetze lassen sie bei den Landesgerichten nur in Ansehung desjenigen Mitgliedes zu, welches, ungeachtet seines verwandtschaftlichen oder seines vormaligen oder fortwährenden, sachwalterischen oder rathgebenden Verhältnisses zu einer Parthei in dieser Sache, oder seines eigenen Interesses an der letztern, doch richterlichen Theil an der Sache nimmt (2), und

scheinen in Ansehung der Niedergerichte den Verdacht gegen den Unterrichter und sein Interesse an der Sache für hinreichenden Avocationsgrund anzunehmen (3). Allein die Praxis (4) hat diese Recusations-Befugniß erweitert und neben der Recusation auch die Perhorrescenz zugelassen. Die Verbittung (Recusation im weitern Sinne) eines Richters geschiehet demnach

I. entweder dadurch, daß eine Parthei eine hinreichende Ursache (5) der Verbittung eines Mitglieds des Gerichts dem letztren zum Zweck des gebührenden Einsehns anzeigt und nöthigenfalls beweiset (6) (Recusation im engern Sinn) oder

II. dadurch, daß die Parthei, anstatt der Anführung und des Beweises eines besondern Verdachts-Grundes, ihr, in ein Mitglied des Gerichts gesetztes, Mißtrauen anzeigt und darüber den Perhorrescenzeid (7) im Gericht ablegt (8) (Perhorrescenz).

In beiden Fällen ist aber die Recusation dem Gericht, dessen Mitglied sie betrift (9), im Geheimen (10) anzuzeigen; das Gericht hat im erstern Falle über den Grund und die Rechtmäßigkeit des angeführten Verdachts-Umstandes zu erkennen (11), im letzten Fall aber, ohne das perhorrescirte Mitglied als Parthei zu betrachten, einen Termin zur Ableistnng des Perhorrescenz-Eids anzuberaumen; wenn die Recusation gegründet befunden oder der Eid abgeschworen ist; so muß das recusirte Gerichts-Mitglied aller richterlichen Theilnahme an der Sache sich enthalten (12). Bei der Recusation eines, nur aus einer, zur Erfüllung des richterlichen Amts fähigen, Person bestehenden, Untergerichts, ist die Recusation bei

dem

dem Oberrichter anzubringen, und vor demselben auch der Perhorrescenzeid abzulegen, zu dessen Ableistung der Unterrichter jedoch monitorisch vorgeladen wird, welchemnächst der Oberrichter die richterliche Leitung und Entscheidung der Sache entweder selbst übernimmt (13), oder auch, nach der neuern, richtigern Praxis, einem andern Untergericht überträgt.

Diese Verbittung ist, in nicht besonders ausgenommenen Fällen (14), gegen einzelne Mitglieder der Gerichte, allein nicht gegen ganze, aus mehreren richterfähigen Personen bestehende, Gerichte, und insonderheit nicht gegen ganze Landesgerichte (15) zulässig.

(1) *Walth. Vincent. Wiese* s. *Georg August Detharding* diss. de usu et abusu juramenti perhorrescentiae. (Rost. 1790) 4.

(2) H. u. L. G. O. I. 4. §. 6. Tit. 15 u. 16. G. C. O. I. 3. §. 4. RGO. 1. 1. §. 7.

(3) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 3. § 4.

(4) Die, bisher noch nicht zum Gesetz erwachsenen, Verhandlungen zur Beschränkung dieser Praxis hat *Wiese* a. a. O §. 26—29.

(5) Dahin gehört 1) Blutsfreundschaft und Schwiegerschaft mit einer der Partheien bis zum vierten Grade inclusive der bürgerlichen Zählungsart. H. u LGO. I. 4. §. 6. GCO. I. 3. §. 4 H. Fr. Wilh. V. v. 7 April 1711. (N. S. II. S. 225) *Ernst Joan. Frid. Mantzel* diss. de impedimentis genealogicis qua officia publica ad ordinationem Judicii aulico-provincialis Meckl. (Rost. 1744) 4. assert. 6. 2) das ehemalige oder gegenwärtige Procuratur- Advocatur- oder Consulenten-Verhältniß zur Sache H. u. LGO. u. GCO. a. a. O. 3) die, den Söhnen, nächsten Verwandten oder Schwägern des Gerichtsmitgliedes übertragene, Advocatur oder Procuratur in der Sache. H. Fr. W. V. v. 7 April 1711.

(17. S. II. S. 225). 4) das eigene Interesse, welches ein Gerichtsmitglied oder einer seiner Verwandten des, bei n. 1. angeführten, Grades an der Sache hat. H. u. LGO. II. 3. §. 3. GCO. II. 3. §. 3. Der, von einem dieser Gründe betroffene, Richter soll seiner Stimme von selbst sich enthalten.

(6) H. u. LGO. I. 4. §. 6. GCO. I. 3. §. 4.

(7) Unter den, dem Schlusse des ersten Theils der H. u. LGO. angehängten, vielen Eidesformeln ist keine für diesen, im Jahr 1622 in Mecklenburg noch unbekannten, Eid enthalten.

(8) Vergl. hierüber *Wiese* diss. cet.

(9) Bei der Perhorrescenz eines, nur mit einem rechtskundigen Mitgliedebe setzten, Untergerichts aber bei dem Obergericht. M. K. S. II. n. 136. §. 4.

(10) Die, in der Anm. 6. angeführten, Gesetze und die Praxis verstehen hierunter nur, daß die Anzeige nicht auf die gewöhnliche Art zum Gerichte eingereicht, sondern in einer verschlossenen, schriftlichen, an das Gerichtsdirectorium abzugebenden, Vorstellung übergeben wird.

(11) H. u. LGO. I. 4. §. 6. GCO. I. 3. §. 4.

(12) S. die Anm. 11.

(13) H. u. LGO. II. 3. §. 1. GCO. II. 3. §. 1.

(14) Dahin gehört die Recusation der Mitglieder des academischen Conciliums in Rostock. H. Fr. V. v. 6 April 1776, *Wiese* a. a. O. §. 30. wogegen die eines landesgerichtlichen Commissarien zulässig ist. H. u. LGO. II. 23. §. 5. GCO. II. 24. §. 1 u. 6. vergl. jedoch H. Ch. L. V. v. 22. April 1750 u. v. Nettelbladt Archiv, III. S. 109. Ueber die Recusation des Magistrats zu Rostock und das, dabei zu beobachtende, Verfahren s. Rost. Erbv. v. 1573. § und dieweil u. v. 1788. §. 121.

(15) v. Nettelbladt Archiv III. S. 109.

§. 20.

B) Acten-Versendung.

Die allgemeine deutsche Ausnahme von einem gerichtlichen Rechtsspruch, die Verschickung der Acten an dazu öffentlich angeordnete Spruch-Collegien, hat seit dem sechszehnten Jahrhundert (1) in Mecklenburg mehrere gesetzliche Bestätigungen erhalten (2). Nach den, seit dieser Zeit erlassenen, ältern Gesetzen scheint sie indessen mehr aus besonders wichtigen Gründen auf das Gesuch einer Parthei, als von Amtswegen Statt gehabt zu haben (3); allein in spätern Zeiten ist auch die Verschickung auf bloßes, durch besondre Gründe nicht motivirtes, Gesuch einer Parthei und von richterlichen Amts wegen, besonders durch die gerichtliche Praxis (4) eingeführt, obgleich die Gesetze die officielle Erkennung derselben nur in besondern Fällen zulassen (5).

Die Acten-Verschickung, die diesemnach außer diesen besondern Fällen keine Pflicht des Richters (6), wohl aber ein Recht einer jeden Parthei, welches ihr, bis auf wenige Ausnahmen (7), nicht versagt werden darf (8), ist, sie mag auf Antrag einer Parthei oder von Amtswegen geschehen, wird in der Regel auf das Rotulations-Protocoll (9) erkannt; nach den besondren Gesetzen des Hof- und Landgerichts muß das Gesuch um Verschickung der Acten zum Urteil im Rotulations-Termin (10), zum Abschied auf ein Termins-Protocoll aber gleich nach erhaltener Ladung zum Termin oder wenigstens im ersten Termins-Receß angebracht werden (11). Bei jeder Verschickung hat jede Parthei das Recht,

zwei

zwei oder drei Academien zu verbitten (12), bei deren Wahl aber weder auf die, über diese Anzahl, noch auf die, in vorigen Instanzen schon excipirten, Academien, wohl aber auf diejenigen, welche in der Sache bereits vorher gesprochen haben, Rücksicht genommen wird (13).

Die Kosten der Acten=Verschickung fallen, wenn letztre von Amts wegen erfolgte, den Partheien zu gleichen Theilen, wenn sie aber auf Antrag einer Parthei erkannt wird, dieser allein zur Last (14), und werden dem obsiegenden Theil nur im erstren Fall, nicht aber, wenn die Verschikkung auf sein Gesuch erfolgte, von dem, zur Kosten Erstattung verurtheilten, Gegner, ersetzt (15).

Die, über den Streitgegenstand entscheidenden, Particulargesetze (16) und etwanige Hülfs=Acten (16) werden den zu versendenden Acten von Amtswegen oder auf Antrag einer Parthei beigelegt. Wenn die Verschickung aus der einen oder der andern Veranlassung Statt hat; so erkennt das Gericht die mandata de transmittendis actis, durch welche jeder Parthei aufgegeben wird, binnen der, darin bestimmten, Frist (18) sub finali poena praeclusionis Einreden gegen Academien und sub poena paratissimae executionis die, ihr obliegenden, Verschickungskosten, beizubringen (19), welchemnächst, nach übergebenen oder präcludirten (20) Einreden und nach eingereichten oder executivisch beigetriebenen, Verschickungskosten (21), die, unter dem Gerichtssiegel verschlossenen, Acten (22) an eine, entweder auf eine gültige Art dießmal ausdrücklich oder durch einen frühern Richterspruch in der Sache, stillschweigend nicht excipirte, vom Gerichts=Directorium erwählte (23) und bis zur Rückkunft

der

der Acten geheim zu haltende (24), Academie (25) mit dem Ersuchungsschreiben auf der Post oder durch einen Gerichtsbothen (*) versandt werden, in der Sache ein Urteil abzufassen und mit den Acten und Entscheidungsgründen dem Gerichte zuzusenden (26). Nach Rückkunft der Acten wird ohne Antrag einer Parthei (27) ex officio ein Termin zur Publication des Urteils anberaumt, in welchem, nachdem die Partheien das Facultäts-Siegel auf den, ihnen zur Recognition desselben verschlossen vorzulegenden, Acten anerkannt haben (28), das Urteil publicirt und den Partheien in gewöhnlicher Form, jedoch mit der Bemerkung, daß es auf vorgehabten Rath auswärtiger Rechtsgelehrten gesprochen sey, zugefertigt (29), auch werden ihuen die Entscheidungsgründe auf Verlangen abschriftlich mitgetheilt (30).

Das versendende Gericht muß bis auf seltene Ausnahmen (31) das, auswärts eingeholte, Urteil unverändert publiciren und als von ihm selbst gesprochen ansehen.

(1) H. Ulrich Canzl. Ord. (Beiträge V. 357.) redet nur von Informativ-Urteln, allein die Actens-Verschickung zum Rechtsspruch kommt schon vor in dem Rost. Erbv. v. 1584 §. 63 und noch bestimmter im H. u. LGGB. v. 25 Januar 1599 und in der G. C. O. v. 1612 §. 32—36 vor; im Jahr 1622 war ihre zu große Frequenz der Gegenstand mehrerer Landesbeschwerden (Spalding Landesverhandl. I. 486 f. f.) und bei der Reorganisation des Justiz-Wesens schlug Meckl. Schwerin die gänzliche Aufhebung derselben, obwohl mit Güstrows Widerspruch und ohne Wirkung, vor. Beitr. VI. S. 89 u. 94.

(2) H. u. LGO. I. 7. §. 8. II. 33. §. 2. G. C. O. I. 6. §. 8. II. 24. §. 2. S. C. O. Tit. v. Ord. des

des Reaist. §. Unreichend. *Resol. ad gr. jud.* I. LGGEV. §. 329, 399, 425 u. 430.

(3) *Carol. Fried. Prehn* diss. de justis limitibus beneficii transmissionis actorum secundum §. 399 transactionis novissimae Mecklenburgicae non extendendis. (Rost. 1802) 4. vergl. Anmk. 2.

(4) *Prehn* a. a. O.

(5) Nämlich, wenn des Landesherrn besonderes Interesse eintritt oder die Stimmen im Gericht gleich sind. LGGEV. §. 399 u. 325, vergl. wegen des Landes-Consistoriums Fürstl. Vergleich vom 3 Febr. 1669. §. 2. (LL. S. II. 214.)

(6) Auch nicht in der Restitutions-Instanz, obgleich sie darin bei den Justiz-Canzleien und übrigen Gerichten gewöhnlicher, als im Hof- und Landgericht erfolgt. *Joh. Sibrand* diss. de sapientibus extraneis Cap. III. §. 3. *Select. jurid. rost.* Fasc. II. sp. XI. qu. 4. *Prehn* diss. cit. §. X. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 23. Mehlen Proceß §. 176.

(7) Nämlich I. wenn die Sache aus vaterländischen Gesetzen und Rechten zu entscheiden ist. LGGEV. §. 399, vergl. Spalding a. a. O. I. 296, 298, 301, 345 u. 362, obgleich die Observanz und tägliche Praxis dieser gesetzlichen Vorschrift entgegen ist; II. in liquiden, summarischen, keinen Verzug leidenden, Sachen. H. Fr. V. v. 19 Sept. 1778 (s. § 40); III. zu Prioritäts-Urteln bei Landesgerichten (nicht leichtlich). H. Fr. V. v. 27 Jun. 1771. n. H. A. Fr. IV. V. v. 19 Febr. 1773. Dagegen ist sie aber insonderheit nicht abzuschlagen 1) in fiscalischen Sachen. LGGEV. §. 430, obgleich Herz. F. W. V. v. 7 July 1704. (LL. S. II. 3.) das Gegentheil vorschrieb, 2) zu Abschieden auf die Verhandlugen eines gerichtlichen Vorbescheids. H. Fr. V. v. 31 März 1779 u. H. F. F. V. v. 10 Febr. 1791. (Schr. I. II. 38 u. 139.) H. u. LGGE. v. 15 July 1780. n. I.

(8) LGGEV. § 399 (vergl. H. Fr. V. v. 19 Sept. 1778 in Schr I. II. 28.) u. §. 425. H Fr. V. v. 4 Nov. 1766. Frank A. u. LL. M XVI. S. 7. Wolf Repert. 720. *Mantzel J. M. i.* II. jud. 89. M. R. S. I. n. 14.

(9) Die Vorschrift, daß die Acten im Verschickungs-

fall

fall in Gegenwart eines (H. u. LGO. II. 33. §. 3.) oder zweier (G. C. R. II. 3. 4. §. 1.) Mitglieder des Gerichts rotulirt und sofort zugemacht und versiegelt werden sollen, ist außer Observanz.

(10) H u. LGGE. v. 6 May 1756, 3 July 1770, 10 July 1772, 15 July 1780 III. u. 27 April 1804.

(11) H. u. LGGB. v. 15 July 1780. I.

(12) GCO. v. 1612. §. 32. S. C. O. Tit. Ordnung der Regist. §. anreichend. H. G. A. V. v. 2 März 1669. (LL. S. II. 1.) GCO. II. 34. §. 2. H. u. LGGB. v. 20 April 1672, 10 July 1772 u. 27 Aprill 1804. n. 1.

(13) H. G. A. V. v. 2 März 1669. H. u. LGGB. v. 10 July 1772 u. 27 April 1804. n. 1. Wenn beide Theile gegen dieselbe Academie excipiren; so wird sie jedem auf die, ihm freigelassenen, Einreden angerechnet. Die Juristenfacultät zu Rostock wird in Ansehung der Verschickung mit zu den auswärtigen Rechtsgelehrten gerechnet, da unter diesem Ausdruck im Allgemeinen nur der Gegensatz der, das Gericht constituirenden, Rechtsgelehrten verstanden wird. Die Facultät, welche vorhey schon gesprochen hat, ist jedoch in den Fällen nicht ausgeschlossen, worin beim einheimischen Rechtsspruch der vorige Referent wieder Referent sein kann, z. B. H. u. LGO. I. 3. §. 6. f. f.

(14) H. u. LGO. I. 7. §. 2. II. 33. §. 2. GCO. I. 6. §. 8. II. 34. §. 2. LGGEV. §. 329. Wolff Repert. 720. Eine Ausnahme findet in Rostockschen Sachen Statt. Erbv. v. 1584. §. 63. u. v. 1788 §. 123, welche Vorschrift jedoch nur, im Fall alle Theile Rostocksche Einwohner sind, Statt hat. M. R. S. I. n. 49.

(15) Ueber die, deshalb den Partheien vorzulegenden, Rechnungen, die Vertheilung der Kosten auf mehrere Partheien und den Nachschuß s. G. C. O. v. 1612. §. 34—36. H. u. LGO. I. 7. §. 8. S. C. O. a. a. O. G. C. O. I. 6. §. 8. II. 34. §. 2. H. u. LGGB. v. 19 Januar 1615 u. v. 10 July 1714. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. H. u. LGerichtl. Reglement für den ersten Protonotar puncto adjunctionis bei Actenverschickungen v. 22 July 1799. Die, in Gold ver-

verlegten, Urtelsgebühren sollen von den Postämtern nur in eben der Währung zurückgefordert werden. H. J. V. v. 20 März 1773. (N. S. III. S. 697.

(16) LGGEV. §. 399; in einigen Gesetzen ist dieß besonders vorgeschrieben z. B. wegen Beweiskraft der Handlungsbücher.

(17) H. u. LGGB v. 15 July 1780 und das, Anmerk. 15 gedachte, Reglement.

(18) Gewöhnlich 14 Tage, beim H. u. LG. ist diese Frist aber durch den G. B. v. 27 April 1804 auf 3 Wochen erweitert.

(19) H. u. LGGB. v. 27 April 1804; beim H. u. LG. sollen die Einreden in Judicial=Sachen nicht in besondern Eingaben, sondern zum Juridik=Protocoll angebracht werden. H. u. LGB. v. 25 Januar 1779, welches jedoch nur von dem Fall, wenn während des Antrags eine Juridik Statt hat, verstanden werden kann.

(20) Eine eigene, förmliche Präclusion der Einreden findet jedoch nicht Statt. M. R. S. I. n. 35.

(21) Der Verschickungsbefehl wird nochmals sub poena resp. finali praeclusionis et paratissimae executionis absque praemonitione erneuert und demnächst erst die Präclusion und Execution erkannt; allein beim H. u. LG. findet nach dem G. B. v. 27 April 1804 ohne weitere Erneuerung sogleich die Purification Statt. Die Verschickungskosten werden nicht, wie Gebühren, vom Antwald, sondern unmittelbar von der Parthei wahrgenommen.

(22) Von welchen die Entscheidungsgründe der frühern Urteln nicht abzunehmen sind. H. Fr. Rescr. v. 11 März 1763 (Dittmar II. 110).

(23) GC O. v. 1612 §, 33. H. u. LGO. I. 7. §. 8. GCO. I. 6. §. 8. Die Vorsch ist der S. C. O. a. a. O., daß Director und Räthe darüber urtheilen sollen, ist außer Gebrauch.

(24) G. C. O. v. 1612. §. 37. G. C. O. I. 6. §. 8.

(25) Nicht an Privat=Doctoren. LGGEV. §. 420. — wodurch die H. u. LGO. II. 43. §. 1. und G. C. O. II. 44. §. 1. aufgehoben ist. Nach den Statuten der Bützowschen Academie d. d. Lübeck

beck den 10. April 1762. (in *Trendelenburg* diss. de favore piarum causs. Cap. II. §. 13.) sollten die Landes- und nach H. Fr. V. v. 23 Aug. 1774 (LL. S. II. 250. vergl. jedoch Wolff Rep. S. 3.), die Herzogl. Stadt- und Amts-Gerichte die Acten so viel möglich nach Bützow verschicken; allein die Vorschrift ist den Landesgerichten nicht bekannt gemacht, wogegen aber die letzte, nach Wiederherstellung der Landes-Academie zu Rostock, von derselben verstanden werden soll. H. F. F. V. v. 16 Juny 1789. (Schr. I. II. S. 325.)

*) Letzteres ist, mit Ausnahme der Justiz-Canzlei in Neustrelitz, die Regel. GCO. I. 6. §. 8. f. jedoch Wolff Rep. 721.

(26) Das Concept dieser Missive soll, jedoch ohne die Aufschrift, den Partheien vorgezeigt werden. H. u. LGO. II. 33. §. 2. GCO. II. 34. §. 2; das versendede Gericht kann in diesem Ersuchungsschreiben die Facultät auf die, bei der Sache aus den Landesgesetzen eintretenden, Momente aufmerksam machen, z. B. (§. 58.)

(27) Vergl. H. u. LGGB. v. 21 April 1703.

(28) H. u. LGO. II. 33. §. 3. GCO. II. 34. §. 3.

(29) Nach der GCO. II. 31. §. 3. steht beiden Theilen frei, nach der Urtelspublication die Acten nachzusehen.

(30) H. Fr. V. v. 9 Febr. 1775. (LL. S. II. 271.) und H. A. F. IV. V. v. 3 Nov. u. 16 Decbr. 1789 u. 11 Januar 1790 und zwar ohne die, vorher nöthig gewesene, Dispensation. Ehedem wurden die Entsch. Gründe nicht zu den Acten gelegt, sondern nur dem Landesherrn auf Erfordern oder bei einer Visitation vorgelegt. (H. u. LGO. I. 1. 96.), die Partheien durften aber um deren Mittheilung anfangs überall nicht (H. u. LGGB. v. 17 Januar 1681), nachher aber nur auf vergängige, landesherrliche Dispensation (Str. G. B. v. 4 Febr. 1712) bitten. Vergl. *Mantzel* J. M. ill. V. jud. 66. Das Gesuch um diese Mittheilung soll in Judicialsachen beim H. u. L. G. nicht schriftlich angebracht werden. H. u. LGGB. v. 25 Januar 1779.

(31) Den Gerichten steht nehmlich das Recht zu, ex officio, also auch ohne Interposition eines Rechtsmit-

mittels von Seiten einer Parthei, ein auswärtig Urteil durch Declaration, in so weit abzuändern, als es gegen klare Landesgesetze oder beständige Gerichts-Observanz ist. *Mantzel* diss. de Ictis extraneis in jure meckl. errantibus Sect. II. §. 8. u. 9. Desselben diss. de juribus singul. in processu concurs. credit. §. 16. Beiträge V. Abh. XXI. § 8. S. 142. Insonderheit tritt dies ein, wenn, 1) in einer auswärtigen Prioritäts- oder Distributions-Urtel die Zinsen nicht bei dem Capital locirt sind. H. A. F. I. und G. A. V. v. 29 Jan. 1646. (L. S. II. 45.) *Mantzel* de jurib. sing. in concursu credit. §. 16, 17 u. 18. *Mantzel s. Bouchholz* positiones analysin constit. de 29 Jan. 1645. sistentes th. 3, 4 u. 5, 2) die separatio creditorum et bonorum paternorum et cedentis auf das quinquennium beschränkt worden. H. A. F. u. G. A. V. v. 29 July 1646. *Jacob Carmon* diss. de separatione bonorum in creditorum concursu ad quinquennium non restricta (Rost. 1734. 4.) 3) die über Beweis und Gegenbeweis erlassene, Constitution des Herzogs Fr. v. M. Schw. v. 10 Febr. 1776 nicht beobachtet (§. 76.) 4) die Namen der Partheien und des punctum litis nicht ausgedrückt ist. H. Fr. V. v. 28 Dec. 1774 (L. S. II. 270.) und 5) in devolutorio zum Vortheil des Appellanten abändernd erkannt ist. M. R. S. I. 14. Diese Declarations-Befugniß kann indessen wohl auf den Fall nicht ausgedehnt werden, daß grade diese Puncte streitig waren und zum Erkenntniß standen. Gegen solche Declaratorien findet kein Rechtsmittel Statt. M. R. S. I. n. 4. §. 4. II. n. 131 u. 175.

Zweiter Abschnitt.

Gerichtsstand überhaupt.

§. 21.

In Ansehung des Gerichtsstandes überhaupt enthalten die Mecklenburgischen Gesetze keine, von den gemeinrechtlichen abweichende, Vorschriften.

Sie lassen außer der, in der Reconvention liegenden, nothwendigen, auch die freiwillige Prorogation des Gerichtsstands zu (1) und verbinden die Incompetenz des Richters mit der Nichtigkeit des Processes und der Entscheidung (2).

Der Kläger, auch wenn er als Beklagter einen privilegirten Gerichtsstand hat, muß dem Gerichtsstande des Beklagten folgen (§. 14) (3).

Der Gerichtsstand ist, nachdem er sich entweder auf dvs gemeine Landes-Recht oder auf ein besonderes Recht gründet, ein ordentlicher (4) oder ein außerordentlicher und privilegirter (§. 5. und 14.), und der erste entweder ein universeller (der des Geburtsorts (5), des Wohnsitzes und des Landsassiats), oder ein besondrer (der gelegenen Sache, der geführten Verwaltung (6), des geschlossenen Contracts (7), des angelegten Arrests und des Zusammenhangs der Sache (§. 5. und 11.), so wie der privilegirte Gerichtsstand entweder, als Surrogat des ordentlichen allgemeinen fori, ein allgemeiner für alle Sachen oder nur ein besonderer für einzelne Gegenstände. (§. 4.)

(1) Z. B.

(1) Z. B. LGGEV. §. 373, 412 u. 413. *Tornow* de feud. Meckl. P. II. S. 279. in Ansehung der Rostockschen Einwohner aber nur mit, jedoch ohne ganz besondre emergente Gründe nicht zu versagenden, Genehmigung des Raths. E. V. v. 1788 §. 120. Auch Compromisse sind zulässig.

(2) H. u. LGO. II. 34. GEO. II. 36.

(3) H. Heinrich u. Alb. V. d. d. Petri et Pauli 1537. (M. C. R. I. II. n. 1. P. O. Tit. von Gerichten. §. 1. H. u. LGO. I. 14. §. 8. II. 1. §. 1. GEO. I. 12. §. 2. II. 1. §. 1. Fürstbrüd. Vergl. v. 1622. (M. S. II. 721.) vergl. M. R. S. II. 132.

(4) *Forum ordinarium* LGGEV. §. 57.

(5) Vergl. Kost. E. V. v. 1588. §. 153.

(6) Z. B. die Advocaten. H. u. LGO. I. 14. §. 2. GEO. I. 12. §. 2.

(7) Nach K. E. V. v. 1788. §. 118. soll jedoch das forum contractus gegen Rostocksche Bürger nur dann in Anwendung kommen, wann derselbe selbst in Person am Contracts-Ort ist.

Dritter Abschnitt.

Von den Partheien, ihren Sachwälden und den gerichtlichen Verträgen.

§. 22.

1. Rechtsverfolgung überhaupt.

Auch in Mecklenburg ist die Selbsthülfe verboten; jeder soll sein Recht gerichtlich verfolgen (1).

Die gerichtliche Verfolgung seines Rechts ist einem jeden erlaubt (2); an derselben und am rechtlichen Gehör soll weder die Parthei, noch ihr Sach- oder Anwald behindert oder daran „intimidirt" werden (3); der Staat hat vielmehr

den

den öffentlich bestellten Sachwälden die Pflicht auferlegt, der Vertheidigung keiner gerechten Sache sich zu entziehen und die der armen Partheien, welchen die Justiz überdem sportelfrei administrirt wird (§. 18.), unentgeldlich zu übernehmen (§. 28.).

(1) P. O. Tit. v. muthwilligen Befehdern §. 2. und Tit.: von wucherlichen Contracten §. 20. H u. LGO. II. 39. §. 1. 40. §. 4. 41. §. 1. 3. u. 4. GCO. II. 40. §. 1. 41. §. 4. 42. §. 1. 3 u. 4. LGGEv. §. 275. 303 u. 327. Auch dem Landesherrn steht nur in erlaubten Fällen die Selbsthülfe zu LGGEv. §. 527. Hagemeister R. St. R. 4. §. 185. Zu den Ausnahmen gehört 1) die Pfändung. H. u. LGO. II. 41. GCO. II. 40. *Tornow* de f. M. P. II. 167. *Warnemünde* diff. jur. civil. et Meckl. Sect. II. Tit. XIX. *Mantzel* J. M. ill. III. jud 25. 2) Gewalt bei der verbotenen Jagd. PO. Tit. v. Jagen, §. 5. und, wenigstens ehedem 3) Einlager. Revers. v. 1621. Art. 20. H u. LGO. II. 4. §. 8. *Sel. jur. rost.* Fasc. II. sp. 11. posit. 1. sp. 23. pos. 3. *Mantzel* J M. ill. IV. 69. *Warnemünde* a. a. O. Tit. IX. §. 2. Insonderheit ist untersagt der eigenmächtige Verkauf der Pfänder. PO. Tit.: v. Schäden und Pfändern und die Schandgemälde (§. 26). Mehlen macht in der Anleitung zum Proceß §. 425, die richtige Bemerkung, daß die Vorschrift des Lübschen Rechts 1. 4. Art. 1. daß der Gläubiger einer Frauensperson zu allen Zeiten ihr das oberste Kleid abnehmen kann, bis sie bezahlt, in Mecklenburg außer Gebrauch ist.

(2) Daher soll wegen bloßer Prozesse Niemand von der Beichte abgewiesen werden. K. K. O. Fol. 230a, obgleich ein Proceß mit dem Beichtvater ein gesetzlicher Grund zur Veränderung desselben ist. LGGEv. §. 4. 80. *Manzel* J. M. ill. I. jud. 74. Siggelkow §. 341.

(3) LGGEv. §. 406.

§. 23.

§. 23.

2. Legitimation zur Rechtsverfolgung.

Derjenige, der ein Recht gerichtlich verfolgt, muß aber befugt seyn, nicht allein überhaupt, sondern auch insonderheit in Ansehung dieses Rechts gerichtlich aufzutreten und diese Legitimation zur Sache bei der Klage beibringen (1), widrigenfalls aber dazu von Amts wegen angewiesen werden (§. 18.).

(1) H. u. LGO. II. 5. §. 1. 7. §. 3 u. 4. GCO. II. 5. §. 1. In Kirchensachen soll ohne Erlaubnißschein des competenten Superintendenten keine Klage angenommen werden. Erneuerte Supertnt. Instruct. v. 1681. H. G. A. v. 15 May 1694. (17. S. I.) Siggelkow §. 84 u. 86.

§. 24.

3. Cession des Klage-Rechts.

Die Abtretung des Klagerechts ist in bürgerlichen Sachen erlaubt (1).

(1) H. u. LGO. II. 6. §. 2. GCO. II. 6. §. 4. (welches letztere Gesetz jedoch l. 5. §. 20. die Cession an den Sachwald ausschließt (§. 29. Anmk. 17)) *Tornow* P. II. S. 68 ff. *Warnemünde* Sect. III. Tit. I. §. 3.

§. 25.

4. Gattungen von Partheien.

Die streitenden Theile sind entweder Haupt- oder Neben-Partheien; zu letztren gehören die Inter-

Intervenienten (§. 95) und Litisdenunciaten; beide sind entweder eine oder mehrere Personen, (Litisconsorten (1).

(1) Die Streitgenossen sollen nicht allein ausdrücklich benannt sein (H. u. LGBB. v. 15 Jul. 1780 II. 4), sondern auch zur Bestellung eines gemeinschaftlichen, zur Annahme der gerichtlichen Verordnungen specialiter bevollmächtigten, Procurators von Gerichtswegen bei der ersten Verordnung ex officio angewiesen und bis zu dieser Bestellung die Verordnungen an jeden einzelnen Litisconsorten, nachher aber zur Kostenersparung an gesammte Streitgenossen, erlassen werden. H. Ch. Lud. B. v. 16 Oct. 1755. (Z. S. II. 57).

§. 26.

5. Gegenseitiges Verhältniß der Partheien.

Die Rechte der streitenden Theile sind ohne Rücksicht auf ihren Stand und andre Verhältnisse in Ansehung des Rechtsspruchs (1) vor Gericht gleich (2); selbst der Landesherr und sein Fiscus haben hierin keine Vorzüge (3), allein die besondern Verhältnisse der Partheien können in nicht wesentlichen Proceß-Theilen diese Gleichheit modificiren (4).

Kein Theil darf die Rechtsverfolgung widerrechtlich dem andern Theile erschweren (5) oder verlängern (6); beide Theile sind in Rücksicht ihres Rechtsstreits Wahrheit (7), Kosten-Erstattung (8), Vermeidung aller, zur Verfolgung oder Vertheidigung des Rechts unnöthigen, Anzüglichkeiten und Persönlichkeiten (9) und Beachtung der Rechtshängigkeit (§. 49.) gegenseitig sich schuldig.

Der Proceß geht auch ohne Reassumtion auf beider Theile Erben über (10).

(1) Nicht in Ansehung anderer Momente z. B. des Vorzugs in der Betreibung der Sache, indem Alimente und Sachen der personarum miserabilium, Pupillen, Spolien, Gefangenen, Execution, Gefahr im Verzug, der Fremden und Ausländer, oder beschwerter und betrübter Leute, so wie geringschätzige oder Sachen, daran viel gelegen, vor andern beschleunigt werden sollen. (H. u. LGO. I. 3. §. 5. II. 1. §. 10. 3. §. 4. §. 3. GCO. 1. 2. §. 4.); der höhern Curialien (LGGEV. §. 357 u. 358), des Rechts vor den Landesgerichten einen Stuhl zu erhalten, welches im Schwerinschen, ehedem den Personen bis zum Rang des Landmarschalls inclusive (H. Fr. Wilh. V. an das Consist. v. 6 Oct. 1703), jetzt aber nur dem Geheimen Raths Präsidenten, den Generallieutenants, wirklichen Geheimen Räthen und Mecklenburgischen Landräthen, und vermöge besonderer Begünstigung den Grafen und Gräfinnen, außer den Fällen der mündlichen Litis-Contestation auf fiscalische, ein bescheinigtes delictum grave enthaltende, Klage (H. Fr. V. v. 8 Oct. 1773, in Ditmar II. 112.), im Strelitzschen aber schon denjenigen, die Obristen Rang haben, gebührt. Jedem sein Recht, aber auch jedem seine Ehre!

(2) H. u. LGO. I. 4. §. 5. 16. II. 1. §. 1. 10. 15. SCO. §. 2. GCO. (auch ihr Motto) I. 1. §. 1 u. 2. 3. §. 3. II. 1. §. 1.

(2) Revers. v. 1572. §. 2. LGGEV. §. 411. H. Fr. V. wegen des Beweis-Termins v. 21 May 1768. (LL. S. II. 84.)

(4) Z. B. juramentum calumniae (§. 101).

(5) Z. B. H. u. LGV. II. 16. §. 7. GCO. II. 11. §. 5.

(6) H. u. LGO. I. 18. G. C. O. II. 24. 12. 34. §. 8.

(7) H. u. LGO. I. 18. II. 32. §. 1. H. u. LGGB. v. 13 Januar 1674. H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. n. 4. (Schr. I. II. 135.)

(8)

(8) Wobei auch die landesherrlichen Fiscäle keinen Vorzug vor andern Partheien haben sollen. LGGEV. ü. 411.

(9) H. u. LGO. I. 6. §. 7 u. 18. 18. GCO. I. 5. §. 6. 11. §. 3. II. 3. §. 4. H. C. L. V. v. 26 April 1749 (LT. S. II. n. 13) H. F. V. v. 2 März 1771. H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. n. 2. (Schr. I. II. n. 135.) H. u. LGGV. v. 11 Jul. 1668, v. 18 April 1670, v. 13 Januar 1674, v. 5 April 1692 u. v. 21 April 1703. Daher sind auch die, ehemals üblichen, Schandgemälde und Schandschriften verbothen. P.O. Tit.: von wucherlichen Contracten. §. 20

(10) In ältern Zeiten und vor dem F. R. A. war die citatio ad reassumendam litem nothwendig. H. u. LGO. v. 1568. Tit. von Klage und wie die citationes auszubringen und H. u. LGO. I. 13. §. 4. allein jetzt fällt dieß weg und die Vollmacht des Anwalds muß auch auf die Erben gerichtet sein. (§. 28)

§. 27.

6. Rechtsverfolgung

a) durch die Parthei selbst.

Es hängt von der Parthei ab, wenn sie dazu fähig ist, ihre gerichtlichen Vorträge selbst abzufassen oder durch einen Sachwald abfassen zu lassen (1), jedoch ist im erstren Fall bei den Landesgerichten, besonders wenn die Parthei am Sitz des Gerichts nicht gegenwärtig ist, die Unterschrift eines Procurators nothwendig (2). Auch in Sachen naher Verwandten kann unter dieser Beschränkung jeder die Feder selbst führen (3).

(1) Vergleiche insonderheit wegen der Untergerichte H. F. V. v. 14 Febr. 1766 u. v. 22 März 1768 (R. S. II. 76 u. 77.)

(2) H. u. LGO. I. 3. §. 1. 4. §. 3. 6. §. 3. II. 8. §. 1. GGO. I. 5. §. 2 u. 9. II. 8. §. 1. LGGEB. §. 405 u. 407. H. u. LGGB. v. 27 Januar 1597, v. 11 Jul. 1668, v. 18 April 1670 u. v. 13 Januar 1674.

(3) H. u. LGO. I. 3. §. 1. 4. §. 3. GGO. I. 3. §. 1. 4. §. 3.

§. 28.

b) durch Sachwälde (1).

Die Sachwälde sind im Allgemeinen Anwälde (Procuratoren) oder Sachwälde (Advocaten), indessen ist in der Regel, ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Geschäfte (2), ausser den Procuraturen in Judicial-Sachen beim Hof- und Landgericht (§. 36.) (3), die Berechtigung zur Procuratur in der Advocaten-Matrikel, jedoch ohne Vermischung ihrer rechtlichen Verhältnisse (4), enthalten und jeder, am Ort des Gerichts wohnender, Advocat zugleich Procurator.

Jeder, durch Rechtskenntnisse dazu qualificirte, Mann, außer den Mitgliedern der Landesgerichte (die jedoch ihre und ihrer Kinder Sachen vertheidigen können) (5) und den ordentlichen Professoren der Rechte auf der Landes-Universität (6), der in der, von einem Landesgericht mit ihm deshalb angestellten, Prüfung (7) hinreichende Beweise seiner Rechtskenntnisse gegeben hat, kann die Advocaten-Matrikel erhalten, welche ihm, nach vorgängiger Ableistung des Advocaten-Eides (8), von einen Landesgericht ertheilt wird und das Recht giebt, sowol bei diesem, als bei den andern Gerichten die Advocatur zu treiben.

Es hängt aber von der Wahl der Parthei ab, eines einheimischen oder auswärtigen, jedoch

zur Beobachtung der einheimischen Gesetze verbundenen, Advocaten sich zu bedienen (9).

Die, von einem, am Ort des Gerichts nicht wohnenden, Advocaten angefertigten, Schriften müssen bei Vermeidung der Rejection von einem, von jeder Parthei sub poena constituendi ex officio zu bestellenden, in loco Judicii wohnenden, immatriculirten, Anwald vor ihrer Einreichung unterschrieben werden (10).

Advocaten sind bei den Landesgerichten in der Regel in allen Sachen (11), bei den Niedergerichten aber nur beschränkt (12) zulässig.

Der Procurator und, wenn keiner nothwendig oder bestellt ist, der Sachwald muß bei constitutionsmäßiger Strafe von 6 Rthlr. M. M. (13) gleich bei der ersten Eingabe durch eine Vollmacht sich legitimiren oder, wenn alsdenn die Beibringung derselben noch nicht möglich sein sollte, bei der Unterschrift de rato caviren und die Vollmacht bei der nächsten Schrift übergeben (14). Die Vollmacht muß in der gewöhnlichen Form (15) abgefaßt, von der Parthei unterschrieben und besiegelt (16) und auf deren Erben oder Nachfolger gerichtet sein (17) obgleich es nicht unzulässig ist, daß die Parthei den Anwald persönlich legitimirt (18).

(1) Die, LGGEV. §. 409 verheißene, Procuratoren-Ordnung ist noch nicht publicirt. Wolf Repert. S. 9.

(2) H. u. LGO. I. 6.). 3. GCO. I. 5. §. 1.

(3) H. u. LGO. I. 6. §. 11. Fürstbrüderl. Vergl. v. 1622. (N. S. II. 719).

(4) H. u. LGO. I. 6. §. 13. GCO. I. 5. §. 1.

(5) H. u. LGO. I. 3. §. 1. 4. I. 3. GCO. I. 2. §. 1. 3. §. 2.

(6)

(6) H. Fr. V. v. 11 Januar 1781.

(7) H. u. LGO. I. 6. §. 1 u. 2. GCO. I. 5. §. 1. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 1. und v. 20 Febr. 1807. Nach der H. u. LGO. I. 6. §. 12 (nicht nach der GCO.) sollen die Hof- und Landgerichtlichen Procuratoren pro gradu disputirt haben, welche Vorschrift H. Fr. W. V. v. 7 April 1711 (St. S. II. 9.) auch auf die Advocaten ausdehnt; das, in diesem Fall wegfallende, Examen scheint sich daher nur auf die Advocaten beschränkt zu haben. Gegenwärtig findet die, aus einer Proberelation und einem mündlichen Examen bestehende, Prüfung nur bei Nichtgraduirten Statt, und wird vom Doctorgrad, der aber im Strelitzischen überall keine Advocatur-Erforderniß ist, leicht landesherrlich dispensirt. Ueber das ältere Verfahren s. *Laurent Stephani* de officio judicis Lib. IV. c. 3. n. 8.

(8) H. u. LGO. I. 6. §. 1. GCO. I. 12. §. 9. Die Eidesformel ist aus der HGO. v. 1568 in H. u LGO. I. 18. aufgenommen und sowohl bei den Justiz-Canzleien (GCO. I. 12. §. 9.) als beim Consistorium (C. J. K. §. 12) üblich.

(9) H. u. LGO. I. 6. §. 3. II. 5. §. 2. 8. §. 1. GCO. I. 5. §. 2 u. 9. II. 8. §. 11. *Resolut. ad gr. jud.* 14. LGGEV. §. 405 u. 407. Auch auswärtige Notarien sind zulässig. wenn sie ihr Amt nur nicht in den Herzoglichen Landen ausüben. H. F. F. V. v. 29 März 1787. (Schr. I. II. n. 91.)

(10) H. u. LGO. I. 6. §. 3. GCO. I. 5. §. 1. 2. 3 u. 8. LGGEV. §. 407. H. u. LGGB. v. 27 Januar 1597, v. 11 Jul. 1668, v. 13 Januar 1674 u. v. 21 April 1703. I. M. Schwerin V. v. 21 März 1703, 3 Jul. 1709 und 8 Febr. 1748. (M. S. II. 7. 8. 12). II. M. Strelitz. St. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 2. v. 1 Sept. 1769 u. v. 24 August 1787.

(11) S. die, in den Anmk. 9 u. 10 gedachten, Gesetze; unzulässig sind sie bei mündlichen und insonderheit fiscalischen, Verhören, bei Vernehmung über Positionalartikel (§. 51) und bei Ehe- und Verlöbnißsachen armer und geringer Personen (H. A. ꝛ IV. V. v. 26 Nov. 1778).

(12) J. M. §. 4 u. 5.
13) H. C. L. B. v. 16 Dec. 1755. (M. S. II. 57) H. u. LGGB. v. 17 Jul. 1576, v. 6 May 1756, v. 19 Januar 1769, v. 25 Januar 1779 und v. 15 Jul. 1780. II.
(14) H. u. LGO. II. 7. §. 1. GCO. I. 5. §. 8. II. 7. §. 1. H. Fr. W. B. v. 3 Jul. 1709 (M. S. II. 8.) H. C. L. B. v. 16 Oct. 1755 (M. S. II. 57) H. F. F. B. v. 2 Febr. 1792. §. 23. 13. (Schr. I. II. n. 135.) H. u. LGGB. v. 12 April 1575, v. 17 Januar u. v. 17 Jul. 1576, v. 22 Januar 1595, v. 26 Januar 1596, v. 25 Januar 1599, v. 25 Januar 1609, v. 22 Januar 1613, v. 17 Januar 1674, v. 20 April 1707, v. 14 Januar 1708, v. 6 März 1756, v. 19 Januar 1769 u. v. 15 Jul. 1780. II. n. 8. Schw. GB. v. 1 Jun. 1686 u. v. 6 Januar 1779. (Schr. I. II. 32.) C. J. K. §. 13. *Warnemunde* Sect. III. Tit. 3. §. 4. In Judicialsachen des H. und LG. soll die Vollmacht nicht in eigenen Schriften übergeben werden (H. u. LGGB. v. 25 Januar 1779) und bedarf es überhaupt nur der Legitimation des Judicial-Procuators, nicht des Sachwalds (Beiträge V. S. 267); bei eben diesem Gerichte ergehen, auch in strelitzschen, Sachen die Aufgaben und Fristen zur Legitimation an den An- oder Sachwald in Smi Suerinensis Namen.
(15) Das, (nicht ganz zweckmäßige) Formular ist in der GCO. I. 5. abgedruckt; s. Wolff Rep. 611. sie soll nicht auf eine einzelne Handlung, sondern auf die ganze Sache gehen (HGO. v. 1568. Tit. v. Advocaten §. 9 und GCO. II. 5. §. 8. vergl. jedoch *Warnemünde* sect. III. Tit. 8. §. 6 und Wolff Rep. 611.) und erstreckt sich nicht auf Gelderhebungen. M. R. S. II. n. 92.
16) H. u. LGO. I. 6. GCO. I. 5. H. u. LGGB. cl. I. n. I. H. F. W. B. v. 3 Jul. 1709. (M. S. II. 8.) H. Fr. Fr. B. v. 2 Febr. 1792. §. 13. Str. G. B. v. 9 Oct. 1797. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 8. §. 7. Ueber die Syndicats-Instrumente und Vollmachten der Communen s. H. Fr. W. B. v. 3 Jul. 1709 u. H. F. F. B. v. 2 Febr. 1792. §. 24.

(17) Vergl. J. R. A. §. 99, und das, Anmk. 15. gedachte Formular.

(18) H. Fr. W. V. v. 3 Jul. 1709 (N. S. II. n. 8).

*) Ueber die vorgeschlagene Einschränkung der Zahl der Advocaten s. Wolff Repert. S. 9.

§. 29.

Im Allgemeinen ist die Bestimmung des Advocaten die mündliche oder schriftliche Vertheidigung der Rechte seiner Parthei; die des Procurators aber die Unterschrift und Ueberreichung der Eingaben, der Auftritt vor Gericht, die Einführung der Parthei oder des auswärtigen Advocaten und die Auslösung der gerichtlichen Erkenntnisse (1).

Insonderheit liegt dem einen, wie dem andern ob:

1) die, ihm von Einheimischen oder Ausländern aufgetragenen Sachen, wenn sie mit seinem Gewissen sich vertragen, zu übernehmen (2), dagegen aber
2) ungerechte Sachen abzulehnen (3)
3) die, ihm vom Gericht übertragenen, Sachen armer Partheien unentgeldlich zu führen (4)
4) nicht mehr Sachen zu übernehmen, als er gehörig betreiben kann (5)
5) die, einmal übernommenen, Sachen ohne hinreichende Ursache und gerichtliche Entscheidung nicht abzugeben, sondern zu Ende zu bringen (6) und
6) mit Treue, Redlichkeit, Fleiß und Bescheidenheit zu führen (7), wogegen er in dieser Führung nicht intimidirt werden soll (8)

7) die Rechte der Parthei selbst wahrzunehmen und die Schriften selbst anzufertigen (9), mithin die Arbeit eines anderm Advocaten nicht für die seinige auszugeben (10) und, obgleich er die, ihm von einem andern zugesandten, Schriften unterschreiben kann, den Namen des wahren Concipienten am Ende der Schrift anzugeben (11)

8) die Heimlichkeiten seiner Parthei nicht zu offenbaren (11)

9) vollständige Manual-Acten zu halten (13)

10) den, durch seine Nachlässigkeit und Versäumniß seiner Parthei verursachten, Schaden zu erstatten (14)

11) mit den gesetzlichen oder herkömmlichen Procuratur- und Advocatur-Gebühren (15) sich zu begnügen (16), mit seiner Parthei kein Vorgeding, Vorwort oder pactum de quota litis zu machen (17) und bei der gerichtlichen Moderation seiner Rechnung sich zu beruhigen (18).

Die Vernachlässigung der Advocatur- oder Procuratur-Pflichten wird, nach Umständen, mit Verweis, Geldbuße, Suspension oder Remotion bestraft (19).

Die Procuratoren haben im allgemeinen und die Advocaten in Ansehung ihrer Amtsführung ein forum privilegiatum bei dem Gericht resp. ihrer Anstellung und der Hauptsache (§. 14. und 21.)

(1) H. u. LGO. I. 6. §. 3. 7. 11, §. 13 ff. S. C. D. v. 1637. §.; als sollen. GCO. I. §. 9. H. K. W. B. v. 26 Jul. 1702 (Spalding Repert. S. 23.) Zur Wiedererhaltung der vorgeschossenen Sporteln findet aber gegen die Parthei die gestracks-

strackteste Execution Statt. H. u. LGO. I. 6. §. 11. GCO. I. 5. §. 10. II. 11. §. 6. H. F. W. V. v. 26 Jul. 1702. (Spalding 23.) u. v. 21 März 1703. (N. S. II. 7.) H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748 (das. n. 12.) u. v. 26 April 1749. (das. n. 13). H. u. LGGB. v. 22 Januar 1594, v. 20 Januar 1634 und v. 13 Januar 1674.

(2) H. u. LGO. I. 6. §. 4 u. 5. 18. LGGEB. §. 406. H. u. LGGB. v. 11 Juny 1575 und v. 17 Juny 1576.

(3) H. u. LGO. I. 6. §. 4—6. 18. GCO. I. 5. §. 4 u. 5. H. u. LGGB. v. 17 Januar 1576. Ueber ihre Verbindlichkeit zur Ableistung des juramenti calumniae HGO. v. 1568. Tit.: wie es mit dem Eydt vor Gefährde. H. u. LGGB. v. 17 Januar u. v. 8 Oct. 1576 und v. 13 Oct. 1579. Str. GB. v. 4 Febr. 1712.

(4) H. u. LGO. I. 13. §. 1. II. 6. §. 1. S. C. O. §. 9. GCO. I. 11. H. u. LGGB. v. 13 Januar 1671. Str. GB. v. 5 Sept. 1769 und v. 24 August 1784, auch die Sachen armer Kirchen. H. G. A. V. v. 20 März 1687 (N. S. I. 3 u. 58); allein die arme Parthei muß, wenn sie zu besserem Vermögen kommt oder die Sache gewinnt, die Gebühren erstatten. H. u. LGO. I. 23.

(5) H. u. LGO. I. 6 §. 4. 7 ue 17. GCO. I. 5. §. 3. u. 25. H. Fr. V. v. 26 Febr. 1776. II. (N. S. II. 251) H. u. LGGB. v. 17 Januar 1590. R. G. O. P. I. Tit. 7. §. 4 ff. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 8. §. 2 u. 3.

(6) H. u. LGO. I. 18. GCO. I. 12. §. 9. H. u. LGGB. v. 11 Jun. 1575, v. 17 Jun. 1576 u. v. 28 Januar 1596.

(7) Z. B. die Sache treu und wahrhaft und ohne Anzüglichkeiten vortragen (§. 26), durch unnöthige Fristen nicht aufhalten (§. 44), seines Nutzens halber der Parthei vom Vergleich nicht abrathen. GCO. I. 5. §. 26.

(8) LGGEB. §. 406.

(9) H. u. LGO. I. 6. §. 8. H. u. LGGB. v. 17 Januar 1576, v. 21 April 1578 u. v. 17 Jun. 1590.

(10) H. Fr. W. V. v. 14 August 1694 (N. S. II. 5.)

5.) H. u. LGGB. v. 17 April 1686. Sch. G. B. v. 1 Jun. 1686 (Schr. I. II. S. 63).

(11) H. Fr. W. V. v. 14 August 1694. (LL. S. II. n. 5) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792 (Schr. I. II. n. 135) u. v. 20 Januar 1800 (daſ. n. 191) H. u. LGGB. v. 15 Jul. 1780. II. n. 7.

(12) H. u. LGO. I. 18. GEO. I. 12. §. 9.

(13) H. u. LGO. I. 6. §. 16.

(14) H. u. LGGB. v. 17 Januar 1576. Str. GB. v. 4 Febr. 1712. n. 9. Das Verſehen des auswärtigen Sachwalds gegen die Landesgeſetze und Rechte wird aber von der Parthei gebüßt. LGGEv. §. 404. Ob die Parthei wegen des Verſehens des Sachwalds vor deſſen Excuſſion zu reſtituiren? ſ. Jargow in Klüver Thl. II. S. 744. Anmk. 6. *Engau* Decis. et Resp. P. I. n. 393. Die bejahende Antwort iſt auch der Mecklenburgiſchen Praxis gemäß.

(15) Die Advocatur- und Procuratur-Gebühren werden auch im Schwerinſchen in altem Golde bezahlt. H. F. V. v. 8 Jul. 1764 (Realregiſter zur LL. S. II. S. 10. vergl. Wolff Repert. S. 9.) mit Ausnahme der, in N ⅔tel Statt habenden, Gebühren der Kirchenprocuratoren in Kirchen- und milden Stiftungs-Sachen (Schr. I. II. n. 131). Vergl. über dieſe Gebühren überhaupt H. u. LGO. v. 1568. Tit. von Belohnung der Advocaten, nämlich: pro arrha 2 rth., für den Libell, Exceptione et Litiscontestatione 1 rth. und „die andern Sätze ſollen von Gericht mehr nach „dem Fleiß, als nach ihrer Gröſſe taxirt werden.“ Dieſe Gebühren (Salarium H. u. LGO. I. 6. §. 7.) ſind gegenwärtig 1) für jeden conſtitutionsmäßig und ſachgemäß geſchriebenen Bogen 1 thl. (Dirmar IItes Suppl. S. 51. Schr. I. II. n. 107 u. 140), wobei jedoch die erſte und letzte Seite nur dann für voll bezahlt wird, wenn ſie zum wenigſten über die Hälfte beſchrieben iſt (H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792 §. 11) und überhaupt mehr auf den innern Werth, als auf die Stärke geſehen und für unnütze, weitſchweifige, nur leeres Gewäſch enthaltende, Schriften nichts, nicht einmal die Schreibgebühren, bezahlt werden ſollen. (H. F. F. V. v. 5 Sept. 1793 in Schr.

I. II. n. 140. Dirmar a. a. O. vergl. H. u. LGO. I. 6. §. 7) 2) für einen gerichtlichen Termin 2 thl. 3) für die arrha 2 thl., welche jedoch bei dem H. u. LG. dem Procurator zwar in Judicialsachen in jeder Instanz gebührt, allein in Extrajudicialsachen dem, in die Kosten verurtheilten, Gegner nicht zur Last fällt. M. R. S. I. n. 11 u. 55. II. n. 143 u. 166. 4) der Procurator, wenn er nicht zugleich Sachwald ist, erhält beim H. u. LG. für den ersten Bogen einer Eingabe 6 ßl., für jeden der folgenden Bogen aber nur 5 ßl. (nach dem H. u. LGGB. v. 17 Januar 1590 nur 1 ßl. Lübsch), bei den Justizcanzleien aber gewöhnlich 6 ßl. (von Tertelbladt Archiv II. S. 104) Subscriptionsgebühren, welche aber für die Unterschrift des Duplums und der Anlagen nicht Statt haben (v. Tertelbladt II. 104) und beim H. u. LG. nur in Judicialsachen dem, in die Kosten verurtheilten, Gegner zur Last fallen. M. R. S. I. n. 11 u. 55. II. n. 143 u. 164. 5) der Procurator erhält beim H. u. LG. für jeden Judicial-Anruf 24 ßl. Bei den Niedergerichten findet, wenn die Vollmacht ein Anders nicht ausdrücklich bestimmt, für den Verdienst der Advocaten nur die Hälfte der obergerichtlichen Taxe Statt. (M. R. S. II. n. 166.) und fällt auch diese dem Gegner nicht zur Last (§. 86). Ueber die Liquidationsgebühren (§. 127) und über den Anfang des Zinsenlaufs auf das Honorar uns die Auslagen s. M. R. S. II. n. 91.

(16) H. u. LGO. I. 18. LGGGB. §. 409.

(17) H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. Belohnung der Advocaten. §. 1. u. v. 1568 ibid. §. 1 u. 3. H. u. LGO. I. 18. GGO. I. 5. §. 20. Letztere rechnet dahin auch die Cession der Klage (§. 24).

(18) H. u. LGO. I. 18. GGO. I. 12. §. 9. Daher kann der Sach- oder Anwald gegen gerichtliche oder Moderator-Decrete seiner Rechnung kein Impugnativ-Rechtsmittel einlegen: Beiträge VI. Abh. XXV. §. 5. M. R. S. I. n. 17.

(19) H. u. LGO. I. 6. §. 7. 13. §. 1. GGO. I. 5. §. 26. II. §. 1. H. C. L. V. v. 20 April 1750. (Real-Regist. zur 47. S. II. S. 10)

§. 30.

c) durch Vorträge;

aa) schriftliche.

Die Rechtsverfolgung geschiehet vor den Landesgerichten in der Regel durch schriftliche Vorträge, welche neben einer natürlichen Ordnung und zweckmäßigen, deutlichen Darstellung der Materialien, in einem richtigen Ausdruck und einer reinen, fließenden, gesetzten und ungekünstelten Schreibart, ohne Ziererei und Prunk in Worten und Redensarten abgefaßt sein und ihren Gegenstand und die Gründe des Gesuchs wahr, kurz und deutlich, ohne überflüssige Allegationen, und ein angemessenes Gesuch enthalten sollen (1). Die heilsame Clausel ist zwar nicht besonders vorgeschrieben, allein üblich.

So viel insonderheit die äußere Form betrifft; so ist der, ehedem auch in Mecklenburg übliche (2), articulirte Vortrag in Gemäßheit der Reichsgesetze abgeschaft (3). Die gerichtlichen Eingaben müssen auf einem ganzen Bogen, wenn gleich nicht von feinem, doch weißem, Papier, in Foliumformat (4), rein, leserlich, ohne Interlineationen, Correcturen und Marginalien geschrieben und die einzelnen, im Quartformat gebrochenen und die Rubrik, ohne welche keine Schrift übergeben werden darf, auf der obern Hälfte der zweiten Seite des letzten Bogens enthaltenden, Bogen zusammengeheftet sein (5). In der Eingabe muß nicht allein Jahr, Monath und Tag (6), sondern auch Namen, Stand, Wohnort (7) und Proceß-Eigenschaft der Partheien, jedoch

ohne

ohne unnöthige Wiederholung und Ausdehnung ihrer Titel, so wie auch der Haupt- und die Neben-Puncte des Streits enthalten sein und sollen insonderheit die alten Titel der Partheien beibehalten, neben denselben aber auch die neuen gesetzt werden (8). Die Eingaben müssen constitutionsmäßig geschrieben (9) und paginirt (10) sein und wenn ihre Mittheilung gewünscht oder erwartet wird, nebst den Beilagen mit einem, gut und leserlich geschriebenen, mit der, für das Gericht bestimmten Abschrift übereinstimmenden und gleichmäßig paginirten, vom Concipienten unterschriebenen, Duplum übergeben werden (11). Ueberflüssige und irrelevante Anlagen sollen nicht beigebracht und noch weniger ihr wörtlicher Inhalt im Text selbst wiederholt werden (12), die beigebrachten Anlagen aber weder unsignirt, noch mit willkührlichen Zeichen, sondern mit fortlaufenden Buchstaben oder Zahlen, dergestalt, daß wenn der Kläger Buchstaben gewählt, Beklagter sich der Zahlen zu bedienen hat, bezeichnet und die Nummern oder Lettern der Anlagen allemal, sowol auf der Rubrick, als am Rande der Schrift selbst bemerkt werden (13). Jedes Exhibitum muß mit der Unterschrift des Principals und des Anwalds versehen sein (§. 27.) (14), es ist jedoch weder üblich, noch erforderlich, daß die des erstren eigenhändig sey.

Alle Schriften werden im Namen der Parthei in erster Person abgefaßt und wird der Name des Exhibenten, ohne Rücksicht, ob er Kläger oder Beklagter ist, zuerst gesetzt.

(1) H. u. LGO. I. 5. §. 1. 6. §. 7. 18. GCO. I. 5. §. 12. H. C. L. V. v. 26 April 1749 (17. S.

S. II. 13.) H. F. V. v. 21 März 1771 (daſ. n. 20.) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 1—3. (Schr. I. II. n. 35.)

(2) H. u. LGO. II. 11. §. 1. In denjenigen Sachen, worin Zeugen abzuhören oder das Gegentheil responsiones singulares nothwendig, mußte die Klage „in gewiſſe, beſtändige Articul begriffen werden", in andern Sachen konnte aber ſummariſch geklagt werden; hierauf gründete ſich der Unterſchied zwiſchen articulirter und ſummariſcher Klage (H. u. LGO. II. 12. §. 1.), libellus articulatus et summarius, Libell und ſummariſcher Klage (daſ. II. 11.), daher hießen die Zuſätze zum Klagelibell articuli additionales vel declarativi (daſ. II. 18. §. 2.), Ausdrücke, welche die G. C. O. nicht mehr hat.

(3) GCO. II. 11. §. 1. 23. §. 1. *Resol. ad gr. jud.* 8. Frank A. u. N. M. XV. 7. Ausnahme findet ſich im fiscaliſchen Proceß (§. 116.), auch iſt ein libellus punctatus (GCO. a. a. O. u. II. 5. §. 15.) und die Eintheilung in §§. zuläſſig.

(4) GCO. I. 5. §. 12. H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. XI. lit. a. H. u. LGGB. v. 15 July 1780. II. 1; nach letzterem iſt auch der halbe Umſchlagsbogen unterſagt.

(5) H. u. LGO. v. 1558 u. 1568. H. u. LGO. I. 6. §. 8, 9 u. 15. II. 44. 6. GCO. I. 5. §. 4. H. u. LOGB. v. 2 May 1571, 12 April 1575, 17 Januar 1576, 13 Jan. 1674, 21 April 1703 u. 15 July 1780. II. Schw. GB. v. 6 Jan. 1779 und Str. G. B. v. 5 Sept. 1792.

(6) H. F. W. V. v. 21 May 1703 (17. S. II. 7.) H. F. V. v. 21 März 1771. (daſ. n. 20.)

(7) Inſonderheit muß beim H. u. LG. in ſtargardiſchen und Einwohner der Stadt Schwerin betreffenden, Sachen auf dem Rubrum bemerkt werden, daß der Wohnort im Strelitzſchen belegen oder die Altſtadt Schwerin iſt. H. u. LGGB. v. 15 July 1780. II. n. 9 u. 10.

(8) H. u. LGO. v. 1568. Tit. von Advocaten. §. 6. H. u. LGO. I. 6. §. 9 u. 10. GCO. I. 5. §. 15 u. 16. H. C. L. V. v. 1 July 1686. (17. S. II.) H. F. W. V. v. 14 Aug. 1694 (daſ.

n. 5.), v. 31 März 1696 (daſ. n. 6.) und v. 21 May 1703 (daſ. n. 7.) H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748 (daſ. n. 12.) H. Fr. V. v. 21 März 1771 (daſ. n. 20.) und v. 31 Jan. 1744. §. 4. H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 3 u. 10 H. u. L G G B. v. 17 Jan. 1576 und v. 15 July 1780. II 4. u. 5. Schw. G. B. v. 6 Jan. 1779. (Schr. I. II. 32.) und Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 5.

(9) H. u. L G G B. v. 17 Jan. 1590. H. u. L G O. II. 44. §. 4 u. 5. G G O. v. 1612. §. 28. G G O. II. 45. §. 3 u. 4. H. F. W. V. v. 21 März 1703. H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 11; der Bogen ſoll nämlich nur auf den dritten Theil gebrochen ſein und jede Seite wenigſtens 24 Zeilen und jede Zeile 28 bis 30 oder allermindeſtens 25 Buchſtaben enthalten, auch das Geſuch, die Allegationen und ein Abſatz beim Anfang einer neuen Periode nicht weiter, als höchſtens auf den vierten Theil eines Zolls eingerückt werden. H. F. V. v. 21 März 1771. (Z. S. II. 20.) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 11. H. u. L G G B. v. 15 July 1780. II. 3. Die G G O. I. 5. §. 12. ſchreibt ſogar die Zahl der Bogen einer jeden Gattung von Schriften vor, allein dieß iſt längſt außer Gebrauch.

(10) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 11. H. u. L G G B. v. 15 July 1780. I. 1. Schw. G. B. v. 6 Jan. 1779. Str. G. B. v. 5 Sept. 1792.

(11) H. u. L G G B. v. 1558. Tit. von Klagen §. 2. u. 3. Tit. v. weitrem Proceß §. 2. H. G B. v. 1568. ibid. H. u. L G O. I. 6. §. 14. II. 12. §. 1. H. F. W. V. v. 31 März 1696 und v. 21 May 1703. H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748 und v. 26 April 1749. H. F. V. v. 21 May 1771. H. F. F. V. v. 2 Febr. 2792. §. 15. Schw. G. B. v. 6 Jan. 1779.

(12) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 5.

(13) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 11. H. u. L G G B. v. 15 July 1780. II. 2. Schw. G. B. v. 6 Jan. 1779. Str. G. B. v. 21 Oct. 1796.

(14) H. u. L G B. I. 6. §. 5. G G O. I. 5. § 8. u. 18. *Res. ad grav. jud.* 14. u. 18. L G G E B. §. 407. H. C. L. V. v. 17 März 1662 u. v. 26 Febr. 1678. H. Fr. W. V. v. 31 März 1696. (Z. S. II. 6.), v. 21 May 1703 (daſ. 7.)

7.) u. v. 3 July 1709. (daſ. 8.) H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748 (daſ. 12.) u. v. 26 April 1749 (daſ. 13.) H. F. V. v. 21 März 1771 (daſ. n. 20.) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 12. H. u. LGGB. v. 2 May 1571, 28 Jan. 1574, 12 April 1578, 21 Januar 1595, 26 Jan. 1596, 28 Jan. 1597, 11 July 1668 u. 15 July 1780. II. 7. Auch der Cammer-Procurator muß ſeine Exhibita mit ſeinem Namen eigenhändig unterſchreiben, vergl. Strelitzſches Canzlei-Reſcript v. 27 März 1767 ad acta Procur. Cam. c. von Oertzen puncto Kornpächte. Nur in Anſehung des Procuratoris fisci findet eine Ausnahme Statt. In Behinderungsfällen kann ein andrer Procurator, der einer beſondern Legitimation nicht bedarf, für den eigentlichen Procurator unterſchreiben.

*) Einmal übergebene Schriften ſollen von den Partheien nicht wieder zurückgenommen werden. H. u. LGGB. Cl. I. n. 9. Die Einſicht der Acten ſteht der Parthei und ihrem An- und Sachwalde zwar frei, allein nicht anders als auf vorgängige Geſtattung des Gerichts und in Gegenwart des Regiſtrators. H. u. LGO. I. 7. §. 8. GCO. I. 6. §. 5. H. F. W. V. v. 14 Aug. 1694 u. v. 21 May 1703. H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748, weshalb die Partheien und ihre Anwälde nicht in die Gerichtsregiſtratur gehen ſollen. H. u. LGO. I. 7. §. 5. GCO. I. 5. §. 7 u. 25. II. 12. H. G. L. V. v. 1 Jun. 1686. H. F. W. V. v. 14 Aug. 1694 u. v. 21 May 1703. H. C. L. V. v. 5 Oct. 1714. H. u. LGGB. v. 10 July 1714. Im Strelitziſchen kann jedoch jeder Gläubiger, nach vorgängiger Anmeldung beim Regiſtrator, die Concurs-Acten einſehen. Str. G. B. v. 30 April 1770. Nach Schw. G. B. v. 6 Jan. 1779 ſoll die Acten-Einſicht nur am Nachmittage vorgenommen werden. Ueber das Acten-Inſpections-Recht des Fiscals ſ. §. 114. Auch Abſchriften gerichtlicher Acten dürfen nur auf gerichtliche Erlaubniß ertheilt werden. H. u. LGB. I. 7. §. 6. 8. §. 2. 9. §. 1. 19. GCO. I. 6. §. 1. u. 6. H. u. LGGB. v. 12 April 1575.

§. 31.

bb) mündliche.

Mündliche Vorträge müssen, wo sie überhaupt zulässig (§. 33.), im Allgemeinen die, auf sie anwendbaren, Erfordernisse der schriftlichen haben und, gleich ihnen, erschöpfend, angemessen, bescheiden, kurz und verständlich sein und in keine Wiederholung der Acten verfallen (1).

(1) H. u. LGO. I. 6. §. 3 u. 14. II. 9. §. 2. S. C. O. §. 10. f. f. G. C. O. I. 5. §. 7. H. K. V. v. 14 Aug. 1694 (27. S. II. 5.) und v. 21 May 1703. (das. 7.) H. u. LGGB. v. 13 Jan. 1584 und v. 12 July 1709.

Vierter Abschnitt.

Das gerichtliche Verfahren überhaupt.

§. 32.

I. Gerichtliches Gehör, Nothwendigkeit desselben.

Der staatsbürgerlichen Pflicht, der Selbsthülfe sich zu enthalten (§. 22.), steht die Pflicht des Staats, die Gerechtigkeit gebürend zu verwalten, gegenüber.

Die Gerechtigkeit kann und soll aber nicht ohne rechtliches Gehör verwaltet und daher ohne letzteres Niemand verurtheilt und die Rechtspflege nicht mit der Execution angefangen werden (1). Die Verletzung dieser Regel begründet die Nichtigkeit des Verfahrens und des Spruchs (§. 180.)

(1) Lan-

(1) Landes-Reversalen v. 1572. Art. III. „Es soll nicht mit gewaltsamer That oder Zugriff und Einziehung der Güter und Execution, sondern Citation zum Verhör und Erkundigung der Sache verfahren werden, wie solches in göttlichen, natürlichen und beschriebenen Rechten versehen, damit eine jede Einrede und Entschuldigung angehört, Beweis aufgenommen und ordentlich darüber verfahren werde." (Vergl. Spalding Landesverhandlungen I. 72 u. 90.) Revers. v. 1621. Art. 41. C. O. V. §. 1. H. u. LGO. II. 39. §. 1. 40. §. 1. GEO. II. 40 §. 1. 41. §. 1. LGGEV. §. 303, 327 u. 406. Beiträge VI. 282 u. 285. Nur in seltenen Fällen kann gleich Execution erkannt werden z. B. auf öffentliche Anlagen. LGGEV. §. 58, 215 u. 217. *Resol. ad gr. polit.* 10 u. 18. H. u. LGO. I. 14. §. 4. GEO. II. 12. §. 3. und auf Auctions-Rückstände (§. 4. 14); über unclausulirte Mandate. (§. 129.)

§. 33.

2. Eintheilung desselben.

Das rechtliche Gehör ist in Rücksicht auf I. das Maaß desselben entweder ein ordentliches oder ein summarisches (§. 39.) und II. die Art, ein schriftliches oder mündliches.

So wie das ordentliche Verfahren die Regel in allen Sachen ist; so ist es das schriftliche Verfaren bei den Landesgerichten (1), bei welchen das mündliche Verfaren nur Ausnahmsweise Statt hat, theils 1) in höchst eiligen Sachen oder wegen besonderer Armuth der Partheien, zur Anbringung eines einzelnen Antrags (2) theils 2) zur mündlichen Verhandlung einer Sache und ihrer Materialien von Mund aus in die Feder (§. 109.), theils 3) zum Versuch der gütlichen Hinlegung einer Sache (§. 112.), theils

4) zur Verrichtung eines einzelnen Proceß-Acts (§. 80. 82. 102.), theils endlich 5) zur bloßen Proceß-Verhandlung (in der Audienz), welches letztre ehedem allgemein üblich war, gegenwärtig aber nur noch beim H. u. L G. in Judicialsachen Statt hat.

Das mündliche Verhör ist dagegen bei den Untergerichten Regel (3).

Das rechtliche Gehör ist ferner III. entweder ein unmittelbares oder mittelbares, jenes vor dem ordentlichen Richter selbst, letztres aber vor einer Commission, welche für einzelne Handlungen leichter, als zum Betrieb der ganzen Sache, nie aber für die Entscheidung selbst, zulässig ist (4).

(1) H. u. LGO. I. 3. §. 3. II. 10. §. 4. SCO. §. 6. f. f. GCO. II. 2. §. 10. 5. §. 11. *Resol. ad gr. jud.* 4.
(2) GCO. I. 3. §. 9. 5. §. 11. II. 12. §. 1.
(3) HGO. II. 1. §. 4. 5. 11. f. f. GCO. II. 1. §. 4—12. J. O. v. 1770. §. 3—8. H. Fr. V. v. 14 Febr. 1776. (N. S. II. 76.) *Warnemünde* Sect. III. 1. §. 1.
) H. u. LGO. II. 23. GCO. II. 24. vergl. H. u. LGGB. v. 7 Febr. 1777 u. Wolff Repert. 164. die Herzogl. Beamte sollen in causis privatis nicht leicht gerichtliche Commissionen erhalten. (H. Ulrich V. v. 21 Oct. 1596. (N. S. II. 250.) Die tägliche Arbeitszeit besteht bei Commissionen aus 6 Stunden. M. R. S. II. n. 88 Ueber Commissions-Diäten s. H. C. L. V. v. 4 Sept. 1754. (N. S. II. 39.) H. F. V. v. 9 März 1757. (das. n. 40.) u. H. F. F. V. v. 13 Sept. 1800. (Schr. I. II.)

§. 34.

3. Proceßfristen.

Das gerichtliche Gehör hat zu allen Zeiten, mit Ausnahme der Gerichts-Ferien (1), Statt, obgleich auch in denselben der gerichtliche Betrieb der, keinen Verzug leidenden, Sachen zulässig ist (2).

Die Proceßfrist enthielt ehedem in allen Gerichten Mecklenburgs 1) in ordentlichen Sachen einen Zeitraum von 3 Monaten, 2) in summarischen (extraordinairen) Sachen aber von 6 Wochen (3); allein gegenwärtig ist sie weder bei allen Gerichten, noch in allen Sachen gleich. Da, nach den vorhandenen Proceß-Ordnungen, der Proceß größtentheils nicht in Fristen, sondern in Terminen verhandelt ward; so sind ihre Vorschriften nur selten mehr unmittelbar und buchstäblich anwendbar. Spätere Gesetze und Gerichtsgebrauch haben indessen nach ihrer Analogie hierüber folgende Grundsätze gebildet:

I. Die ordentliche Frist der Proceß-Verhandlung enthält bei den Landesgerichten und gewöhnlich (4) auch bei den Untergerichten, sowol in erster, als in fernerer Instanz, einen Zeitraum

1) in ordentlichen Sachen von drei Wochen — Ordnungs-Frist (5), terminus ordinis, terminus ordinarius (6)

2) in summarischen Sachen gewöhnlich von vierzehn Tagen (§. 39.) (7).

II. Die eine und die andre dieser Fristen ist aber

1) ge-

1) gesetzlich für einzelne Proceßhandlungen

a. bald erweitert, z. B. §. 169. 170. 171. 177. 180. und 183. und besteht insonderheit bei dem H. u. L. Gericht in Judicialsachen die Ordnungsfrist aus dem beibehaltenen, vormals allgemeinen, Zeitraum von einem ordentlichen Rechtstage zum andern, mithin von drei Monaten (*).

b. bald verengt (z. B. §. 168.).

2) nach Beschaffenheit der Sache und der Partheien und deren rechtlichen Qualification zum erweiterten oder beschleunigten Verfahren vom Richter erweiterungs- oder verengungsfähig (8).

Der Lauf sowohl der ordentlichen, als der außerordentlichen Frist, mit Ausnahme jedoch der, von Augenblick zu Augenblick gehenden, Beweisfristen und der Fatalien (§. 75. und 162.), fängt, wenn er nicht ausdrücklich a dato decreti bestimmt ist, und somit vom Mittage des Tages, an welchem das Decret ertheilt ist, anhebt (9), von demjenigen Tage an, welcher zunächst auf den Tag der Insinuation folgt, dergestalt, daß dieser nicht mitgerechnet wird (10), und der letzte Tag der Frist demjenigen, dem letztre vorgeschrieben ist, voll zu Gute kommt. Mit Ausnahme dieser, eben genannten, beiden Fristgattungen werden die gesetzlichen und richterlichen Fristen

I. in den H. M. Schwerinschen Landen allemal mit Ausschluß der Gerichtsferien berechnet, letztre mithin auf die Frist ab- und der Parthei zu Gute gerechnet (11), falls

nicht

nicht wegen Gefahr im Verzug oder aus andern Gründen die Ferien richterlich mit eingeschlossen sind (12).

II. im M. Strelitzschen aber als tempus continuum betrachtet und daher die einfallenden Ferien in sie miteingerechnet obgleich vor Ablauf der letztern nicht Ungehorsam angeklagt oder zur Executions-Verwarung oder Vollstreckung geschritten werden darf (13).

Der Regel nach ist die erste und zweite Frist, falls sie nicht ein für alle Mal oder unter finaler Androhung eines Nachtheils gegeben werden, dilatorisch und erst die dritte Frist peremtorisch (14); nur beim H u. L G Gericht ist in Judicialsachen schon die erste ordentliche, von einer Juridik zur andern ertheilte, Frist peremtorisch (15), obgleich die Praxis auch hier eine nochmalige, obwohl kurze, Verlängerung derselben zuläßt (16).

Wenn gleich keine Parthei zur Verzögerung der Sache (17) oder wegen ihrer oder ihres Sachwalds anderweitigen Geschäfte oder Abwesenheit (18) eine Erstreckung der, ihr gesetzlich oder gerichtlich gesetzten, Frist suchen soll; so sind doch rechtmäßige Fristgesuche, bis auf wenige Ausnahmen (19), erlaubt.

Die einzelnen Landes-Proceß-Ordnungen enthalten, die Beweis- und Justifications-Frist abgerechnet (§. 75. und 162.), auch über die Frist-Erstreckung wenig (20); spätere Gesetze setzen darüber aber im Allgemeinen fest, daß sie ohne angeführten und bescheinigten, nöthigenfalls selbst eidlich zu erhärtenden, zu Recht erheblichen, hinreichenden Grund weder gesucht, noch ertheilt werden soll (21). Indessen hat der Gerichtsgebrauch

brauch diesen Vorschriften nur eine modificirte Anwendung gegeben und dagegen folgende Grundsätze eingeführt:

I. Die erste Frist-Erstreckung (also mit Einrechnung der zuerst bestimmten Zeitfrist die zweite Frist, welche letztre Berechnungs- und Benennungsart die der Gesetze ist) wird ohne die, gesetzlich nothwendige (22), Anführung eines impedimenti legalis, aber unter demjenigen Präjudiz ertheilt, unter welchem auf den Fall der Ungehorsams Anklage die Auflage, zu deren Befolgung die Frist gesucht wird, würde erneuert worden sein.

II. Die zweite Frist-Erstreckung (also die dritte Frist überhaupt) wird nicht ohne Anführung eines gesetzlichen Grundes (23), und sub poena purificandi praejudicii ertheilt.

III. Die dritte Frist-Erstreckung (die 4te Frist überhaupt) kann nur aus einem wahren, sehr erheblichen, sattsam bescheinigten, Grunde, meistens ex abundanti, längstens auf 3 Wochen sub poena certissime purificandi praejudicii ertheilt werden (24).

Die erste und zweite Frist-Verlängerung wird in der Regel auf den Zeitraum der Frist, die dritte aber gewöhnlich auf eine kürzere Zeit ertheilt; jede Fristerstreckung geht vom Tage ihrer Ertheilung (a dato, a die decreti) (25) und wird so, wie die Hauptfrist, berechnet, sie muß aber vor dem Ablauf der letztern nachgesucht werden; der gerichtliche Abschlag der Frist bewürkt übrigens, mit Ausnahme jedoch der Fatalien, noch keine Präclusion der Handlung, zu deren

Bes

Behuf sie nachgesucht ward, wenn der Fristsuchende vor der, nicht ex officio, sondern erst auf gegenseitige Ungehorsams-Anklage zu erkennenden, Präclusion die Handlung beibringt (26).

Das Fristgesuch wird mit dem Decret dem Gegentheil auf Kosten des Fristsuchenden abschriftlich mitgetheilt und fallen diese Kosten dem erstern, auch wenn er im Allgemeinen in die Kosten verurtheilt wird, nicht zur Last.

(1) H. u. LGO. II. 42. §. 1. GCO. II. 43. §. 1. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 6. Ueber die Gleichförmigkeit der Ferien in beiden Landesantheilen. s. H. F. F. V. v. 15 Nov. 1809 u. H. C. V. v. 15 Dec. 1809 und über die Judicialgerichtstage des H. u. LGerichts H. u. LGO. I. 1. §. 7, II. 9. §. 1. Beiträge VI. S. 225. Die Ferien sind I. göttliche — alle, in den Herzogl. Landen gefeierte, Sonn-, Feier- und Bettage und die Fasten (über deren Berechnung s. H. F. F. V. v. 8 Febr. 1810)-, Ostern-, Pfingst- und Weihnachtsferien, oder II. weltliche — die Erndte-Ferien.

(2) H. u. LGO. II. 42. §. 2. GCO. II. 43. §. 2. J. O. §. 2; der Praxis nach, auch an Sonn- und Feiertagen.

(3) H. u. LGO. v. 1568. Tit. wie das Hofgericht zu bestellen: §. 2. H. u. LGO. II. 12. §. 6. Fürstbrüd. Vergl. v. 15 Januar 1623. §. 4.

(4) Obgleich die J. O. §. 10 14 Tage vorschreibt; in einigen Stadtgerichten findet die sogenannte Bürgerfrist Statt. *Warnemünde* a. a. O. §. 3.

(5) H. u. LGO. II. 38. §. 1. GTO. II. 24. §. 14. 39. §. 1. H. Fr. V. v. 26 Febr. 1776. n. II. (L. S. II. 251.) „Die gewöhnliche Ordnungsfrist von längstens drei Wochen" *Mantzel* s. *Ackermann* diss. de processu executivo §. 3. M. R. S. I. 28. In der V. v. 26 Febr. 1776 und in dem Bericht der J. C. zu Schwerin v. 1786 (in Zettelbladt I. 361) wird mit Recht bemerkt, daß eine O. F. mit Einschluß der Decretur,

tur, Ausfertigung und Insinuation über einen Monat enthält.

(6) H. u. LGO. II. 32. §. 4. GCO. II. 33. §. 4.

(7) GCO. II. 24. §. 14. (die H. u. LGO. hat diese Stelle nicht).

*) H. u. LGO. I. 4. §. 1 u. 2. 37. §. 7. H. C. L. V. v. 31 März 1753. (N. S. II. 28) „Die Rechtsfristen von einer Juridik zur andern enthalten drei citationes dilatorias und sind mithin für peremtorisch zu halten." H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 4. Beiträge V. Abh. XX. §. 12 u. 22, VI. Abh. XXV. §. 17, jedoch hat diese Frist nur für die Judicialtheile, nicht für die Extrajudicialtheile dieses Processes Statt, z. B. nicht für das Beweis-Verfahren. (§. 75.)

(8) H. u. LGO. II. 12. §. 4 u. 5. 32. §. 4. GCO. II. 24. §. 14. §. 33. §. 4. H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 4. n. 1.

(9) M. K. S. II. n. 115.

(10) v. Zettelblädt Archiv, I. 328.

(11) H. F. V. v. 26 Febr. 1776. (N. S. II. 251.): im H. u. LGericht werden auch in Strelitzschen Sachen die, in dieser Verordnung enthaltenen, Grundsätze befolgt.

(12) Wozu das Gericht allerdings befugt ist. H. u. LGO. II. 42. §. 2. Schw. C. O. §. 17. GCO. v. 1612. §. 12 u. 13. H. Fr. V. v. 26 Febr. 1776.

(13) Str. G. V. v. 3 Febr. 1770.

(14) H. u. LGO. II. 12. §. 3. GCO. II. §. 5. H. C. L. V. v. 31 März 1753. (N. S. II. 28.) H. u. LGGB. v. 12 Oct 1799. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 17 u. 19. Eine Ausnahme scheint in Ansehung der Untergerichte in J. O. §. 7. enthalten zu sein, obwohl die Praxis entgegen ist.

(15) H. å. LGGB. v. 12 Oct. 1799. H. C. L. V. v. 31 März 1753. s. Anmk. *).

(16) H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799.

(17) H. u. LGO. I. 17 u. 18. GCO. I. 5. §. 21. H. F. W. V. v. 14 Aug. 1694. (N. S. II. 5.) u. v. 2 May 1703 (N. S. (das. n. 7.) H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748. (n. 12.)

(18) H. u. LGO. II. 7. §. 3. GCO. II. 7. §. 3. H. F. W. V. v. 14 August 1694 und v. 2 May 1703.

1703. (L7. S. II. n. 7.) H. C. L. V. v. 8 Februar 1748 (das. n. 12.) H. F. V. v. 26 Febr. 1786 (das. n. 251.) insonderheit soll nicht das bloße Vorgeben, eine Sache stehe zum Vrgleich oder sei verglichen, zur Fristertheilung hinreichen. H. F. W. V. v. 2 May 1703. H. u. LGGB. v. 21 Januar 1595, v. 28 Januar 1596, v. 17 Januar 1681 u. v. 21 Apr. 1703.

(19) Z. B. Judicial-Fristen, Fristen zur Rechtfertigung des Rechtsmittels. (§. 162.)

(20) H. u. LGO. II. 6. §. 2. GCO. II. 7. §. 2.

(21) H. F. W. V. v. 2 May 1703. H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748. C. J. K. §. 22. H. C. L. V. v. 31 März 1753 (L7. S. II. 28). H. F. V. v. 26 Febr. 1776. n. II. vergl. H. u. LGGB. v. 2 März 1571.

(22) H. F W. V. v. 21 May 1703. H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748, v. 31 März u. v. 11 Aug. 1753. H. u. LGGB. v. 17 Januar 1576.

(23) H. C. L. V. v. 11 Aug. 1753 (L7. S. II. 29). H. F. V. v. 4 Nov. 1776. (L7. S. II. n. 256) H. u. LGB. v. 25 Januar 1779.

(24) H. F. V. v. 26 Febr. 1776. n. II. H. u. LGGB. v. 19 April 1683, u. v. 12 Oct. 1799. §. 3 u. 4. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 7. vergl. H. u. LGO. II. 23. §. 1. GCO. II. 24. §. 1.

(25) M. R. S. II. n. 115.

(26) M. R. S. II. n. 80.

§. 35.

4. Proceß-Gattungen:

a) gesetzlicher oder conventioneller Proceß.

Der Proceß ist

I. der Entstehung und Entscheidungs-Quelle nach, entweder gesetzlicher oder conventioneller Proceß. Obgleich Compromisse auch in Mecklenburg zulässig sind (1), so bin-

bindet doch die Privat-Verwillkührung der Partheien über das Proceß-Verfaren den Richter nur dann, wenn die Abänderung des gesetzlichen Processes entweder im Allgemeinen (2) oder in einzelnen Fällen (3) landesherrlich gebilligt ist.

(1) GCO. II. 14. §. 4. nach dem K. St. R. V. 1. §. 3. findet gegen den Ausspruch des Schiedsrichters kein Rechtsmittel Statt.

(2) Z. B. LGGEV. §. 384. n. 2.

(3) Z. B. bei den Feuer- und Hagelschadens- und dergl. Gesellschaften (§. 9).

(4) M. R. S. II. n. 98. v. Nettelbladt Archiv I. 220.

§. 136.

b) Judicial- und Extrajudicial-Proceß.

II. in Rücksicht auf das Gericht, jetzt vorzüglich auf die Instanz, entweder Judicial- oder Extrajudicial-Proceß (1). Ehedem war jede, durch Erkennung des Citations-Mandats oder Appellations-Processes zum ordentlichen Proceß verwiesene, Sache judicial, jede, dazu noch nicht verwiesene, sondern erst vorbereitete, Sache aber extrajudicial (2). Dieser Unterschied hat indessen durch die Veränderung der Gerichts- und Proceß-Verfassung, dem practischen Nutzen nach, aufgehört und findet nur noch beim H. u. L. Gericht, jedoch dahin modificirt, Statt, daß dort die Sachen erster Instanz extrajudicial, die der weitern Instanzen aber judiciell sind (3).

(1) §.

(1) H. u. LGO. II. 4. 9. 10. Beiträge V. 200 u. 245. Hiermit stimmt gewissermaßen überein die Eintheilung in processum appellationis et simplicis querelae. H. u. LGO. II. 31 §. 3. GCO. II. 3. §. 3. indem letztre der Extrajudicial-Proceß ist.

(2) H. u. LGO. I. 9. §. 2. zusammen gehalten mit II. 10. §. 1 u. §. 3. auch S. C. O. Eingang §; wenn in einer Sache. GCO. I. §. 2. §. 6. 10. §. 1.

(3) Beiträge V. S. 271. Abh. XX. §. 1 u. 12. M. R. S. II. n. 137 u. 144. Beide Proceßgattungen unterscheiden sich in vielen Rücksichten, z. B. des richterlichen Personals (Beitr. V. 200), der Zeit der Gerichtssitzung (§. 34), der facultatis postulandi (§. 28), des Umfangs, und der Peremtorietät der Proceßfristen (§. 34), der General-Citation (H. u. LGO. II. 12. §. 6), der Art der gerichtlichen Anrüfe (§. 23), der gerichtlichen Entscheidung (§. 64), der arrha (§. 28), des mündlichen Vortrags u. s. w. Allein nach der, schon im Anfange des achtzehnten Jahrhunderts entstandenen, Praxis kann auch im Judicialproceß, so weit es bloß auf die Leitung des Processes ankommt, sowohl judicialiter, als extrajudicialiter angerufen und erkannt werden. Beiträge V. 247. s. jedoch Wolf Rep. 164. Die Eintheilung in den Judicial- und Extrajudicial-Proceß ergreift sowohl den ordentlichen, als den summarischen Proceß. Beiträge V. 245. Der Judicialproceß fängt mit der Erkennung des Processes an und hört mit der Urtel auf, dergestalt, daß sowohl das Beweis-, als Executions-Verfahren auch in einer judiciellen Sache extrajudiciell ist. Beitr. V. 271. M. R. S. II.

§. 37.

c) petitorischer und possessorischer Proceß.

In Rücksicht III. auf den Gegenstand des Processes ist derselbe entweder petitorischer

oder

oder possessorischer Proceß, und dort wiederum der ordentliche oder summarische (§. 139. ff.)

§. 38.

d) Haupt- und Neben-Proceß.

In Ansehung IV. des Zwecks ist der Proceß Haupt- oder Neben-Proceß und letzterer entweder Vorbereitungs- oder Incident-Proceß; Gattungen des präparatorischen Processes sind der vorbereitende Erklärungs-Proceß (§. 120.) und der Editions-Proceß (1).

(1) Ueber letztern s. H. u. LGO. II. 26. §. 2. GCO. II. 27. §. 2.

§. 39.

e) ordentlicher und summarischer Proceß.

Nach V. der Verfarungsart ist der Proceß entweder der ordentliche oder summarische (extraordinäre) Proceß (1). Letztrer findet, wie schon aus seiner Benennung hervorgeht, nur ausnahmsweise Statt und ist von Beobachtung der wesentlichen Bestandtheilen eines jeden Processes nicht befreiet (2); er kann mit dem ordentlichen, in Ansehung sowohl mehrerer Gegenstände, als auch desselben Gegenstandes, alternative cumulirt werden.

(1) H. u. LGO. v. 1558. Tit: was für Sachen, §. 2. H. u. LGO. v. 1568 ibid. §. 2. C. G. v. 1570.

1570. Tit. V. §. 11 H. u. LGO. II. 4. §. 1. 36. §. 1. GCP. II. 4. §. 1. 37. §. 1. C. J. K. §. 16. Daher summaria cognitio (H. u. LGO. *II.* 34. §. 3. GCO. 35. §. 3.) causae vel ordinariae vel summariae et extraordinariae (H. u. LGO. *I.* 10. §. 3. *II.* 4. §. 3. 38. §. 1. GCO. *I.* 10. §. 8. *II.* 4. §. 3.) articulirter oder summarischer Proceß (H. u. LGO. *II.* 10. §. 4. GCO. *I.* 10. §. 3. *II.* 4. §. 4. 24. §. 14. 39. §. 1.) ordentlicher oder summarischer Proceß (H. u. LGO. *II.* 14. §. 3. S. C. O. §. 6. GCO. *I.* 2. §. 6. 5. §. 8. 14. §. 4.) ordinarie vel summarie oder summaria oder ordinaria via verfahren)H. u. LGO. *II.* 36. §. 1. S. C. O. Eingang, §; wenn eine Sache. GCO. 1. 2. §. 6. 5. §. 15. *II.* 37. §. 1.) summarie verfahren und verabschieden. (H. u. LGO. *II.* 4. §. 1. GCO. *II.* 4. §. 1.) Der summarische Proceß wird, weil darin die Verhandlungen nicht an den ordentlichen Gerichtstagen gebunden waren, sondern das ganze Jahr hindurch auch außerhalb den ordentlichen Gerichtstagen (extra ordinem, extrajudicialiter) Statt hatten, auch das Verfahren de simplici et plano (H. u. LGO. v. 1568. C. O. v. 1570. V. §. 1.) das Verfahren extra ordinem (H. u. LGO. *II.* 4. §. 1. GCO. *II.* 4. §. 1.), das extraordinäre Verfahreu (H. u. LGO. *II.* 4. §. 1. GCO. *II.* 4. §. 1.) genannt.

(2) CO. v. 1570. Tit. VI. §. 1. (vergl. §. 32. Anm. 1. u. §. 46.)

§. 40.

Der gesetzliche Character der Proceß-Summarietät besteht im Allgemeinen darin, „daß er „kein weitläuftiger, sondern, mit Uebergehung „aller, die Sachen aufhaltenden, Subtilität und „Weitläuftigkeit der Formalien, (jedoch mit Beobachtung der wesentlichen Proceßbestandtheile) „ein gebührlicher, schleuniger Proceß" ist (1). Diese Summarietät äußert sich in folgenden

Thei-

Theilen des Processes; im summarischen Proceß nämlich

I. hatte ehedem auch außer den ordentlichen Gerichtstagen die Verhandlung Statt (§. 39.); dieser Unterschied fällt zwar gegenwärtig weg, allein noch jetzt sind summarische mehr, als ordentliche Sachen zur Verhandlung während den Gerichtsferien geeignet (§. 34.).

II. gehörten ehedem bei dem H u. L Gericht die Sachen gewöhnlich vor dem Extrajudicial-Collegium.

III. hatte vormals ein unarticulirtes und deshalb summarisch genanntes Verfaren Statt (2) (§. 30.), auch kam es ehedem darin weniger auf die gehörige Rubricirung der Eingaben an (3).

IV. war vormals weder die feierliche Litiscontestation nothwendig (§. 51.), noch das Positional-Verfaren zulässig (§. 51.).

V. werden die Partheien Implorant und Implorat genannt (4).

VI. ist die mündliche Instruction der Sache (5) und die mündliche Vorladung (6) zulässiger, als im ordentlichen Proceß.

VII. fallen manche, im ordentlichen nothwendige, Proceß-Förmlichkeiten weg (7).

VIII. Wird auf der einen Seite ein geringerer Grad des Beweises erfordert und vertritt daher die Bescheinigung oft die Stelle des Beweises (§. 70.) (8), wogegen auf der andern Seite in Ansehung sowohl des Klaggrundes, als der zulässigen Einreden ein höherer Grad der Liquidität erforderlich ist. (§. 134.) (9)

IX.

IX. wird lis eher, als im ordentlichen, pro affirmative contestata angenommen (§ 51.).
X. soll die Verhandlung beschleunigt und der Proceß abgekürzt werden (10), weshalb nicht allein
XI. die Fristen beengter, als im ordentlichen Proceß (§. 34.) und überhaupt mehr vom richterlichen Arbitrium abhängig (11) und weniger erstreckbar (12), sondern auch
XII: sowohl die Wiederklage (§. 96.), als verschiedene, bloß dilatorische, Einreden (13) unzulässig sind, auch
XIII. hat gegen den liquiden Klagegrund kein weitläuftiger, sondern nur ein, sofort liquider, Beweis Statt (14).
XIV. beschränkt sich das rechtliche Gehör allein auf die wesentlichen Theile desselben, weshalb manche, im ordentlichen Proceß zulässige, Schrift wegfällt (15) und zuweilen schon auf die Replick erkannt wird (§. 99).
XV. wird das Beweisverfaren gewöhnlich schon mit dem Verfaren erster Instanz verbunden (16).
XVI. hat die Verschickung der Acten nicht so leicht, als im ordentlichen Proceß Statt. (§. 20.)
XVII. haben die Rechtsmittel gegen die richterlichen Erkenntnisse in der Regel nicht den Suspensiv-Effect (§. 167.) (17) und
XVIII. wird auch bei der Execution in beengten Fristen verfaren. (§. 89.)

Allein diese Unterschiede zwischen dem ordentlichen und summarischen Proceß treten nicht bei jeder Gattung des letztern ein; manche Arten des summarischen Processes enthalten nur ein oder das andere dieser Momente der Proceß-Sum-

marietät, nnd gehen übrigens nach dem ordentlichen Proceß, während bei andern Gattungen des summarischen Processes sich wiederum andre Kennzeichen desselben finden; nur der schleunige, summarische Proceß vereinigt alle Eigenthümlichkeiten desselben, die übrigen Gattungen desselben sind aber gewöhnlich aus dem summarischen nnd dem ordentlichen zusammengesetzt (18) und hiernach die summarischen Processe entweder rein-summarische oder vermischt-summarische Processe.

(1) H. u. LGO. v. 1588. Tit. was für Sachen. §. 2. H. u. LGO. v. 1568. das. C. O. v. 1570. Tit. V. §. 1. H. u. LGO. II. 3. §. 1. GCO. II. 4. §. 1.

(2) H. u. LGO. I. 7. §. 9. II. 11. §. 1. 12. §. 1. Daher war ehedem die Klageschrift entweder ein libellus articulatus vel summarius, Libell oder summarische Klage.

(3) GCO. II. 5. §. 15.

(4) Allein nicht bei dem H. u. LGericht, bei welchem diese Benennung nur in der Restitutions-Instanz, im summ. Proceß aber demselben jedoch unpräjudicirlich, die des Klägers und Beklagten üblich ist. M. K. S. 1. n. 33.

(5) H. u. LGO. I. 4. §. 6. II. 1. §. 4. GCO. II. 11. §. 5. *Tornow* de feud. Meckl. P. 1. S. 604.

(6) H. u. LGO. II. 12. §. 5. GCO. I. 7. §. 7.

(7) C. O. V. § 1. z. B. keine formelle Proceß-Erkennung, gewöhnlich wird auf die Original-Acten erster Instanz verhandelt und erkannt, oft keine förmliche Devolutiv-Urtel. H. F. B. v. 4 Oct. 1769. (in Beitr. V. 387.) Beitr. V. Abh. XX. §. 21. M. K. S. 1. n. 56. II. n. 136.

(8) H. u. LGO. II. 4 §. 5. 8. §. 1. 25 §. 3. 34. §. 3. GCO. II. 1. §. 4. 4 §. 4. 21. §. 1. 35. §. 3. *Tornow* de feud. Meckl. P. 1. S. 607. *Mantzel* de processu executivo S. 23. Ob

auch

auch unbeschworne Zeugnisse? s. *Tornow* P. II. S. 342. Daher werden die ordentlichen Sachen im Gegensatz der summarischen diejenigen genannt, welche pleniorem cognitionem (H. u. LGO. II. II. §. 2. GCO. ibid.) oder altiorem indaginem (H. u. LGO. II. 22. §. 1. GCO. das.) erfordern.

(9) H. u. LGO. II. 4. §. 7. GCO. II. 4. §. 6.

(10) H. u. LGO. II. 4. §. 6. GCO. II. 4. §. 5.

(11) H. u. LGO. II. 12. §. 2. u. §. 5. 31. §. 4. GCM. II. 24. §. 14. 33. §. 4. H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1779. §. 44. 1. M. K. S. 1. n. 59.

(12) H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 4. vergl. §. 33 u. 34.

(13) Z. B. des nicht förmlichen Libells.

(14) H. u. LGO. II. 4. §. 7. GCO. II. 3. §. 6. vergl. unten §. 71.

(15) Z. B. die Beweisdeductionen (§. 87.), der Rotulations-Termin (§. 61.) Beiträge V. Abh. XX. §. 20. M. K. S. 1. n. 59.

(16) GCO. I. 2. §. 10.

(17) LGGEB. §. 384, 385 u. 391 vergl. mit H. u. LGO. u. GCO. II. 4. Beiträge V. Abh. XXV. §. 7. *Mantzel* de processu executivo S. 19. Daher bedarf es zur Rechtskraft des Erkenntnisses in summarischen Sachen der Rechtsfrist von 6 Wochen nicht, sondern die Executiou tritt gleich nach Ablauf der Frist des letzten richterlichen Befehls ein. H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. *Mantzel* de processu executivo. S. 19.

(18) So hat z. B. der Executiv-Proceß (§. 132.) die Zahl und Stärke der Fristen des ordentlichen Processes, dagegen aber aus dem summarischen die Nothwendigkeit des liquiden Klaggrundes und die Unzulässigkeit der illiquiden Einreden und Beweismitttel, der Wiederklage, der Duplik, des Rotulations-Termins, der förmlichen Urtel und des Suspensiv-Effects eines Impugnativ-Mittels. Der Proceß in privilegirten Sachen (§. 42.) hat aus dem summarischen Proceß gewöhnlich nur die Unzulässigkeit des Suspensiv-Effects eines Rechtsmittels, die übrigen Bestandtheile aber aus dem ordentlichen Proceß.

§. 41.

Die summarischen Processe sind nicht allein I. entweder reinsummarische oder gemischte (§. 40.), sondern auch II. bestimmte oder unbestimmte (1), III. regelmäßige oder unregelmäßige, je nachdem in demselben vor der Verurtheilung dem Beklagten das Gehör ausdrücklich gestattet wird oder nicht, und IV. ordentlich oder außerordentliche, welche letztre aus besondern Gründen für einzelne Gegenstände mit einem besondern Grad der Summarietät angeordnet sind (2).

(1) Zu erstern gehört z. B. der Executiv- und der Mandats-Proceß.

(2) Z. B. das Gastrecht in Rostock (R. G. O. v. 1586. II. Tit. XI. R. E. V. v. 1788. §. 50. *Caroli Henr. Möller* s. *Elias Mascow* diss. de judicio summario peregrinorum germanice vom Gastrecht occasione ordinationis judiciorum rost. de 1586. P. II. Tit. XI. Rost. 1733. 4. Walther Gustav Dethloff Abh. v. Gastrecht und dem dabei zu beobachtenden Verfahren (Schw. 1795) vergl. Vergl. zwischen der Ritter- und Landschaft und der Stadt Rostock v. 27 Jun. 1793 in M. C. R. I. II. n. XXIV; die Streitigkeiten zwischen den Elbfischern (§. 4) und zwischen den Verpächtern und Pächtern wegen der Kriegsschäden (L. S. II. n. 66. f. f.), Lotterie- und Auctions-Rückstände (§. 4.) und mehrere, §. 4 und 132. gedachte, Gegenstände.

§. 42.

Der summarische Proceß wird entweder I. durch die Eigenschaft einer der Partheien oder des Streitgegenstandes, oder II. durch die Noth-

wen-

wendigkeit einer provisorischen, richterlichen Verfügung oder III. durch die, gleich bei Anbringung der Klage dem Richter vorgelegte, Liquidität des Anspruchs begründet (1).

I. Aus dem ersten Grunde ist der summarische Proceß zulässig entweder weil

A. die Parthei oder die Sache aus gesetzlich anerkannten Gründen die Begünstigung des schnelleren Verfarens (§. 26.) erhalten hat; dahin gehören die Processe 1) der Kirchen (2), 2) der Schulen (3), 3) der Hospitäler und Armenhäuser (4), 4) der armen Wittwen (5), 5) der armen Waisen (6), 6) andrer dürftiger und miserabler Personen (7) — welche sechs Gattungen daher privilegirte Sachen genannt werden (8) — und 7) Ehesachen (§. 123).

B. der Gegenstand des Streits geringfügig und geringschätzig ist (9), worüber die Bestimmung nach Gelegenheit der Personen und Umstände dem Gericht überlassen ist (10), wozu jedoch auf jeden Fall bei den Landesgerichten die Sachen, deren Object nicht über 30 Reichsthaler beträgt (11), bei den Niedergerichten aber schon diejenigen, die 10 Gulden und darunter betreffen (12), gehören.

C. sie keine Hauptsachen, sondern nur Incident-Puncte (§. 38.) sind (13).

II. Aus dem zweiten Grunde ist die Proceß-Summarietät beigelegt: 1) der Aussteuer und dem Unterhalt adlicher Wittwen (14) und 2) adlicher Töchter (15), 3) Alimen-

ten

ten (16), 4) Spolienſachen (17), 5) der possessio momentanea oder litigiosa, wenn nämlich darüber gestritten wird, wer unter den litigirenden Theilen während des Rechtsstreits in possessorio ordinario oder in petitorio bis zur Endschaft des einen oder des andern im Besitz sein soll (18), 6) Sequestrations-Sachen (19), 7) Arrest-Sachen (§. 183), 8) Handwerkssachen (20), 9) geringen Injurienſachen (21), 10) Policei Sachen (22), 11) Räumung der Bauerhöfe (23), 12) Verabfolgung der entwichenen Leibeigenen (25), und 13) überhaupt allen Sachen, welche keinen Verzug leiden oder mit einem unerſetzlichen Verluſt und Gefahr verbunden ſind (25); einiger Particular-Geſetze nicht zu gedenken (26).

III. Aus dem dritten Grunde ſind die klaren und richtigen Sachen ſummariſch (27), nämlich 1) diejenigen Sachen, worin nicht allein des Klägers Intention durch des Beklagten reine Hand und Siegel ſofort beſcheinigt, ſondern auch der Kläger wider des Beklagten Läugnen oder Schutzreden beſtändige und unverneinliche Beweiſe für ſich hat, nämlich, wenn er ſeine Klage auf ergangene gerechtliche Erkenntniſſe, klare Transaction und Vertrag, oder vor Gericht getroffene oder mit landesherrlichem Conſens beſtätigte Contracte oder willkührliche Vergleiche, geſchehene Renunciation der Rechtsmittel angeſtellt hat (28), 2) rechtskräftig entſchiedene Sachen (29), 3) Executions-Sachen (30), 4) Landes-Schulden, Contribu-

tio-

tionen, Anlagen, öffentliche Rückstände und Cämmerei-Gefälle (31).

(1) „Geringschätzige oder auch wichtige Sachen, die an sich richtig und klar oder privilegirt sind". H. u. LGO. II. 4. § 1. GCO. II. 4. §. 1. Die H. u. LGO. v. 1558 rechnet dahin nur geringschätzige, die v. 1568. Tit. vom Verfassen der Urtel §. 3. aber, mit offenbarer Rücksicht auf die Reichskammergerichts-Ordnung, auch die causas fractis pacis, possessionis, miserabilium personarum, Executionum, Mandatorum und noch mehrere.

(2) CO. V. §. 1. u. 14. H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. H. G. A. V. v. 20 May 1681 und v. 15 May 1694. LGGEV. §. 385. n. 3.

(3) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. CO. V. §. 1. u. 4. LGGEV. §. 385. n. 3. auch Schulgeld. H. G. A. V. v. 20 März 1681. (LL. S. 1. 3. u. 58.)

(4) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. LGGEV. §. 385. n. 3.

(5) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. LGGEV. §. 385. n. 3.

(6) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. LGGEK. §. 385. n. 3.

(7) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. das. LGGEV. §. 385. n. 3. K. E. V. v. 1788. §. 119.

(8) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3.

(9) H. u. LGO. II. 3. §. 3. 4. §. 1. u. 2. GCO. II. 3 §. 3. 4. §. 1. u. 2.

(10) H. u. LGO. II. 4. §. 2. GCO. II. 4. §. 2.

(11) Nach der H. u. LGO. v. 1558 u. 1568. Tit. was für Sachen. §. 2. H. u. LGO. II. 3. §. 3. und GCO. II. 3. §. 3. nur die Sachen, die unter 30 Gulden betragen, nach LGGEV. §. 384. n. 4. aber die, die nicht über 30 Rthl. betragen, wobei die im Jahr 1755 geltende Landesmünze anzunehmen.

(12) H. u. LGO. II. 1. §. 11. GCO. II. 1. 11.

(13) H. u. LGO. II. 12. §. 5. GCO. I. 7. §. 7. II. 34.

II. 24. §. 14. z. B. die Kosten- und Schäden-Erstattung (H. u. LGO. II. 34. §. 3. GCO. II. 35. §. 3.), die Bescheinigung des Interesses bei Interventionen (GCO. II. 21. §. 1.) und beim Beweise zum ewigen Gedächtnisse. (H. u. LGO. II. 25. §. 3. GCO. II. 25. §. 3.) die Restitution gegen Präclusiv-Abschiede. *Mantzel* de juribus sing. in Megapoli circa processum concurs. credit. §. 8.

(14) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. LGGEV. §. 385. n. 3.

(15) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. LGGEV. §. 385. n. 3.

(16) HGGEV. §. 385. n. 5. *Tornow* de feud Meckl. P. I. S. 606.

(17) H. u. LGO. II. 4. §. 3. GCO. II. 4. §. 3. LGGEV. 385. n. 1.

(18) H. u. LGO. v. 1568. Tit. v. Abfaß. der Urth. H. u. LGO II. 4. §. 3 u. u. 4. GCO. II. 4. §. 3. u. 4. LGGEV. §. 385. n. 1.

(19) H. u. LGO. II. 40. §. 3. GCO. II. 41. §. 2.

(20) LGGEV. §. 265. Beitr. VI. Abh. XXV. §. 7. Anmk. 2.

(21) H. u. LGO. II. 3. §. 5. GCO. II. 3. §. 5. Kais. Patent v. 9 Sept. 1668 publicirt durch H. C. L. V. v. 20 Sept. 1737 (N. S. II. 119.) LGGEV §. 391. n. 2.

(22) LGGEV. §. 240 u. 385. n. 5, hieher auch die Processe mancher Policeianstalten z. B. der Feuerschäden-Assecurationen.

(23) Reverß. v. 1621. Art. 44. Ges. u. Tagelöhn. Ord. v. 1654. Tit. II. §. 7. *Resol. ad grav. spec. Suer. addit.* gr. 4. LGGEV. §. 325—327. *Tornow* P. II. S. 203. *Mantzel* de eo quod just. est circa homines proprios in Megapoli, (Rosi. 1738.) Sect. III. §. 4. Sect. IV. §. 3.

(24) Ges. u. Tagl. Ord. v. 1654. Tit. II. §. 9. *Tornow* P. II. S. 204.

(25) LGGEV. §. 385. n. 5. u. 6: „Beerdigungen, Eröffnung eines Testaments, Besitznahme von der Erbschaft, wenn das Testament mit keinem sichtbaren Mangel behaftet ist, Alimente, verdienter Lohn, Stipendien, Policei-, Bau-, Wasser-Staus

ungs-

ungs- und andere schäd- und gefährliche Unternehmen zum Nachtheil des gemeinen Wesens oder eines dritten, und die darwider erkannten Inhibitoria und Sequestra, oder wenn sogar periculum armorum oder andre gefährliche Erweiterungen zu fürchten stehen und dawider in einer Urtel Vorsehung geschehen". Die H. u. LGO. v. 1568 rechnet dahin auch causas fractae pacis. (Anm. 1.)

(26) Z. B. in der Stadt Schwerin die Miethß- und Räumungssachen der Dienstbothen und Häuser. H. J. V. v. 25 May 1767. (LL. S. IV. 30.)

(27) H. u. LGO. II. 4. §. 1 u. 5. GCO. II. 4. §. 1 u. 4.

(28) H. u. LGO. II. 4. §. 5. GCO. Eing. §: In Fällen u. §: ebenermaßen. GCO. II. 4. §. 1. u. 4. LGGCV. §. 384. n. 2, 5 u. 10. §. 385. n. 4.

(29) H. u. LGO. II. §. 5. 38. §. 1. GCO. II. 4. §. 4 u. 5. 38. §. 1.

(30) H. u. LGO. v. 1568. Tit. v. Verf. der Urt. §. 3. H. u. LGO. II. 3. §. 5. 4. §. 7. GCO. II. 4. §. 4—6.

(31) LGGCV. §. 212 n. 362.

(32) Auch der Concurs-Proceß gehört größtentheils zu dem summarischen Processe (§. 145.)

Zwei-

Zweites Buch.

Die einzelnen Theile des gerichtlichen Verfarens.

Erster Abschnitt.

Haupttheile des gerichtlichen Verfarens.

Erster Titel.

Klage.

§. 43.

Die Klage wird bei den Landesgerichten, mit Ausnahme der Fälle zulässiger, mündlicher Vorträge (§. 33), schriftlich, bei den Untergerichten aber, wenigstens in geringfügigen Sachen, mündlich zu Protocoll (1) angebracht.

Die schriftliche Klage muß mit den allgemeinen Erfordernissen schriftlicher Vorträge (§. 30) versehen sein, das Factum wahrhaft (§. 26) kurz, klar und deutlich mit allen wesentlichen

Um-

Umständen vortragen und mit einer rechtmäßigen Bitte schließen (2); auch müssen nicht allein alle, zum Beweise derselben gehörigen, Urkunden entweder in Ur- oder Abschrift unter dem Nachtheil, daß sie sonst nicht anders, als auf vorgängigen Eid des Klägers, daß sie zur Zeit der Anstellung der Klage ihm nicht bekannt gewesen, sondern er sie erst nachher erhalten habe, angenommen werden (3), sondern auch bei Gränz- und dergleichen Streitigkeiten ein deutlicher Abriß des streitigen Orts (4) beigelegt werden. Schon in der Klage ist die Legitimation zur Sache (§. 24) beizubringen; die Anführung des technischen Namens der Klage ist aber weder landesgesetzlich, noch durch den Gerichtsgebrauch besonders vorgeschrieben und mehr nützlich, als üblich.

(1) H. u. LGO. *II.* 1. §. 1. GCO. *II.* 1. §. 1.
(2) H. u. LGO. *II.* 11. §. 1. GCO. *II.* 11. §. 1. *I.* §. 30.
(3) GCO. *II.* 11. §. 1. Die H. u. LGO. hat diese, überhaupt außer Gebrauch gekommene, Vorschrift nicht.
(4) GCO. *II.* 14. §. 2. Auch diese Stelle hat die H. u. LGO. nicht.
*) Ueber die Befugniß der Parthei, die schickliche Klage zu wählen s. §. 117. Anm. 1.

§. 44.

Das Mecklenburgische Recht hat keine besondere Vorschriften über die Cumulation der Klagen. Sie ist daher in den gemeinrechtlichen Fällen zulässig, allein außer denselben sollen weder

mehrere, noch vielweniger verschiedene, Sachen und verschiedene Puncte eines und desselben Processes mit einander vermengt, sondern wegen eines jeden verschiedenen Puncts besonders imploriret (1) und mehrere Gegenstände und verschiedene Angelegenheiten, worin es auf verschiedene Klagen und Beweisgründe ankommt, mithin auch natürlich abgesonderte Acten entstehen müssen, nicht in einer und derselben Vorstellung vermengt, sondern in denselben separatim angerufen und angetragen werden,

(1) H. u. LGGB. v. 15 Jul. 1780. §. 6.
(2) H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 9. (Schr. I. II. 135.)

§. 45.

Wenn gleich die Klageschrift so angefertigt werden soll, daß sie keiner Zusätze und Verbesserungen bedarf (1); so ist doch die Veränderung der Klage oder Wiederklage bis zur Litiscontestation zulässig, wenn der Kläger oder Widerkläger zuvor dem Gegner alle, nöthigenfalls gerichtlich zu ermäßigende, Kosten erstattet hat (2). Allein die Beweisartikel dürfen nach dem Beweistermin nicht verändert werden (3).

(1) H. u. LGGB. v. 17 Oct. 1597 u. v. 25 Januar 1599.
(2) H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. weitrem Verfaren §. 3. u. v. 1568 ibid. §. 3. H. u. LGO. *II.* 18. §. 1. GGO. *II.* 18. §. 1. *Mantzel* J. M. ill. Cent. I. jud. 63. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 1. §. 4.

(3)

(3) H. u. LGO. *II.* 18. §. 3. GCO. *II.* 18. §. 2. H. u. LGGB, v. 17 Oct. 1597.

§. 46.

Dagegen ist die Ergänzung und nähere Bestimmung der Klage — nach dem ältern Gerichtsstyl die articuli additionales sive declarativi — so weit sie keine Veränderung enthält, auch noch nach der Litiscontestation, allein nicht nach Ablauf dir Beweisfrist, zulassig (1).

(1) H. u. LGO. *II.* 18. §. 2. H. u. LGGB. v. 17 Oct. 1597 und v. 25 Januar 1779. n. 7. Mantzel a. a. O.

Zweiter Titel.

Richterliche Verfügung und deren Insinuation.

§. 47.

Das Gericht muß von Amtswegen die Richtigkeit des Verfarens abwenden und ihr vorbeugen (§. 18) und daher die Klage in Rücksicht der Competenz (§. 8—14), ihrer ordnungsmäßigen Abfassung (§. 30) und der Legitimation zur Sache (§. 24) prüfen und sowohl deshalb, als wenn die Klage ganz unrichtig, inept oder sonst unzulässig oder mangelhaft ist, angemessene

Ver-

Verfügungen erlassen, welche bald in der Verwerfung und Abweisung der Klage, bald in der Zurückgabe derselben, um sie zu verbessern, bald in der Aufgabe, etwas nachzutragen, bestehen (1).

Wenn aber in keiner dieser Rücksichten von Amtswegen etwas zu erinnern ist; so erläßt das Gericht eine, dem auf die Klage Statt findenden Processe angemessene, Verordnung an den Gegner; ehedem in Sachen erster Instanz gewöhnlich eine Citation oder ein Mandat, jetzt aber anstatt der erstern meistens ein Vernehmlassungs- oder Erklärungsbefehl (§. 103).

(1) GEO. II. 11. §. 2.

§. 48.

Diese Verordnung ist mit ihren, von derselben bei Vermeidung nicht allein der Kraftlosigkeit der Verordnung und ihrer Insinuation, sondern auch der Verurtheilung in die Kosten und eine angemessene, willkührliche Strafe nicht abzunehmenden (1), Anlagen, demjenigen, an welchen sie erkannt ist (2), wenn er aber bereits einen Anwald zu den Acten legitimirt hat, diesem (3) zu insinuiren. Die Insinuation kann auf eine der, gemeinrechtlich zulässigen, Arten und insonderheit wegen des, aus dem eigenthümlichen Besitz eines Landguths fließenden, vollen Landsassiats (§. 13), auch wenn der, damit angesessene Beklagte außerhalb Landes wohnt, nicht bloß bei dinglichen, sondern auch persönlichen Klagen auf dessen Guthe geschehen (4) und erfolgt, bei

Litisconsorten auf die, §. 25. gedachte, Art. Die Insinuation, die ehedem stets durch einen Gerichtsboten erfolgte (5), geschieht jetzt, nach Verschiedenheit der Gerichte und ihres Gebrauchs (6), entweder durch einen Gerichtsboten (7) oder durch den Extrahenten (8), ja auch der impetrirte Theil selbst kann die Verordnung aus der Expedition auslösen (9); in jedem Fall muß sie aber unverweilt, rechtszeitig und gehörig geschehen (10). Ueber die vollzogene Insinuation muß die Bescheinigung entweder des Impetraten selbst oder des insinuirenden Gerichtsdieners oder des, die Insinuation beschaffenden, immatriculirten Notars ausgestellt werden (11).

(1) H. u. LGO. *II.* 12. §. 17.
(2) GCO. *II.* 11. §. 8.
(3) GCO. *II.* 11. §. 7. H. F. W. V. v. 3 July 1709. (*Z.* S. *II.* 8.) *Warnemünde* Sect. *III.* Tit. 3. §. 2.
(4) GCO. *II.* 11. §. 8, welche überdem verschreibt, daß ein solcher Abwesender einen Bevollmächtigten im Lande haben soll.
(5) H. u. LGO. v. 1558 u. 1568. Tit. Von Bothen §. 1.
(6) Bei dem H. u. LGericht (H. u. LGO. *I.* 9. §. 1. u. 2. H. u. LGGB. v. 20 Jan. 1634 und v. 13 Jan. 1674, nur auf des Extrahenten Gesuch durch den Gerichtsboten. H. u. LGO. *I.* 9. §. 4. und der J. C. zu Rostock. (GCO. *I.* 7. §. 4. u. 6. mit Ausnahme des Gesuchs des Extrahenten, das. *I.* 7. §. 7.) geschieht die Insinuation in der Regel von dem Extrahenten, bei den Justiz-Canzleien zu Schwerin (S. G. v. 6 Januar 1779 in Schr. *I. II.* 32.) und Neustrelitz, so wie bei den Herzoglichen Untergerichten Schwerinschen Antheils (J. O. §. 15.) aber durch einen Gerichtsbedienten.
(7) H. u. LGO. I, 9. §. 4, 10, 20, 22. GCO. *I.* 7.

Diese

Diese Insinuations-Art ist bei Klagen aus Handlungsbüchern vorgeschrieben (H. F. V. v. 2 Oct. 1775. §. 6. und H. A. F. IV. V. v. 12 Juny 1780. §. 6.), allein durch die Erläuterungs-Verordnungen aufgehoben. (s. folgende Anmk.)

(8) H. u. LGO. *I.* 9. §. 1 u. 2. GCO. *I.* 7. §. 4 u. 6. H. F. W. V. v. 26 July 1702 u. v. 21 März 1703. (Z. S. *II.* 7.) H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748 u. v. 26 Aug. 1749. (daſ. 12 u. 13.) H. Fr. u. H. A. F. IV. ErbV. w. der Handlungsbücher v. 1780. §. 6. H. u. LGGB. v. 20 Jan. 1634 u. v. 13 Jan. 1674.

(9) GCO. *II.* 10. §. 7.

(10) H. u. LGO. *II.* 10. §. 5. GCO. *II.* 11. §. 6 u. 11, widrigenfalls erwirkt der Impetrant ein mandatum de insinuando, welches gewöhnlich mit Androhung einer Strafe von 5—10 Rthl. oder einem andern angemeſſenen Nachtheil erkannt wird.

(11) Ueber die Einrichtung dieser Insinuations-Documente s. GCO. *I.* 9. §. 2 u. 3. H. u. LGGB. v. 11 July 1668 u. 13 Jan. 1674 und über die Einreden gegen dieselbe. G. u. LGO. *II.* 12. §. 8. Die Gebühren des Notars für dieß Document sind 8 ßl. Gold. M. R. S. I. n. 38.

§. 49.

Die Wirkungen der gehörig beschafften Insinuation der Verordnung sind: 1) derjenige, an welchen sie erlassen, muß derselben, bei Vermeidung des proceßmäßigen Nachtheils, Folge leisten (1), 2) sie bewürkt unter concurrirenden Gerichten eine Prävention (§. 16), und 3) in Rücksicht der Partheien die Rechtshängigkeit, vermöge welcher dieselben aller Attentate sich enthalten, müssen, über welche jedoch nicht unförmlich querulirt, sondern ordentlich geklagt werden soll (2); der Besitz während des Rechtsstreits gehört zu den summarischen Sachen (§. 42).

(1)

(1) H. u. L G O. *II.* 8. §. 1. G G O. *II.* 8. §. 1.
(2) H. u. L G G B. v. 15 Januar 1599.

Dritter Titel.

Antwort des Beklagten.

Joh. Christoph Quistorp Abh. von der Einlassung auf die Klage (in den gemeinnützigen Aufsätzen zu den Rostockschen Nachrichten. Jahrg. 1767. St. IV—X.)

---

§. 50.

a) im Allgemeinen.

Der Beklagte ist schuldig, binnen der, ihm gesetzten, Frist, der gehörig insinuirten, richterlichen Verordnung zu geleben und dasjenige, was ihm darin aufgegeben ist, zu beschaffen (1). Seine Leistung ist so verschieden, wie die gerichtliche Aufgabe; gewöhnlich bezielt jedoch letztre die Antwort auf die Klage. Er muß daher im angesetzten Termin oder binnen der, ihm vorgeschriebenen, Frist (§. 34), bei Strafe der Präclusion, seine Antwort auf die Klage übergeben und in derselben nicht allein den Krieg Rechtens befestigen, sondern auch alle, der Kläger, den Richter oder die Sache selbst betreffende, Einreden zugleich mit der Litiscontestation vortragen (2).

Wenn gleich die erste Aufgabe, auf die Klage zu antworten, nicht peremtorisch ist, mithin

die Präclusion erst nach zweimaliger Erneuerung jener Aufgabe vollstreckt wird (§. 34); so ist doch Beklagter mit denjenigen Einreden präcludirt, welche er bei der Litiscontestation nicht vorgetragen hat (3), falls sie nicht erst nach derselben entweder entstanden oder ihm bekannt geworden sind (4) oder zur privilegirten, wenn sie liquide ist, noch bei der Execution zulässigen, Einrede der Zahlung gehören (5).

Es sollen aber weder unnöthige Einreden vorgebracht (6), noch die vorgebrachten allgemein vorgetragen, sondern widrigenfalls wegen ihrer Allgemeinheit verworfen werden (7).

Diese beiden Theile der Antwort werden gegenwärtig nicht mehr, wie ehedem, besonders (8), sondern in einer Schrift vorgetragen, welche, nach Verschiedenheit der Proceßart (§. 103), Vernehmlassung oder Erklärung, und im Gerichtsstyl der zweiten Instanz Exceptionsschrift genannt wird.

(1) H. u. LGO. *II.* 8 §. 1. GCO. *II.* 8. §. 1.
(2) H. n. LGO. *II.* 7. §. 3. 8. §. 1. 17. §. 1. 19. §. 2. GCO. *II.* 7. §. 3. 17. §. 1. 19. §. 1. H. u. LGGB. v. 22 Januar 1595, v. 28 Jan. 1596 u. v. 21 Jan. 1598.
(3) S. die vorige Anmerkung. Auch der Vorbehalt der Einreden ist unzulässig. H. u. LGO. *II.* 19. §. 1. GCO. *II.* 19. §. 1.
(4) H. u. LGO. *II.* 17. GCO. *II.* 17.
(5) H. u. LGO. *II.* 4. §. 7. GCO. *II.* 4. §. 4, 5 u. 6.
(6) H. u. LGGB. v. 25 Jun. 1599.
(7) H. u. LGO. *II.* 7. §. 3. 8. §. 1. 17. §. 1. 19. §. 2. GCO. *II.* 7. §. 3.
(8) Nach dem ältern Proceß brachte, wenigstens in ordentlichen Sachen, der Beklagte erst die dilatorischen Einreden (H. u. LGO. *II.* 7. §. 3.), dann die

die Litiscontestation (das.) und zugleich mit derselben, allein nach ihr, seine Schutzreden, articulos defensionales, (das. §. 4. u. *I.* 1. §. 15.) jede in besondern Satzschriften, vor. Mit Aufhebung der feierlichen Litiscontestation (§. 51.) hat dieß aber aufgehört.

§. 51.

b) insonderheit.

aa) Litiscontestation.

Der Beklagter muß in seiner Antwort den Krieg Rechtens dadurch befestigen, daß er auf die Klage bestimmt und richtig antwortet (1), wobei indessen gegenwärtig die, ehedem wenigstens im ordentlichen Processe nothwendige, besondre Förmlichkeit nicht mehr erforderlich ist (2). Die Litiscontestation ist zugleich mit der Vorschützung der Einreden, wenigstens eventualiter, zu verbinden (3), und befreien von dieser mindestens eventuellen Kriegsbefestigung weder dilatorische, noch peremtorische (4), sondern allein, in continenti bewiesene, die Einlassung hindernde Einreden (5), auch wird die, mit den beiden ersten Gattungen von Einreden eventualiter verbundene, Litiscontestation, wenn jene verworfen werden, für rein angenommen (6).

Wenn Beklagter den Krieg Rechtens nicht bestimmt und gehörig contestirt; so wird er und, nach Bewandtniß, auch wohl sein Sachwald in die Kosten des verzögerten Processes verurtheilt und ihm das, worauf er eigentlich und richtiger antworten soll, aufgegeben (7), oder auch Beklagter zur Bewirkung einer unverflochtenen, deutlichen Litiscontestation (8), nach vorgängigem des

Klägers juramentum dandorum und des Beklagten juramentum respondendorum, über, von ihm sub poena confessi cathegorisch zu beantwortende, Positional-Artikel vernommen (9).

Wenn aber Beklagter den Krieg Rechtens nicht befestigt; so wird zur Strafe seines Ungehorsams die Litiscontestation für verneinend und diesemnach der Grund der Klage für abgeleugnet angenommen (10) und Kläger, mit Präclusion der verzögerlichen und peremtorischen Einreden des Beklagten, zum Beweise seines Klagegrundes zugelassen (11).

(1) H. u. LGO. *II.* 19. §. 1. GCO. *II.* 7. §. 3. 19. §. 1.
(2) GCO. *II.* 7. §. 3. 19. §. 1 u. 2.
(3) H. u. LGO. *II.* 7. §. 3. 8. §. 1. 17. §. 1. 19. §. 2. GCO. *II.* 7. §. 3. 17. §. 2. 19. §. 1. (§. 50. 2.)
(4) H. u. LGO. *II.* 19. GCO. *II.* 19. v. Nettelbladt Archiv *II.* 105.
(5) H. u. LGO. *II.* 21. §. 1. GCO. *II.* 22. §. 1.
(6) H. u. LGO. *II.* 19. §. 2. GCO. *II.* 19. §. 1.
(7) GCO. *II.* 19. §. 3.
(8) „So weit, aber auch wider Recht und Ordnung nicht, wenn schon eine deutliche und reine Litiscontestation vorhergegangen und demnächst auf Beweis und Gegenbeweis erkannt worden", erklärt H. F. Rescript v. 31 Jan. 1767 u. H. F. F. Res. v. 21 Aug. 1799 (Schr. I. *II.* 184 u. 185.) das Positionalverfahren für zulässig.
(9) H. u. LGO. I. 26. 27. *II.* 22. GCO. *II.* 23. H. u. LGGB. v. 8 Oct. 1576, 15 Oct. 1578 u. u. 13 Oct. 1579. C. J. K. §. 2. und die, Anmerk. 8. gedachten, Rescripte. Ihr Gebrauch ist zwar selten, aber unbestritten. *Mantzel* J. M. ill. Cent. V. jud. 68. *Mantzel* jus matrimoniale Meckl. (Rost. 1744.) Sect. I. §. 4. Pütters Rechtsfälle B. I. dec. 159. M. K. S. I. n. 6. *II.* n. 155. Acta der Justiz-Canzlei in Neustrelitz

Jetzt in S. Procuratoris fisci c. v. Holstein und v. Horn wegen eigenmächtig getrennter Sponsation. (v. J. 1774.) Nach dem ältern Processe erfolgte das Positional-Verfahren in der Regel in jedem ordentlichen Processe zwischen der Litiscontestation und der Replick, theils zur Bewirkung einer wahrhaften Litiscontestation, theils und vorzüglich zur Abkürzung des Beweises, welches letztre jetzt weniger ihr Zweck zu seyn scheint. Das Posit. Verf. hat auch in Ansehung der Einreden, Wiederklage und Intervention Statt. H. u. LGO. *II.* 22. §. 1. u. 3. 23. §. 1. GCO. *II.* 23. §. 1. u. 2. 24. §. 1.

(10) Bei den Herzoglichen Untergerichten schwerinschen Antheils wird lis oft pro affirmative contestata angenommen (J. O. a. a. O. Mehlen Zusätze S. 781), welches auch dem Consistorium zu Rostock vorgeschrieben ist (C. J. R. §. 21.), aber bei den weltlichen Landes-Gerichten nur in geringschätzigen Sachen nach vorgängiger Androhung, obwohl nur sehr selten, zu geschehen pflegt. M. R. S. *II.* 172.

(11) H. u. LGO. *II.* 19 §. 2. GCO. *II.* 8. §. 1. 19. §. 2. H. u. LGGB. v. 22. Januar 1595. 28 Jan. 1596 u. v. 21 Jun. 1598.

§. 52.

bb) Einreden:

α) dilatorische

αα) Exceptiones fori declinatoriae.

Von den Einreden, welche der Beklagte bei Vermeidung des Verlusts derselben mit der Litiscontestation beibringen soll, müssen die, die Einlassung hindernden und die verzögerlichen vor (1), die zerstörenden aber nach (2) der Litiscontestation vorgetragen werden. Die verzögerlichen Einreden sind entweder exceptiones fori declinatoriae

(1)

toriae (3) oder dilatorische im engern Sinn; erstre gehen wider den Richter (4) und sind vor der L. C. vorzutragen, letztre aber wenigstens eventualiter nachzuschicken (§. 50.) (5). Das Erkenntniß über diese Einreden wird in der Regel nicht bis zum Haupt-Erkenntnisse ausgesetzt, sondern erfolgt auf die Replick oder, wenn sie sofort liquide sind, wohl schon auf die Exceptionsschrift (§. 53.).

(1) H. u. LGO. II. 7. §. 3. u. 4. 19. §. 1. 21. §. 1. GCO. II. 7. §. 3. 17. §. 1. 19. §. 1. 22. §. 1.
(2) H. u. LGO. II. 19. §. 1. GCO. II. 19. §. 1. 22. §. 2.
(3) H. u. LGO. II. 17. §. 1. GCO. II. 7. §. 3. 17. §. 1.
(4) H. u. LGO. II. 7. §. 3. GCO. II. 7. §. 3.
(5) S. Anmk. 1.

§. 53.

ββ) dilatorische Einreden im engern Sinne.

Die, den Kläger (1), die Klage (2), den Proceß, die Proceß-Cautionen (§. 98), die Insinuation der gerichtlichen Verordnung (3) und dergl. betreffenden, eigentlichen, dilatorischen Einreden sollen den Proceß nicht aufhalten (4), sondern bei Strafe ihres Verlustes zugleich mit, jedoch vor, der Litiscontestation vorgebracht werden (5), falls sie nicht erst nach derselben entstehen (6). In der Regel hat der Richter dem Kläger auf oder ohne vorgängiges Gehör desselben aufzugeben, vor weitrem Verfaren in der Hauptsache, den gegründet befundenen, dilatorischen Einreden abzuhelfen (7).

(1) H.

(1) H. u. LGO. II. 7. §. 3. GCO. II. 7. §. 3.
(2) H. u. LGO. II. 7. §. 3. GCO. II. 7. §. 3. z. B. die Einrede des schmähhaften, unförmlichen und ungeschickten Libells. H. u. LGO. II. 7. §. 3. 11. §. 2. GCO. II. 7. §. 3.
(3) H. u. LGO. II. 12. §. 8. GCO. II. 11. §. 6. f. f.
(4) H. u. LGO. II. 12. §. 6.
(5) H. u. LGO. II. 7. §. 3. 15. §. 1. 17. GCO. II. 7. §. 3. 15. §. 1. 17. H. u. LGGB. v. 8 May 1598.
(6) H. u. LGO. II. 17. GCO. II. 17. (§. 50.)
(7) GCO. II. 17. §. 1. „Und ehe in der Hauptsache verfahren werde," diese Worte fehlen zwar in der H. u. LGO. II. 17, allein das Argument der, II. 15. §. 2. enthaltenen, Vorschrift spricht für ihre Uebereinstimmung, welcher auch die Praxis beitritt, v. Nettelbladt Archiv III. 77, außerdem redet hiefür sowohl die H. u. LGO. und GCO. II. 19. §. 1, und besonders die H. u. LGO. II. 11. §. 2, als wegen der Cautions-Einrede. H. J. K. V. v. 4 May 1805. (§. 99.)

§. 54.

β) peremtorische.

αα) Exceptiones litis ingressum impedientes.

Diese Einreden, zu welchen die der Solution, Rechtskraft, unleugbaren Verjährung und des Vergleichs gehören (1), müssen bei Vermeidung der Präclusion vor der Litiscontestation vorgebracht werden (2) und befreien, wenn sie in continenti bewiesen sind, von der Kriegsbefestigung, ohne welche über sie verfaren und, nach vorgängigem Gehör des Klägers, gesprochen wird (3).

(1) H. u. LGO. II. 21. §. 1. GCO. II. 22. §. 1. auch die, dort nicht gedachte, Exceptio spolii.
(2) H.

(2) H. u. LGO. II. 21. §. 1. GCO. II. 22. §. 1.
(3) H. u. LGO. II. 21. §. 1. GCO. II. 22. §. 1.

§. 55.

ββ) exceptiones peremtoriae.

Die, die merita caussae allein betreffenden peremtorischen Einreden müssen bei Vermeidung ihres Verlustes, mit der Lit. Contestation, allein nach derselben, vorgetragen werden (1), jedoch ist die Vorschützung der privilegirten Einreden, wenn sie sogleich liquid sind, noch bei der Execution zulässig (2).

(1) H. u. LGO. II. 21. §. 2. GCO. II. 22. §. 1.
(2) H. u. LGO. II. 4. §. 7. GCO. II. 4. §. 6, woselbst namentlich die Einrede der Solution hieher gerechnet wird.

Vierter Titel.

Replick.

§. 56.

Wenn die Exceptionsschrift keiner, ihre Verbesserung oder die Erledigung einer Einrede (§. 52. und 53.) bezweckenden, richterlichen Verfügung bedarf; so wird sie dem Kläger zur Beibringung der Replick abschriftlich mitgetheilt (1). Diese Mittheilung geschieht aber weder durch ein förmlich ausgefertigtes Mandat, noch mit der ausdrücklichen Aufgabe, die Replick beizubringen,

noch

noch endlich unter ausdrücklicher Anberaumung einer Frist, sondern, der Regel nach (2), durch ein bloßes, in dorso der Exceptionsschrift geschriebenes, Communicativ-Decret (3), welches aber die Aufgabe, binnen der, in dieser Proceß-Gattung eintretenden, Frist (§. 34.) den Proceß durch die Replick fortzusetzen, stillschweigend enthält, weshalb, nach Ablauf dieser Frist, auf des Beklagten Ungehorsams-Anklage, unter ausdrücklicher Fristbestimmung und Androhung der poena praeclusionis, ein mandatum de prosequenda lite, hinc replicando ad Exceptionales an den Kläger erkannt (4) und darauf sub poena purificandi praeiudicii — selten noch sub poena certissime purificandi praeiudicii (§. 34.) — erneuert, demnächst aber, unter Präclusion der Replick, der Acten-Schluß erkannt wird. Die Replick muß auf die Beantwortung der Exceptionsschrift sich beschränken, und keine nova, insoweit sie in Schlußschriften überhaupt nicht zulässig sind (§. 57.), enthalten, sondern von Seiten des Klägers zum Urtel beschließen (5).

(1) Nach dem ältern Mecklenburgischen Proceß folgte auf die Exceptionsschrift das Positional- und dann das Beweis-Verfahren, und erst nach demselben des Klägers und nun des Beklagten Conclusions-Schrift — die heutige Replick und Duplick — H. u. LGO. II. 32. §. 5. GCO. II. 33. §. 5. Der Ausdruck Replick und Duplick kommt in den beiden Landes-Proceß-Ordnungen nur sehr selten und beiläufig vor, z. B. H. u. LGO. I. 6. §. 9.

(2) Ausnahmen sind 1) bei dem H. u. LG. in Judicialsachen, in welchen die Exceptionalen zwar auch durch ein bloßes Communicativ-Decret, aber mit dem ausdrücklichen Zusatz: ad replicandum in proxima (oder in termino ordinis) sub poena prae-

praeclusionis mitgetheilt werden, und 2) bei dem Landes-Consistorium in Rostock. C. J. R. §. 23.

(3) Gegen die Mitte des 18ten Jahrhunderts entstand eine eigene Beschwerde der Stände des stargardischen Kreises darüber, daß die Strelitzsche Justiz-Canzlei zur Replick ein förmliches Mandat und nicht ein bloßes Communicativ-Decret zu erkennen angefangen hatte.

(4) v. Mettelbladt Archiv II. 100.

(5) H. u. LGO. II. 32. §. 5. GCO. I. 5. §. 12. u. 21. II. 33. §. 5. H. F. B. v. 26 Febr. 1776. (27. S. II. n. 251.) Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 6.

Fünfter Titel.

Duplick.

§. 57.

Die Replick, wenn sie keiner richterlichen Zurechtweisung bedarf, wird dem Beklagten mit dem Befehl (1) abschriftlich mitgetheilt, darauf binnen der, in diesem Proceß angenommenen, Frist (§. 34.) sub poena praeclusionis absque novis duplicando zu handeln, und diese Aufgabe erst sub poena purificandi praeiudicii erneuert, demnächst aber ein Rotulations-Termin angesetzt und dabei dem Beklagten freigelassen, bis acht Tage vor demselben sub poena certissime purificandi praeiudicii die Duplick einzureichen. Der Beklagte beantwortet durch diese Schlußschrift die Replick und muß dadurch, ohne nova vorzubringen (§. 58.), oder, außer dem Fall hinreichender Ursachen, einen Nachtrag

zur

zur Duplick zu übergeben oder sich vorzubehalten (2), auch seiner Seits zum Urtel beschließen (3). Die Duplick ist bei Anberaumung des Rotulations-Termins, allemahl aber vor demselben, dem Kläger abschriftlich mitzutheilen (4).

(1) Beim H. u. LG. wird aber in Judicialsachen dieser Befehl nicht förmlich, sondern nur als ein Communicativ-Decret ausgefertigt. Beiträge V. Abh. XX. S. 267.

(2) H. u. LGGB. v. 25 Jan. 1779. Die H. u. LGO. II. 18. §. 2. — nicht die GCO. II. 18. — läßt ihn zu, allein nach derselben ward erst nach der Beweisführung die Duplick beigebracht und der Acten-Schluß erkannt. (§. 56.)

(3) H. u. LGO. II. 32. §. 5. GCO. I. 5. §. 12 u. 21. H. Fr. V. v. 26 Febr. 1776. (17. S. II. 251.) Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 6.

(4) H. F. V. v. 26 Febr. 1776. §. 1. (17. S. II. 251.)

Sechster Titel.

Triplick und Quadruplick.

§. 58.

In der Regel soll nicht weiter, als bis zur Duplick verfaren und die übrigen Schriften, unter Bestrafung des Sachwalds, von den Acten gewiesen, auch in den Schlußschriften keine nova vorgebracht und um Aufhebung des Actenschlusses gebeten werden, sondern vielmehr jeder Theil dasjenige, was er vor Beschluß der Sache in den ersten Handlungen vorbringen kann, nicht zur letz-

letzten versparen, widrigenfalls aber die, in den letzten Sätzen eingestreuten, nova bei der Entscheidung der Sache nicht beachtet und bei der Acten-Verschickung die auswärtigen Urtels-Verfasser darüber belehrt werden (1). Allein demungeachtet sind aus hochwichtigen und in jure et facto gegründeten Ursachen nova in der Duplick und die Aufhebung des Acten-Schlusses sowol von richterlichen Amts wegen, als auf Antrag einer Parthei zulässig, nur müssen die, in der Duplick vorgebrachten, nova relevant und in dem Gesuch um Gestattung eines weitern Verfarens specifice und punctweise dargethan sein (2), auch muß derjenige, der nach erkanntem Acten-Schlusse relevante Urkunden gefunden hat, bei dem Gesuch um Aufhebung desselben, körperlich beschwören, daß er hierum nicht gefährlicher Weise zur Verzögerurg des Processes, sondern zur Erhaltung der Wahrheit bitte und daß er von solcher seiner Gerechtigkeit vor dem Acten-Schlusse nichts gewußt oder erfahren habe (3). Aus diesen Gründen ist ein weitres Verfahren zulässig und dem Kläger die Triplick (4), dem Beklagten aber die Quadruplick (5) gestattet.

Allein diese neuen Satzschriften sollen sich bloß über die eigentlichen nova erstrecken, weshalb das Gericht bei Gestattung derselben und bei Aufhebung des Acten-Schlusses sofort diejenigen nova, worüber bei Strafe der Rejection nur die weitre Handlung anzunehmen, namentlich zu bezeichnen und auch im Fall der, auf Antrag einer Parthei erkannten, Aufhebung des Actenschlusses, den Sachwälden aufzugeben hat, die vermeintlichen nova extractsweise, punctsweise numerirt, beizulegen und demnächst

die

die Triplick, ohne Recoquirung des übrigen Inhalts der vorhergehenden Satzschriften, blos auf die Nummern dieses Extracts zu beschränken (6).

Ein Verfaren über die Quadruplick gehört zu den processualischen Seltenheiten.

(1) H. u. LGO. v. 1558 u. 1568. Tit. v. Except. §. 4. H. u. LGGB. v. 13 Oct. 1579. C. O. v. 1570. Tit. v. heiml. Verlöbnissen. H. u. LGO. II. 32. §. 2 u. 7. GCO. I. 5. §. 12, 13 u. 21. II. 33. §. 5 u. 7. K. G. O. II. 18. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. H. K. B. v. 26 Febr. 1776. (17. S. II. 251.) *Warnemünde* Sect. III. Tit. 5, insonderheit ist dieß auch aus dem Vorwande annoch zu producirender Originalien unzulässig. H. u. LGO. II. 31. §. 7. GCO. II. 33. §. 7. H. u. LGGB. v. 16 Oct. 1613.

(2) H. u. LGO. v. 1558 u. 1568 ibid. §. 4. H. u. LGO. II. 32. §. 7. GCO. I. 5. §. 12. II. 33. §. 7. H. u. LGGB. v. 21 Jan. 1595, 28 Jan. 1596, 21 Jan. 1597, 16 Oct. 1613 u. 15 July 1780. II. n. 11. H. K. B. v. 26 Febr. 1776. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 6.

(3) GCO. II. 33. §. 7. H. K. B. v. 26 Febr. 1776. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 6.

(4) Der Name kommt in GCO. I. 5. §. 12. vor.

(5) GCO. I. 5. §. 12.

(6) H. K. B. v. 26 Febr. 1776 (17. S. II. 251.), weshalb die venia triplicandi ausdrücklich auf die nova duplicarum beschränkt wird.

Siebenter Titel.

Andre Schriften.

§. 59.

Bis auf Fälle der Gefahr im Verzug und Maturations-Gesuche sollen sich die Sachwälde der

der vielen Supplicationen, Anzeigen und Gegenanzeigen enthalten und einander nicht in die Schriften fallen (1).

Jede Parthei kann indessen, selbst noch nach dem Rotulations-Termin, Rechtsbelehrungen, welche aber keine factische nova enthalten dürfen, mit abschriftlicher Beifügung des, deshalb an die Facultät erlassenen, Schreibens unter dem Siegel der letztern überreichen (2).

(1) H. u. LGO. II. 10. §. 1. GCO. II. 10. §. 1. H. u. LGGB. v. 10 May 1606, 25 Jan. 1609 u. 4 May 1612. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 5.

(2) H. u. LGGB. v. 21 April 1597. H. u. LGO. II. 32. §. 6. GCO. II. 33. §. 6.

Achter Titel.

Acten-Schluß.

§. 60.

Mit der letzten, nach Beschaffenheit duplicirlichen oder quadruplicirlichen (§. 57. und 58.) Schlußschrift wird, unter abschriftlicher Mittheilung derselben (§. 57.), der Acten-Schluß, in der Regel nicht durch ein besondres Decret, sondern mit in den Rotulations-Ladungen erkannt; die Aufhebung desselben ist nur aus den, §. 57. gedachten, Ursachen und nach dem Acten-Schluß keine, das Materielle der Sache betreffende, Schriften, Rechtsbelehrungen abgerechnet (§. 59.), zulässig.

Neunter Titel.

Acten-Rotulation.

§. 61.

Mit dem Acten-Schlusse werden an die Partheien Ladungen erlassen, die Acten unter dem, sofort zu vollstreckenden, (1) Nachtheil zu rotuliren, daß sie widrigenfalls für rotulirt werden angenommen werden (2). Die Rotulation hat in allen, nach vorgängigem Acten-Schlusse durch ein förmliches, interloquirendes oder definitives Urtel zu entscheidenden, Sachen des ordentlichen Processes (3) jedes Mal, wenn zum Urtel beschlossen ist, mithin in allen Instanzen, Statt (4); zu derselben wird in der Regel ein eigener Termin anberaumt (*), obgleich derselbe, besonders in eiligen Sachen mit dem der Publication des Urtels verbunden wird und alsdann der letztere vorangeht (5). Die Rotulation selbst geschiehet in den Schwerinschen Landesgerichten in der Registratur (6), bei der Strelitzschen Justiz-Canzlei aber in der Audienz und bei den Niedergerichten vor dem Gericht (7); die Anwälde der Partheien sollen in dem, dazu angesetzten, Termin erscheinen und die Acten nicht einzeln, sondern zugleich, nicht durch Zettel, sondern persönlich, nachsehen und zum Protocoll rotuliren, allein zu dem letztern keine Materialien der Sache verhandeln, sondern bloß darauf Rücksicht nehmen, ob die Acten in ihren Nummern und Anlagen vollständig und ob und welche Acten davon zu sondern, oder denselben beizulegen und zum Beweise dessen

sen das Protocoll mit ihrem Namen unterschreiben (8), die Partheien können jedoch der Acten-Rotulation sich begeben und schriftlich erklären, daß sie die Acten für rotulirt annehmen.

Gesuche um Acten-Verschickungen müssen, wenigstens bei dem Hof- und Landgericht, zum Rotulations-Protocoll angebracht werden (§. 20.), zu welchem auch Rechtsbelehrungen übergeben werden können (§. 59.).

(1) Es mag ein oder gar kein Theil rotuliren, obgleich aus erheblichen Ursachen Frist zulässig ist. H. u. LGGB. v. 20 April 1706.

(2) Die gemeinbescheidsmäßige Strafe von 10 Rthl. für den Anwald ist nicht im Gebrauch.

(3) In summarischen, besonders eiligen, Processen fällt die Rotulation gewöhnlich weg. (§. 40.)

(4) H. u. LGGB. v. 2 May 1571, 16 Jan. u. 12 April 1582, 18 Januar 1584 u. 22 Jan. 1594. H. u. LGO. *II.* 33. §. 1. GGO. *II.* 11. §. 4. 34. §. 1. Daher soll in Judicialsachen vor der Rotulation (H. u. LGGB. v. 19 Jan., 12 April und 2 May 1581), und früher als 6 Wochen nach derselben (H. u. LGGB. v. 21 April 1703) keine Parthei um Publication des Urtels bitten.

*) Nach dem H. u. LGGB. v. 24 July 1810 sollen die Rotulations-Termine der Regel nach nicht prorogirt oder dazu neue Ladungen an die Partheien erlassen, sondern, wenn auch eine der Partheien im Termin ausbleibt, er mag um Prorogation gebeten haben oder nicht, oder blos abgekündigt haben, der andre Theil zur Rotulation zugelassen und gegen den andern der Nachtheil vollstreckt werden, es sey denn, daß von dem letztern rechtsbegründete Ursachen der Termins-Prorogation vorgebracht und sogleich bescheinigt wären; wenn keine der Partheien erscheint und keine erwähnter-maßen qualificirte Ursache zur Anberaumung eines andern Termins vorliegt, sollen die Acten ohne vorgängiges Purifications-Decret für, von beiden

Thei-

Theilen rotulirt, angesehen und auf Anruf zum Rechtsspruch vorgelegt werden.

(5) Das soll in den Herzogl. Untergerichten Meckl. Schwerinschen Antheils geschehen J. O. §. 13. allein nicht wenn die Acten verschickt werden M. R. G. II. n. 153.

(6) H. u. L G O. II. 33. §. 1. H. u. L G G B. v. 20 April 1706 u. 15 July 1780. Die Vorschrift der Gegenwart von Gerichts-Mitgliedern (§. 20.) ist so wenig im Gebrauch, als die der S. C. O. Tit. Ord. des Registr. §. penult. Nach dem Schw. G. B. v. 6 Jan. 1779. n. 3. (Schr. I. II. 33.) soll die Acten-Rotulation am Nachmittage um 3 Uhr geschehen.

(7) J. O. v. 1770. §. 13.

(8) H. u. L G G B. v. 2 May 1571, 19 Jan. 1581, 12 April 1581, 17 Jan. 1584, 22 Juny 1594, 25 Jan. 1599, 4 April 1668, 20 Oct. 1668, 20 April 1672, 30 Jan. 1674, 21 April 1703, 20 April 1706 u. 15 July 1780. Sch. G. B. v. 6 Januar 1779. n. 3.

*) Die, durch die angeführten ältern Gesetze vorgeschriebene, Erlegung des Urtelgeldes ist bei einheimischen Urteln längst außer Gebrauch.

Zehnter Titel.

Urtel.

§. 62.

Die rotulirten oder für rotulirt angenommenen Acten werden, wenn ihre Verschickung nicht Statt hat (§. 20), vom Directorium des Gerichts einem Mitgliede desselben zur Relation zugetheilt (1). Jede Parthei hat das Recht, nach

Ablauf eines, zur Abfassung des Urtels hinreichenden, Zeitraums nach der Actenrotulation (§. 61) um die Publication des Urtels zu bitten (2). Die Einrichtung der Relation und das Verfaren bei ihrer Ablegung gehört in die Gerichtsordnung (3); die Mecklenburgischen Landesgesetze nehmen das sogenannte Referenten-Geheimniß an (4).

(1) H. u. LGO. *I.* 11. §. 3—11. *II.* 33. §. 1. GCO. *I.* 2. §. 3 ff. *II.* 34. §. 1. S. C. O. Eingang §: wenn in einer Sache.

(2) Ehedem nicht (H. u. LGGB. v. 19 Januar u. 12 April 1581), nachher aber nachgelassen. H. u. LRO. *II.* 10. §. 1. GCO. *II.* 10. §. 1. allein unter den Bestimmungen des vorigen §. Die H. M. schwerinschen Untergerichte sollen das Urtel innerhalb 4, höchstens 6 Wochen nach dem Actenschlusse publiciren. J. O. §. 13.

(3) Vorschriften enthalten darüber die, in der Anmerk. 1. gedachten, Gesetze. *Tornow* P. II. S. 348. hat eine, im Hof- und Landgerichte abgelegte, Relation, die indessen, mindestens der Form nach, nicht mehr zum Muster dienen möchte.

(4) H. u. LRO. *I.* 3. §. 9. GCO. *I.* 6. §. 5. *II.* 3. §. 7.

§. 63.

Soviel die Form betrifft; so

1. werden die Urteln bei den Untergerichten in deren, bei den Landesgerichten aber im Namen des Landesherrn (§. 7) gesprochen (1).
2. das Urtel muß, selbst bei den Untergerichten, allemal schriftlich abgefaßt werden (2).

3. das Urtel soll nicht bloß die Namen der Partheien enthalten, sondern auch das punctum litis ausdrücken (3), und
4. die hauptsächlichsten Entscheidungsgründe enthalten (4).

(1) Beim H. u. LGericht wurden sie von 1621 bis 1696 in allen Sachen, von 1701 bis 1755 aber nur in Stargardischen Sachen im Namen beider Herzöge publicirt; jetzt aber in Stargardischen Sachen im alleinigen Namen des Herzogs zu Meckl. Strelitz. Beitr. V. 199.
(2) H. u. LGO. *II.* 1. §. 14. GCO. *II.* 1. §. 14.
(3) H. F. V. v. 28 Dec. 1774. (*N.* S. *II.* 270.) (§. 20.)
(4) H. F. V. v. 9 Febr. 1775. (*N.* S. *II.* 271) H. A. F. *IV.* V. v. 3 Nov. u. 16 Dec. 1789 u. 11 Januar 1790. (§. 20)

§. 64.

Die Publication des Urtels ist

I. entweder eine feierliche, welche durch Verlesung des Urtels vor dem Gericht in dem, dazu anberaumten, Termin, zu welchem die Partheien peremtorisch vorgeladen werden; erfolgt (1). Beim H. u. LG. werden die Judicialurteln, der Regel nach (2), nur in den ordentlichen Juridiken (3), die Extrajudicialurteln aber in den extraordinären vier Rechtstagen, bei den andern Landes- so wie bei den Untergerichten hingegen nicht zu allgemein bestimmten Zeiten, sondern in einem, für jedes Urtel besonders angesetzten, Termin, publicirt. Nach erfolg-

ter Publication wird am Schlusse des Urtels der Tag der Publication, oft auch die Namen derjenigen, welchen sie geschehen, bemerkt (4) und das Urtel unter dem Siegel des Gerichts und gewöhnlicher Unterschrift für jede Parthei (5) ausgefertigt. In Ansehung der auswärts gesprochenen Urteln §. 20.

II. oder eine nicht feierliche, welche ausnahmsweise durch Insinuation in vim publicationis geschieht.

In Ansehung der, in einigen Fällen (§. 20) ex officio zu erlassenden, Declaration eines Urtels findet in Mecklenburg nichts Besonderes Statt (6); bei der Nachsuchung derselben läuft das Fatale eines Rechtsmittels erst von der Insinuation der gewöhnlich in Form eines responsi auszufertigenden, declaratoriae (7).

(1) GEO. II. 11. §. 4. C. J. R. §. 36. Beim H u. LG. findet, außer dem Fall der 2ten Anmerkung, in judicialibus wegen der, dabei üblichen, General-Citation eine besondere Vorladung zur Anhörung des Urtels nicht Statt. M. R. S. I. 79. In Extrajudicialsachen ist letztre indessen üblich, seitdem darin die Generalladung aufgehört hat. Beitr. V. Abh. XX. S. 270.

(2) In besonders eiligen, summarischen Sachen werden auch Judicialurtel wohl außer der Juridick publicirt, in welchem Fall eine besondere Ladung erfolgt.

(3) Und zwar am Tage der Eröffnung der Juridick, obgleich die Publication einzelner Urteln aus bewegenden Gründen wohl bis zum Schlusse des Rechtstags ausgesetzt wird. Von den Urteln werden allemal die einheimischen und unter ihnen die erste eine schwerinsche und die zweite eine strelitzsche,

sche, und nach ihnen die auswärts gesprochenen publicirt.

(4) Nach dem Str. G. B. v. 29 August 1797 ist sowohl bei der J. C., als bei den Untergerichten auch die Stunde der Publication unter dem Urtel zu bemerken; bei den schwerinschen Landes- und Niedergerichten ist dieß nicht üblich und die Vermuthung, daß das Urtel am Mittage des Publicationstages eröffnet worden. M. R. S. II. 89.

(5) Litisconsorten werden indessen hierbei nur für eine Parthei gerechnet (§. 95); wegen der fiscalischen Sachen (§. 116).

(6) *Carmon* de remed. suspensivis in Megapoli consuetis- Sect. gen. §. 4. *Select. consult. Coll. Ictorum Gryph.* resp. x. M. R. S. I. n. 50.

(7) M. R. S. 2. n. 50.

*) Zu bedauern ist es, daß das, ehemals in den Landesgerichten übliche, Urtelsbuch nicht mehr in Observanz ist: ein Fragment des hof- und landgerichtlichen s. in M. C. R. *I. II.* S. 114.

Eilfter Titel.

Rechtskraft.

§. 65.

Ein richterliches, I. eines Suspensiv-Rechtsmittels fähiges (§. 166. ff.), Erkenntniß erhält durch den Ablauf eines, durch die zulässige Einlegung eines solchen Rechtsmittels nicht unterbrochenen, Zeitraums von sechs Wochen die Rechtskraft (1). Der Lauf dieser sechs Wochen

1) fängt mit dem Augenblick der Publication des Urteils, mithin, wenn die Stunde derselben nicht bekannt ist, mit dem Mittage ent-

(1)

entweder des Tages der Publication (2), bei der feierlichen Publication (§. 64.), oder der Insinuation bei der minder feierlichen Urtels-Eröffnung (§. 64.) (3) an,

2) endigt am drei und vierzigsten Tage, der auf den resp. Publications- und Insinuations-Tag, mit des letztern Einschluß, unmittelbar folgt, und zwar, bei der feierlichen Publication, wenn die Stunde derselben bekannt ist, mit Ablauf derselben, widrigenfalls aber am Mittage (4), bei der minder feierlichen Eröffnung aber mit Ablauf des gedachten Tages.

3) begreift die, in diesem sechswöchigem Zeitraum eintretenden, göttlichen und weltlichen Ferien in sich, welche daher auf denselben nicht Abzug gebracht werden (5).

4) wird durch ein, gegen das Urteil eingelegtes, aber aus rechtmäßigen Gründen abgeschlagenes oder verzichtetes oder erloschenes, Rechtsmittel nicht unterbrochen (6), geht aber

5) bei einer declaratione sententiae erst von der Declaration an (§. 64.). Dagegen ist aber in Ansehung II. der, eines Suspensiv-Rechtsmittels nicht fähigen, richterlichen Entscheidung (§. 166. und 167.) das sechswöchige Alter derselben zu ihrer Rechtskraft nicht nöthig, sondern eine solche Entscheidung geht in letztre sofort durch ihre Publication oder Insinuation über (7). Die Rechtskraft tritt aber III. wenn das Urteleines Rechtsmittels nur von Seiten einer Parthei fähig ist, auch in Ansehung der andern erst dann ein, wenn sie auch in Hinsicht der erstern vorhanden ist (§. 75.).

(1) Die H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. Execution §. 2. H u. LGO. v. 1568. ibid. §. 1. bestimmten 8 Wochen zum Eintritt der Rechtskraft; allein die H u. LGO. II. 38. §. 1. nnd GCO. II. 39. §. 1. verengen diese Frist auf 6 Wochen nach der Publication, vergl. H. u. LGO. II. 35. 36. §. 3. GCO. II. 36. 37. §. 3. M. K. S. 1. 22.

(2) M. K. S. II. n. 89.

(3) M. K. S. II. n. 89. v. Zettelblatt 1. 328.

(4) M. K. S. II. n. 89.

(5) H. F. V. v. 26 Febr. 1776. (17. S. II. 251.)

(6) H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1.

(7) Beitr. VI. Abh. XXV. §. 5, 10 u. 24. „Hiehin die, in H. u. LGO. II. 38. §. 1. und GCO. II. 39. §. 1. gedachten, causae extraordinariae und Schuldsachen „von Zeit der Publication oder Insinuation."

§. 66.

Die Natur und Wirkung der Rechtskraft ist auch in Mecklenburg die gemeinrechtliche. Sie verbindet die Parthei, der rechtskräftigen Entscheidung binnen der vorgeschriebenen, vom Eintritt der Rechtskraft laufenden, Frist zu geleben (1), widrigenfalls ein mandatum de parendo rei judicatae erkannt wird; sie begründet die, die Einlassung auf die Klage hindernde, Einrede der Rechtskraft (§. 54.) und ein summarisches Verfaren (§. 42).

(1) H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. In beiden Gesetzen ist vorgeschrieben, daß einem gesprochenen, durch ein Rechtsmittel nicht suspendirten, Urtel innerhalb 6 Wochen von Zeit der Publicatton gelebt werden soll (vergl. *Tornow* P. 1. S. 620); allein gegenwärtig wird, was ehedem selten der Fall war, eine Frist zur Parition des Urtels vorgeschrieben, deren Lauf aber erst vom Eintritt der Rechtskraft anfängt, mithin, wenn sie

eine

eine Ordnungs-Frist ist, einen Zeitraum von 9 Wochen enthält.

Zwölfter Titel.

Beweis und Gegenbeweis.

§. 67.

a) Beweis und Gegenbeweis überhaupt.

aa) Beweislast.

Die Mecklenburgische Gesetzgebung verändert an der Bestimmung, was zu beweisen ist und welcher Parthei der Beweis obliegt? die gemeinrechtlichen Grundsätze überall nicht; in der Regel muß daher der Kläger den Grund der Klage und der Beklagte den der Einreden beweisen (1) und bedürfen Rechtssätze eines Beweises nicht (2).

(1) Daher müssen von demjenigen, der sich darauf beruft, jura specialia und Gewohnheiten bewiesen (GCO. I. 5. §. 1.) und die Stadt-Reglements auf seine Kosten abschriftlich beigebracht werden. H. K. V. v. 20 März 1779. (Schr. I. II. n. 37.)

(2) GCO. II. 24. §. 12. „keine Articul, so juris."

§. 68.

b) Berechtigung zum Beweise und Gegenbeweise.

Der Beweis und Gegenbeweis, als Theil des rechtlichen Gehörs (§. 22. und §. 32.), darf, sowenig wie letztres, einer Parthei versagt (1) und insonderheit soll der Gegenbeweis in allen

Fäl-

Fällen, worin er rechtlich Statt hat, zugelassen werden, ob er gleich weder im Beweis-Interlocut vorbehalten, noch vorher vom Gegenbeweisführer vorbehalten worden (2). Der Gegenbeweis enthält im Allgemeinen nicht bloß den Beweis des Gegentheils des Beweissatzes (eigentlicher Gegenbeweis), sondern auch den Beweis der Einreden, wenn gleich beide Gattungen des Gegenbeweises cumulirt zu werden pflegen (3).

(1) H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. Beweisung §. 1. und v. 1568 ibid. vergl. §. 32.
(2) GCO. II. 24. §. 12.
(3) v. Nettelbladt Archiv 1. 302.

§. 69.

cc) Gattungen des Beweises und Gegenbeweises.

α) Natürlicher oder künstlicher.

Die Eintheilung des Beweises und Gegenbeweises in den natürlichen und künstlichen, directen und indirecten, ist auch in den Mecklenburgischen Gesetzen angenommen (1).

(1) Z. B. über Vermuthungen. H. u. LGO. II. 28. §. 1. 32. §. 1.

§. 70.

β) Feierlicher oder summarischer.

Der Beweis und Gegenbeweis ist entweder ein feierlicher (Beweis im strengen Sinn, probatio) oder ein summarischer (Bescheinigung, demonstratio) (1). Erst-

rer

rer ist im ordentlichen Proceß, letztrer aber im summarischen (2) (§. 42.), die Regel (§. 40.), und bei letztrem nicht allein die Frist beengter (3) (§. 40.), sondern auch die Abhörung der Zeugen, wenigstens in summariissimo, weniger förmlich (§. 129.) und ein eigenes Beweis-Deductions-Verfaren unzulässig (§. 81.).

(1) H. u. LGO. II. 1. §. 4. 4. §. 5. 13. 25. §. 3. 26. §. 2. 32. §. 3. 34. §. 3. GCO. II. 1. §. 4. 13. 21. §. 1. 24. §. 7. 26. §. 3. 27. §. 2, 33. §. 3. H, Fr. V. v. 14 Febr. 1766. (N. S. II. 76.) „summarische Kundschaft" H. u. LGO. II. 1. §. 4. GCO. II. 1. §. 4. u. V. v. 1766. *Tornow* P. 1. 342. *Mantzel* diss. de processu executivo. S. 23.

(2) Z. B. zur Zulassung des Beweises in perpetuam „memoriam „summarie bescheinigen" (H. u. LGO. II. 25. §. 3. GCO. II. 26. §. 3) „Das „Interesse an der Edition eines documenti communis bescheinigen" (H. u. LGO. II. 26. §. 2. GCO. II. 33. §. 3), „die Nullität demonstriren" (H. u. LGO. II. 34. GCO. II. 36.), das Interventions-Interesse „summarischer Weise in continenti beibringen" (G. C. O. II. 21. §. 2.), ein Hinderniß des Zeugen-Examens „bescheinigen." (H. u. LGO. II. 23. §. 6. 29. §. 1. GCO. II. 24. §. 7.) vergl. *Engau* decis. et resp. P. 1. n. 394.

(3) G. C. O. II. 24. §. 14.

§. 71.

γ) ordentlicher oder schleuniger.

Der schleunige Beweis und Gegenbeweis ist derjenige, der schon zur Zeit, in welcher die Parthei auf ihn sich bezieht (— alsbald, in continen-

tinenti) beigebracht ist (1); er wird durch die gewöhnlichen Beweismittel, insofern sie jenem Charakter dieser Beweisgattung entsprechen, geführt; über die, als Regel füglich nicht anzunehmende, Zulässigkeit der Eideszuschiebung, als Mittel den schleunigen Beweis zu führen, ist jedoch Praxis und Theorie nicht allgemein übereinstimmend (2).

(1) H. u. LGO. II. 4. §. 5 u. 7. GCO. II. 4. §. 5 u. 7, „alsbald bescheinigt" H. u. LGO. II. 21. §. 1. GCO. II. 21. §. 1 „daferne sie in „continenti erwiesen —. und alsbald dargethan „und ausgeführt." H. u. u. LGO. II. 32. §. 3. GCO. II. 33. §. 3. „in continenti bescheinigen" GCO. II. 21. §. 1. „summarischer Weise in „continenti beibringen."

(2) *Ernst Joan. Friedr. Mantzel* s. *Frid. Carol. Ackermann* diss. de processu executivo maxime quoad delationem juramenti litis decisorii jure praesertim Mecklenburgico (Rost. 1749. 4.) bestreitet der Eidesdelation die Eigenschaft eines summarischen Beweismittels; allein sein vorzüglichster Grund, die Subsidiarität der Eidesdelation als Beweismittel überhaupt, ist unrichtig (§. 85), wichtiger aber der Grund, daß dieß Beweismittel ein Verfahren erfordert, mithin für „alsbald beweisend" nicht gehalten werden kann, da doch die Mecklenburgische Gesetzgebung erfordert, daß ein solcher Beweis in continenti aus den Acten und schriftlichen Urkunden geführt werde (§. 134).

§. 72.

a) vollständiger oder unvollständiger.

Der Beweis ist, je nachdem der Beweisführer dadurch den Beweissatz erschöpft hat oder nicht,

nicht, ein vollständiger oder ein unvollständiger (§. 79).

§. 73.

c) nothwendiger oder freiwilliger.

Der Beweis wird entweder in Folge richterlicher Aufgabe oder freiwillig angetreten und ist hiernach ein nothwendiger (ordentlicher) oder freiwilliger (außerordentlicher).

Zur letztern Gattung gehört

I. der, auch in Mecklenburg sowohl für die Klage, als die Einreden zulässige, anticipirte Beweis (1), der, wenn er unvollständig ist (§. 72), durch den, dennoch nachher freistehenden, nothwendigen Beweis ergänzt werden kann, wobei der Mitgebrauch des bisher schon beigebrachten, auch wenn er in dem Urtel nicht ausdrücklich vorbehalten sein möchte, erlaubt ist.

II. Der Beweis zum ewigen Gedächtniß (2).

(1) Vergl. H. F. F. V. v. 13 Januar 1787. (Schr. I. II. 90) und Bericht des H. u. LGerichts v. 1787 (in v. Nettelbladt 1. 302 ff.)

(2) Die näheren Vorschriften hierüber hat H. u. LGO. II. 25. u. GGO. II. 26. Er kommt zuerst in der H. u. LGO. v. 1568 vor.

§. 74.

§. 74.

dd) Richterliche Festsetzung des Beweis-Satzes.

Ehedem ward in Mecklenburg der Beweis und Gegenbeweis-Satz in dem, darauf interloquirenden, Urtel in der Regel nicht festgestellt, sondern nur im Allgemeinen auf Beweis des Grundes der Klage und soviel daran geläugnet, erkannt und daher gegen eine solche interlocutoria mera kein Suspensiv-Rechtsmittel zugelassen (§. 167).

Allein in neuern Zeiten wird der Beweis- und Gegenbeweis-Satz, falls er nicht als unbestritten schon in den Acten vorliegt und von beiden Theilen anerkannt ist, ausdrücklich und einzeln in allen seinen Theilen und Umständen in dem Urtel bestimmt und festgesetzt (1), und daher ist gegen ein solches Interlocut allerdings ein Rechtsmittel auch zum Suspensiveffect zulässig (§. 167.)

(1) Hof- und landgerichtlicher Bericht in v. Nettelbladt I. S. 300.

§. 75.

ee) Beweisfristen.

D. Georg Alb. Kuetemeyer diss. inaug. jurid. de termino probatorio secundum jura Mecklenburgica. (Rostochii 1809. 4.)

α) Beweisfrist.

Nur die Antretung, nicht die Vollführung (1) des Beweises oder Gegenbeweises ist an einer gesetzlichen Frist gebunden. Die Hof- und Landgerichtsordnung überließ die Bestimmung der Beweisfrist dem richterlichen Ermessen (2), und erst die Güstrowsche Canzleiordnung bestimmte, wenn wegen Entfernung der Partheien kein besonderes Bedenken eintritt, einen dreiwöchigen Zeitraum zur Beweisfrist des ordentlichen Processes, und einen willkührlichen, jedoch nicht länger, als vierzehntägigen, Termin für die des summarischen Verfarens (3); welche Zeitbestimmung gegenwärtig in allen Gerichten angenommen ist (4).

Diese Beweisfrist

I. läuft von dem Augenblick an, in welchem das Beweisinterlocut in Ansehung der, darin enthaltenen, Bestimmung des Beweissatzes in Rücksicht sowohl des Producenten, als des Producten die Rechtskraft erhalten hat (5) (§. 65), mithin, wenn dasselbe zwar in Ansehung des Beweisführers sofort rechtskräftig geworden, allein von Seiten des

Pro-

Producten entweder noch eine Auflage zu erfüllen oder ein Hinderniß im Wege ist (6) oder ein Suspensivrechtsmittel gegen das Interlocut zulässig ist, erst von dem Zeitpunkt der, für beide Theile eingetretenen, Rechtskraft (§. 65), also von demjenigen an, in welchem entweder der Beweisführer von der gegenseitigen Erfüllung des Urts actenmäßige Nachricht erhalten oder letztres auch in Ansehung des Gegners die Rechtskraft beschritten hat (7).

II. ist peremtorisch und läuft von Augenblick zu Augenblick, so daß, wenn das Interlocut am Mittage die Kraft Rechtens erhalten hat (§. 64), der, am Nachmittage des letzten Tages der Beweisfrist angetretene, Beweis desert und nicht anders, als mittelst Restitution zuzulassen ist (8).

III. die, während des Beweistermins einfallenden, Ferien werden in denselben mit eingerechnet (9).

Die Beweisfrist kann, nach den, bei andern Fristen eintretenden, Grundsätzen (§. 34), ganz oder in Ansehung eines Nachtrags prorogirt werden (10); allein die prorogirte Frist behält die Natur einer Nothfrist (11).

Der Beweis muß bei Vermeidung seiner, ipso jure eintretenden, und von richterlichem Amtswegen zu berücksichtigenden (12), Erlöschung, (13) binnen der Beweisfrist angetreten werden, welches insonderheit auch in Ansehung des Beweises durch Eideszuschiebung (14) und, der allgemeinen Praxis nach, auch durch Augenschein Statt hat; allein die Restitution gegen den

Ab=

Ablauf der Beweisfrist aus rechtmäßigen Ursachen ist nicht ausgeschlossen (15).

(1) Nach H. u. LGO. II. 23. §. 1. 29. §. 1. GGO. II. 24. §. 1. 30. §. 1. H. u. LGGB. v. 2 May 1571 sollte der Beweis durch Zeugen binnen 12 Wochen vollführt werden, allein diese, auf derzeitigen Mangel einer gesetzlichen Frist zur Beweisantretung sich gründende, Vorschrift ist gegenwärtig außer Gebrauch, obgleich die Vollführung des Beweises vom Richter sub poena desertionis aufgegeben werden kann.

(2) H. u. LGO. II. 23. §. 1. *Warnemünde* Sect. 3. tit. 9. §. 1. ob er gleich hiemit die Vollführungsfrist verwechselt.

(3) GGO. II. 24. §. 14.

(4) M. K. S. 1. 8. II. 89. Da bei dem H. u. LG. das Beweisverfaren auch in einer ursprünglich judiciellen Sache extrajudiciell ist; so ist auch in judicialibus die Beweisfrist nicht die gewöhnliche Judicial-, sondern die Extrajudicial- (dreiwöchige) Frist. M. K. S. II. 143.

(5) H. F. F. V. v. 29 Jul. 1786 (v. Nettelbladt 1. 292.) M. K. S. 1. 8. II. 89. Nettelbladt a. a. O. 331 ff. Ehedem berechnete die Praxis der Rostockschen Justizcanzlei den Anfang des Laufs der Beweisfrist nicht von der Zeit der Rechtskraft, sondern von der der Publication des Urkels. M. K. S. 1. 8. v. Nettelbladt 1. 336. (welche Meinung auch die Juristen-Facultät in Rostock in ältern Zeiten annahm, s. *Sel. jurid. rost.* sp. 9. qu. 8.); allein dieser abweichende Gerichtsgebrauch ist durch H. F. F. V. v. 17 Febr. 1802 (v. Nettelbladt 1. 341 u. Schr. 1. II. 202.) aufgehoben.

(6) H. F. F. V. v. 29 Jul. 1786 u. v. 17 Febr. 1802 (in v. Nettelbladt 1. 341. u. Schröder I. II. 202) z. B. die, dem Gegner aufgegebene, Erledigung einer dilatorischen Einrede. vergl. Kütemeyer diss. cit.

(7) H. F. F. V. v. 17 Febr. 1802. M. K. S. 1. 8. II. 89. v. Nettelbladt 1. 328. woselbst S. 324 — 340

— 340 die, hierüber erstatteten, Berichte der Meckl. Schwerinschen Landesgerichte abgedruckt sind. Also 1) bei einem, keinem Suspensivmittel unterworfenen, Interlocut sogleich von dessen Publication an. M. R. S. I. 8. v. Nettelbladt I. 332. 2) wenn gegen das Interlocut ein Rechtsmittel Statt hat, von Zeit der, auf beiden Seiten eingetretenen, Rechtskraft. 3) wenn ein Rechtsmittel eingelegt ist, von Zeit der Rechtskraft des Confirmatorurtels (v. Nettelbladt I. 332.) und 4) bei einem eingelegten, aber entsagten oder erloschenen, Rechtsmittel von der Zeit, in welcher die Entsagung oder Desertion dem Beweisführer bekannt geworden, das. 332 u. M. R. S. II. 89.

(8) H. F. B. v. 10 Febr. 1766. (M. S. II. 83) u. v. 26 Febr. 1776 (das. 251) H. F. F. B. v. 13 Januar 1787. (Schr. I. II. 190) M. R. S. I. 8. v. Nettelbladt I. 335.

(9) 1) H. F. B. v. 26 Febr. 1776. M. R S. I. 8. 2) Str. G. B. v. 3 Febr. 1770 (§. 34)

(10) v. Nettelbladt I. 308. Dieß geschieht gewöhnlich sub poena desertae probationis. Die H. u. LGO. *II.* 23. §. 1. und schon früher die H. u. LGGB. v. 22 Januar 1595 u. v. 28 Januar 1596 erfordern zur Ertheilung der ersten und zweiten (oder wie es, mit Einrechnung der eigentlichen und ersten Beweisfrist dort heißt, der zweiten und dritten) Frist eine Bescheinigung und zur dritten (vierten) Frist die solemnitas legalis (H. u. LGO. I. 28), zur weitern Erstreckung aber hochwichtige und bewegende Ursachen und nach der GEO. *II.* 24. §. 1. u. dem H. u. LGGB. v. 14 April 1683 soll die solemnitas legalis schon bei der zweiten Prorogation beobachtet werden; allein hier ist, ungeachtet des Mißverständnisses der Praxis bis zur ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, offenbar nicht von der Antretung, sondern von der Vollführung des angetretenen Beweises die Rede.

(11) H. F. B. v. 26 Febr. 1776.

(12) *Kuetemeyer* a. a. O. §. 13. scheint gegen die Praxis das Gegentheil zu behaupten, (vergl. unter andern §. 76. Anm. 7.)

(13) In den Schwerinschen Landesgerichten wird die Strafe der Erlöschung des Beweises und, wenn das Thema des letztern aus mehreren Theilen besteht, die poena probationis vel in totum vel in tantum desertae im Interlocut namentlich ausgedruckt.

(14) H. F. F. V. v. 28 May 1802 (v. Nettelbladt I. 348.)

(15) M. K. S. I. 8.

§. 76.

β) Gegenbeweisfrist.

Die beiden ersten Hofgerichtsordnungen schrieben in Ansehung der Gegenbeweisfrist vor, daß der Gegenbeweis durch Urkunden in dem, zur Führung des Beweises angesetzten, Termin, der Gegenbeweis durch Zeugen aber vor Eröffnung des Probatorial-Zeugen-Rotels geführt werden soll (1); allein nach der jüngern Hof- und Landgerichts-Ordnung ist Beweis und Gegenbeweis in dem, dazu richterlich anberaumten, Termin zugleich anzutreten und daher auch die Gegenbeweisfrist keine gesetzliche (2). Die Güstrowsche Canzlei-Ordnung kehrte aber zu den sächsischen Grundsätzen der beiden ältern Hofgerichts-Ordnungen zurück und bestimmte, daß der Reproducent den Gegenbeweis binnen Acht, von der Zeit, in welcher ihm die Ladung zur Eröffnung des Probatorial-Gezeugnisses insinuirt worden, anzurechnenden, Tagen antreten, obgleich sie ihm nicht allein nachläßt, den Gegenbeweis noch früher und vor geendigtem Beweise anzutreten, sondern ihm bei Strafe des verzögerten Processes selbst aufgiebt, den Gegenbeweis, sobald er in dem, dem Gegentheil in puncto probationis

an-

angesetzten, Termin unbehindert dazu gelangen kann, vorzunehmen und die vorhin gedachte, achttägige Frist nur auf den Behinderungs- und den Fall beschränkt, daß nicht eher zum Gegenbeweise zu kommen ist (3). Bei dieser Unbestimmtheit der gesetzlichen Vorschrift (*) entstand der allgemeine Gerichts-Gebrauch, daß zur Antretung des Gegenbeweises erst nach vollendeter Führung des Beweises eine Frist bestimmt ward (4).

Um diesem Verfahren ein anderes zu substituiren (5), schrieb die Gesetzgebung des Meckl. Schwerinschen Landes-Antheils vor, alle Erkenntnisse über Beweis und Gegenbeweis dahin einzurichten, daß mit dem Beweis zugleich der Gegenbeweis angetreten, mithin die Beweisführung beider Theile in pro- und reprobatorio soviel thunlich in einer und derselben Frist absolvirt werden und die anders erkennenden, auswärtigen Urteile solchergestalt constitutionsmäßig abzuändern (6); hiernach ward also in der Regel der Beweis und Gegenbeweis in dieselbe Frist eingeschlossen und daher, wenn der Gegenbeweisführer binnen der, dem Beweisführer und ihm bestimmten, Nothfrist nicht wenigstens inchoative zum Gegenbeweise sich erbothen oder deshalb rechtszeitig Prorogation gebeten hatte, der Gegenbeweis für ipso jure desert erklärt, obgleich bei der Unanwendbarkeit der constitutionsmäßigen Grundsätze auf alle Fälle die Praxis nicht allein dem Reproducenten, den Umständen nach, eine oder mehrere Prorogationen ertheilte, sondern auch wohl den Gegenbeweistermin überhaupt so lange, bis der Beweis sowol formaliter als materialiter angetreten war, hinaussetzte, besonders wenn der Beweissatz durch die Urteile noch keine bestimmte

Richtung erhalten hatte (7). Da indessen eine längere Erfahrung die in so vielen Fällen eintretende Unzulässigkeit der Vereinigung der Antretung des Beweises und Gegenbeweises in derselben Frist zeigte, und es sich ergab, daß überhaupt der Gegenbeweisführer, ehe der Producent den Beweis angetreten und sein Gegner davon rechtlich Wissenschaft erhalten hatte, selten mit geprüfter Zuverlässigkeit beschließen könne, ob es überall des Gegenbeweises bedürfe und wie derselbe, nach Beschaffenheit der Beweisart einzurichten sey (8); so ward die Constitution v. 1766. aufgehoben und dagegen festgesetzt, daß der Lauf der Gegenbeweisfrist durchgehends und in allen Fällen nur erst von der Zeit, da der Beweisführer den Beweis angetreten hat und die, auf die Antretung erkannte, Verordnung, den Gegenbeweis anzutreten, demjenigen, welchem der Gegenbeweis zusteht, insinuirt worden, anfangen, und daß dann der Reproducent binnen gleichmäßiger Frist, als dem Gegner zur Führung des Beweises vorgeschrieben, oder wenn er denselben freiwillig angetreten, in einem, richterlich vorzuschreibenden Zeitraum den Gegenbeweis antreten soll (9).

Diesem gemäß

I. besteht die Gegenbeweisfrist

1) im Herzogl. Meckl. Schwerinschen Landes-Antheil (10)

a. beim nothwendigen Beweise aus einer gleichmäßigen Frist, als dem Producenten zur Antretung des Beweises vorgeschrieben war (§. 75.),

b. bei freiwilligem Beweise aber in einer, nach richterlichem Arbitrium (§. 75.) zu bestimmenden, Frist.

2)

2) im Strelitzschen aber aus der, zur Beweis-Antretung angesetzten, Frist oder höchstens einer Frist von acht, von der Zeit der Insinuation der Ladungen zum Termin ad publicandum rotulum probatorialem zu berechnenden, Tagen (11).

II. läuft diese Gegenbeweisfrist

1) im Schwerinschen von der Zeit der, dem Gegenbeweisführer, als Producten, geschehenen, Insinuation der, auf die Beweis-Antretung (12) erkannten, gerichtlichen Verordnung, den Gegenbeweis anzutreten (13), weshalb der Producent zugleich durch ein Respons angewiesen wird, die geschehene Insinuation jener Verordnung binnen 14 Tagen a dato zu den Acten zu bescheinigen.

2) im Strelitzischen aber von der Zeit an, in welcher dem Gegenbeweisführer, als Producten, die Ladung zur Eröffnung des Gezeugnisses insinuirt worden (14).

III. Die Gegenbeweisfrist wird durch die einfallenden Ferien nicht unterbrochen (§. 75.).

IV. Die Gegenbeweisfrist ist eben so peremtorisch, als die Beweisfrist (15).

V. Wird im Schwerinschen, nicht aber im Strelitzschen, an den Gegenbeweisführer eine besondre Verordnung, den Gegenbeweis sub poena desertionis anzutreten, erkannt und vom künftigen Reproducten insinuirt. (II. 1.)

(1) H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. Eyd der Zeugen §. 6. u. v. 1568 Tit. v. Beweisung §. 3. u. Tit. wie es mit der Beweisung §. 8; nach dem H. u. LGGB.

LGGB. v. 17 Jan. 1756 „vor expedirtem examine" der Probatorial-Zeugen.

(2) H. u. LGO. II. 23. §. 1. 29. §. 1.

(3) GGO. II. 24. §. 12, welche Stelle *Warnemünde* Sect. III. Tit. 9. §. 2. „Reprobaturus intra octo dies ab illo tempore, quo citatio ad publicanda attestata est insinuata computandos sese declarare, articulos reprobatoriales producere omniaque illa, quae probanti incumbunt, observare debet. Qui vero terminus eum in casum tantum modo est constitutus, si nempe reprobaturus fuerit impeditus, illum antecipare. Impedimento nullo obstante cum probante in uno eodemque termino sub poena retardati processus aut sub alia arbitraria poena reprobare tenetur" commentirt. Auch nach der K. G. O. I. 21. §. 19. soll Beweis und Gegenbeweis möglichst zugleich angetreten werden.

*) Richtig sagt *Knetemeyer* diss. cit. §. X. Anmk. 1: Si quis legem hanc (die GGO.) nimis vagam dicat, eidem contradicere haud ausim.

(4) H. F. Res. v. 29 July 1776. (in Nettelbladt I. 292.) Schon der H. u. LGGB. v. 17 Januar 1576 rügte die Sitte, den Gegenbeweis bis zur Einbringung des Beweises aufzuhalten.

(5) H. F. F. V. v. 29 July 1786 (in v. Nettelbladt I. 291.)

(6) H. F. V. v. 10 Febr. 1766 (LL. S. II. 83.); sie ist an die Justiz-Canzleien zu Schwerin und Rostock unterm 11ten desselben Monats in Form eines Rescripts erlassen (v. Nettelbladt I. 307, 321 u. 330) und durch H. F. V. v. 21 May 1768. (LL. S. II. 24.) auch auf alle fiscalischen Processe in Civil- und Straf-Sachen, mit Ausnahme eigentlicher, peinlicher Fälle, erstreckt.

(7) Bericht des H. u. L Gerichts v. 1787 in v. Nettelbladt I. 297.

(8) H. Fr. Fr. V. v. 29 July 1786 (in v. Nettelbladt I. 297.) u. v. 13 Jan. 1787. (Schr. I. II. 190.) und der Bericht des H. u. L Gerichts in v. Nettelbladt I. 302.

(9) H. F. F. V. v. 13 Jan. 1787 (Schr. I. II. 190.)

(10) H. F. F. V. v. 13 Jan. 1787.

(11) GGO. II. 24. §. 12. (s. jedoch die Anm. 14.)

(12)

(12) Allein der Beweis muß vollständig angetreten sein, indem bei Verlängerung der Beweisfrist zu einem Nachtrage die Reprobatorialfrist erst von der Insinuation der, auf die vollendete Beweisantretung erkannten, Verordnung läuft.

(13) H. F. J. V. v. 13 Jan. 1787. Bericht des H. u. LGerichts v. 28 Jan. 1802 in v. Nettelbladt I. 329.

(14) GEO. II. 24. §. 12. Beim H. u. LG. werden indessen auch in Stargardischen Sachen die Grundsätze der M. Schwerinschen V. v. 13 Jan. 1787 befolgt (M. R. S. II. n. 137.), obgleich im Interlocut der Ausdruck „constitutionsmäßig" ausgelassen wird.

(15) H. F. F. V. v. 13 Jan. 1787, in den Schwerinschen Gerichten wird die poena desertae reprobationis im Interlocut namentlich angedrohet.

§. 77.

ff) Beweis-Mittel und deren Cumulation.

Die Beweismittel des gemeinrechtlichen Processes — Zeugen, Urkunden, Augenschein und Eidesdelation — sind auch in Mecklenburg statthaft. Der Beweis- oder Gegenbeweisführer hat die Wahl unter denselben und das Recht, innerhalb des Laufs der Beweis- oder Gegenbeweis-Frist (§. 75. und 76.) ein gewähltes Beweismittel mit einem andern zu vertauschen (1).

(1) H. u. LGGB. v. 17 Oct. 1597.

§. 78.

gg) Antretung und Ergänzung des Beweises.

Der Beweis und Gegenbeweis muß dem ganzen Umfange der gewählten Beweis-Art nach in-

innerhalb der Beweis- und Gegenbeweis-Frist (§. 75. und §. 76.) angetreten werden (1), allein die Fortsetzung und Vollführung des einen oder des andern ist jetzt nicht mehr, wie ehedem (§. 75.), an einer gesetzlichen, obgleich zuweilen an einer richterlichen, Frist gebunden (§. 75.). Nachträge und Ergänzungen des Beweises und Gegenbeweises sind nach Ablauf der Frist in derselben Instanz (2) unzulässig (3), wenigstens nicht ohne vorgängige Restitution auf eidliche Versicherung der frühern Unbekanntschaft des Beweismittels (4); auch die Veränderung der Beweisartikel ist nach Ablauf des Beweis-Termins unstatthaft (§. 45.).

(1) Vergl. H. u. LGGB. v. 17 Oct. 1597.

(2) Wohl aber in der Appellations- (Revers. v. 1572 Art. V. H. u. u. LGO. II. 30. §. 1. GGO. II. 31. §. 1. u. H. u. LGGB. v. 4 Oct. 1709) und Restitutions- (*Cothmann* resp. Vol. IV. consil. 4. n. 132. Carmon de remediis suspensivis in Megapoli. Sect. III. §. V. Beitr. VI. Abh. XXV. §. 11.) Instanz, vergl. jedoch §. 81.

(3) H. u. LGO. II. 30. GGO. II. 31; beide Gesetze lassen jedoch (*II.* 32. §. 1. u. *II.* 33. §. 1.) in den Beweis-, De- und Gegenbeweis-Deductionen neue Urkunden zu.

(4) H. u. LGGB. v. 17 Oct. 1597. H. u. LGO. *II.* 18. §. 2. *II.* 32. §. 3.

§. 79.

hh) Erkenntniß über das Beweis-Verfaren.

Nach beendigtem Beweis- und Gegenbeweis-Verfaren und abgehaltenem Rotulations-Termin (§. 61.) wird über vollführten Beweis und Gegenbeweis ein, beiden gemeinschaftliches, Urteil gesprochen.

Da, außer dem Fall des freiwilligen Beweises (§. 73.), in der nämlichen Instanz der Producent nur einen Beweis und der Reproducent nur einen Gegenbeweis hat; so wird

I. wenn der Producent den Beweis gar nicht oder nicht gehörig ausgeführt hat, der Product, ohne Rücksicht, ob er den Gegenbeweis überall angetreten oder vollführt hat und ohne Zulassung der subsidiarischen Eides-Delation (§. 85.), von der Klage entbunden (1), dagegen aber

II. wenn der Beweis zwar nicht vollständig (§. 72.), aber doch nicht überall nichtgeführt ist, „nach Gelegenheit der Sache und „Umständen und daraus sich ergebenden beständigen Vermuthungen, besonders wenn „die Sache kein hohes und merkliches betrifft (2)" ex officio oder auf Antrag entweder der Producent, oder beim Gegenbeweise der Reproducent, zum Erfüllungs-Eide (3) oder der Gegentheil zum Reinigungseide (4) zugelassen und nach eingetretener Rechtskraft des, ihn dazu zulassenden, Urtels und nach Ableistung des einen oder des andern Eides in der Sache selbst durch ein, in die Rechtskraft sofort übergehendes, Urtel erkannt.

(1) H. F. F. V. v. 29 July 1786. (v. Zettelblatt I. 292.)

(2) Diese letztre Bestimmung scheint indessen die Praxis nicht zu beobachten.

(3) H. u. LGO. v. 1558. Tit. wie und wenn Eyde §. 1. u. v. 1568. Tit. wie es mit der Beweisung §. 12. H. u. LGO. II. 28. §. 2. GEO. II. 29. §. 2. Landes-Constitutionen wegen der Beweiskraft der Handlungsbücher. M. K. S. 1. n. 64.

(4)

(4) GGD. II. 29. §. 2. (Diese Stelle ist nicht in der H. u. LGD.)

§. 80.

b) einzelne Beweismittel.

aa) Beweis durch Zeugen.

Der Beweis (1) durch Zeugen wird dadurch angetreten, daß der Beweisführer dem Gericht

1) die Zeugen, deren Abhörung er verlangt, nahmhaft macht (2),

2) die, mit „Wahr" u. s. w. fragweise abgefaßten, Artikel, worüber die Zeugen abzuhören, übergiebt (3) und

3) zugleich um einen Termin zur eidlichen Vernehmung der Zeugen entweder vor dem Gericht selbst, oder vor einem auswärtigen Gericht oder vor einer Commission bittet (4).

Diese Anträge werden in der nämlichen Schrift vorgebracht, die Artikel jedoch auf einer Anlage derselben übergeben und unter derselben das, Namen, Stand, Wohnort und Artikel der Abhörung enthaltende, Directorium gesetzt (5). Wenn diese Beweis-Antretung keine, eine officielle Berücksichtigung erfordernde, Mängel hat; so setzet das Gericht

I. wenn die Zeugen seiner Gerichtsbarkeit unterworfen und keine Gründe zur Anordnung einer Commission vorhanden sind, einen Termin (6) zu ihrer Abhörung an und ladet zu demselben den Producenten zur Vorführung der Zeugen sub poena desertionis, diese aber, jedoch ohne Mittheilung der An-

tre-

tretungsschrift und der Artikel, zur Ablegung des Zeugen-Eides und des Zeugnisses, und den Producten endlich unter abschriftlicher Mittheilung der Antretungsschrift und Artikel ad videndum produci et jurare testes, mit der Freilassung, bis vierzehn Tage vor dem Termin sub poena praeclusionis über die Artikel zulässige Fragestücke einzureichen. Im Fall

II. der Abhörung vor einer Commission (§. 33.) wird, nach Maßgabe der Umstände, vom Producten entweder die Erklärung über den vorgeschlagenen Commissarius oder der Vorschlag eines Mitcommissarius erfordert, in beiden Fällen aber ihm die Einreichung zulässiger Interrogatorien bei Strafe der Präclusion nachgelassen und nach Berichtigung dieser Puncte die nachgesuchte Commission erkannt (9). Wenn endlich

III. die Zeugen außerhalb Landes oder der Gerichtsbarkeit des Gerichts (10) sich befinden; so wird von letzterm ihr competenter Richter durch Subsidialen um ihre Abhörung ersucht und dem Producten aufgegeben, die Fragestücke bei Strafe der Präclusion vorher bei dem requirirenden Gericht einzureichen (11).

Bis auf wenige Ausnahmen ist jede Privat-Person zur Ablegung des Zeugnisses verbunden und dazu durch Zwangsmittel anzuhalten (12); öffentliche und andre Verhältnisse modificiren inwiefern diese Pflicht (13).

In summarischen, besonders geringschätzigen und eiligen, Sachen, vorzüglich bei den Untergerichten, können die Artikel und Interrogatorien

vom Richter ex officio verfaßt werden. Nach Ablauf der Beweisfrist ist die Veränderung der Zeugen und Beweisartikel (§. 45.) unstatthaft, bis dahin aber zulässig.

In dem, vom Gericht oder von der Commission anberaumten, nicht unbedingt anzukündigenden (14), Termin, mit welchem, ungeachtet der Producent ungehorsamlich ausbleibt, zu verfahren (15), führt der Producent die Zeugen mit Bitte um deren Beeidigung und Abhörung vor, welchemnächst letztre, alle zugleich, nachdem ihnen die Eide und Pflichten, womit sie einer der Partheien verwandt sein könnten, in Ansehung des abzulegenden Zeugnisses erlassen (16), in Gegenwart beider Theile, nach voraufgegangener Verwarnung vor dem Meineide, mit dem Zeugen-Eide (17), belegt (18) und darauf vor Gericht (19), in Abwesenheit der Partheien, einzeln, zuerst über die, auf ihre Personen und Glaubwürdigkeit gehenden, General-Interrogatorien (20) und dann über die Artikel, nach deren Folge-Ordnung (21) und bei jedem derselben über die, von Producten eingereichten oder vom Gericht ex officio zu machenden (22), Special-Interrogatorien zu Protocoll abgehört (23) und, nach Vorlesung und Genehmigung ihrer sämmtlichen Aussagen (24), unter Auflegung eines Stillschweigens über letztre (25), entlassen werden.

Bei der Abhörung vor einer Commission hat jede Parthei das Recht, der ersten einen immatriculirten Notar zuzuordnen.

Einreden gegen die Zeugen sind, nach deren Bewandniß bald zur, ihre Abhörung aufschiebenden, Wirkung, bald ohne dieselbe sowol vor, als nach der Abhörung zulässig (27). Wenn mit

der

der Abhörung der Zeugen zugleich Augenschein und Besichtigung des streitigen Orts verbunden ist; so sollen die Zeugen, nach Ablegung des Zeugen-Eides, erst zum Augenschein geführt und dann über die Artikel befragt werden (28).

Der Beweisführer muß den Zeugen nothdürftige Zehrung geben und, wenn sie wegen Alter, Schwachheit, Stand oder Entfernung der Fuhre bedürfen, sie deshalb entschädigen (29).

(1) Der Gegenbeweis durch Zeugen wird auf eben die Art, wie der Beweis geführt. GCD. *II.* 24. §. 12.

(2) H. u. LGD. *II.* 23. §. 2. GCD. *II.* 24. §. 2.

(3) H. u. LGG. *II.* 23. §. 2. GCD. *II.* 24. §. 2. H. u. LGGB. v. 8 Oct. 1576, über die Einrichtung der Artikel selbst GCD. *II.* 24. §. 12.

(4) H. u. LGD. *II.* 23. §. 1. GCD. *II.* 24. §. 12.

(5) GCD. *II.* 24. §. 2.

(6) Der nicht zu eng sein darf. H. u. LGD. *II.* 23. §. 2. GCD. *II.* 24. §. 1. Die Comissarien müssen ihn an einem unverdächtigen Orte abhalten. H. u. LGD. *II.* 23. §. 2. GCD. *II.* 24. §. 3.

(7) H. u. LGD. *II.* 23. §. 2 u. 4. 24. 25. §. 1. GCD. *II.* 24. §. 3. 5. 12. 26. 27. §. 1. Ueber die Abfassung der Special-Interrogatorien H. u. LGD. *II.* 23. §. 4. GCD. *II.* 24. §. 5 u. 12. 27. §. 1. Beim Hof- und Landgericht werden die eingereichten Special-Interrogatorien dem Producenten nicht abschriftlich mitgetheilt, sondern ihm nur die Eingabe, mit welcher sie übergeben, im Productionstermin vorgezeigt. M. R. S. *II.* n. 93.

(8) H. u. LGD. 2. 23. §. 1 u. 5. nach der H. u. LGD. 2. 23. §. 2. u. GCD. 2. 24. §. 3. werden die Interrogatorien bei der Commission übereicht, welches aber gegenwärtig nicht immer geschieht.

(9) H. u. LGD. 2. 33. §. 1. GCD. 2. 24. §. 1 enthalten Vorschriften über das commissarische Verfahren; das Commissarium soll nach der H. u. LGD.

LGO. a. a. O. §. 2. aber binnen 8 Tagen insinuirt werden.

(10) M. R. S. 1. n. 28. bei den Landesgerichten wird hierbei nicht auf die erste Instanz (§. 17), wohl aber das forum privilegiatum (§. 14) gesehen (M. R. S. 1. n. 28.), Rostocksche Bürger sollen indessen nur von Rostockschen Gerichten oder wenigstens nur praevio mandato de sistendo als Zeugen abgehört werden. K. E. O. v. 1788. §. 109 u. 110.

(11) H. u. LGO. 2. 23. §. 3. GCO. 2. 24. §. 3. 4. u. 9.

(12) H. u. LGO. 2. 23. §. 3. GCO. 2. 24. §. 3. 4 u. 9.

(12) z. B. Procuratoren und Advocaten (§. 29); über die Frage: ob die Landessuperintendenten in Processen der, ihrer Oberaufsicht untergebenen priorum corporum gegen diese zu Zeugen vorgeschlagen werden können?" s. v. Kettelbladt *II.* 308 — 330. III. 200 — 225.

(14) H. u. LGO. II. 23. §. 1. 6. 7 u. 8. GCO. II. 24. §. 7 — 9.

(15) H. u. LGO. II. 23. §. 11. GCO. II. 24. §. 12.

(16) H. u. LGO. II. 23. §. 3. GCO. II. 24. §. 4 u. 11.

(17) Die Eidesformel ist aus der H. u. LGO. v. 1558, in der H. u. LGO. I. 29. abgedruckt und auch durch die GCO. I. 12. §. 9. angenommen.

(18) H. u. LGO. II. 23. §. 12. 25. §. 1. GCO. II. 24. §. 9.

(19) Beim H. u. LG. geschah dieß bis zum Jahre 1800 vor dem zweiten Protonotar, seitdem aber vor einem, dazu deputirten, Gerichtsmitgliede.

(20) GCO. II. 24. §. 12. Die H. u. LGO. II. 23. §. 11. erwähnt derselben nur, allein in der GCO. a. a. O. sind sie enthalten. Das, über den Gebrauch des Abendmals hin und wieder gerichtete, General-Fragstück ist nicht gesetzlich und in jeder Hinsicht verwerflich.

(21) GCO. II. 24. 10 u. 12.

(22) H. u. LGO. II. 23. §. 11.

(23) H. u. LGO. I. 11. §. 3. II. 23. §. 9. GCO. I. 9. §. 3. II. 24. §. 9 u. 12; der Richter hat hier:

hierbei auch das Betragen der Parthei zu beobachten und nöthigenfalls zu Protocoll bemerken zu lassen (das.)

(24) H. u. LGO. II. 23. §. 9. GCO. II. 24. §. 10.

(25) H. u. LGO. I. 11. §. 3. 23. §. 10. u. GCO. I. 9. §. 3. II. 24. §. 11. legt dieß Stillschweigen nur dem Commissarius und Notar auf, allein dasselbe wird auch den Zeugen auferlegt.

(26) H. u. LGO. I. 23. §. 5. 24. GCO. II. 24. §. 6. 25.

(27) GCO. II. 14. §. 11.

(28) H. u. LGO. II. 23. §. 12.

(29) H. u. LGO. II. 23. §. 3. 24. GCO. II. 24. §. 4. 25.

§. 81.

Nach vollendeter Abhörung sämmtlicher Zeugen (1) wird aus ihrer aller protocollarischen Aussagen der Rotel, und zwar für den Beweis und den Gegenbeweis ein besondrer, angefertigt und in demselben nach den General-Interrogatorien erst die Artikel mit den, zu einem jeden derselben gehörigen, Special-Interrogatorien und die, der aufgegebenen Antworten gesammter Zeugen, darFolge-Ordnung nach, bemerkt (2); der Rotel wird zusammen geheftet und, mit dem Siegel des Gerichts (3) oder des Commissarius (4) verschlossen, zum committirenden Gericht eingereicht (5), in beiden Fällen aber bis zur Publication verwahrlich im Gericht niedergelegt. Wenn die Beweis-Aufnahme und, falls zugleich ein Gegenbeweis Statt hatte, auch diese beendigt ist; so wird der Beweis- und Gegenbeweis-Rotel publicirt (6). Diese Publication erfolgt entweder ohne Antrag der Partheien und ohne Anberaumung eines eigenen Termins, sondern durch ein, ex officio zu erlassen-

des,

des, bloßes Decret, mittelst dessen die Publication des Rotels erkannt und für geschehen angenommen und dem Producenten die Beweis-Deduction aufgegeben wird (7) oder auf Antrag einer Parthei in einem, mittelst besondern Decrets anberaumten, Termin (8), in welchem beiden, dazu vorgeladenen, Theilen der Rotel vorgezeigt und nach erfolgter Recognition der Siegel eröfnet und demnächst beiden Theilen abschriftlich mitgetheilt wird. Im ersten Fall wird durch den, den Rotel publicirenden, im letztern Falle aber durch ein, auf das Protocoll des Publications-Termins zu erlassenden, Abschied dem Beweisführer (10) aufgegeben (11), binnen der, nach Gattung des Processes Statt habenden, Frist (§. 34) (12) sub poena praeclusionis die Beweis-Ausführung zu übergeben (13), auf welche demnächst der Product binnen gleicher Frist und bei gleicher Strafe die Beweis-Gegen-Ausführung einreicht (14), mit welcher, außer dem Fall zulässiger novorum (§. 58.), der Actenschluß erkannt (15) und, nach vorgängiger Rotulation, über Beweis und Gegenbeweis erkannt wird (§. 79.). War mit dem Beweise auch der Gegenbeweis geführt; so hat sowol in probatorio als in reprobatorio ein besonderes Beweis-Verfaren Statt und wird daher sowol zugleich dem Producenten, als Reproducenten die Einreichung der Pro- und Reprotatorial-Deduction und demnächst dem Pro- und Reproducten die Gegendeduction aufgegeben und auf diese vier Schriften über Beweis und Gegenbeweis in einem Urteile erkannt (§. 79.). Nur im summarischen Processe findet das Beweis-Deductions-Verfaren nicht Statt, sondern erfolgt das Urteil auf den Rotel (16). Nach Eröfnung

des

des Rotels darf in Civilsachen der Beweisführer, der den Rotel gelesen oder sonst der Zeugen Aussagen erfahren hat, über dieselben Artikel in derselben Instanz nicht mehr Zeugen abhören lassen, auch der Gegentheil um das Gegentheil desjenigen, was bereits bewiesen ist, zu beweisen, keine entgegengesetzte Artikel übergeben (17).

(1) GCD. II. 24. §. 9.

(2) H. u. LGD. II. 23. §. 9. GCD. I. 9. §. 3. II. 24. §. 11 u 12. Auch die Notarien sollen die Zeugen-Roteln in Gemäßheit der RGesetze einrichten. H. u. LGD. u. GCD. l. c. H. u. LGGB. v. 11 July 1668, 13 Januar 1674 u. 5 Oct. 1680.

(3) H. u. LGD. II. 24. 25. §. 1. GCD. II. 25. 26. §. 1.

(4) H. u. LGD. II. 23. §. 10. GCD. II. 24. §. 11.

(5) Nach H. u. LGD. II. 29. §. 1. u. GCD. II. 30. §. 1. wird der Rotel vom Beweis- und Gegenbeweisführer eingebracht, allein jetzt wird er unmittelbar von der Commission eingereicht.

(6) H. u. LGD. II. 29. §. 2. GCD. II. 30. §. 2; der Rotel wird in contumaciam des ausbleibenden Producten eröffnet. H. u. LGD. II. 29. §. 1. II. 30. §. 1. GCD. II. 30. §. 1.

(7) Dieß ist beim H. u. LG. der Fall. M. K. S. 1. n. 63.

(8) H. u. LGD. II. 29. §. 2. 32. §. 1. GCD. II. 30. §. 2. 33. §. 1. Dieß ist bei den Justiz-Canzleien üblich. M. K. S. 1. n. 63.

(9) H. u. LGD. II. 32. §. 1. GCD. II. 32. §. 1. Die Abschrift soll binnen 14 Tagen nach der Publication beim Protonotar ausgelöst werden. H. u. LGGB. v. 18 Jan. 1574, 17 Januar u. 12 July 1576.

(10) Ehedem war darüber: wer im Beweisverfaren den ersten Satz haben soll? Streit; daß er dem Beweis- oder Gegenbeweisführer zustehe, ist entschieden in H. u. LGGB. v. 28 Jan. 1574 u. 20 Jan. 1579. H. u. LGD. II. 32. §. 1. und GCD. II. 33. §. 1.

(11) H. u. LGO. II. 29. §. 2. GCO. II. 30. §. 2.

(12) Nach H. u. LGO. II. 29. §. 1. u. 32. §. 4. und GCO. II. 33. §. 1 n. 4. ist diese Frist arbiträr, allein die Praxis hat die Ordnungsfrist angenommen.

(13) H. u. LGO. II. 29. §. 2. GCO. II. 30. §. 1. u. 2. Sie wird auch die Probations- und Deductions-Schrift genannt in H. u. LGO. und GCO. a. a. O. Der Beweisführer kann indessen derselben sich begeben und anstatt ihrer den Rotel wiederholen. H. u. LGB. II. 33. §. 2. GCO. II. 33. §. 2, in welchem Fall aber dem Producten dennoch die Exceptionsschrift contra personas et dicta testium zusteht. H. u. LGGB. v. 20 Januar 1579. Die Beibringung neuer Urkunden ist sowohl in dieser, als in der Exceptionsschrift zulässig. H. u. LGO. II. 32. §. 1. u. 3. GCO. II. 33. §. 1. u. 3. Zur Beibringung dieser und der Exceptionsschrift soll ohne erhebliche Ursachen keine Frist ertheilt werden. H. u. LGGB. v. 18 Jan. 1584.

(14) „Exceptionsschrift". H. u. LGO. II. 29. §. 2. 32. §. 3. GCO. II. 30. §. 2. 33. §. 1.

(15) Nach den Gesetzen fand ein Verfaren bis zur Duplick Statt: H. u. LGO. II. 32. §. 5. GCO. II. 33. §. 5. CO. v. 1570. Tit. v. heiml. Verlöbnissen §. 3. H. u. LGGB. v. 20 Jun. 1579, 22 Januar 1595, 28 Jan. 1596, 21 Jan. u. 21 April 1597 u. 16 Oct. 1613, ja die H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. Eid der Zeugen §. 7. erklärt geradezu, daß jeder Theil „nach altem Landesgebrauch" zwei Sätze habe, und die H. u. LGO. v. 1568. Tit. wie es mit der Beweisung §. 9. „daß diese nicht überschritten werden sollen." Allein diese beiden Sätze, Conclusionsschriften (H. u. LGO. II. 32. §. 5. u. GCO. II. 33. §. 5.), waren die heutige Replick und Duplick, welche nach dem ältern Proceß nach beendigtem Beweis- und Gegenbeweis-Verfaren beigebracht wurden, mit deren Vortrag vor demselben aber dieß Probatorial-Verfahren bis zur Duplick aufgehört zu haben scheint; gegenwärtig läßt der allgemeine Gerichtsgebrauch nur ein Verfahren bis zur Exceptionsschrift zu; eben diesen Gebrauch gegen die

Tri-

Tribunals-Ordnung in Pommern bezeugt Mehlen Anleit. zum ordentlichen Proceß §. 289. Anmerk. 2.

(16) H. u. LGO. II. 4. §. 6. GCO. II. 4. §. 5. obgleich letztre nach Bewandniß der Sache und dem richterlichen Arbitrium jedem Theil einen Satz gestattet.

(17) H. u. LGO. II. 30. §. 1. GCO. II. 31. §. 1. Letztre schreibt dabei vor, daß selbst in der Appellations-Instanz auf die in voriger bekundschafteten oder derselben widrige Artikel weitre Abhörung nicht, sondern nur über neue, ob sie gleich von vorigen Artikeln abhangen, Zeugen-Kundschaft zugelassen sein soll. (§. 78.)

§. 82.

bb) Beweis durch Urkunden.

Den Urkunden (1) bestätigen die Mecklenburgischen Gesetze die, ihnen gemeinrechtlich zustehende, Beweiskraft (2). Der Beweis durch Urkunden muß binnen der Beweisfrist (3) dadurch angetreten werden, daß der Beweisführer die Urkunde entweder in Ur- oder in Abschrift dem Gericht übergiebt und um Anberaumung eines Termins zur Production auf der einen Seite und zur Agnition, Recognition oder eidlichen Ableugnung des Originals auf der andern Seite bittet (4). Mit Beifügung einer Abschrift dieses Gesuchs setzt das Gericht zum angeführten Zweck einen Termin an, zu welchem der Producent sub poena desertae probationis, der Product aber sub poena recogniti vel agniti vorgeladen wird, und in welchem jener das Original vorlegen, dieser aber dasselbe besichtigen und entweder Hand und Siegel anerkennen oder eidlich (5) diffitiren und seine Einreden gegen Hand und Siegel und

andre Theile der Urkunde entweder gleich oder binnen einer, ihm dazu gestatteten, Frist (6) vorbringen muß (7), über welche Einreden sofort erkannt werden soll (8); die Original-Urkunde wird, nachdem eine gerichtliche Abschrift derselben zu den Acten zurückbehalten, dem Producenten zurückgegeben (9). Es steht dem Producenten indessen auch frei, die Urkunden durch Zeugen recognosciren zu lassen, in welchem Fall er angemessene, jedoch nicht auf den Inhalt der Urkunden, sondern blos auf Hand und Siegel gerichtete, Artikel binnen 14 Tagen übergeben muß, welche dem Producten zur Anfertigung zulässiger Fragestücke mitgetheilt werden, obgleich ihm auch freisteht, Hand und Siegel eidlich diffitiren zu lassen (10).

Nach geendigtem Productions- Recognitions- oder Diffessions-Verfahren erfolgt die Beweis-Deduction und Gegenbeweis-Deduction und ein, dem, §. 81. gedachten, gleiches, Beweis-Verfaren (11).

(1) Instrumente, Briefe, Siegel, Register oder dergl. „schriftlicher Schein" H. u. LGO. II. 26. §. 1. GCO. II. 27. §. 1.

(2) Z. B. Privat-Scripturen haben wider den Gegentheil keine Beweiskraft, wenn sie von ihm nicht unterschrieben sind. H. u. LGO. II. 21. GCO. II. 28. Ueber die Eigenschaft und Beweiskraft der Kirchen-Visitations-Protocolle und Kirchenbücher: *Augustin de Balthasar* diss. de matriculis ecclesiarum et de valore proverbii: es steht im Kirchenbuch geschrieben: secundum praxin Megapolis et Pomeraniae (Gryph. 1747); über Notariat-Documente H. u. LGO. II. 12. §. 8. über Handlungs- und Handwerksbücher H. u. LGO. II. 27. GCO. II. 28. H. F. V. v. 29 Dec.

Dec. 1772 und 2 Oct. 1775. (N. S. II. 55 u. 259) und H. A. F. IV. B. v. 10 Febr. 1773 u. 12 Jun. 1780. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 10. §. 1., über Archival-Abschriften *Tornow* II. 124.

(3) Falls nicht Producent eidlich erhärtet, daß er von der Urkunde früher keine Wissenschaft gehabt oder sie eher nicht habe erlangen können, H. u. LGO. II. 31. §. 3. GCO. II. 27. §. 1. 33. §. 3., obgleich nachgelassen ist, in der Beweis- und Gegenbeweis-Deduction noch mehrere Urkunden beizubringen (daselbst u. 181. Anm. 13.)

(4) H. u. LGO. I. 7. §. 7. GCO. I. 6. §. 3. Nach GCP. II. 27. §. 1. soll die Urschrift sogleich producirt und besonders im Gericht verwahrt werden, welches indessen in der Praxis so strenge nicht beobachtet wird.

(5) H. u. LGO. II. 26. §. 1. GCO. II. 27. §. 1. „eidlich" steht nur im letztren Gesetz, ist aber der allgemeinen Praxis gemäß.

(6) H. u. LGO. II. 26. §. 1. „von Stunde an oder auf dem nächsten Gerichtstage." GCO. II. 27. §. 1.

(7) H. u. LGO. II. 26. §. 1. GCO. II. 27. §. 1.

(8) GCO. II. 27. §. 1. welche dem Rechtsmittel gegen das Erkenntniß über die Einreden den Suspensiveffect versagt.

(9) H. u. LGO. II. 26. §. 1. GCO. II. 27. §. . H. u. LGGB. v. 2 May 1571.

(10) GCO. II. 37. §. 1. Diese Vorschrift fehlt in der H. u. LGO.

(11) H. u. LGO. II. 32. §. 1 u. 2. GCO. II. 33. §. 1 u. 2.

*) Ueber die Edition gemeinschaftlicher Urkunden s. §. 38.

§. 83.

cc) Beweis durch Augenschein.

Wenn gleich die einheimischen Gesetze über den Beweis durch Augenschein, den Fall seiner

ner Verbindung mit dem Zeugenbeweise (§. 80.) abgerechnet, keine besondre Vorschrift enthalten; so ist diese Art des Beweises doch in Mecklenburg gesetzlich anerkannt und üblich (1), das dabei zu beobachtende Verfaren aber das gemeinrechtliche.

(1) H. u. LGO. II. 1. §. 4. 23. §. 12. GCO. II. 1. §. 4. 14. §. 2. H. Fr. V. v. 14 Febr. 1766. (17. S. II. 76) H. F. F. V. v. 13 Januar 1787. (Schr. II. II. n. 190).

§. 84.

dd) Beweis durch Kunstverständige.

Dieß ist auch der Fall in Ansehung des Beweises durch Kunstverständige (1), über welchen, die Eidesformel der Kunstverständigen abgerechnet (2), unsre Gesetze keine eigene Vorschriften enthalten, mithin es beim gemeinen Recht bewenden lassen.

(1) *Ernst Joan. Friedr. Mantzel* s. *Andreas Ulr. Darjes* diss. de consilio artificum occasione der hochfürstl. Hof- und Landgerichtsordnung. (Rost. 1728) 4.

(2) In H. u. LGO. I. 30. vergl. GCO. I. 12. §. 9.

§. 85.

ee) Beweis durch Eidesdelation.

Der Beweis durch Eideszuschiebung, wie er gleich nach den ältern Proceßgesetzen nur

ein

ein subsidiarisches Beweismittel gewesen zu sein scheint (1), ist gegenwärtig nicht bloß als solches (2), sondern auch überhaupt als ordentliches (3) Beweismittel zulässig, welches daher jedem Beweis- und Gegenbeweisführer in den, durch gemeines oder vaterländisches Recht nicht ausgeschlossenen, Fällen (z. B. §. 116.), ohne Rücksicht, ob er ein anderes Beweismittel hat oder nicht, oder ob er den Beweis-Satz schon einigermaßen oder gar nicht bewiesen hat, zusteht (4).

Dieser Beweis wird dadurch angetreten, daß der Beweisführer dem Gegentheil über den Beweis-Satz den Eid zuschiebt; diese Zuschiebung muß aber binnen der Beweisfrist geschehen (5) und ist mithin nach Ablauf derselben oder nach, durch andre Beweismittel unvollständig geführtem, Beweise nicht mehr zulässig (6). Auf die Beweis-Antretung giebt das Gericht dem Delaten auf, über den Eid binnen der, in dieser Proceß Gattung Statt habenden, Frist sub poena jurare nolentis sich zu erklären (7), welche Aufgabe nach den Grundsätzen der Fristerstreckung (§. 34.) erneuert wird. Der Delat muß den Eid entweder annehmen und abschwören oder dem Deferenten zurückschieben (8) oder endlich sein Gewissen durch Beweis vertreten (9); in den beiden ersten Fällen wird die Erklärung dem Deferenten abschriftlich mitgetheilt und auf dessen Antrag ein Termin zur Ableistung des zu- oder zurückgeschobenen Eides anberaumt, in welchem, nach vorgängiger Ableistung des nicht erlassenen Eides der Gefährde (10), der Haupteid von der Parthei selbst (11) mit den gewöhnlichen Eidesfeierlichkeiten (§. 102.) abgelegt, im letztern Fall

aber

aber nach der Natur des, das Gewissen vertretenden, Beweises verfaren wird. In dem abgeschworenen Eide liegt ein feierlicher Vergleich mit der Würkung der Rechtskraft (12). Auf das Protocoll des Schwörungs-Termins erfolgt, ohne Zulassung des directen Gegenbeweises, der Beweis-Deduction und des Rotulations-Termins, in Form eines Abschiedes die richterliche Entscheidung, welche, nach Maßgabe des abgeleisteten Eides abgefaßt, sofort durch die Publication in Ansehung der Hauptsache, nicht aber der Kosten, in die Rechtskraft tritt, also kein ordentliches Rechtsmittel zuläßt (§. 166.).

(1) H. u. LGO. II. 28. §. 1. GCO. II. 29. §. 1. *Engau* Decis. et Resp. P. I. n. 257. u. 458. vergl. auch *Cothmann* Vol. II. resp. 82. *Warnemunde* Sect. III. Tit. 12. getraute sich noch nicht das Gegentheil zu behaupten.

(2) S. Anmk. 1.

(3) Vergl. Schr. d. S. I. II. n. 190 u. 1799. v. Nettelbladt I. 291 u. 348. K. G. O. P. I. Tit. 18. §. 3; gegen den allgemeinen, mindestens heutigen, Gerichtsgebrauch hat darüber andre Grundsätze Mantzel in der, §. 71. Anm. 2. gedachten, Abhandlung.

(4) H. F. F. R. v. 28 May 1802 (in v. Nettelbladt I. 348. *Kuetemeyer* diss. de termino probatorio §. XV.)

(5) H. u. LGO. II. 28. §. 1. GCO. II. 29. §. 1.

(6) *Kuetemeyer* l. c. §. XVII. nimmt jedoch die Zulässigkeit der Eideszuschiebung im Fall des Vorbehalts derselben auf den Fall des nicht vollführten Beweises an, dies ist aber nur dann richtig wenn die Eidesdelation als würkliches Beweismittel mit einem andern Beweismittel binnen der Beweisfrist cumulirt ist.

(7) H. u. LGO. II. 28. §. 1. GCO. II. 16. §. 5. 29. §. 1. (*Mantzel* a. a. O. S. 29.); nach diesen Ge-

Gesetzen wird derjenige, der den Eid weder annimmt, noch zurückschiebt, verurtheilt.

(8) H. u. LGO. II. 28. §. 1. GCO. II. 29. §. 1.

(9) H. F. F. Res. v. 29 Jul. 1786 (in v. Nettelbladt I. 291.)

(10) H. u. LGO. II. 28. §. 1. GCO. II. 16. §. 5. 29. §. 1. Manzel a. a. O. S. 36, die Weigerung zu schwören bewürkt die Verurtheilung (das.)

(11) Der H. u. LGGB. v. 17 Januar 1590 läßt indessen den Procurator ausnahmsweise zu, welches jedoch in der Praxis noch seltener ist, als die Ableistung des Eides vor einem, dazu requirirten, fremden Gericht.

(12) Vergl. LGGEB. §. 384. n. 6. die Entscheidung der schwerinschen Justizcanzlei v. 1787 (in Schrödter I. II. n. 199.) M. R. S. I. n. 64. u. Beitr. VI. 133.

Dreizehnter Titel.

Proceß-Kosten und Schäden.

§. 86.

a) Proceßkosten.

In der Regel ist der verlierende Theil schuldig, dem obsiegenden die Kosten des Processes zu erstatten (1). Diese Verbindlichkeit, bei welcher weder die landesherrlichen Fiscäle (§. 116.) noch die pia corpora (2) einen Vorzug haben, wird durch ungegründete und beharrliche Ablehnung eines, gerichtlich vorgeschlagenen, angemessenen, dem nachher erfolgten Urtel, entsprechenden, Vergleichs (3) und durch Weigerung, den Gefährde- oder Haupt-

Haupt-Eid abzuleisten (4), erhöhet und für eine, aus der Hauptsache so unmittelbar folgende, Würkung angesehen, daß die bloße Verurtheilung in die Kosten ein, in der Hauptsache und für dieselbe unzulässiges, weitres (5) Rechtsmittel nicht begründet (6).

Allein diese Verbindlichkeit beschränkt sich nur auf die eigentlichen gerichtlichen Kosten (7) und aus denselben auch nur auf diejenigen, welche zum Proceßgang erforderlich und durch denselben nothwendig verursacht waren (8).

Die Compensation der Proceßkosten ist aber demungeachtet in den gemeinrechtlichen Fällen zulässig.

Die, von einer Parthei der andern zu erstattenden, Kosten müssen gehörig verzeichnet (§. 88.) und nöthigenfalls gerichtlich ermäßigt werden (§. 29.). Da gewöhnlich in dem Urtel schon die Erstattung derselben sub poena executionis, moderatione salva, der, darin verurtheilten, Parthei aufgegeben wird; so erfolgt nach eingetretener Rechtskraft des Urtels ein Befehl sub poena paratissimae executionis, demnächst aber, nach vorgängiger gerichtlichen Ermäßigung, die Execution (§. 89.).

(1) H. u. LGO. II. 34. §. 1. GCO. II. 35. §. 1.
(2) H. G. A. V. v. 20 May 1681. (LT. S. 1. 58.)
(3) GCO. II. 14. §. 4.
(4) H. u. LGO. II. 16. §. 5. 18. §. 1. GCO. II. 16. §. 5. 29. §. 1.
(5) Nicht das erste Rechtsmittel, vergl. z. B. §. 85.
(6) M. K. S. I. n. 17. 18. 85. Beitr. VI. Abh. XXV. S. 151.
(7) H. u. LGO. II. 34. §. 1, GCO. II. 35. §. 1.
(8) Kosten, welche zur nöthigen Expedition des Processes

cesses verwandt worden: H. u. LGO. II. 34. §. 1. GCO. II. 35. §. 1. Ausgeschlossen sind also

1) die Contumacialkosten GCO. II. 8. §. 2. obgleich die Praxis dieserhalb nicht übereinstimmend ist,
2) die, durch Versehen, Bequemlichkeit, Verschuldung, Verzögerung, Fristgesuch und Ungehorsam des Gegners oder seines Anwalds verursachten, Kosten. H. F. F. V. v. 2 Febr. 1792. §. 1. H. u. LGGV. v. 15 Jul. 1780. II. n. 12.
3) die Kosten der Präoccupator-Vorstellungen. M. R. S. II. n. 124.
4) die Gebühren der Procuratoren in causis simplicis querelae (§. 29).
5) das Honorar der Advocaten bei Niedergerichten. J. D. v. 1770. §. 5.
6) das, durch Annahme eines extra locum judicii wohnenden Anwalds verursachte, Postporto.

§. 87.

b) Schäden.

In Ansehung der Verurtheilung zur Erstattung der Schäden gelten die gemeinrechtlichen Grundsätze. Der obsiegende Theil soll die Schäden und Abnutzungen, die bewiesen werden müssen (1), der Wahrheit gemäß und ordentlich verzeichnen und alsdann der Gegentheil darüber gehört und darauf rechtlich erkannt werden, auch die Moderation, wenn sie ohne Beweis geschehen kann, sofort erfolgen (2), wenn aber in facto eine weitre Ausführung nothwendig ist, dazu ohne Verzug eine summarische Untersuchung angestellt und darauf erkannt und, wenn es nöthig, vom obsiegenden Theil eidlich bestärkt werden (3).

(1)

(1) P. O. Tit. v. Schäden und Pfändern §. 1.
(2) H. u. LGO. II. 34. §. 1. GCO. II. 35. §. 1.
(3) H. u. LGO. II. 34. § 2. GCO. II. 35. §. 2.
— über das juramentum in litem §. 101.

Vierzehnter Titel.

Vollstreckung der gerichtlichen Erkenntnisse.

§. 88.

a) im Allgemeinen (1).

Wenn ein, rechtskräftig gewordenes, gerichtliches Erkenntniß binnen der vorgeschriebenen Zeit nicht befolgt worden; so wird auf des obsiegenden Theils Antrag zur Vollstreckung desselben von dem Gericht, welches das Urtel gefällt hat (2), die Execution erkannt (3) und, der Regel nach, auch vollzogen (4).

Der obsiegende Theil muß dem Executions-Gesuch ein vollständiges Verzeichniß der Executions-Gegenstände beifügen (5), beim Hof- und Landgericht das Hülfsgeld erlegen (6) und überhaupt, mit Ausschluß der, vom Schuldner selbst wahrzunehmenden, Kosten der Executions-Vollstreckung (7), die übrigen Executions-Kosten vorschießen (8). Zur Vollziehung der, von den Landesgerichten erkannten, Execution sind im Schwerinschen unter öffentlicher Autorität drei (9), im Strelitzschen aber ein Executor angestellt (10). Die, die Execution betreffenden, Sachen gehö-

ren

ren zu den Gegenständen des summarischen Verfahrens (§. 41.) (11), in welchem zur Behinderung der Execution weder Vorbescheide angesetzt (12), noch der Schuldner mit illiquiden Einreden gehört, vielmehr, wenn er sich durch Quittungen und andere, nach angeordneter Execution aufgefundene, Urkunden, welches er aber zuvor eidlich zu erhärten hat, von der Execution nicht befreien und die Einrede sofort klar beweisen kann, mit derselben ad separatum verwiesen und zur Gelebung der Urtel angehalten werden soll (13). Gegen die, in Gemäßheit eines rechtskräftigen Urtels, angeordnete Execution selbst, nicht aber, wenn ein Exceß begangen oder praepostero ordine verfahren ist, ist ein Rechtsmittel unzulässig (14).

Der Executor muß, die, ihm aufgetragene, Execution ungesäumt, ordnungsmäßig und buchstäblich vollstrecken und dem Beklagten keine Frist ertheilen, sondern die Execution nur auf glaubhafte Docirung der Parition aufheben (15), wogegen aber Niemand sich gegen ihn vergehen und gegen seine Anordnungen ungehorsam sein soll (16).

Die Execution hat in Mecklenburg vier Grade: 1) Execution im engern Sinn, 2) Immission, 3) Taxation und 4) Adjudication, obgleich außerordentlicherweise auch Geldstrafen, Arrest, bürgerliches Gefängniß und andre Zwangsmittel angeordnet werden.

(1) Ueber diesen Gegenstand sind außer den, über einzelne Theile vorhandenen, Bestimmmungen folgende Gesetze: I. Allgemeine. H. Ulrich B. v. 16 Jan. 1582. (17. S. II. 51.) H. Carl B. v. 1610. H. A. F. u. H. A. Executions-Ordnung v. 23 Febr. 1619. (17. S. II. 21.) H. u. LGO. II. 38.

II. 38. GCO. II. 39. H. C. L. Executions-Ordnung im Contributions-Wesen v. 18 April 1755. (Anl. des LGGEV. u. LT. S. II. 54.) II. Besondere. A. M. Schw. Erläuter. Instruct. der Executions-Ordnung im Contrib. Wesen v. 26 Jan. 1767. (Mantzel N. Meckl. Staats-Kanzlei I. 243.) H. Fr. Executions-Ordnung v. 16 Nov. 1769. (LT. S. II. n. 267.) H. F. F. Erläuter. der Ex. Ord. v. 11 Nov. 1779 (Schr. R. S. I. II. n. 43.) B. M. Str. H. A. F. IV. Canzlei-Execut. Ordnung v. 6 März 1773. *Henr. Rud. Redecker* s. *Math. Slüter* diss. de actu judiciali extremo s. de executione (*Rost.* 1674. 4.) enthält nur einige Sätze des Mecklenburgischen Rechts.

(2) In Mecklenburg ist das Vollstreckungs-Recht ein Theil der Gerichtsbarkeit. Hagemeister Meckl. St. R. §. 90. und insonderheit sind die Civil-Gerichte auch in Ansehung der Execution in Lehngütern competent. *Tornow* II. 6. 22. *Mantzel* de processu execut. S. 18. u. *Jus M. ill.* Cent. jud. 26.

(3) H. Ulr. B. v. 1587. Ex. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. *Tornow II.* 620.

(4) Vergl. M. R. S. *I.* n. 34. §. 2. Ausnahmen: 1) das H. u. LG. muß zur Vollziehung der, von ihm gegen stargardsche Eingesessenen erkannten, Execution die Justiz-Canzlei in Neustrelitz requiriren (§. 16.) 2) Die Executionen gegen Rostocksche Eingesessene werden durch den dortigen Rath vollstreckt. E. V. v. 1584. §. 83. und v. 1788. §. 161. 3) Die, von der J. C. zu Rostock gegen Bewohner der Herzogl. Schlösser und dazu gehörigen Gebäude erkannte, Execution soll dem Hofmarschall-Amt angezeigt und nicht anders, als auf dessen Anordnung mit der Verwarnung und Vollziehung der Execution verfaren werden. H. F. V. v. 26 Juny 1764. (Dirmar *II.* 146.) 4) Das Consistorium muß zuweilen das brachium seculare requiriren. C. O. v. 1570. Tit. X. Eine Beschränkung der Executions-Befugniß ist die, daß Stadt- und Patrimonial-Gerichte im Schwerinschen die, zur Vollstreckung der Erkenntnisse nöthi-

nöthige, militairische Hülfe, unter Beilegung des Protocolls, von einem Landesgericht erbitten müsseu, welches, wenn die Legalität des gerichtlichen Verfarens und die Nothwendigkeit der nachgesuchten Vorkehr bescheinigt ist, dem nächsten Garnisonchef die Verabfolgung von 2 oder 3 bis höchstens 4 Soldaten aufgeben, allein wegen Verstärkung dieser Hülfe an Smum verweisen soll. H. F. J. V. v. 12 Nov. 1790. (Schr. *I. II.* 126.)

(5) H. u. LGO. *II.* 38. §. 1. GLO. *II.* 34. §. 1. 39. §. 1. H. u. LGGB. v. 15 July 1780. n. *II. II.* Str. GB. v. 21 Dec. 1769 über die Einrichtung dieser Specification. M. K. S. *I.* n. 55.

(6) H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. Taxe §. 2. (von 20 Gulden 1 Gulden) v. 1568. ead. lit. §. 2. (1. P. C. H. u. LGO. *II.* 44. §. 2. Dasselbe 1) besteht aus 1 P. C. des objecti executionis, welches der Kläger erlegt, allein vom Beklagten erstattet bekömmt. 2) ist ein Theil der Sporteln und wird daher, ohne Rücksicht auf die Münzsorte des objecti executionis in Meckl. Valeur (§. 18.) bezahlt. M. K. S. *I.* n. 34. 3) findet Statt bei allen, auf Geldleistungen gerichteten, Executionen, die Execution mag unmittelbar oder mittelbar vom H. u. LGO. vollstreckt werden. M. K. S. *I.* n. 34. 4) wird aber nicht zum zweiten Male bei der Erneuerung der Execution erlegt (das.) kann 5) nur in dem Fall zurückgefordert werden, wenn die gerichtliche Hülfe der Execution effectlos bleibt und causa data, causa non secuta eintritt, allein nicht wegen blos suspendirter Execution oder wenn Kläger nach erkannter Execution außergerichtlich befriedigt wird. H. F. V. v. 23 Oct. 1776. (Schr. *I. II.* 417.) M. K. S. *I.* n. 34. 6) findet in allen, sowol schwerinschen, als stargardschen Sachen Statt, wird aber in Rostockschen Sachen nach Ableben der, dabei interessirten, Personen wegfallen. K. E. V. v. 1788. §. 124. Die Landstände haben die Aufhebung dieser Gebühr vergeblich versucht. Wolf Rep. 163 u. M. K. S. a. a. O. Ehedem hatte es auch beim Consistorium, C. O. v. 1570

XI. §. 2., und auf kurze Zeit bei der J. C. in Schwerin Statt. M. K. S. a. a. O.

(7) Vergl. über diese Gebühren Ex. O. v. 1619. H. u. L G O. II. 38. §. 5. G C O. II. 39. §. 1. Rev. v. 1621. §. 17. Sie sind 1) im Schwerinschen nach der E. O. v. 1769: 1. für das Verwarnungsschreiben 12 ßl. 2. auf Reisen zu und bei der Executions-Vollstreckung an Reisekosten das Meilengeld von 16 ßl. à Meile, welches jedoch bei der Rückreise nicht Statt hat, zur Defrayrung für sich, seinen Knecht und zwei Pferde, 1 thl. à Tag, 3. an eigentlicher Executionsgebühr bei freier Kost für sich und seinen Knecht, auch Futter für seine Pferde à Tag 24 ßl., bei keiner Defrayrung aber 1 thl. à Tag, wobei es dem Exequendus freisteht, ob er den Executor defrayren oder dafür bezahlen will, und soll letztrer in diesem Fall weder Wein, noch Kaffe, noch Thee begehren und zum Frühstück mit einem Butterbrod und einem Glase Brantwein zufrieden sein. 4. bei Auctionen, die der Executor selbst hält, wenn er dabei nicht defrayrt wird, à Tag 1 thl. 16 ßl., wenn ein besonderer Auctionar dabei adhibirt wird, bekommt der Executor indessen nur die vorhin erwähnte, eigentliche Executionsgebühr. 5. bei den actibus immissionis, taxationis et adjudicationis erhält der Executor an Amtsgebühr 1 thl. und pro documento 12 ßl.; Zeugen, Notar, Wirthschaftsverständige, Bevollmächtigter des Extrahenten u. s. w. aber nach bisheriger Gewohnheit. 6. von der Mannschaft, welche der Executor bei der Executions-Vollstreckung gebraucht, erhält ein Unterofficier, bei freier Kost, täglich 16 ßl., ohne dieselbe aber 32 ßl., ein Gemeiner aber in beiden Fällen die Hälfte. Wenn mehrere Executionen gegen denselben Schuldner Statt haben; so erhält der Executor für jeden Act der Execution die besondern Executionsgebühren, allein das Meilengeld und die Defrayrung nur einmal und, wenn er an einem Tage nach zwei verschiedenen, nicht weit von einander gelegenen, Orten reiset, zwar die vollen Executionsgebühren, allein nicht doppelte Defrayrungs- und Reisekosten, sondern nur die für den, wirklich dazu

dazu verwandten, halben Tag. H. F. V. 30 Jan. 1777. (Schr. N. S. I. II. 12. u. E. O. v. 11 Nov. 1779. Das Meilen-Geld ist eine gesetzliche Gebühr, dagegen aber Fuhrlohn und Zehrungskosten für ihn, Knecht und Pferde als Verlag anzusehen, welcher gehörig bescheinigt und allenfalls eidlich zu versichern und eventualiter richterlich zu ermäßigen ist. H. F. F. Circular V. an die Landes-Gerichte v. 4 Febr. 1805. II. Im Strelitzschen erhält der Executor nach der E. O. v. 1773 bei seiner Anwesenheit mit Knecht und Pferden bei freier Defrayrung täglich 12 Groschen, ohne dieselbe aber 20 Gr. und für das Verwarnungsschreiben 8 Gr., alles grob Courant; für jede Meile auf der Hinreise, nicht aber auf der Rückreise, 8 Gr. Cour., bei Auspfändungen, Immissionen, Adjudicationen und Commission bei völliger Defrayrung täglich 1 Rthl. gleicher Münze; wenn gegen denselben Beklagten auf verschiedener Partheien Anrufe Execution erkannt ist; so erhält er, wenn er in loco executionis gegenwärtig ist und defreirt wird, für die eine Execution täglich 12 Gr., für eine jede der andern aber täglich 20 Gr., in seiner Abwesenheit aber täglich für die erste 20 Gr. und für jede der andern 12 Gr.; die vom Executor requirirte Mannschaft wird besonders bezalt, für Berichte und Anzeigen erhält der Executor à Bogen 4 ßl. Nach der V. v. 8 May 1805 erhält der Executor bei jeder, zur Vollziehung der ihm aufgegebenen Execution gemachten, Reise außer dem Fuhrlohn und der Gebühr noch besonders 8 Gr. Pr. C. für jede Meile auf der Hinreise. Der Executor soll keine dieser Gebühren bei deren Verlust und andrer Strafe creditiren, sondern, wenn der Schuldner sie nicht bezalt, zur Auspfändung schreiten. H. F. F. V. v. 30 Juny 1795. (Schr. I. II. n. 148. H. A. F. IV. V. v. 1773. §. 4. u. v. 1 July 1793.)

(8) H. u. LGO. II. 38. §. 1. 44. §. 2. GCO. II. 39. §. 6.

(9) E. O. v. 1755. §. 2. von denselben ist jedesmal so viel als möglich derjenige zu wählen, der dem Exequendus am nächsten wohnt. E. O. v. 1769; sie müssen annehmliche Caution bestellen. H. F.

V. v. 4 May 1776. Bei den Untergerichten vollstreckt der Gerichtsdiener die Execution.

(10) Ehedem wurden sie gewöhnlich den Herzoglichen Beamten aufgetragen. V. v. 1587. E. O. v. 1619 u. H. u. LGO. u. GCO. a. a. O.

(11) H. u. LGO. I. 3. §. 5. GCO. I. 3. §. 5.

(12) H. u. LGO. II. 13. §. 1. Schw. C. O. v. 1637. Tit. v. Canzlei-Subst. §. wenn uns. GCO. II. 14. §. 1.

(13) H u. LGO. II. 3. §. 54. §. 7. GCO. II. 4. §. 4—6. *Casp. Math. Müller s. Laur. Gutzmer* diss. de adjudicatione ejusque praeparatoriis in Megapoli (Rost. 1712) §. 13. S. über den Einfluß einer Intervention (§. 87.) und einer Reconvention. (§. 83.)

(14) H. u. LGO. II. 4. §. 6. GCO. II. 4. §. 5. H. A. F. u. G. A. V. v. 27 Jan. 1619 und v. 10 April 1634. Schw. C. O. Eingang §. in hellen. LGGEV. §. 384. n. 5. §. 391. n. 3. H. u. LGGB. v. 30 Jan. 1592 u. 25 Jan. 1609. *Carmon* de remedies susp. in Megapoli consuetis Sect. gen. §. 9. Beiträge VI. 133. f. f. *Mantzel* de processu executivo S. 19. f. unten §. 166 u. 176. Ueber die Zulässigkeit der Querel f. §. 186.

(15) E. O. v. 1619. H. u. LGD. II. 38. §. 3 u. 6. GCD. II. 39. §. 3 u. 6. Der Executor soll sich daher mit keinen, eine Frist bezweckenden, Berichts-Erstattungen befassen, sondern im Fall eintretender Schwierigkeit, ob eine Suspension oder Frist zu bewilligen, einige Tage, binnen welchen seine Gebühren fortlaufen, mit der Einrückung abwarten und immittelst der Hülfs-Vollstreckung und dem wirklichen Angriff Anstand geben, allein dem Schuldner keine Frist geben und während derselben mit der Auspfändung inne halten. H. F. V. v. 11 Nov. 1779. Wenn der Kläger dem Beklagten Frist giebt; so muß sie dem Executor sofort schriftlich glaubhaft docirt werden, letzterer aber allemal nach Ablauf derselben dem Gerichte davon Anzeige machen und weitre Befehle erwarten. Str. E. O. v. 1773. §. 3. Bei der Bitte um Executoriales arctiores und um Erneuerung der Execution ist die Insinuation der

Execution zu bescheinigen. H. u. LGGB. v. 13 Oct. 1582, 11 Oct. 1588 u. 28 Juny 1593.

(16) H. Ulrich B. v. 1587. E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 3, 4, 7 u. 8. GCO. II. 39. §. 3. f. f. H. A. F. IV. B. v. 28 Sept. 1775.

§. 89.

b) insonderheit.

aa) Execution im eigentlichen Sinn.

Der erste Grad der Hülfsvollstreckung ist die Execution im eigentlichen Sinne. Obgleich der Schuldner die Erkennung derselben durch die gerichtliche Mittheilung des Executions-Gesuchs und des darauf erlassenen Decrets erfährt; so wird doch in den Executorialen eine Verwarnungs-Frist bestimmt, welche in der Regel (1) drei Wochen enthält (2), auf welche der Executor den Schuldner mittelst des, im Schwerinschen vom Executor dem Schuldner oder dessen Anwalde (3) unmittelbar, im Strelitzschen aber durch den Extrahenten (4) zu insinuirenden, Verwarungsschreibens zu erinnern hat, daß, wenn immittelst dem gerichtlichen Erkenntnisse nicht gelebt sein sollte, die Execution werde vollstreckt werden. Diese Verwarnungsfrist läuft von dem, auf den Tag der Insinuation folgenden, Tage (5), im Schwerinschen mit Ausschluß der Ferien (6), im Strelitzschen aber, wenn die Verwarnung vor ihrem Eintritt geschehen, mit Einschluß derselben, dergestalt, daß die Verwarnungszeit mit den Ferien zugleich läuft, mithin nicht erst vom Ablauf derselben an zu rechnen ist, obgleich in den Ferien weder die Verwarnung geschehen, noch, wenn die Verwarnungs-Frist während derselben abgelaufen,

die würkliche Execution eintreten kann (7). Der Executor muß, wenn nach Ablauf der Verwarnungsfrist der Schuldner die Parition nicht docirt hat, ohne weitern Anruf des Schuldners und weitern Befehl des Gerichts mit der würklichen Execution einrücken (8).

Letztre ist nach der Verschiedenheit der Parations-Gattungen verschieden.

I. Wenn der Schuldner zu einer Handlung oder Personal-Prästation angehalten werden soll; so wird die Zwangs-Execution erkannt, bei welcher derselbe zwar bis zu erfolgtem Gehorsam mit fortwährender Execution, bei allmäliger Verstärkung der Executanten (*) belegt werden kann, allein im Fall, wo es thunlich, lieber mit einer Geldstrafe bedrohet, dieselbe successive erhöhet und endlich in der, bei Geld-Schuld-Executionen vorgeschriebenen, Ordnung beigetrieben werden soll (9).

II. Wenn das Object der Parition die Bezalung einer fungiblen Sache ist; so muß der Executor nach Ablauf der Verwarnungsfrist sogleich zum Angriff der beweglichen Güter (10), wozu höchstens einige Tage erforderlich sind, schreiten und davon so viel, als zur Bezalung der Schuld und Kosten nothwendig ist, wegnehmen, bei deren Mangel aber das Vieh und Korn anschreiben und die Kornböden verschließen (11) — Abpfändung. Der Schuldner hat das Recht, binnen vier, von Zeit der Abpfändung an zu rechnenden, Wochen die abgepfändeten Sachen durch baare Zalung oder andre, dem Gläubiger annehmliche, Mittel einzulösen und

zu

zu entfreien (12), in welchem Fall der Executor die Execution aufheben muß (13). Wenn aber der Schuldner binnen dieser Zeit den Gläubiger nicht befriedigt; so soll im Schwerinschen keine Mannschaft zur Execution eingelegt, sondern zur wirklichen executivischen Beitreibung geschritten, mithin auf erfolgten, gerichtlichen Befehl entweder der öffentliche, vom Executor durch das Landes-Intelligenz-Blatt gemeinkündig zu machende und zu beschaffende (14), Verkauf der abgepfändeten Sachen oder die Immission erfolgen (15) und das, aus der Auction oder vom ausgedroschenen Korn gelöfete, Geld dem Kläger zur Befriedigung eingehändigt werden (16).

III. Ist die Ablieferung einer individuellen Sache der Gegenstand der Execution; so wird letztre in dieselben vollstreckt (17).

So ist das Executions-Verfaren im Schwerinschen; im Strelitzschen wird aber nicht gleich zu diesen Mitteln geschritten, sondern die Execution durch Wahrnehmung der Executions-Gebühren (§. 88.) angefangen, womit jedoch niemals über 4 Wochen fortgefaren werden darf, sondern vielmehr der Executor, wenn der Schuldner binnen dieser Zeit nicht parirt hat, sofort dem Gericht Anzeige machen, und letztres entweder die Verdoppelung der Executions-Gebühren oder die Auspfändung anordnen soll (18), in welchem letztern Fall nach Ablauf von vier Wochen und immittelst nicht erfolgter Parition mit dem öffentlichen Verkauf, wie oben angeführt, verfaren wird (19).

(1) Eine Verengung der gewöhnlichen Frist ist nach Beschaffenheit der Umstände zulässig. H. F. F. V. v. 6 Dec. 1790. (Schr. I. II. 128.) und dann, wenn die Hauptfrist kürzer als 3 Wochen, oder der 4te Zalungsbefehl schon erkannt war, gewöhnlich.

(2) H. u. LGO. II. 38. §. 1. S. C. O. Eingang §. in hellen. GCO. v. 1612. §. 6. GCO. II. 39. §. 1. H. F. F. V. v. 16 Dec. 1790. (Schr. I. II. 128.) H. A. F. W. E. O. v. 1773. §. 1. u. V. v. 3 Febr. 1770. *Tornow* II. 620. *Manzel* de processu execut. §. 7.

(3) Der Executor soll aber, wenn eine kürzere, als die gewöhnliche, dreiwöchige Verwarnungsfrist wider einen Abwesenden bestimmt ist, das Verw. Schreiben keinem bloßen Procurator insinuiren. H. F. F. v. 16 Dec. 1790. (Schr. I. II. 128.)

(4) H. A. F. IV. E. O. v. 1773. §. 1, allein in Partheisachen soll er das Verwarnungsschreiben dem Extrahenten nicht durch einen eigenen Bothen, soudern auf der Post zusenden. H. A. F. IV. V. v. 8 May 1793, falls nicht dadurch demselben Nachtheil entsteht, allein er kann die Gebühren auf der Post verlegen lassen; H. A. F. IV. V. v. 23 May 1793; geschiehet die Verwarnung unmittelbar aus der J. C., so hat der Executor das documentum insinuationis sich vom Extrahenten geben zu lassen. H. A. F. IV. E. O. v. 1773. §. 2.

(5) S. §. 30. auch Str. E. O. v. 1773. §. 1. u. 2.

(6) H. F. V. v. 26 Febr. 1776. (M. S. II. 251.)

(7) H. A. F. IV. V. v. 3 Febr. 1770, allein nicht bei den aus der Regirung ergehenden Executorialien. H. C. V. v. 29 Aug. 1797.

(8) E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. Schw. E. O. v. 1769. Str. E. O. v. 1773. §. 1. Int. Regl. des Cons. v. 1755. §. 38. Es bedarf hiezu so wenig eines Antrags des Klägers, da der Executor die Execution ex officio verfügen muß, M. R. S. II. 126, als einer neuen Intimation von Seiten des Executors, aber der Gegenwart des letztern. Schw. E. O. v. 1769.

(*) Welche aus der, dem Ort, wo die Execution zu voll-

vollziehen, am nächsten belegenen, Garnison zu nehmen. H. F. V. v. 22 Dec. 1770. (Dittmar II. 111.)

(9) Schw. E. O. v. 1769. Das J. C. K. v. 1755. §. 39. bestimmt die Statthaftigkeit der Zwangs-Execution auf den Fall, wenn gewisse Facta personalia prästirt werden sollen und der Verurtheilte sich dessen halsstarrig weigert.

(10) Nach GCO. II. 39. §. 1. sollen die instrumenta rustica, nothwendiges Brodkorn und was sonst zum Feldbau gehörig und auch die Sachen, welche der Schuldner zu seiner Hyndthierung und Kunst gebraucht, und aus deren Abpfändung ein, nachher nicht zu ersetzender, Schade entstehen und dem Schuldner alle Mittel zur Erhaltung abgehen würden, nur dann abgepfändet werden, wenn die andre fahrende und liegende Habe nicht hinreicht. *Tornow* II. 624. Mantzel von den instrumentis rusticis nach gemeinem und mecklenburgischem Rechte (in d. Gelehrten Beiträgen zu den M. Schw. Anzeigen 1766. St. XVIII — XX.) vergl. Wolff Rep. 126. Die, vom Gutsherrn den Bauern eingegebene, Hofwehre ist wegen der Schulden der letztern kein Gegenstand der Execution. H. u. LGO. II. 38. §. 3. GTO. II. 39. § 2. *Mantzel* J. M. ill. Cent. I. u. 33. Das, ehemals in Mecklenburg üblich, Bauern-Verboth (H. Ulr. V. v. 16 Jan. 1587, H. C. V. v. 1610. Ex O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. GCO. II. 39 *Tornow* a. a. O. 623.) ist nicht mehr im Gebrauch.

(11) E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 1. u. 2. GCO. II. 39 §. 1. u. 2. J. K. des Cons. v. 1755. §. 30. Schw. E. O. v. 1769. H. F. F. V. v. 14 May 1787. (Str. I. II. 94.) „in vim executionis abpfänden."

(12) E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 6. GCO. II. 39. §. 6. Schw. E. O. v. 1769. Str. E. O. v. 1773. §. 3.

(13) E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. u. 6. GCO. II. 39. §. 3. u. 6. Schw. E. O. v. 1769.

(14) H. F. F. V. v. 14 May 1787, (Schr. *I. II.* 94.) sie ist ein Surrogat der ehemaligen Taxation und

Zu-

Zuschlagung. E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 6. GCO. II. 39. §. 6.

(15) E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 4. GCO. II. 39. §. 4. Schw. E. O. v. 1769.

(16) E. O. v. 1619. H. u. LGO. II. 38. §. 6. GCO. II. 39. §. 6. *Tornow* II. 623.

(17) C. O. v. 1570. Tit. XI. §. 1. vergl. *Tornow* a. a. O. 621. *Mantzel* de processu executivo §. 7. nennt dieß nicht ganz richtig immissio.

(18) Str. E. O. v. 1773. §. 3.

(19) GCO. II. 39.

§. 90.

bb) Immission.

1) *Casp. Math. Müller* s. *Joan. Laurent. Gutzmer* diss. de adjudicatione ejusque praeparatoriis et effectu in Megapoli (Rost. 1712) 4.
2) *Mich. Christoph Schomer* diss. de vero jure et effectu immissionis ex secundo decreto addictionis in solutum et adjudicationis Mecklenburgicae (Lugd. Batav. 1728) 4.

Beim Mangel oder bei der Unzureichendheit des Mobiliar-Vermögens des Schuldners wird die Execution in die unbeweglichen Güter desselben (1) durch den zweiten Grad der Execution, die Immission, vollstreckt, welche, nach der Maßgabe der Größe der Hauptschuld, Zinsen und Kosten erkannt und als immissio ex secundo decreto weder mit der immissio ex primo decreto (2), noch mit der Immission bei Concursen (§. 153.) zu verwechseln und dem immittirten Gläubiger ein gerichtliches Pfandrecht und die Befugniß, den Gegenstand der Immission zu benutzen, ertheilt (3).

Sie wird durch Immissorialen dem Executor aufgetragen, welcher den Schuldner auf 3 Wo-

chen

chen verwarnen (4) und bei deren fruchtlosem Ablauf den Gläubiger auf den Betrag der Schuld an Kapital, Zinsen und Kosten in die liegenden Güter des Schuldners in Gegenwart von zwei Notarien immittiren und ihm darüber ein documentum factae immissionis ertheilen muß (5).

(1) C. O. VI. §. 2. X. §. 1. H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. C. J. R. §. 39. *Tornow* II. 621. *Gutzmer* a. a. O. §. 14. *Mantzel* de processu execut. §. 7. Die C. O. a. a. O. schreibt vor, daß, wenn auch keine Immobilien vorhanden sind, die Einweisung in die nomina debitoris erfolgen soll.

(2) Welche in der C. O. v. 1570. VI. §. 2 u. 3. und GCO. II. 8. §. 2. wegen Ungehorsam vorkommt. *Tornow* II. 628.

(3) *Tornow* II. 628.

(4) *Gutzmer* diss. cit. §. 15.

(5) *Gutzmer* diss. cit. §. 15. *Tornow* a. a. O. Das documentum factae immissionis soll allemal zu den Acten eingereicht werden. H. u. LGGB. v. 17 Januar 1681.

§. 91.

cc) Taxation.

Wenn der Schuldner binnen drei Wochen nach der Immission nicht Parition leistet; so trägt der Gläubiger, unter Beilegung des Immissions-Documents, auf die Taxation an, welche dem Executor durch die Taxatorialen aufgetragen wird (1).

Nach vorgängiger gewöhnlicher Verwarnung (2) beschaft der Executor die Taxation auf den Betrag der Schuld durch, auf Verlangen der Partheien zu beeidigende, Kunstverständige mit

Vor-

Vorladung beider Theile (3) ehedem nach der Landtaxe (§. 153.), jetzt aber nach rechtlichen und landwirthschaftlichen Grundsätzen.

Die Taxation giebt dem Gläubiger keine grössern Rechte, als die Immission, ist aber eine nothwendige Vorbereitung zur Adjudication.

(1) *Tornow* II. Sect. V. §. 14. *Gutzmer* §. 16 ff.
(2) *Mantzel* de processu executivo §. 7.
(3) *Tornow* a. a. O. *Gutzmer* §. 19 u. 20.

§. 92.

dd) Adjudication.

Wenn der Schuldner binnen drei Wochen nach geschehener Taxation (§. 91.) der gerichtlichen Aufgabe nicht genügt; so erfolgt die, mit der Adjudication im Concurse (§. 153.) nicht zu verwechselnde, Adjudication. Sie ist das Surrogat der gemeinrechtlichen Subhastation (1); ihre Vollstreckung wird dem Executor durch die Adjudicatorialen (2) oder den Befehl, dem Gläubiger das taxirte Grundstück nach dessen taxirtem Werth pro quantitate debiti zuzuschlagen, aufgegeben (3). In diesem Adjudications-Mandat ist allemal das Reluitionsrecht dem Gläubiger und allen künftigen Erwerbern des Hauptguts vorzubehalten und dem Executor aufzugeben, die Adjudication anders nicht, als mit der ausdrücklich einzuschaltenden Clausel: salvo jure reluendi, zu vollziehen (4). auch ist, wenn das Adjudicat ein Lehngut oder ein Theil desselben ist, der Executor anzuweisen, am Schlusse des Adjudications-Documents die Erinnerung anzuhängen, daß

vom

vom Adjudicatarius über das erhaltene Adjudicat binnen Jahr und Tag und so ferner auch bei dessen Cession an einen andern noch vor der Uebereignung des Adjudicats, der lehnsherrliche Consens in Gemäßheit des LGGEB. §. 460. bei Vermeidung der Strafe des Lehnsfehlers nachzusuchen sey (5), wogegen aber die Clausel: salvo jure tertii: in den Adjudicatorialen nicht gebraucht oder wenigstens auf: salvo jure älterer Adjudicatarien oder dominorum: beschränkt werden soll (6). Der Executor übergiebt in dem, dazu von ihm bestimmten, Termin, zu welchem er beide Theile, den Schuldner jedoch nur monitorisch, vorladet, dem Gläubiger in Gegenwart von zwei Zeugen das, vorher taxirte, Grundstück auf die Größe seiner Schuld und ertheilt demselben darüber ein documentum adjudicationis (7).

Der Gläubiger erhält durch die Adjudication den Civilbesitz und das bürgerliche Eigenthum (8), allein bei der Adjudication einer Pertinenz eines Guts behält der Schuldner und jeder künftige Besitzer des Guts das Reluitions-Recht (9).

(1) *Tornow* II. 634. *Schomer* a. a. O. 681. §. 7. *Select. consult.* Collegii Ict. Gryph. Resp. XI. n. 5. und das H. u. LG. bei v. Rettelbladt I. 349.

(2) Sie sind abgedruckt bei *Tornow* II. 653.

(3) *Tornow* II. 634 ff.

(4) H. F. V. v. 13 März 1775. (Schr. I. II. 1) C. J. R. §. 39. *Tornow* II. 634. auch bei Allodialgütern s. V. v. 13 März 1775.

(5) H. F. V. v. 13 März 1775.

(6) H. F. F. Rescript v. 29 April 1802 in v. Rettelbladt I. 381. vergl. über diese Clausel die abgegebenen Erachten der Landesgerichte beider Herzogthümer in v. Rettelbladt I. 349. II. 349. u. III. 361.

(7)

(7) *Gutzmer* a. a. O. §. 21.
(8) *Mevii* Consil. 109. n. 14. *Gutzmer* §. 6. n. 22. *Schomer* Cap. II. §. 12. *Mantzel* J. M. ill. Cent. II. jud. 52. Cent. III. jud. 90. Daher 1) hat das Adjudicat bei dem, über das Vermögen des Schuldners entstehenden, Concurse ein Separationsrecht (§. 154); 2) kann der Adjudicatar das Adjudicat verkaufen, obgleich er, wenn es ein particular Lehnstück ist, damit nicht wuchern und also auch nicht meistbietend über die Summe der wahren Schuldforderung verkaufen, sondern vielmehr der Zuschlag an den Meistbietenden sich bloß darauf beschränken darf, daß entweder ein neuer Cessionarius auftritt, der dem Adjudicatar für die Adjudicationssumme das Adjudicat abnimmt, oder daß auch das Adjudicat dem plus offerenti blos verpachtet wird. H. F. V. v. 13 März 1775. (Schr. I. II. 1.) 3) muß der Adjudicatar den lehnsherrlichen Consens über ein particular Lehnsadjudicat nachsuchen, LGGEv. §. 460., welches die Advocaten ihren Principalen eröfnen sollen, H. C. L. V. v. 28 Januar 1755, allein dafür sollen nicht die gewöhnlichen Consensgelder, sondern nur das Schreibgeld genommen werden, welches jedoch nicht auf den Fall geht, daß der Adjudicatar das Adjudicat an einen andern wieder veräußert. *Resol. ad grav.* addit. el. VI. gr. 12. LGGEv. §. 460. H. F. V. v. 28 Januar 1775. Ob die Rechte der Agnaten, in sofern sie nicht als Besitzer des Hauptguts zu betrachten sind, durch die Adjudication erlöschen? s. *Mantzel* J. M. ill. Cent. V. jud. 79. *D. Ludolph Philipp Mecklenburg* Schediasma de adjudicatione feudi Mecklenburgici jus agnatorum exstinguente (Rost. 1752) 4) allein beide scheinen mehr von der Adjudication im Concurse zu reden; der, hier in Rede stehenden, Adjudication dürfte aber wohl nur die Wirkung beizulegen sein, daß die Agnaten, der Natur der Mecklenburgischen Lehne gemäß, die Schuld, wofür die Adjudication geschehen, anzuerkennen schuldig, unabbrüchig des ihnen zustehenden Reluitionsrechts.

Allein 1) geht die Jurisdiction über einen adjudicirten Theil eines Guts, weil sie weder Gegen-

genstand der Taxation, noch der Immission war, nicht auf den Adjudicatar über. v. Nettelbladt III. 105. 2) eben dieß gilt von der Landstandschaft und dem Patronatrecht. 3) diese Adjudication hat nicht die, mit der Adjudication im Concurse und bei der datione in solutum verbundene, Wirkung der Tilgung der schon vorhandenen hypothecarischen und andern Rechte dritter Personen. *Mevius* Consil. 76. *Engau* Decisiones et resp. P. I. n. 104. *Tornow* I. 648. v. Nettelbladt I. 349. II. 349. II. 361. und die, eine andre Meinung vertheidigenden, vaterländischen Rechtsgelehrten, z. B. *Tornow* a. a. O. *Jus Meckl. ill.* Cent. II. jud. 52. scheinen von der letzten Gattung der Adjudication zu reden, welche mit der erstren nur zu oft vermengt wird, wie verschieden sie auch von derselben, sowol dem Zweck als der Würkung nach, ist.

(9) Herzogliche Landtagsresolution v. 23 May 1651. (*Tornow* I od. 17.) C. F. Evers von der Mecklenb. Landtagsresolution, die Einlösung der adjudicirten Lehnsstücke betreffend. Schwerin 1782 (auch in Gelehrten Beiträgen d. M. Schw. Nachrichten 1782. St. 9 u. 10. u. in Zepernick Miscellaneen zum Lehnrecht. Thl. IV. n. 1.) Nach diesem Gesetz steht dieß Reluitionsrecht nur dem Besitzer eines lehnbaren Hauptgutes zu, allein nach H. Fr. V. v. 13 März 1775 (Schr. I. II. 1.) soll dasselbe auch dem Besitzer eines Allodialguts vorbehalten werden, wornach *Mantzel J. M. ill.* Cent. I. jud. 58. u. Cent. IV. jud. 23. zu berichtigen ist. Vergl. hierüber *Gutzmer* §. 35. *Tornow* P. 1. cap. III. Sect. 5. §. 16 ff. *Mantzel* de juribus sing. in concursu §. 32. *Jus Meckl. ill.* Cent. I. jud. 58 u. Cent. IV. jud. 23. auch cent. II. jud. 52. cent. III. jud. 49 u. jud. 57. cent. V. jud. 80 u. 82. *Math. Stein s. Valent. Joh. Beselin* diss. de reluitione feudi oppignorati (Rost. 1716) cap. 10. n. 21 ff. Allein der Gläubiger ist nicht schuldig, die Reluitionssumme ohne vorgängige Kündigung anzunehmen, mindestens müssen ihm die Zinsen bis zum nächsten landüblichen Zahlungstermin erstattet werden. v. Nettelbladt III. 104.

Zwei-

Zweiter Abschnitt.

Zwischentheile des gerichtlichen Verfahrens.

Erster Titel.

Ungehorsams-Anklage.

§. 93.

Die Ungehorsams-Anklage setzt voraus, daß 1) die, dem ungehorsamen Theil vorgeschriebene, Frist ohne erstreckt zu seyn (§. 34.) ganz abgelaufen, 2) der ungehorsame Theil der gerichtlichen Auflage überall nicht (1) gelebt, 3) der vorige Befehl gehörig insinuirt, 4) die Insinuation gehörig bescheinigt (2) und 5) der ungehorsame Theil durch keine rechtmäßige Ursachen vom Ungehorsam befreiet sei (3). Sie enthält die Bitte um Erneuerung der vorigen Auflage und die Benennung des, dieser Erneuerung anzuhängenden, Präjudiciums (4). Letztres ist nach der Verschiedenheit der Proceßgattungen und der Lage des Processes verschieden (5); im Allgemeinen werden die vorigen Aufgaben unter den Nachtheilen geschärft erneuert, unter welchen auf des ungehorsamen Theils Fristgesuch ihm die Frist ertheilt sein würde (§. 34.). In dem Renovator-Mandat ist das Präjudiz bestimmt und ausdrücklich anzuführen (6) und demnächst ergeht im Erklärungs- und Vernehm-

las-

lassungs-Proceß ein zweiter geschärfter Befehl sub poena purificandi praeiudicii (7) — selten aber nochmals sub poena cortissime purificandi praeiudicii — welcher Nachtheil darauf purificirt wird, dergestalt, daß in der Regel und im ordentlichen Processe jeder Theil, ehe zur Purification geschritten wird, drei Mandate und durch dieselben drei Fristen erhalten muß, und also erst das dritte Mandat peremtorisch ist.

(1) H. u. LGO. II. 7. §. 2. GCO. II. 7. §. 2.
(2) H. u. LGO. I. 10. §. 2. II. 12. §. 1. 3. 7. u. 8. Tit. 12. GCO. II. 43. M. R. S. II. n. 83. (vergl. §. 48).
(3) H. u. LGO. II. 8. §. 1 u. 3.
(4) H. u. LGGB. v. 15 Jul. 1780. II. n. 11.
(5) Beispiele hat das C. J. R. §. 21. vergl. H. u. LGO. II. 1. §. 2. auch unten §. 105. 107. 121. 135. 136.
(6) Dieß ist dem Consistorium vorgeschrieben. C. J. R. §. 21. und beim H. u. LG. und in der Justizcanzlei in Schwerin allgemeiner Gerichtsgebrauch; nicht so allgemein in den Canzleieien in Rostock und Neustrelitz.
(7) Nach dem C. J. R. §. 21. soll selbst „das wieder Unsre Landesgesetze eingeschlichene mandatum „sub poena purificandi praejudicii gänzlich abgeschafft werden" und nach §. 31 das „zweite „Mandat sub praejudicio erlassen und dasselbe „demnächst purificirt werden."

Zweiter Titel.

Litisdenunciation.

§. 94.

Die Litis-Denunciation wird ganz nach gemeinrechtlichen Grundsätzen beurtheilt (1), muß

je-

jedoch beim H u. L Gericht in besondern Schriften vorgetragen und verhandelt werden (2).

(1) Vergl. *Adolph Fried. Trendelenburg s. Aug. Guil. Studemund* diss. de litisdenunciatione actoris ejusque usu et applicatione in foro (Butzov. 1774. 4.) §. 27 u. 29.
(2) H. u. LGGB. v. 15 Jul. 1780. II. 6.

Dritter Titel.

Intervention.

§. 95.

Auch die Intervention ist in allen ihren Gattungen in Mecklenburg zulässig (1). Einem, bei einem Proceß interessirten, Dritten steht frei, beim Gericht der Hauptsache gegen den Kläger oder Beklagten, oder auch als Assistent des einen oder andern aufzutreten, jedoch muß er dabei sogleich (in continenti §. 71.) ein hinreichendes Interesse an der Sache angeben und bescheinigen, und das Gericht über dessen Relevanz und Bescheinigung erkennen (2). Die Intervention steht in jeder Lage des Processes, bis zum Acten-Schluß, frei, allein nach dem letztren soll der Intervenient in dieser Instanz (in illo judicio) mit der Intervention anders nicht gehört werden, als auf den Beweis, daß das Interventions-Interesse ihm erst jetzt (de novo) zu Händen gekommen oder daß er dasselbe eher nicht erfahren konnte, oder endlich, daß er von der Klage vorher keine Wissenschaft gehabt (3); er muß aber

alle-

allemal den Proceß in demjenigen Stande, worin er ihn findet, annehmen (4).

Im Interventions-Proceß, in welchem das Positional-Verfahren zulässig ist (§. 51.) (5), müssen die Anwälde besonders legitimirt (6) und die Interventions-Partheien auf dem Rubrum bemerkt (7) werden; letztre sind jedoch, wenn sie in mehrerer Anzahl zu einer Sache einkommen, zusammen nur zur Auslösung eines Urtels oder eines Abschieds schuldig (8).

(1) Die H. u. LGO. erwähnt der Intervention nur an einer Stelle I. 6. §. 10.; die GCO. hingegen hat über sie einen eigenen Titel (II. 21.) und in II. 23. §. 2. eine, in der H. u. LGO. nicht befindliche, Disposition.
(2) GCO. II. 21. §. 1.
(3) GCO. II. 21. §. 2. wobei auch die eidliche Versicherung zulässig ist. v. Nettelbladt III. 115.
(4) GCO. II. 21. §. 2. Eine bloße Intervention, selbst wenn dabei ein vorzügliches Recht oder eine überwiegende Schuldenlast angegeben wird, ist indessen ohne Provocation zum Concurse und ohne Bescheinigung der Insufficienz nicht genügend, um die Execution oder Adjudication zu verhindern, v. Nettelbladt III. 106.
(5) GCO. II. 23. §. 2.
(6) M. R. S. II. 92.
(7) H. u. LGO. I. 6. §. 10.
(8) *Resol. ad gr. sp. suer.* n. 5.
*) Hierher gehört auch die Assistenz und Vertretung der Ritter- und Landschaft, s. Wolf Repert. und dessen Supplemente Art. Proceß und Vertretung.

Vierter Titel.

Wiederklage.

Joach. Andr. Hellwig f. Thom. Escherich diss. de reconventione ad Hochfürstl. Mecklenburgische Hof- und Landgerichtsordnung P. II. Tit. 20. (*Gryph.* 1735) 4.

§. 96.

Die Wiederklage ist in der ersten Instanz (*) in den gemeinrechtlichen Fällen zulässig (1) und dabei nicht erforderlich, daß ihr Gegenstand mit dem der Klage einen Zusammenhang hat (2), obgleich der Richter die Gattung der Gerichtsbarkeit, wozu die der Wiederklage gehört, haben muß (3). Allein eine Wiederklage soll nicht blos aus der Klagesache genommen und zur Elidirung der Klage gerichtet werden (4), und hat, wenn wegen Friedensbruch, gewaltsamer Entsetzung, deponirter Güter, Ehegelder (5), Alimente, Vollziehung eines (rechtskräftigen) Urtels oder fiscalischen Sache geklagt oder sonst nach gemeinen Rechten eine Wiederklage unzulässig ist (6), überall nicht Statt, sondern in diesen Fällen der Kläger eine eigene Klage anzustellen (7).

*) *Hellwig* a. a. O. §. 8.

(1) H. u. L G O. II. 20. §. 1 u. 3. G C O. II. 20. §. 1 u. 3.

(2)

(2) *Hellwig* §. 11. Mehlen Anl. zum gem. bürgerl. Proceß. §. 486.
(3) *Mantzel* Jus Matrim. Meckl. Sect. I. §. 4. *Hellwig* a. a. O. §. 9 u. 10.
(4) H. u. LGO. II. 20. §. 3. GCO. II. 20. §. 3.
(5) *Hellwig* § 14 u. 24. Mehlen a. a. O. §. 487.
(6) H. u. LGO. II. 20. §. 3. (diese Stelle ist fast wörtlich in die, vom Tribunals-Vicepräsidenten Mevius ausgearbeitete, Pommersche Hofgerichtsordnung v. 1672 aufgenommen, weshalb der, die letztre commentirende, Mehlen a. a. O. §. 487 hier von Nutzen ist) GCO. II. 20. §. 1. *Hellwig* a. a. O. §. 23 ff. also z. B. nicht in Ehesachen, *Mantzel* jus matrim. Meckl. a. a. O.; im Executivproceß nicht anders, als wenn die Wiederklage liquide ist. Hellwig a. a. O. §. 24.
(7) H. u. LGO. II. 20. §. 3. GCO. II. 20. §. 1.
*) Ueber die Emendation und Mutation der Wiederklage §. 45.

§. 97.

Die Wiederklage muß bei Vermeidung ihrer Präclusion zugleich mit der Litiscontestation (§. 50. ff.) angebracht werden (1) und der, unter der Gerichtsbarkeit des Gerichts nicht angesessene, Wiederbeklagter auf Verlangen des Wiederklägers, ehe ihm in conventione Zahlung geschehen kann, wegen der Wiederklage genugsame Caution (§. 99.) bestellen (2).

Die Reconvention, wenigstens die eigentliche, wird mit der Klage zugleich in gleichzeitigem Proceß, jedoch zuerst diese und dann jene (3), und beim H u. L Gericht in besondern Satzschriften (4) verhandelt und erfordert eine besondre Legitimation der Anwälde (5); so wie im Reconventions-Verfahren auch eine besondre Acten-Rotulation und Urtel erfolgt (6); übrigens aber ist der

Proceß in der Reconvention ganz der der Convention (7).

(1) H. u. LGO. v. 1568. Tit. v. Execution §. 2. H. u. LGG. II. 2. §. 1. G. C. O. II. 20. §. H. u. LGGB. v. 22 Januar 1595, 28 Januar 1596 u. 21 Januar 1598. Die Vorschrift des Lübschen Rechts B. V. Tit. 3. Art. 3. gilt nicht in Mecklenburg. *Mevius* ad jus Lub. l. c. *Hellwig* §. 11. Mehlen §. 491.

(2) GCO. II. 15. §. 1. 20. §. 2.

(3) H. u. LGO. II. 20. §. 2. GCO. II. 20. §. 2. H. u. LGGB. v. 15 Jul. 1780. II. n. 6.

(4) H. u. LGGB. v. 15 Jul. 1780. II. n. 6.

(5) M. R. S. I. n. 92.

(6) Ueber beide Sachen wird indessen der Regel nach zugleich gesprochen.

(7) Z. B. H. u. LGO. II. 22. §. 3. GCO. II. 23. §. 2. Dem, in reconventione ungehorsamen, Wiederbeklagten kann in conventione das Gehör versagt werden. *Hellwig* §. 17.

Fünfter Titel.

Proceßcautionen.

§. 98.

Die Verbindlichkeit zur Bestellung einer Proceß-Caution hat unter bestimmten Verhältnissen

I. von den Haupttheilen

A. der Kläger

1) für die Kosten (1)

2) für die Wiederklage (§. 97.)

3)

3) für die künftige Rückgabe des Proceß-Objects, wenn Beklagter sie in separato erstreiten sollte, als cautio pro separato (2) oder de eventualiter restituendo (3).

4) für die Fortsetzung des Processes (4).

B. der Beklagte

1) die cautio de judicio sisti (5)

2) für die Fortsetzung des Processes (6)

3) die cautio judicatum solvi (7)

4) die cautio de non amplius turbando (8).

II. von den Neben-Personen die cautio rati der Procuratoren und Advocaten (§. 28.).

(1) H. u LGO. II. 15. §. 2. GCO. II. 15. §. 2.
(2) LGGEV. §. 384. n. 10.
(3) LGGEV. §. 384. n. 10. §. 386. Gesinde- und Tagelöhnerordn. v. 1654. Tit. II. §. 3. 8 u. 9.
(4) H. u. LGO. II. 15. §. 1. GCO. II. 15. §. 1. z. B. GCO. II. 8. §. 2.
(5) S. die vorige Anm.
(6) GCO. II. 8. §. 2.
(7) H. u. LGO. II. 15. §. 1. GCO. II. 15. §. 1. Dahin auch die Caution beim Arrest.
(8) H. u. LGO. II. 41. §. 4. GCO. II. 42. §. 4.

§. 99.

Die Proceß-Cautionen der streitenden Haupt-Theile werden in der Regel nicht anders als auf Antrag des Gegentheils bestellt, welcher, als eine dilatorische Einrede (§. 53.), bis auf einzelne Ausnahmen (§. 53. 6.), vor der Litiscontestation angebracht werden muß (1); über denselben soll aber kein besondres Verfaren eingeleitet oder, mit

(1) Sistic

Sistirung des Haupt-Processes, der Cautions-Punct allein zum Urtel verstellt, sondern vielmehr nach eingegangener Replick der Bestand der Cautions-Einrede sofort vom Richter geprüft und entweder auf deren Abhelfung erkannt oder deren Entscheidung zum Erkenntniß in der Hauptsache mit verstellt werden (2) (§. 53.)

(1) H. u. LGO. *II.* 15. (. 1. GCO. *II.* 15. §. 1.
(2) H. F. F. CircularR. an die Landesgerichte v. 4 May 1805.

§. 100.

Von den Proceß-Cautionen der Haupt-Partheien ist derjenige befreit, der unter der Gerichtsbarkeit des Gerichts (1) mit unbeweglichen Gütern genugsam angesessen ist (2) und von dem Vorstand für die Kosten überdem auch derjenige Kläger, der eine klare, richtige Verschreibung unter des Beklagten Hand und Siegel für sich hat, wenn letztrer auf dieselbe sich nicht einlassen will, sondern ohne beständige Ursachen der Kosten halber Caution fordert, indem alsdann, wenigstens wenn seine Einrede nicht gegründet befunden wird, in der Hauptsache weiter verfahren und immittelst die Obligation an Cautions Statt deponirt werden und haften soll (3). Die Proceß-Cautionen werden durch baare Deposition, Bürgen oder Pfand bestellt (4), obgleich auf Bescheinigung des Unvermögens, den Vorstand auf eine dieser Arten zu bestellen (5), die eidliche Caution zulässig ist (6).

(1)

(1) Die Unterthanen beider Landesantheile werden selbst beim H. u. LGericht in Ansehung der Cautionen gegenseitig für Fremde gehalten, weil die beiden Herzogthümer in Absicht der Gerechtigkeitspflege besondre Lande sind. Beitr. V. 202. Mehlen a. a. O. §. 177.

(2) H. u. LGO. *II.* 15. §. 2. GCO. *II.* 15. §. 2.

(3) H. u. LGO. *II.* 15. §. 2. GCO. *II.* 15. §. 2. *Friedlieb de Friedensberg* practica forensis (§. 3) cap. *VI.* §. 2. *E. J. F. Mantzel* s. *Joann. Riechelmann* diss. de instrumento originali loco cautionis maxime de jure Mecklenburgico deponendo (Rost. 1757. 4.) Sect. *II.*

(4) H. u. LGO. *II.* 15. §. 1. GCO. *II.* 15. §. 1.

(5) v. Nettelbladt Archiv *II.* 123.

(6) H. u. LGO. *II.* 15. §. 1. G. C. O. *II.* 15. §. 1. *Warnemünde* different. jur. comm. et Meckl. Sect. *III.* Tit. 7. §. 1. s. auch R. G. O. 1. Tit. 16. §. 2.

Sechster Titel.

Processualische Eide.

§. 101.

Die, im Processe vorkommenden, Eide sind folgende:

I. Der Eid vor Gefährde (juramentum calumniae) (1), welchen sowol der Gegentheil (2), als der Richter (3), in allen Lagen eines jeden (4) Processes fordern kann (5) und welchen jede Parthei, mit Ausnahme jedoch der Eltern, Kinder, Enkel und andrer, von diesem Eide gemeinrechtlich befreiten

freiten, Personen (6), ablegen muß (7) und zwar in der Regel in Person und im Gerichte des Processes (8), obgleich die Eides-Ableistung wegen körperlicher Schwachheit und Abwesenheit durch einen Procurator oder im Gericht des Wohnorts zulässig ist (9). Die Weigerung, diesen Eid abzuleisten, bewürkt, wenn der Kläger sich derselben schuldig macht, die Verurtheilung in die Kosten (§. 86.) und die Entbindung des Beklagten von der Klage, wenn sie aber vom Beklagten geschiehet, daß die Klage für gestanden angenommen und Beklagter in die Kosten verurtheilt wird (10); die Folge des, mit Unrecht abgeschwornen, Eides ist die Strafe des Meineides und des böslichen Streitens (11). II. Der Eid vor Bosheit (juramentum malitiae) (12), bei welchem die, bei dem vorhergedachten Eide angeführten, Grundsaße eintreten (13). III Der Haupt-Eid und zwar sowol der zugeschobene (§. 85.), als der richterlich auferlegte (§. 78.). IV. Der Appellations- (§. 171.) und V. Restitutions- (§. 177.) Eid; beide eine Gattung des Eides vor Gefährde; VI. der Cessions-Eid (§. 149). VII. Der Armen-Eid (§. 18.). VIII. das juramentum dandorum und IX. respondendorum (§. 51.) (14) X. das juramentum in litem (16). XI. das juramentum editionis (16). XII. der Zeugen-Eid (§. 80.).

(1) Die Formel ist aus den H. u. LGO. v. 1558 u. 1568 in der H. u. LGO. I. 24. abgedruckt und auch durch die GEO. I. 12. angenommen.

(2)

(2) H. u. LGO. II. 16. §. 1. GCO. II. 16. §. 2. Die wirkliche Ableistung ist jedoch dem richterlichen Ermessen unterworfen. H. u. LGO. a. a. O. §. 7. GCO. a. a. O. §. 8.
(3) H. u. LGO. II. 16. §. 4. GCO. II. 16. §. 4.
(4) Allein ohne ganz besondre Ursachen nicht in richtigen und klaren Sachen wider Hand und Siegel. H. u. LGO. II. 16. §. 7. GCO. II. 16. §. 8.
(5) H. u. LGO. II. 16. §. 1 u. 4. GCO. ebendas. auch von den Advocaten und Procuratoren kann dieser Eid gefordert werden. H. u. LGO. v. 1558 u. 1568 a. a. O. H. u. LGGB. v. 17 Januar u. 8 Oct. 1576 u. v. 3 Oct. 1579. GCO. II. 16. §. 1. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712.
(6) H. u. LGO. II. 16. §. 2. GCO. II. 16. §. 2. Zu den befreiten Personen gehören auch die, ad agendum gerichtlich aufgeforderten, Fiscäle. H. F. V. v. 24 April 1780. (Schr. I. II. 46.)
(7) H. u. LGGB. v. 17 Januar u. 8 Oct. 1576 u. v. 3 Oct. 1579. H. u. LGO. II. 16. §. 1. GCO. II. 16. §. 1.
(8) H. u. LGO. II. 16. §. 7. GCO. II. 16. §. 7. Ob landsässige Grafen diesen Eid in Person ableisten müssen? s. M. R. S. I. n. 39.
(9) H. u. LGO. II. 16. §. 9. GCO. II. 16. §. 9 u. 10. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 13. §. 2 u. 3.
(10) H. u. LGO. II. 16. §. 5. GCO. II. 16. §. 5.
(11) H. u. LGO. II. 16. §. 5. GCO. II. 16. §. 7.
(12) Die Formel s. H. u. LGO. v. 1558 u. 1568. Tit. Form des Eides, der Bosheit und aus derselben in H. u. LGO. I. 25. bestätigt in GCO. I. 12. §. 9.
(13) H. u. LGO. II. 16. vergl. GCO. I. 12. §. 9.
(14) H. u. LGO. II. 26 u. 27. GCO. a. a. O.
(15) H. u. LGO. II. 31. GCO. II. 32.
(16) H. u. LGO. II. 26. §. 2. GCO. II. 27. §. 2.

§. 102.

Alle diese Eide werden bis auf die, im vorigen §. gedachten, Ausnahmen in Person (1)

im

im Gericht, am Vormittage, auf vorgehende Warnung (2) vor dem Meineide, geschworen (3) und dabei die gewöhnlichen Förmlichkeiten beobachtet (4). —

(1) GEO. II. 17. §. 9 u. 10.
(2) Eine öffentliche gebilligte Formel derselben ist in Ansehung der Christen nicht vorhanden.
(3) H. u. LGO. II. 16. §. 6. GEO. II. 16. §. 16.
(4) Ueber die, bei Ableistung des Juden-Eides zu beobachtenden, Förmlichkeiten s. v. Nettelbladt Archiv I. 255—288.

Drit-

Drittes Buch.

Die einzelnen Proceßgattungen.

Erster Abschnitt.

Processe erster Instanz.

Erste Abtheilung.

Ordentliche Processe.

§. 103.

Die ältern Mecklenburgischen Proceß-Gesetze kannten für Sachen des ordentlichen Verfarens (§. 39.) in erster Instanz keinen andern, als den Citations-Proceß (1). Allein, besonders bei der veränderten Gerichts-Verfassung, fingen in der zweiten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts die Gerichte, besonders die Landsgerichte und unter ihnen zuerst die Justiz-Canzleien, an, nicht sogleich eine Ladung zum Vorbescheid zu erkennen,

nen, sondern zuvor den Beklagten durch ein Communicativ-Decret oder ein Mandat über die Klage zu hören; eine Verfarungsart, welche nachher von der gesetzgebenden Macht gebilligt ward (2), hierauf immer mehr sich ausbildete und gegenwärtig den Citations-Proceß in seiner ehemaligen Form bis auf wenige Ausnahmen (§. 108.) fast ganz verdrängt hat.

Dieser Communicativ-Proceß wird im Allgemeinen zwar der Vernehmlassungs-Proceß genannt, zerfällt aber, genau genommen, in den eigentlichen Vernehmlassungs- und in den Erklärungsproceß; beide unterscheiden sich durch den Gegenstand des rechtlichen Gehörs; der Erklärungsproceß hat im Allgemeinen in Fällen Statt, in welchen es auf die Ausmittelung sowol des Factums, als des Rechts oder auf eine bloße Rechtsfrage ankommt, der Vernehmlassungs-Proceß hingegen da, wo, wenn die vorgetragene Thatsache bewiesen wäre, des Klägers Intention begründet sein würde; jener bezweckt also mehr wie dieser die Ausmittelung der Rechtsfrage, beide unterscheiden sich daher nicht bloß in der Verfarungsart, sondern auch ihrem Zwecke und Gegenstande, obgleich sie, wenigstens dem Namen nach, in manchen Gerichten nicht immer so genau unterschieden, ja, dem grammaticalischen Sinne vielleicht gemäßer, wol grade entgegengesetzt benannt werden (3).

(1) H. u. LGO. *I.* 14.
(2) GCO. *II.* 8. §. 8. 11. §. 5. u. 6. *Resol. ad grav. jud.* gr. 4.
(3) Z. B. bei der Justiz-Canzlei in Neustrelitz. Die, hier angenommenen, Benennungen sind indessen die gesetzlichen s. z. B. C. J. R. §. 21.

*) Hier

*) Hier ist nur von einem ordentlichen Erklärungs- und Vernehmlassungs-Proceß die Rede.

Erster Titel.

Erklärungsproceß.

§. 104.

a. Natur.

Der ordentliche Erklärungs-Proceß hat in denjenigen, zum ordentlichen Proceß gehörigen, Fällen Statt, in welchen es auf die Ausmittelung sowol des Factums, als des Rechts oder wenigstens mehr auf die des letztren ankommt, mithin weder jenes, noch dieses bei der Klage vorliegt und also das Gehör des Beklagten noch erforderlich ist (§. 103.). Er ist der gewöhnliche ordentliche, der ordentlichste, vom summarischen am entferntesten stehende, Proceß, welcher alle Bestandtheile des ordentlichen Processes (§. 39.) enthält und vom Vernehmlassungs-Proceß wesentlich durch das Moment der größern Illiquidität des Rechts, so wie im Proceß dadurch sich unterscheidet, daß in demselben 1) die poena praeclusionis Statt hat, 2) durch ein förmliches Urtel, nach vorgängiger Acten-Rotulation, entschieden wird und 3) das Urtel sich nicht bloß auf das Factum beschränkt, sondern auch über die Rechtsfrage sich verbreitet und darüber entscheidet.

§. 105.

§. 105.

b. Verfaren.

In diesem Proceß wird die Klage, wenn sie zu einer officiellen Zurechtweisung sich nicht qualificirt, dem Beklagten mit dem Befehl, darüber binnen Ordnungsfrist sich zu erklären, abschriftlich mitgetheilt.

Wenn die Erklärung des Beklagten, welche alle Eigenschaften der Litiscontestation (§. 50. ff.) haben und mit der Vorbingung der Einreden (§. 52. ff.) verbunden sein muß,

I. binnen dieser Frist nicht eingeht; so wird der erste Befehl sub poena praeclusionis und diese Aufgabe demnächst durch einen fernern Befehl sub poena purificandi praeiudicii erneuert, nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist (§. 34. 93.) aber diese Strafe vollstreckt, mithin der Beklagte mit seiner Erklärung präcludirt, der Acten-Schluß (§. 60.) erkannt, ein Rotulations-Termin (§. 61.) anberaumt und darauf durch ein förmliches Urtel (§. 62.) in der Sache entschieden.

II. entweder binnen der ersten oder einer der andern Fristen, welche dem Beklagten unter den eben angeführten, nach und nach geschärften, Nachtheilen auch ausdrücklich ertheilt werden, eingeht; so wird sie dem Kläger durch ein bloßes, aber die Kraft eines Befehls, binnen Ordnungsfrist zu replicіren, habendes, Communicativ Decret abschriftlich mitgetheilt und diese stillschweigende Auflage nachher durch ein mandatum de prosequenda lite hinc replicando sub poe-

na

na praeclusionis und demnächst purificandi praeiudicii (§. 34. erneuert, und, wenn auch dann die Replick nicht eingeht, Acten-Schluß und Rotulations-Termin erkannt. Die eingezogene Replick wird dem Beklagten durch einen Befehl binnen Ordnungsfrist sub poena praeclusionis absque novis duplicando zu handeln (§. 57.) mitgetheilt, und demnächst dieser Befehl sub poena purificandi praeiudicii erneuert und wenn ihm auch dann noch nicht gelebt wird, ein Rotulations-Termin angesetzt, dem Beklagten aber dabei freigelassen, bis acht Tage vor demselben sub poena certissime purificandi praeiudicii die Duplick zu übergeben, bei dennoch fortdauernsdem Ungehorsam aber mit der Rotulation der Acten und dem Urtel, wie oben bemerkt ist, verfaren (§. 56—64.).

Auf die Replick wird oft ein Termin zum Versuch der Güte anberaumt und dabei dem Beklagten freigelassen, die Duplick drei oder acht Tage vor demselben sub poena certissime purificandi praeiudicii einzureichen. In diesem Proceß wird, bis auf rechtszulässige Ausnahmen, nur bis zur Duplick verfaren (§. 58.) und das Urtel feierlich publicirt (§. 64.).

Zweiter Titel.

Vernehmlassungsproceß.

§. 106.

a. Natur.

Dieser Proceß hat Statt, wenn der Rechtspunct so klar vorliegt, daß, wäre das, der Klage zum Grunde liegende, Factum erwiesen, des Klägers Intention gegründet sein würde (§. 103.), und es mithin mehr auf die Ausmittelung des Factums, als des Rechts ankommt; er steht daher zwischen dem Erklärungs- und dem clausulirten Mandats-Proceß, in ihm ist für jenen das Recht zu klar, für diesen aber das Factum nicht liquide genug; das Gehör des Beklagten hat also hier hauptsächlich wegen Ausmittelung der Thatsachen Statt. Dieser Proceß ist daher, ob er gleich im Allgemeinen ein ordentlicher ist, wegen der supponirten Liquidität des Rechts, doch mit einigen, obwohl unwesentlichen, Bestandtheilen des summarischen vermischt.

§. 107.

b. Verfaren.

Dem Beklagten wird aufgegeben, binnen Ordnungsfrist über die Klage sich vernehmen zu lassen. Wenn diese Vernehmlassung, welche alle, §. 50. ff. gedachte, Erfordernisse haben muß, ein-

geht;

geht; so tritt das, im Erklärungs-Processe nach Eingang der Erklärung Statt findende (§. 105.) Verfaren ein: Replick, Duplick, Rotulation und förmliche Urtel. Dagegen unterscheiden beide Proceß-Gattungen sich in dem Fall, wenn die Vernehmlassung nicht einkommt, mithin das Contumacial-Verfaren eintritt. Denn im Vernehmlassungs-Proceß wird das erste Mandat nicht sub poena praeclusionis, sondern sub poena contumaciae und nachher sub poena purificandi praeiudicii — selten noch einmal sub poena certissime purificandi praeiudicii — erneuert und demnächst dieser Nachtheil dahin purificirt, daß der Krieg Rechtens in contumaciam des Beklagten für negative (§. 51.) befestigt angenommen, mithin Beklagter mit seinen Einreden präcludirt (§. 50.) und Kläger zum Beweise des Grundes seiner Klage binnen Ordnungsfrist bei Strafe der Erlöschung des Beweises zugelassen wird (1). Dieß Admissorial-Decret erfolgt ohne vorgängige Acten-Rotulation und förmliches Urtel, sondern im Schwerinschen in Form eines bloßen Decrets, bei der Strelitzschen Justiz-Canzlei aber mittelst eines Bescheides. In den Mecklenburg-Schwerinschen Gerichten wird in dem Admissorial-Decret der Beweissatz normirt (§. 74.) und in dieser Hinsicht läuft die Beweisfrist erst von der Zeit der eingetretenen Rechtskraft des Admissoriums (§. 65.), deren dasselbe in der Eigenschaft eines Contumacial-Decrets, also wegen Präclusion des Gehörs und der Einreden, nicht bedarf (§. 166.). In erster Hinsicht wird das, an den Kläger ergehende, Admissorialdecret dem Beklagten durch ein Notificatorium mitgetheilt und dem Kläger am Schlusse

des Admissorii aufgegeben, jenes dem Beklagten zu insinuiren und die geschehene Insinuation binnen 14 Tagen a dato zu bescheinigen; es läuft daher die Rechtskraft erst von dieser Insinuation an, dergestalt, daß die Beweisfrist erst nach Ablauf von sechs, von der Insinuationszeit zu berechnenden, Wochen an geht (§. 65.), bei der Justiz-Canzlei zu Neustrelitz wird hingegen Kläger durch einen, an beide Theile ergehenden, sogenannten kleinen Bescheid zum Beweise zugelassen und fällt mithin das Notificatorium weg.

Das Beweis- und fernere Verfaren ist in diesem Processe das gewöhnliche des ordentlichen Processes.

(1) Vergl. z. B. C. J. K. §. 21.

Dritter Titel.

Citations-Proceß.

§. 108.

Der Citations-Proceß hat

I. bei den Landesgerichten in Sachen des ordentlichen Verfarens nur in fiscalischen und Ehe- und Verlöbniß-Sachen als Regel sich erhalten, ob er gleich ausnahmsweise auch in bürgerlichen Sachen Statt findet.

II. bei den Niedergerichten hingegen als Regel Statt.

Nach der Form der Ladung und deren Bekanntmachung ist dieser Proceß entweder der

öffentliche oder der Privat-Citations-Proceß.

Erste Unter-Abtheilung.

Bürgerlicher Citations-Proceß.

§. 109.

a) Statthaftigkeit.

Wenn gleich in ordentlichen, bürgerlichen Sachen das mündliche Gehör (§. 33.) nicht mehr so wie ehedem üblich ist, sondern die Partheien berechtigt sind, den ordentlichen, schriftlichen Proceß zu verlangen; so findet doch nicht allein

I. bei den Untergerichten der Citations-Proceß als Regel (1). sondern auch

II. bei den Landesgerichten aus bewegenden Gründen sowol zur Verhandlung der Sache, als zum Versuch ihrer gütlichen Hinlegung Statt (2).

(1) H. u. kGO. *I.* 1. §. 23. §. 2. *II.* 10. §. 4. GCO. I. 2. §. 2. S. C. O. §. 6. J. O. §. 3. f. f.

(2) H. u. kGO. *II.* 1. GCO. *II.* 1. J. O. §. 3. f. f. woselbst das, dabei zu beobachtende, Verfahren vorgeschrieben ist.

§. 110.

b) Ladungen.

Die, deshalb an die Partheien zu erlassende, Ladung soll 1) schriftlich sein (1), 2) die

Ursachen der Ladung und Mittheilung, der, sie veranlassenden, Schrift enthalten, 3) den Partheien zur gehörigen Zeit (2) und 4) vollständig, mithin mit den Anlagen, insinuirt werden (§. 48.), 5) einen nicht zu kurzen Termin enthalten (3) und 6) nicht mit widerrechtlichen Präjudizen versehen sein (4).

(1) Ausnahmen in geringschätzigen Sachen H. u. LGO. *II.* 12. §. 5. GCO. *II.* 7. §. 7.

(2) Nach H. u. LGO. *II.* 12. §. 1. und CO. v. 1570. Tit. 6. §. 1. muß sie 4 Wochen vor dem Termin geschehen, allein dieß bezieht sich auf die damalige Gerichtsverfassung und fällt jetzt weg.

(3) S. die vorige Anmk.

(4) Die Vorschrift der GCO. *II.* 11. §. 5. ist durch *Resol. ad gr. jud.* 4. auf den Fall, daß es rechtlich ist beschränkt. Die Nachtheile des Außenbleibens sind in H. u. LGO. *II.* 8. u. GCO. *II.* 8. vorgeschrieben, allein gegenwärtig nach Beschaffenheit die Purification oder Verschärfung des angedroheten Nachtheils und Verurtheilung in die Terminskosten. H. u. LGGB. v. 15 Julß 1780.

§. III.

e) Vorbescheid.

Die Partheien oder ihre Sachwälde sind schuldig, in dem anberaumten Termin sich einzufinden und sollen ihn nur aus rechtmäßigen Ursachen abkündigen (1), welches aber rechtszeitig sowol dem Gericht, als dem Gegentheil geschehen muß (2); den Sachwälden ist die Substitutionsbefugniß weder unbeschränkt, noch ohne eigene Verantwortlichkeit nachgelassen (3). Im Vorbescheid ist die Sache ohne unnöthige, die Acten wiederholende, Recesse zu Protocoll zu verhandeln (4)

und

und die, zwar erlaubten, schriftlichen, statt mündlichen, Recesse weder zu umständlich abgefaßt, noch kurz vor dem Termin übergeben werden (5). Auf das Vorbescheids-Protocoll erfolgt, nach Wichtigkeit der Sache, mit oder ohne Acten-Rotulation die richterliche Entscheidung durch einen Abschied, zu welchem die Acten-Verschickung (§. 20.) zulässig ist und gegen welchen die gewöhnlichen Rechtsmittel Statt haben (6).

(1) H. u. LGO. I. 6. §. 7. H. F. W. V. v. 14 Aug. 1694 (Z. S. II. 5.) u. v. 21 May 1703. (das. 7.) H. C. L. V. v. 8 Febr. 1748. (das. 12.) H. u. LGGB. v. 5 Oct. 1702, 21 April 1703 u. 15 July 1780 Schw. G. B. v. 1 Jun. 1686. (Schr. I. 1. 32.) Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 4. u. v. 21 Oct. 1796.

(2) H. F. W. V. v. 4 Aug. 1694 u. 21 May 1703. H. u. LGGB. v. 5 Oct. 1702, 21 April 1703 (dem Gericht 8, dem Gegentheil 4 Tage vor dem Termin) u. v. 15 July 1780. (wenigstens 3 Tage vor dem Termin bei 10 Rthl. Strafe) Schw. G. B. v. 1 Juny 1686. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 4. und v. 1795. V. des Hofmarschall-Amts zu Schw. v. 30 Oct. 1775. (Z. S. II. 226.)

(3) H. C. L. V. v. 1 Juny 1686. (Z. S. II. S. 243.) H. F. W. B. v. 14 Aug. 1694. H. u. LGGB. v. 20 April 1707 u. v. 15 July 1780. Schw. G. B. v. 1 Juny 1686.

(4) GO. I. 2. §. 10. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 4. vergl. §. 31.

(5) H. F. W. V. v. 21 May 1703. H. u. LGGB. v. 15 July 1780.

(6) H. u. LO. II. 14. §. 2.

§. 112.

a) besonders zum Versuch der Zeit.

So viel insonderheit die Vorbescheide zum Versuch der Güte betrifft; so sind die Gerichte berechtigt, ja selbst verpflichtet, in allen Sachen, auch von richterlichem Amtswegen dieselben anzuberaumen (1) wenn entweder nicht die Unerreichbarkeit des Vergleichs vorliegt (2) oder dessen Versuch nicht zum widerrechtlichen Aufenthalt der Sache gereicht (3). In Ansehung der Termins-Verhandlung tritt dasjenige ein, was im vorigen §. bemerkt ist; die Sachwälde sollen ihres eigenen Nutzens halber ihrer Parthei vom Vergleich nicht abrathen (4) und die ungegründete Ablehnung angemessener Vergleichsvorschläge schärft die Verbindlichkeit zur Kosten-Erstattung (§. 86.).

(1) H. u. LGO. *II.* 1. §. 3. 10. §. 4. 14. §. 1—3. GGO. *II.* 1. §. 3. 14. §. 1. f.f. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 4. J. O. §. 4. *Mevius* jus lubecense. Lib. V. c. 2. art. 2. n. 5.
(2) *Resol. ad gr. jud.* 4.
(3) Z. B. H. u. LGO. *II.* 14. §. 1. Schw. C. O. v. 1637. §. wenn auch.
(4) GGO. I. 5. §. 26.

§. 113.

c) Edictal-Ladung.

In den, gemeinrechtlich zugelassenen, Fällen, besonders gegen Abwesende und Flüchtige und wegen Ungewißheit der vorzuladenden Personen, findet die Edictal-Ladung Statt (1), welche ehedem durch Anschlag an der Gerichts-Stelle

le

le und an das Rathhaus in drei oder vier, den Vorgeladenen am nächsten gelegenen, Städten (2), oft auch durch Verlesung von der Canzel (3), gegenwärtig aber durch öffentlichen Anschlag an die Gerichts-Tafel und, an der Stelle der drei Städte, durch Einrückung in zwei oder drei öffentliche Blätter bekannt gemacht wird (4).

Eine solche Ladung ist peremtorisch und muß mithin eine dreifache Ordnungsfrist enthalten (5), nach deren Ablauf, nachdem der Anschlag und die Insertion zu den Acten bescheinigt worden, der angedrohete Nachtheil purificirt und das, gleich in Rechtskraft tretende, Contumacial-Decret gewöhnlich durch des Landes-Intelligenzblatt bekannt gemacht wird.

(1) C. O. Tit. v. Ehescheidung. §. u. LGB. II. 12. §. 8. GCO. II.
(2) §. u. LGO. II. 12. §. 8. v. Nettelbladt Bemerkungen über einige Gegenstände des Meckl. Concurs-Processes. S. 31.
(3) *Manzel* Jus Meckl. illustr. Cent. V. jud. 51
(4) Vergl. z. B. H. A. G. *IV*. B. v. 22 Jul. 1778.
(5) v. Nettelbladt a. a. O. S. 31.

Zweite Unter-Abtheilung.

Fiscalischer Proceß.

Joan. Joach. Hartmann s. Thom. Math. Martini diss. de partibus ac juribus fiscalium in processu singularibus. Kilon. 1736. 4.
Joh. Christ. Quistorp Kleine Juristische Schriften, (Bützow u. Wismar 1772) Band I. S. 144 f. f.

§. 114.

§. 114.

a) Fiscäle.

Zu Wächtern der Aufrechthaltung der Gesetze (1) und öffentlichen Anklägern der Uebertretungen derselben sind sowol bei der Landes-Regierung, als bei jedem Landesgerichte, Fiscäle (2) angestellt, beauftragt wegen dieser Uebertretungen ohne jedesmalige, besondre Autorisation (3), sowohl auf vorhergegangene Aufforderung der Behörde (4), als ohne dieselbe, von Amts wegen auf oder ohne Denunciation (5) das öffentliche Interesse auch vor den Landesgerichten wahrzunehmen (6). Mit dem Fiscal-Amt ist die Stelle des Procuratoris fisci verbunden, welcher das landesherrliche nutzbare Justiz-Regal bei dem Gericht, an welchem er angestellt ist, warnimmt und insonderheit die erkannten Geldstrafen einklagt und berechnet (7). Der Fiscal hat bei dem Landesgericht, dem er angehört, einen privilegirten Gerichtsstand (§. 14.), muß am Sitze dieses Gerichts wohnen und ist der erste unter dessen Procuratoren und Advocaten, ohne jedoch Privat-Processe übernehmen zu dürfen (8).

(1) H. F. F. Rescript v. 2 Aug. 1798. (Schr. I. II. 173.)

(2) Ueber die Gränzen der Verhältnisse der Regirungs- und Landesgerichtlichen Fiscäle s. Schröder L. S. I. II. 150.)

(3) H. u. LGO. I. 4. §. 2. GCO. I. 5. §. 2.

(4) LGGEV. §. 249. Die Landesgerichte müssen in allen, die Landesherrlichen und Regal-Rechte betreffenden, Fällen nicht einen Justiz-Fiscal, sondern den Regirungsfiscal excitiren. H. F. V. v. 5 Januar 1784. (Schr. I. II. 74.)

(5)

(5) Wozu nicht allein die Obrigkeiten und in einigen bestimmten Fällen, z. B. bei Hazardspielen, auch Privatpersonen verbunden, sondern auch jeder berechtigt ist. H. u. LGO. *I.* 5. §. 3. GCO. *I.* 4. §. 3. H. Fr. W. V. v. 1 May 1702. (*II.* S. *II.* 106.) H. C. L. V. v. 12 März 1750. (das. *II.* 13.) Die Fiscäle sollen insonderheit das Actorium von den einzelnen oder allen Städten wegen Contraventionen des §. 276 des LGGEV. annehmen. H. F. V. v. 13 Febr. 1768. (Ditmar *II.* 135.)

(6) P. O. Tit. von Wucher. Contr. §. 5—8. H. u. LGO. *I.* 4. GCO. *I.* 5. LGGEV. §. 410. Die Fiscäle haben daher das Recht, die Acten ihres Landesgerichts einzusehen, sollen aber diese Erlaubniß nicht mißbrauchen und in Privat-Sachen ohne Erlaubniß die Decrete nicht nachsehen. H. C. L. V. v. 1 Juny 1686 u. H. Fr. W. V. v. 14 August 1694. (*II.* 5.)

(7) H. u. LGO. *I.* 4. §. 1. GCO. *I.* 5. §. 1. Die fiscalischen Geldstrafen werden im Meckl. Schwerinschen stets in dortigem Courant bezahlt, wenn auch diese Münzsorte nicht namentlich ausgedrückt ist. M. R. S. I. 75. Der vierte Theil derselben, die sogenannte fiscalische Competenz, gehört dem Fiscal. Die Schwerinschen Landesgerichte müssen jährlich im Johannis-Termin das Verzeichniß der fiscalischen Processe zur Regirung und die Straf-Gefälle zur Cammer einsenden. H. C. L. V. v. 12 März 1750 u. v. 23 Nov. 1753.

(8) H. u. LGO. *I.* 4. §. 1. GCO. *I.* 5. §. 1.

§. 115.

b) fiscalische Sachen.

Fiscalische Sachen sind alle Uebertretungen der Landesgesetze und alle strafbare Handlungen, darin dem Landesherrn, auch ohne Ankläger das landesherrliche Amt, warzunehmen, obliegt (a), die

die Handlung mag ein Begehungs- oder Unterlassungsvergehen sein und das Gesetz mag eine fiscalische Strafe angedrohet haben oder nicht (2). Sie sind entweder peinliche oder bürgerliche; nur letztre gehören hierher.

(1) H. u. LGO. *I.* 5. §. 1. GEO. *I.* 4. §. 1. H. C. L. V. v. 12 März 1750, allein nicht die actio injuriarum criminalis, wenn keine atrocitas injuriae sich dabei findet. Resol. ad gr. cl. *VI.* res. ic.

(2) H. K. K. Rescript v. 2 Aug. 1798. (Schr. *I. II.* 173.)

§. 116.

c) Fiscalischer Proceß.

So wie die fiscalischen Sachen, so ist auch der fiscalische Proceß entweder peinlicher oder bürgerlicher Proceß (1). Der, hieher nur gehörige, bürgerliche ist nach Beschaffenheit der Sache der ordentliche oder summarische, welcher letztre wenig vom gewöhnlichen summarischen Proceß sich unterscheidet. Der ordentliche, fiscalische Proceß ist aber kein reiner bürgerlicher, sondern ein, aus demselben und dem accusatorischen, ja selbst dem inquisitorischen, Proceß zusammen gesetzter, Citations-Proceß (2). In mehreren Momenten ist er vom rein bürgerlichen Proceß verschieden: er kann von richterlichem Amts wegen theils unmittelbar, theils durch den Fiscal betrieben werden (*); der Character seines Verfarens ist der processus citationis ad videndum se incidisse in poenam (3), falls nicht entweder die Sache bloße verwirkte Contumacial-

oder

oder rechtskräftig beiläufig erkannte Strafe und deren Beitreibung betrifft (4) oder die reine, unverflochtene Litiscontestation die persönliche Erscheinung und Verantwortung des Angeklagten unnöthig und überflüssig macht, indem in diesem Fall gewöhnlich der Citations-Proceß in den Erklärungs- oder Vernehmlassungs-Proceß übergeht (5); im fiscalischen Proceß hat das articulirte Verfaren (§. 30.) noch Statt (6), obgleich dasselbe in den, an sich schon klaren, Sachen und auch in andern Sachen weiter nicht, als bei der Klage, welchen die, in Artikeln gebrachten, Momente der Sache als Anlage beigefügt werden, in dem mündlichen Verhör, nicht aber bei den übrigen Satzschriften, angewandt wird (**); die Partheien werden Ankläger und Angeklagte genannt (7); die Wiederklage ist hier unzulässig (§. 96.); in demselben steht, wenn er wahre Delicta z. B. Hazardspiele betrifft, dem Fiscal die Eideszuschiebung als Beweismittel nicht zu (8); die, an Leib und Leben gehenden, fiscalischen Sachen, es mag darin inquisitorisch oder accusatorisch verfaren und erkannt sein, sind zwar inappellabel (9), allein in bürgerlichen, fiscalischen Sachen ist die Appellation zulässig, wenn bei der Appellation an die Reichsgerichte die gewöhnliche Appellations-Summe von 2000 Gulden Rheinisch (10), bei der an das Hof- und Landgericht aber die Strafe 50 Rthlr. beträgt (11), und dagegen, wenn sie unter 30 bis 50 Rthlr. beträgt, Verschickung der Acten und das remedium supplicationis Statt hat (12); die Bescheide in fiscalischen Sachen sollen nicht in duplo ausgelöset werden (13); die Fiscäle sollen in den fiscalischen Processen im Allgemeinen nicht mehrere

Rechte als andre Partheien haben und daher weder wissentlich Falsch und Unrecht gebrauchen und sich Partheilichkeit zu Schulden kommen lassen (4), noch Vorgeding machen (***), noch gegen die allgemeinen Pflichten jeder Parthei in Ansehung der Anzüglichkeiten, Schreibart, unnöthigen Weitschweiffigkeit, unnöthiger Fristgesuche und dergl. (§. 26.) handeln (15); dem Angeklagten sollen hinreichende Fristen gestattet werden (16) und die Fiscäle weder, wenn sie Jemanden ohne rechtmäßige Ursache angeklagt haben und derselbe von der Anklage losgesprochen wird, in Ansehung der Erstattung der Proceß-Kosten (§. 86.), der zu leistenden Genugthuung und der, wegen begangener Excesse zuzuerkennenden, Geld- und andern Strafen (17), noch in Ansehung der Acten-Verschickung (§. 20.), oder der Arrest-Anlegung (18) mehrere Begünstigung, als jede andre Parthei haben.

Allein demungeachtet haben die Fiscäle einige Vorzüge vor Privat-Klägern. Wenn gleich ihr öffentliches Amt da, wo sie Ankläger sind, nicht unbedingt die Stelle der Bescheinigung vertreten dürfte (19); so sind sie doch, wenn sie zur Anklage von Gerichts wegen aufgefordert sind, von Ablegung des Eides vor Gefährde (§. 101), so wie bei impetrirtem Arrest von der Arrest-Caution befreit (20); an der Beobachtung der ersten Instanz der Amtssässigen und des befreiten Gerichtsstandes nicht gebunden (§. 4. und §. 11); in der Substitutions-Befugniß zu Vorbescheiden bevorzugt (§. 111.); die fiscalischen Sachen werden in den Judicial-Audienzen des Hof- und Landgerichts zuerst vorgenommen (21) und die landesherrlichen Begnadigungen in fiscalischen

Sa-

Sachen erfolgen nur mit Vorbehalt der fiscalischen Competenz (22).

(1) H. u. LGO. *I.* 5. §. 2. GCO. *I.* 4. §. 2. „inquisitiones und andere Processe." LGGEV. §. 384 u. 391. „fiscalische Sachen, die an Leib und Leben gehen" u. §. 428. „causae fiscales mulctae."

(2) LGGEV. §. 384. n. 1. H. K. K. Rescript v. 12 Aug. 1788 (Schr. *I. II.* 109.)

*) Z. B. GCO. *I.* 2. §. 9.

(3) H. u. LGO. *II.* 38. §. 8. GCO. *II.* 8. §. 4. *II.* 39. §. 6. H. K. K. Res. v. 12 Aug. 1788. H. Fr. V. an das Consist. (v. Tettelbladt *I.* 189.) Die persönliche Erscheinung ist jedoch nur bei schweren Vergehungen nothwendig. Revers. v. 1621. Art. 41. v. Tettelbladt *I.* 185. f. f.

(4) v. Tettelbladt *I.* 189.

(5) Spalding öffentl. Landesverh. 7. 255.

(6) GCO. *II.* 11. §. 1. Die H. u. LGO. brauchte dieß nicht vorzuschreiben, weil nach ihr das articulirte Verfahren überhaupt Statt hatte (§. 30).

**) GCO. *II.* 11. §. 1. H. K. K. Rescript v. 12 August 1788.

(7) Vergl. LGGEV. §. 411.

(8) H. K. K. Circularv. an die Landesgerichte v. 1 Jul. 1809 *Casp. Math. Müller s. Joh. Christ. Petersen* diss. de juramenti delatione in causa fiscali pecuniaria (Rost. 1728) 4.

(9) LGGEV. §. 384. n. 1. §. 391. n. 4.

(10) LGGEV. §. 428.

(11) LGGEV. §. 429.

(12) LGGEV. §. 430. f. §. 166 u. 182.

(13) *Resol. ad gravam. spec. suerin.* 5.

(14) H. u. LGO. *I.* 17. Die Fiscäle sollen überhaupt ohne genugsame indicia und erlangten glaubhaften Bericht nicht klagen. H. K. K. Res. v. 28 Sept. 1796 u. 2 August 1798. (Schr. *I. II.* 154 u. 173).

***) Auch mit den Antlägern keinen Vergleich pro redimenda vexa sich einlassen. H. Ch. L. V. v. 30 Sept. 1748. (Ditmar *II.* 135).

(15) H. u. LGO. 1. 17. GCO. 1. 4. §. 5.

(16)

(16) LGGEV. §. 422.
(17) *Resol. ad grav. addit.* de 1701. gr. 10. LGGEV. §. 411. H. F. F. Res. v. 28 Sept. 1796 u. 2 August 1798, anders in ältern Zeiten vergl. z. B. *Engau* Decis. et resp. P. 2. n. 144.
(18) LGGEV. §. 422. H. F. F. Res. v. 12 April 1797. (Schr. *I. II.* 161); die, in den Reversalen v. 1621. Art. 42 gedachte, cautio de judicio sisti findet nur in peinlichem Ausspruch Statt.
(19) H. F. F. Res. v. 12 August 1788.
(20) H. F. F. V. v. 12 April 1797. (Schr. *I. II* 161.)
(21) H. u. LGO. *II.* 9. §. 3.
(22) Vergl. wegen der Kosten H. u. LGO. 1. 5. §. 3.

§. 117.

d) Verfaren.

Wenn die angebrachte fiscalische Klage überhaupt nicht als ungegründet erscheinet und deshalb von Amts wegen sofort abzuweisen ist (1); so erfolgt, wenn sie articulirt ist und eine nicht klare oder nicht unerhebliche Sache betrifft, mithin in der Regel, im ordentlichen Proceß die Ladung zum Verhör (citatio ad videndum sese incidisse in poenam aut allegandum caussas quare non (§. 116.), in jenen Fällen aber, nach Bewandniß der Sache, ein Vernehmlassungs- oder anderer Befehl (2) und wird im letztern Fall nach der Natur dieser Proceßart weiter verfaren.

Im Fall des Verhörs-Termins, in welchem der, §. 26. Anmk. 1. gedachte, Ehren-Vorzug des Stuhls wegfällt, wird im Fall des Ungehorsams die Ladung bei Geldstrafe oder anderm angemessenen Nachtheil erneuert. Dem Angeklagten steht im bürgerlichen fiscalischen Pro-

ceß

ceß frei, entweder im Termin zu erscheinen oder über die Anklage schriftlich sich vernehmen zu lassen; letztres entbindet aber nur dann vom Erscheinen in einem, erneuert anzuberaumenden, Termin, wenn der Gegenstand der Klage nicht atrocioris generis und die Vernehmlassung vollständig und unumwunden ist, in welchem Fall die Sache in den Erklärungs- und Vernehmlassungs-Proceß kommt. Der erschienene Angeklagte wird, in Abwesenheit seines Sachwaldes und des Anklägers über die Anklage-Artikel zu Protocoll vernommen und darauf letztres dem Fiscal zu weitern Anträgen mitgetheilt, falls nicht die Sache geringfügig ist und der Angeklagte gleich gestanden und zum Urtel submittirt hat. Auf das Verhörs-Protocoll erfolgt des Fiscals Replick, auf diese des Angeklagten Duplick und demnächst das weitre Verfaren des Erklärungs-Processes (§. 105).

(1) Die Fiscäle haben jedoch, wie alle übrigen Unterthanen das Recht, in jedem Fall die schicklichste Proceßart und Klage zu wählen und die Beurtheilung der Richtigkeit der gewählten gehört zu des Angeklagten Einreden, aber dem Richter steht hierbei nichts zu, falls nicht eine offenbar unstatthafte Proceßart oder Klage gewählt worden. H. J. J. Res. v. 12 August 1788. (Schr. *I. II.* 109.)

(2) H. J. J. Res. v. 12 Aug. 1788.

*) Ueber den fiscalischen Edictalproceß s. H. u. KGO. *II.* 12. §. 8. (vergl. §. 113.)

Zwei-

Zweite Abtheilung.

Summarische Processe.

§. 118.

Im summarischen Proceß (§. 40. ff.) soll im Allgemeinen kein weitläuftiges Verfaren gestattet, sondern summarisch und extra ordinem verfaren (1) und entweder mündliches Verhör angeordnet oder mandatum de solvendo erkannt oder sonstige schleunige extraordinäre Veranlassung gemacht werden (2). Die Eintheilungen desselben sind die gemeinrechtlichen und die einzelnen Gattungen desselben folgende.

(1) H. u. l GO. *II.* 4. §. 1. GCO. *II.* 4. §. 1.
(2) H. u. l GO. a. a. O. §. 6. u. GCO. a. a. O. §. 5.

Erster Titel.

Summarischer Vernehmlassungs-Proceß.

§. 119.

Derselbe hat in Ansehung summarischer Sachen in den Fällen Statt, in welchen für ordentliche Sachen der ordentliche Vernehmlassungs-Proceß eintritt (§. 103.), von welchem er durch die allgemeinen Verschiedenheiten beider Proceßgattungen (§. 39. ff.), besonders durch Zahl und Beeno-

Beengung der Fristen, Weglassung des Rotulations-Termins oder wenigstens Verbindung desselben mit dem Termin der Urtels-Publication, kürzeres Beweisverfahren, Versagung des Suspensiv-Effects der Rechtsmittel u. s. w. sich unterscheidet, auch findet an Statt der Benennung: Replick und Duplick: gewöhnlich die der: schließlichen Vernehmlassung, Erwiederung oder Erklärung und Gegenvernehmlassung u. s. w. Statt.

Zweiter Titel.

Summarischer Erklärungsproceß.

§. 120.

a. Hauptproceß.

Häufiger ist der summarische Erklärungs Proceß, welcher theils Haupt- theils präparatorischer Proceß ist.

Als Haupt-Proceß hat er theils in den, zur Summarietät des Verfarens überhaupt geeigneten, Fällen (§. 39. ff.) Statt, in welchen, wenn sie ordentliche Rechtssachen wären, der ordentliche Erklärungs-Proceß (§. 104.) eintreten würde, theils aber in Incidentpuncten und unterscheidet sich vom ordentlichen Erklärungsproceß durch die gewöhnlichen Verschiedenheiten beider Processe (§. 39. ff.) und durch die, §. 119. gedachte, Veränderung der Benennungen der Satzschriften.

§. 121.

b. Präparatorischer Proceß.

Als präparatorischer Proceß tritt er ein, wenn die Klage zu der gewählten Proceßart zur Zeit nicht ganz geeignet, aber doch zu sehr gegründet ist oder einen zu geringfügigen Gegenstand betrifft, um den ordentlichen Proceß einzuleiten (1); in einem dieser Fälle pflegt unter einer willkührlichen Frist ein Erklärungsbefehl sub poena petiti erlassen und nachher dieser Nachtheil vollstreckt zu werden.

(1) Vergl. z. B. die Erläuterungs-Constitution wegen Beweiskraft der Handlungsbücher §. 5.

Dritter Titel.

Summarischer Citationsproceß.

§. 122.

a. unbestimmter.

Der summarische Citations-Proceß ist entweder ein unbestimmter oder ein, bei einzelnen Gegenständen eintretender, bestimmter Proceß.

Jener tritt in allen summarischen Sachen ein, bei welchen (1) mehr, als bei ordentlichen ein Vorbescheid anzusetzen ist (§. 109.) (2). Das, hierbei eintretende, Verfaren ist, mit Ausnahme

des

des Unterschiedes zwischen dem ordentlichen und dem summarischen Proceß überhaupt (§. 40.), im Allgemeinen dasjenige, was beim ordentlichen Citations-Proceß Statt hat (§. 109—112.).

(1) Jedoch nicht zum Auffenthalt der klaren und richtigen Sachen. H. u. LGO. *II.* 14. §. 1. SCD. v. 1637. §: wenn auch. GCD. *II.* 14. §. 1. (§. 88) sonst aber wohl H. u. LGO. *II.* 1. §. 3. 4. §. 6.

(2) C. J. K. v. 1755. §. 20. H. u. LGO. *II*, 1. §. 5. GCD. *II.* 1. §. 5.

§. 123.

b. bestimmter.

aa) Sponsalien- und Eheproceß.

α. überhaupt und insonderheit wenn beide Theile gegenwärtig sind.

Eine vorzügliche Gattung des bestimmten summarischen Citations-Processes ist der Sponsalien- und Ehe-Proceß.

Obgleich die Verlöbniß- und Ehesachen seit der Reformation auch in Mecklenburg als weltliche Sachen angesehen wurden (1); so blieben sie doch aus besondren Gründen beim Consistorium (2), welchem sie erst in der letzten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts abgenommen und, wenn gleich nicht den weltlichen Gerichten überhaupt, doch den weltlichen Landesgerichten (3), überlassen (§. 7.) wurden, obgleich im Herzogl. Meckl. Schwerinschen Lands-Antheil die erste Cognition derselben den Untergerichten in Anse-

hung ihrer Hintersassen vermöge eines allgemeinen speciellen Commissoriums (4) übertragen (5) und in der Folge dem Consistorium, das Erkenntniß in den Verlöbniß- und Ehesachen der Einwohner der Domänen beigelegt ward (§. 4.). Die, den Untergerichten übertragene, Untersuchung ist indessen keine Art der Gerichtsbarkeit, sondern eine bloße commissarische, erste Cognition, welche nur auf die Instruction der Sache zum Spruch sich beschränkt, nach deren Beendigung die Untergerichte die Acten zur weitern Verfügung und zur Fällung eines rechtlichen Erkenntnisses an eins, in Ermangelung des Antrags des Klägers, durch das Untergericht zu wählende, weltliche Landesgericht, die Herzogl. Meckl. Schwerinschen Aemter aber an das Consistorium in Rostock einsenden müssen (6). Aus diesem Grundsatze wird die Sache für, durch diese Acteneinsendung an das Landesgericht devolvirt, angesehen und bei demselben das Urtel in des letztren, mithin des Landesherrn, Namen publicirt und vollstreckt; bei demselben werden auch die Rechtsmittel eingelegt und die untergerichtlichen Acten, als Commissions-Acten aufbewahrt und steht dem Untergericht nicht zu, selbst zu erkennen oder die Acten zu verschicken (7); die Untergerichte müssen auch, wenn die Partheien sich verglichen haben, die Acten an ein Landesgericht einsenden und die causas repudii hinc transactionis zu Protocoll nehmen und dürfen zwar über dilatorische, lediglich ad fundandum judicium gehörende, Einreden zur Instruction und Cognition der Sache interloquiren, müssen aber das Erkenntniß über die Hauptsache dem Landesgericht überlassen (8), wohin insonderheit alle,

merita causae und die Beweisführung gehören (9). Es bedarf jedoch keiner besondern Verweisung jeder einzelnen Sache an des forum primae cognitionis, sondern der Kläger soll die Sache sofort bei dem Untergericht ad cognoscendum anbringen und jedes Landesgericht den, bei ihm auftretenden, Kläger dorthin verweisen (10).

Im Herzogl. Mecklenburg Strelitzschen Landes-Antheil haben die Untergerichte diese erste Cognition nicht erhalten, sondern gehört dieselbe vor der Justiz-Canzlei (11).

Die Summarietät der Sponsalien und Ehesachen, soweit sie solche sind, also mit Ausschluß der dabei vorkommenden, das Eheband selbst nicht betreffenden (*), bald ordentlichen, bald summarischen, Gegenstande, ist mehrmals gesetzlich anerkannt (12).

In Ansehung des Verfarens findet in den Herzogl. Meckl. Schwerinschen Landen ein Unterschied zwischen den, in bürgerlichen Sachen Canzlei- oder Amtssässigen, Personen Statt, wobei der Stand des Beklagten die Norm abgiebt. Wenn der Beklagter

1. niedergerichtssässig ist; so muß der Kläger die Sache bei der ersten Instanz desselben zur ersten, summarischen Cognition anbringen und das Untergericht dazu einen Termin anberaumen und in demselben nicht allein die Sache summarisch zu Protocoll untersuchen und bis zum Spruch instruiren, sondern auch die Versöhnung versuchen, in jedem Fall aber die Acten an ein Landesgericht, (die Amtsgerichte aber allemal an das Consistorium), zur weitern Verfügung

in

in Urschrift einreichen, welches darauf nach Bewandniß entweder das Untergericht über die weitre Cognition instruirt, oder dazu oder zum nochmaligen Versuch der Sühne einen Termin vor sich selbst ansetzt, oder ein Erkenntniß erläßt, zu dessen Anhörung ein Termin anberaumt und die, an die Partheien erlassenen, Ladungen durch das untersuchende Niedergericht mit dem Befehl insinuiren läßt, die Partheien zu bedeuten, daß es ihrer persönlichen Gegenwart nicht bedürfe, sondern auch ohne dieselbe mit der Urtelpublication werde verfaren werden (13). Da dieses Erkenntniß, dessen Vollstreckung dem Landesgericht gebührt (14), in des Landesherrn Namen abgefaßt wird; so finden dagegen nur diejenigen Rechtsmittel Statt, welche gegen landesgerichtliche Erkenntnisse zulässig sind, die reichsgerichtliche Appellation jedoch ehedem abgerechnet (Amk. 20.).

II. Canzleisässig ist; so wird die Sache gleich unmittelbar bei einem Landesgerichte angebracht und in der Regel zum Versuch der Güte und in deren Entstehung zur rechtlichen Untersuchung ein Termin anberaumt, wobei, mindestens beim Versuch der Güte, die Sachwälde abtreten müssen (§. 28.). Bei Verfehlung der Aussöhnung erfolgt das richterliche Erkenntniß, welches nach Umständen bald auf Trennung des Eheverlöbnisses (15), bald auf Vollziehung desselben (16), bald auf Scheidung von Tisch und Bett, bald auf Ehescheidung (17), mit oder ohne Strafe des Leichtsinns (18), bald auf Fortsetzung der Ehe, des ehelichen Lebens

und

und der ehelichen Pflichten (19) gerichtet ist und wogegen die, in bürgerlichen Fällen zulässigen, Rechtsmittel, ehedem jedoch, dem gemeinen deutschen, protestantischen Kirchenrechte gemäß, so weit nicht die Landstände wider die Kirchenordnung beschwert worden, keine Appellation an die Reichsgerichte (20) Statt hatten.

(1) C. O. Tit. 3. Siggelkow Handbuch des Meckl. Kirchen- und Pastoralrechts. §. 233.
(2) K. O. Fol. 72 a. C. O. Tit. 3. K. O. Fol. 131 a Siggelkow §. 233. nicht den Untergerichten. *Mantzel J. M. ill. IV.* 46. s. jedoch §. 5.
(3) Siggelkow §. 233. (vergl. §. 7.)
(4) H. Fr. Res. v. 20 April 1779 (Schr. *I. II.* 39).
(5) H. F. V. v. 8 Aug. 1760. (LL. S. I. 124), 15. April 1773. (LL. S. I. 151) 16 May 1778 (das. 209), 20 April 1779 (Schr. *I. II.* 39), 6 Jul. 1779 (das. 40) H. F. F. V. v. 18 Jul. 1789. Siggelkow §. 234 ff. Ausnahmen: 1) der academische Senat in Rostock hat die Cognition in Verlöbniß- und Ehesachen der Academieverwandte und kann zwar Verlöbnisse, aber nicht Ehen aufheben, sondern muß in Ehescheidungsfällen die Originalacten zum Spruch zum Consistorium in Rostock einsenden H. F. F. V. v. 16 Aug. 1790. Siggelkow §. 235 u. 302. 2) das städtische Ehegericht in Rostock hat, vermöge der, der Stadt verliehenen, Consistorialrechte, Untersuchung und Erkenntniß in Verlöbniß- und Ehesachen der, der städtischen Gerichtsbarkeit unterworfenen, Einwohner und geht von dort die Appellation an das, an die Stelle des, §. 10 des Erbv. v. 1584 zur Appellationsinstanz bestimmten, Consistoriums getretene, Hof- und Landgericht. Erbv. v. 1584. §. 9 u. 10. R. G. O. v. 1586. Thl. I. Tit. 24. H. Fr. V. v. 27 Jun. 1757. (LL. S. I. 123). E. V. v. 1788. §. 65 ff. 3) die Militärgerichte im Meckl. Schw. Landesantheil hatten ehedem gar keinen Antheil an

der Matrimonial-Untersuchung (H. F. V. v. 14 März 1768 und v. 16 März 1778), allein sie haben jetzt in Sponsalien- und Ehesachen der Unterofficiere und Gemeine gleiche Cognitionsbefugnisse, wie die Unter- und namentlich Patrimonialgerichte. H. F. V. v. 10 August 1782, 3 August 1784 (Schr. *I. II.* 7.) u. v. 11 August 1787. §. 10. (das. *I. II.* 97) Siggelkow §. 236. Im Strelitzschen gehören die Ehesachen aber überall nicht vor dem Militärgericht.

(6) H. F. V. v. 16 May 1778. (*LL.* S. 2. 209.)

(7) H. Fr. V. v. 20 April 1779 (Schr. 1. 2. 39) u. v. 6 Jul. 1779 (das. 40) Siggelkow §. 233 ff.

(8) H. F. V. v. 6 Jul. 1779. Siggelkow §. 239 ff.

(9) H. J. F. V. v. 18 Jul. 1789. (Schr. 1. 2. 116)

(10) H. F. V. v. 10 Jun. 1780 (Schr. 1. 2. 47.)

(11) H. A. F. *IV.* V. 16 März 1774 u. 26 Nov. 1778.

*) „Incausis matrimonialibus *qua talibus.*" *Mantzel* Jus Matrimoniale Mecklenburgicum. Sect. 1. §. 3 u. 4.

(12) C. O. Tit. v. heiml. Verl. H. F. Regul. Consist. v. 15 April 1773. H. F. V. v. 20 April 1779. H. F. F. V. v. 8 Jul. 1789. (Schr. 1. 2. 116.) H. A. F. *IV.* V. v. 26 Nov. 1778. Siggelkow §. 11. *Mantzel* Jus matrim. Meckl. Sect. 1. §. 3 u. 4.

(13) Siggelkow §. 243.

(14) Siggelkow §. 243.

(15) Siggelkow §. 252.

(16) Siggelkow §. 252.

(17) C. O. Tit. 8. §. 1—5. In Gewissens- und solchen Fällen, deren Entscheidung noch nicht juris certi et constituti ist, findet auch wohl ein Bericht an den Landesherrn Statt. Siggelkow §. 242.

(18) Siggelkow §. 303.

(19) C. O. Tit. 8. §. 5. Der Kirchenbann ist jedoch längst außer Gebrauch.

(20) LGGEV. §. 391.

§. 124.

§. 124.

B. Desertionsproceß.

Bei der, ohne „redliche" Ursache (1) erfolgten, mithin böslichen, Abwesenheit eines Verlobten (2) oder Ehegatten findet der, mit Uebergehung der ersten Cognition, sofort bei einem Landesgericht (*) und, in Ansehung der Herzogl. Meckl. Schwerinschen Domanial-Unterthanen, bei den Landesconsistorium in Rostock (§. 4.) anzustellende, Desertions-Proceß Statt (3). Die, zu dessen Begründung erforderliche, Dauer der Abwesenheit ist dem richterlichen Ermessen überlassen (4); allein zurückgebliebene Weiber desertirter Soldaten, die binnen Jahrsfrist nicht wieder bei der Fahne sich einfinden oder wenigstens, daß sie auf erhaltenen Pardon sich wieder bei derselben einfinden wollen, dem Compagnie-Chef melden, sie mögen sonst von sich Nachricht geben oder nicht, können nach Ablauf eines, von Zeit der Desertion anzuberechnenden, Jahrs unter der, unten bemerkten, eidlichen Versicherung den Desertions-Proceß anstellen (5).

Auf die Desertionsklage und, dem Befinden nach, eidliche Erhärtung des verlassenen Theils, daß er den Aufenthalts-Ort des böslichen Verlassers nicht wisse (6), setzt das Landesgericht einen Termin zur Erscheinung und Untersuchung der Abwesenheit an, und erläßt dazu eine Edictal Ladung an den Abwesenden, um über seine Entfernung Rede und Antwort zu geben, welche, als eine peremtorische Ladung, eine Frist von neun Wochen enthalten (7) und, nach neuern Gesetzen (8), sowol durch Anschlag an die Gerichtstafel,

als im Schwerinschen durch Einrückung in das Landes-Intelligenzblatt und zwei auswärtige Zeitungen (9), im Strelitzschen aber durch Affigirung an die Kirchen-Thür des Orts, wo der Entwichene vor seiner Entweichung eingepfarrt war, oder auch auf der Diele des Stadt- oder Amtsgerichts, unter welchem er zuletzt sein Domicilium gehabt, und durch die, die Stelle der Affigirung an einem dritten Ort vertretende, Einrückung in das Landes-Intelligenzblatt (10) bekannt gemacht werden muß. Im obgedachten Fall der Desertion eines, um Pardon sich nicht meldenden, Soldaten genügt indessen das Zeugniß des Regiments-Chefs über die obbesagte Zeit der Desertion und die eidliche Erhärtung der Ehefrau, daß sie weder dem Deserteur bei dessen Entweichung die Versicherung ihm nachfolgen zu wollen, gegeben, noch von dessen zeitherigem Aufenthaltsort einige Nachricht habe, auf welches das Landesgericht ohne Edictal-Ladung sofort die Ehescheidung erkennt (11). Wenn die öffentliche Bekanntmachung der Ladung gehörig bescheinigt ist und der Impetrant erscheint (12); so wird, wenn auch der Impetrat erscheint, wie im vorigen §. gedacht, verfaren; wenn er aber ungehorsamlich ausbleibt, die Ehe, unter Gestattung der anderweitigen Ehe des verlassenen Theils und Vorbehalt der rechtlichen Ahndung gegen den Abwesenden, wenn er sich betreten lassen sollte, aufgehoben (13).

(1) C. O. Tit. 8. §. 2. woselbst gültige Abwesenheitsgründe angegeben sind.

(2) Siggelkow §. 256.

*) Ueber die Concurrenz der Landesgerichte s. §. 14 insonderheit Anm. 10.

(3) H. F. B. v. 6 Jul. 1779. Siggelkow §. 241.
(4) C. D, Tit. 8. *Joan. Henr. Sibrand* diss. II. de cades jurium singularium Mecklenburgicorum exhibens (Rost. 1716) exempl. 3. *Warnemünde* diff. jur. civil. et Meckl. Lib. 1. Tit. 8. §. 1. vergl. auch C. J. K. v. 1755. §. 34.
(5) H. F. B. v. 3 August 1784. (Schr. 2. 1. 7.)
(6) H. A. F. *IV.* B. v. 21 Nov. 1775.
(7) C. D. Tit. 8. C. J. K. §. 34 u. 35. H. F. B. v. 17 August 1774. Siggelkow §. 304. vergl. Wolff Rep. 102.
(8) Ueber die ehemalige Publicationsart ſ. *Joan. Klein* diss. de praeferentia matrimonii in concursu duorum (Rost. 1698) n. 256. *Mantzel* Jus matr. Meckl. Sect. 4. §. 4.
(9) H. F. B. v. 28 Febr. 1778. (Schr. 1. 1. 8. *I. II.* 14.) Siggelkow §. 304 ff.
(10) H. A. F. B. v. 21 Nov. 1775.
(11) H. F. B. v. 3 August 1784. H. F. F. Neue Milit. Geſetze Tit. *IX.* §. 1. Der zweite Theil dieſer eidlichen Verſicherung fällt jedoch weg, wenn der Auffenthaltsort bereits bekannt iſt. H. F. F. B. v. 6 Dec. 1784. (Schr. 1. 2. 178.) Siggelkow §. 305.
(12) C. J. K. §. 35. Siggelkow §. 305.
(13) C. D. Tit. 8. C. J. K. §. 35. *Klein* a. a. O. n. 256.

§. 125.

bb) Diffamationsproceß.

Im Diffamations-Proceß wird, nachdem der Provocant die Diffemation beſcheinigt hat, citatio ex lege diffamari erkannt und, wenn der Diffamant im erſten Termin nicht erſcheint, ſecunda und endlich tertia citatio erkannt, und demnächſt dem, auch jetzt ungehorſamlich ausbleibenden, Provocaten, unter Verurtheilung in die Koſten, ein ewiges Stillſchweigen auferlegt, bei ſei-

seinem Erscheinen aber nach Beschaffenheit der Sache weiter verfaren (1). Gegenwärtig fällt indessen der Citations-Proceß auch hier weg (§. 103.) und wird an Statt der Ladungen ein Befehl an den Diffamanten, die Diffamation binnen einer bestimmten Frist, unter dem Nachtheil der Auflegung eines ewigen Stillschweigens und der Verurtheilung in die Kosten, zu erweisen, erkannt und demnächst sub poena purificandi und sub poena certissime purificandi praeiudicii erneuert und endlich vollstreckt.

(1) H. u. LGO. II. 12. GCD. II. 13.

§. 126.

c c) Liquidationsproceß.

α. Statthaftigkeit.

Provocationen sind, wenn gleich nicht willkürlich und bloß zum Vortheil des Provocanten, doch nicht allein in den gesetzlich ausdrücklich bestimmten Fällen, sondern auch zur Sicherheit eines Dritten zulässig und üblich (1) und zwar sowol

I. im Falle der Abwesenheit bei Curatelen und Erbschaften (2), als

II. in Ansehung der Gläubiger, besonders bei Veräußerung und Verpfändung des Objects der Hypotheck (3), bei Niederlegung landesherrlich bestätigter Hypotheckenbücher (4), bei Auseinandersetzung der Erben (5), bei Vergleichs-Unterhandlungen (6), bei andern Verfü-

fügungen unter Lebenden (7), und bei Mortificationen.

(1) M. R. S. I. 174. v. Tettelbladt Archiv II. 350.

(2) *I.* M. Schw. H. F. V. v. 8 März 1774. (N. S. II. 263) 13 Oct. 1777. (Schr. I. II. 12) u. v. 4 May 1778. (daſ.) H. F. F. V. v. 30 Jun. 1801 (Schr. a. a. O. 197.) A. M. Str. H. A. F. V. v. 29 März 1779. Nach H. F. Rescript v. 14 Dec. 1776 (Schr. I. II. 11) soll aber in andern Erbschaftsfällen auf Instanz des einen oder andern Erben kein proclama publicum praeclusivum an alle diejenigen, die glauben zur Erbschaft sich legitimiren zu können, erlassen werden, sondern diejenigen, die sich melden, sollen ihr Erbrecht erweisen und widrigenfalls der Fall dem Fiscus angezeigt werden.

(3) LGGEV. §. 362—364. H. F. V. v. 14 April 1764 (N. S. II. 75.) M. R. S. II. 174.

(4) H. F. V. v. 6 März 1779 (Schr. I. II. 36), in diesem Fall wird aber das Proclam nicht eher, als bis der landesherrliche Consens in die Errichtung des Hypothekenbuchs vorgelegt ist, erkannt und zwar nicht sub poena praeclusionis, sondern nur unter dem Nachtheil, daß diejenigen, welche sich nicht melden, denjenigen, welche sich melden, nachstehen sollen.

(5) H. F. V. v. 11 April 1764.

(6) H. F. V. v. 11 April 1764. *Mantzel J. Baleke* diss. sistens assertiones quasdam circa provocationem creditorum ad demonstrandam sufficientiam bonorum. (Rost. 1752) 4.

(7) H. F. V. v. 11 April 1764.

§. 127.

B. Verfaren

Das Gericht erläßt auf das Convocationsgesuch

Gesuch eine öffentliche, präclusivische und peremtorische Ladung, welche eine angemessene, wenigstens 9 Wochen (1) enthaltende, Frist, gewöhnlich einen Termin, unter Androhung eines, dem Zweck der Convocation gemäßen, Nachtheils, bestimmt (eine besondre Ladung an die, zu den Acten bereits bekannten, Gläubiger ist gegen den Gerichts-Gebrauch) und nicht allein durch öffentlichen Anschlag an die Gerichtstafel und durch das Landes-Intelligenzblatt (2), sondern außerdem auch durch Einrückung in zwei andre öffentliche Blätter (*) bekannt gemacht wird. Die, von der Ladung ergriffenen, Provocaten müssen im Termin ihre Forderungen mündlich oder schriftlich specifice liquidiren (3), von welcher Verbindlichkeit selbst die öffentlichen, weltlichen und geistlichen Steuern und Abgaben nicht ausgenommen sind (4). Nach, vom Provocanten bescheinigter, öffentlichen Bekanntmachung der Ladung wird auf das Termins-Protocoll und die Liquidationen der Präclusiv-Abschied publicirt (5) und nachher gewöhnlich in das Landes-Intelligenzblatt eingerückt, zur Anhörung desselben aber kein Provocat, sondern nur der Provocant — und auch dieser nur mündlich — vorgeladen. Der Präclusiv-Abschied, durch welchen der ladungsmäßige Nachtheil vollstreckt wird (6), tritt, als Contumacial-Erkenntniß, durch die Publication selbst, in Ansehung der ungehorsamlich ausgebliebenen, nicht aber der erschienenen, Provocaten, in Rechtskraft, obgleich gegen ihn die Restitution, als prätorische Rechtswohlthat, zulässig ist (7). Außer dem Concursfalle muß der Provocant, wenn seine Vermögens-Sufficienz gewiß oder höchstwahrscheinlich ist, den Liquidanten, deren angemeldete

For-

Forderungen dem Inhalt und der Absicht der Ladung gemäß sind, die Kosten der, zu seinem Nutzen gereichenden, Liquidation an Gerichts- und Advocatur-Gebühren erstatten und zu dieser Erstattung durch den Präclusiv-Abschied sub poena paratissimae executionis angewiesen und demnächst wider ihn auf erste Ungehorsams-Beschuldigung die Execution erkannt und auch auf die weitern Kosten gerichtet werden (8).

(1) §. 124. Anm. 7. mit Berücksichtigung der Zeit der Bekanntmachung wird aber gewöhnlich eine Frist von 13 Wochen genommen.

(2) Worin aber die untergerichtlichen Proclame nur auszugsweise eingerückt werden sollen. H. K. V. v. 5 Oct. 1767. (Spalding 410.)

*) Die wegen Verkauf der Concursgüter erlassenen V. V. v. 1776 u. 1777 nennen dieß „gewöhnlichermaßen" (§. 153).

(3) Die schriftlichen Liquidationen müssen aber vor oder in dem Termin übergeben werden. Schw. G. B. v. 30 Jun. 1797. (Schr. I. II. 162). Wo dieser G. B. nicht gilt, sind sie noch vor der Publication des Präclusivabschiedes zulässig.

(4) LGGEV. §. 362—364. H. K. K. Circularv. an die Superintendenten v. 29 Jul. 1805.

(5) Bei der Schw. J. C. noch im Liquidationstermin selbst. Schw. G. B. v. 30 Jun. 1797.

(6) Die Contributionen und Anlagen pro praeterito werden aber nicht präcludirt. LGGEV. §. 364.

(7) M. R. S. II. n. 152. (s. §. 42. Anm. 13.)

(8) H. K. V. v. 11 April 1764. (M. S. II. 75) auch wegen der Landkastenrückstände. Wolff Rep. 525. Die Gebühren sind bei der 1) mündlichen Liquidation a. für den Protonotar für jeden zu Protocoll liquidirten, Hauptposten 24 βl. M. R. (M. R. S. I. 243) und b. für den Anwald von jeder Parthei, für welche er liquidirt, ohne Unterschied, ob er einen oder mehrere Posten liquidirt, die Terminsgebühren von 2 thl. Gold (M. R. S. I. 27.)

27.) 2) schriftlichen Liquidation die gewöhnlichen Advocatur- und Procuraturgebühren (§. 29. 15).

Vierter Titel.

Mandatsproceß.

§. 128.

a. überhaupt.

Der Mandats-Proceß hat auch in Mecklenburg Statt (1) und theilt sich auch hier in den unclausulirten und clausulirten.

(1) H. u. LGO. II. 9. §. 5. 12. §. 7. GEO. II. 8. §. 4. 10. §. 8. 11. §. 4 u. 5. Fälle z. B. H. u. LGO. II. 41. §. 4. GEO. II. 42. §. 4. II. 4. §. 1.

§. 129.

b. insonderheit.

aa) unclausulirter Mandatsproceß.

Der unclausulirte Mandats-Proceß ist indessen von der Mecklenburgischen Gesetzgebung im Allgemeinen so wenig begünstigt (§. 27.), daß nicht allein überhaupt bestimmt ist, daß „im Anfang des Processes kein Pönal-Mandat ohne „Justificatori-Clausel ergehen soll" (1), sondern dasselbe auch in mehreren einzelnen Fällen unter-

sagt

sagt worden (2). Allein diese Vorschriften sind nicht so buchstäblich zu verstehen, daß diese Proceß-Art in Mecklenburg überhaupt nicht angenommen werden könne, vielmehr ist sie auch bei uns nicht allein in Folge angedroheter und purificirter Präjudicien oder der voraufgegangenen Untersuchung im Fortgang des Processes (3), sondern auch bei bescheinigten, ganz unerlaubten Thathandlungen und Umständen (4) in den, im gemeinen Recht bestimmten, Fällen (5) zulässig, obgleich sie die Clausel, falls es sich angebrachtermaßen verhält, stillschweigend enthält (6). Das Verfaren ist ganz gemeinrechtlich (7); es finden Geld- und andre angemessene Strafen und beschränkte Fristen Statt.

(1) Reverf. v. 1572. Art. 3. LGGEV. §. 328. H. A. F. IV. Resolutiones an die Starg. Städte v. 1 Jul. 1754. ad n. 28. C. J. R. §. 17 u. 19.

(2) Nicht in Schuldsachen M. R. S. 1. 29, nicht an die Untergerichte H. u. LGO. II. 3. §. 2. G. C. O. II. 3. §. 2. Beiträge III. S. 23, nicht an die Gutsbesitzer auf Klagen der Bauern LGGEV. §. 328; nicht an die Magistrate. H. A. F. IV. Ref. an die Stargardischen Städte v. 1754. ad. 28.

(3) Reverf. v. 1572. Art. 3 „im Anfang."

(4) LGGEV. §. 328. Z. B. bei Attentaten GCO. II. 38. §. 3, bei überflüssiger und unmäßiger Pfändung. *Tornow* de Feudis Meckl. II. 170. vergl. überhaupt *Tornow* I. 340 ff.

(5) C. J. R. §. 19. „die clausula justificatoria: „seine rechtsbeständige Verwiederungsursachen binnen — — einzureichen: soll nur allein in den „aus der Kaiserl. Cammergerichtsordnung P. II. „Tit. 23. bekannten, vier Fällen ausgelassen werden." H. A. F. IV. Ref. an die Starg. Städte v. 1755. ad 28. „außer den bekannten Fällen keine Mandata S. C. erkannt werden," auch die

Contravention gegen den LGGEV. begründet diese Proceßart. LGHEV. §. 526.

(6) H. F. F. Rescript v. 2 August 1790 (Schr. I. II. 73.) Nach C. J. K. v. 1755. §. 19. soll die Clausel; si preces veritate nituntur oder si ita est" niemals ausgelassen werden.

(7) *Tornow* a. a. O. II. 168 ff. ob unbeschworne Zeugnisse zulässig? darüber ist Gerichtsgebrauch und Meinung der Schriftsteller nicht einig. *Cothmann* Resp. Vol. I. cons. 20. n. 26. bejahet, *Tornow* P. I. S. 842 verneinet diese Frage.

§. 130.

bb) clausulirter Mandatsproceß.

Der clausulirte Mandatsproceß ist leichter zulässig (1) und ganz gemeinrechtlich.

(1) H. u. LGO. II. 3. §. 2. GCO. II 3. §. 1. LGGEV. §. 328. C. J. K. §. 18. (§. 129.)

Fünfter Titel.

Executiv-Proceß.

Ernesti Joan. Fried. Mantzel (*f. Fried. Carol. Ackermann* diss. de processu executivo maxime quoad delationem juramenti litis decisorii jure praesertim Meeklenburgico (Rost. 1749) 4.

§. 131.

a) Natur und Statthaftigkeit.

Der Executiv-Proceß ist derjenige summarischer (§. 40. Anmk. 18.) Proceß, in welchem

aus

aus einem guarentigiirten Instrument sofort ohne weitern Beweis und Gegenbeweis executivisch verfaren wird (2) oder eine Gattung des clausulirten Mandats-Processes, welcher auf Erfüllung persönlicher Verbindlichkeiten dann, wenn schon in der Klage über alle, den Klagegrund bildende, Umstände der summarische Beweis beigebracht, der Klagegrund mithin bescheinigt worden ist, Statt hat. Da in Mecklenburg weder Wechselrecht, noch Wechselproceß gilt (3); so ist, seit der ersten Ausbildung unsrer Proceß-Verfassung der Executiv-Proceß in, auf klarer Hand und Siegel beruhenden, Schuldsachen der gewöhnliche Proceß.

Er setzt aber als wesentliche Bedingungen voraus

I. eine klare und richtige d. h. im Klagegrund auf des Beklagten reiner Hand und Siegel oder auf rechtskräftiger Entscheidung oder auf einem Vergleich oder Vertrag beruhende, aus diesen Instrumenten als anerkannt oder unläugbar hervorgehende, scheinbare, liquide oder sonst richtige, helle, durch des Beklagten Hand und Siegel bescheinigte, Sache (4).

II. die, entweder durch das Original oder eine beglaubte Abschrift (5) dieses Instruments gleich bei der Klage (6) beigebrachte, Bescheinigung des Klagegrunds (7).

Bei dem Mangel des einen oder des andern dieser Erfordernisse in Ansehung der ganzen Schuld oder eines Theils derselben findet insoweit nicht der Executiv-, sondern, nach Bewandniß, der präparatorische Erklärungs- (§. 121.) oder der Vernehmlassungs- (§. 119.) Proceß, der Executiv-Proceß aber nur in Ansehung des liquiden Theils Statt, während der illiquide Theil entwe-

der in eine der ersten Proceßgattungen oder zu besondern Anträgen verwiesen wird.

(1) Schon die Canzlei-Ordnung v. 1573 (Beitr. V. S. 337.) schreibt Tit. von Vorbescheiden §. sie sollen auch ꝛc. vor: „die Sachen, welche richtig „seyen und in continenti mit Prieffen und Sie„geln oder Part-Bekenntnus kann dargethan und „bewiesen werden, sollen nicht lange aufgehalten „oder weite Tage deshalb angesetzt sondern sollen „alsbaldt in causis liquidis pillige und rechtmäs„sige Urteil sprechen und alsbald Executoriales „darauf decerniren." Noch deutlicher verordnet der H. u. LGGB. v. 20 Jan. 1579. „In Schuld„forderungen, so auf öffentlicher Handschrift, „Schuldverschreibung, beglaubten oder berechneten „unstreitigen Schuld-Registern beruhenden Schuld„und Bürgschaften sollen Klägern Mandata cum „clausulis solitis solvendi et ad proximam pari„tionem docendi aut dicendi causas cur non „mitgetheilt werden." Der Executiv-Proceß ist demnächst bestätigt in GCO. v. 1612 §. 6 u. 7. Ex. Ord. v. 1619. H. A. F. u. H. A. V. v. 27 Januar 1619 (LL. S. II. 21.) u. v. 27 Jan. 1637. (das. 53.) H. u. LGO. II. 4. §. 6, Sch. C. O. §. 19. GCO. II. 4. §. 6. LGGEV. §. 384. n. 10. *Woldenberg* exercit. ad Coleri process. execut. P. I. c. 10. n. 335. *Tornow* de Feud. Meckl. P. I. Sect. 5. §. 5. P. II. S. 342. *Mantzel* de processu execut. §. 1 u. 2. M. R. S. I. n. 29 u. 64.

(2) *Mantzel* de processu execut. §. 1.

(3) M. R. S. II. n. 98. v. Nettelbladt Archiv 1. S. 220. Der Ausdruck Wechsel kommt zwar hin und wieder in den Gesetzen vor, z. B. LGGEV. §. 384. n. 10, allein daraus folgt noch nicht das Wechselrecht. Nach Sel. jurid. rost. sp. 12. qu. 2. und Jus Meckl. ill. Cent. V. jud. 4. soll in Mecklenburg zwar der Wechselproceß Statt haben, allein es ist eine offenbare Verwechselung mit dem Executiv-Proceß. Auch in Rostock gilt kein Wechselrecht. R. St. R. Thl. III. Tit. 1. §. 9. und Jus Meckl. ill. a. a. O.

(4)

(4) H. u. LGO. I. 4. §. 5. GCO. I. 4. §. 4. Schw. C. O. §. 19. LGGEV. §. 384. n. 10. *Mantzel* diss. de processu execut. §. 1. u. diss. de instrumento originali loco cautionis deponendo. Sect. II. §. 9. *Tornow* de feud. Meckl. P. I. S. 606. „requiritur instrumentum guarentigiatum i. e. quod certum, purum ac indubitum continet debitum, ita ut facta recognitione judicis haud sint aliae partes, quam ut reum condemnaret.“ Ein Privat-Instrument begründet diesen Proceß so gut wie ein öffentliches. *Warnemünde* differentiae jur. civil. et Meckl. Sect. II. Tit. 9. §. 3. Hand und Siegel erfordert *Mantzel* de instrum. originali §. 10. copulative, welches aber nur mit Einschränkung anzunehmen sein dürfte.

(5) H. u. LGGB. v. 20 Jan. 1579.

(6) „Alsbald“ H. u. LGO. II. 4. §. 5. GCO. II. 4. §. 4. „in continenti“ Canzlei-Ordnung v. 1573. a. a. O. über den Ausdruck: „in continenti“ s. *Engau* Dec. et resp. P. 1. dec. 394.

(7) H. u. LGO. I. 4. §. 5. GCO. 14. §. 4.

§. 132.

b) Verfaren im Allgemeinen.

Der Executiv-Proceß ist im allgemeinen ein summarischer und entweder der ordentliche oder der außerordentliche.

Letztrer hat ausnahmsweise (§. 41.) in denjenigen Sachen Statt, welche so bevorzügt sind, daß in denselben das ordentliche Executiv-Verfaren in Ansehung entweder der Stärke der Fristen oder der Zahl der Zahlungsbefehle verengt und entweder eine kürzere Frist oder gleich ein mandatum sub poena paratissimae executionis theils mit, theils ohne Verwarnung Statt hat (1).

Der, uns hier nur beschäftigende, ordentliche

che Executiv-Proceß ist ein summarischer (§. 131.), in welchem zum Verzug und Aufenthalt der Sache kein Vorbescheid angesetzt (§. 122.), sondern durch Mandate verfaren werden soll; allein er hat dennoch aus dem ordentlichen Proceß die Ordnungsfrist behalten (2) (§. 40.).

(1) Dahin gehören z. B. die Gerichts-Auslagen der Advocaten und Procuratoren (§. 29.), die Liquidations-Kosten (§. 127.), die Contributionen, öffentliche Abgaben (§ 32. u. H. u. LGO. 1. 14. §. 3. GEO. 1. 12. §. 4.), uralte Pächte, Beeden, Allodial-Recognitionen der Güther und sonstige unstreitige, jährliche Erlegnisse. H. F. V. v. 4 July 1768. (Dirmar II. 110.), die Forderungen einzelner, besonders privilegirter, Institute z. B. der schwerinschen städtischen Brandkasse. H. F. V. v. 9 Dec. 1785 u. v. 12 August 1790. (Schr. I. II. 83 u. 123.), der stargardschen Brandkasse (Meckl. Str. Repertorium S. 43), ja nach dem C. J. K. §. 17 alle geringen Sachen. Ueber die Gültigkeit eines conventionellen, außerordentlichen Executiv-Processes s. §. 35.

(2) H. u. LGO. II. 38. §. 1. GEO. v. 1612. §. 6. GEO. II. 39. §. 1. Schw. C. O. §. 19. *Casp. Math. Müller s. Gutzmer* diss. de adjudicatione §. 10. *Mantzel* de processu executivo §. 3.

*) Ueber das ältere Verfaren s. P. O. Tit. v. Gerichten §. 1.

§. 133.

c) Proceß.

α) Mandat.

Nach der ältern Praxis ward auf die Klage entweder ein clausulirtes Mandat erkannt oder ein Termin zur Recognition oder eidlichen Ableug-

leugnung des Schuld-Instruments anberaumt (1) und im letztern Fall der Citations-Proceß eben so summarisch, als im ersten der Mandats-Proceß, behandelt und die Sache im Termin bis zur Erkennung eines unbedingten, die Strafe der Execution androhenden, Zalungsbefehls verhandelt (2). Allein die spätere Praxis (3) hat diesen Citations-Proceß so allgemein verlassen, daß, besondre Fälle abgerechnet, selbst wenn Kläger darauf anträgt, kein Termin anberaumt, sondern ein Befehl, binnen drei Wochen den Kläger wegen der eingeklagten Schuld klaglos zu stellen oder rechtsbeständige Einreden (Verwiederungs-Ursachen) vorzutragen, erkannt wird (4) (§. 131.).

(1) H. u. LGO. II. 4. §. 6. 12. §. 5. GCO. II. 4. §. 5. *Mantzel* diss. de processu execut. §. 3.
(2) *Mantzel* a. a. O. §. 3.
(3) Obgleich z. B. die Landes-Constitutionen wegen Beweiskraft der Handlungsbücher §. 5. (§. 82.) das Gegentheil annehmen.
(4) H. u. LGO. I. 4. §. 6. GCO. I. 4. §. 6. Sch. C. O. §. 19. GCO. v. 1612 §. 6. C. J. R. §. 17. *Mantzel* de processu execut. 3.

§. 134.

β) Einreden.

Gegen klare Hand und Siegel sind zwar, bei Strafe des Verlustes der einjährigen Zinsen des eingeklagten Capitals, keine „Disputationen (1)," allein allerdings Einreden zulässig, welche jedoch

1) in continenti aus den Acten und schriftlichen Urkunden liquid sein müssen (2), indem in dieser Proceßgattung nur sofort liquide Einre-

reden zulässig, die illiquiden aber zur besondern Ausführung zu verweisen sind und die Bezalung der illiquiden Forderung nicht aufhalten dürfen (3), obgleich im letztren Fall der ausländische, mit unbeweglichen Gütern im Lande nicht angesessene, Kläger vor weitrem Anruf auf die, ihm zuerkannte, Summe bei dem Gericht Caution, für welche auch die Obligation haften kann (§. 100.), bestellen muß (4).

2) und vor Erkennung der Execution beigebracht werden müssen, indem der Beklagte damit in diesem Proceß nachher nur dann zu hören ist (5), wenn die Einrede entweder liquide ist und er eidlich erhärtet, daß er sie nicht früher wußte (6), oder sie erst nachher entstand.

Die Einreden werden, wie im ordentlichen Proceß (§. 50.), dem Kläger abschriftlich mitgetheilt und auf dessen Replick, falls sie keine eigentliche Replick ist, ohne Zulassung der Duplick (7), Acten-Rotulation und förmliches Urtel über die Zulässigkeit der Einreden in diesem Executiv-Proceß durch ein bloßes Decret entschieden. Werden hierbei die Einreden

I. für liquide und in diesem Proceß zulässig erkannt; so wird die Sache durch ein mandatum de duplicando (§. 57.) zum ordentlichen Proceß eingeleitet und demselben gemäß (§. 58. ff.) weiter verfaren.

II. illiquide befunden; so wird Beklagter mit denselben zu der, bei demselben Gericht anzustellenden (8), besondern Ausführung (ad separatum) ver- und zur Gelebung des Zalungsbefehls (§. 133.) unter dem, nach Lage des Processes eintretenden, Nachtheil angewiesen (9); dabei aber nach Bewand-

niß

niß (s. Anm. 4.) dem Kläger aufgegeben, vor weiterm Anruf pro separato Caution zu bestellen.

Gegen dieses Erkenntniß finden zwar Rechtsmittel, allein nicht zum Suspensiv-Effect (§. 138.) Statt.

(1) GCO. I. 5. §. 22. auch kein juramentum calumniae (§. 101).

(2) H. u. LGO. II. 4. §. 5 u. 6. 6. 15. §. 2. GCO. II. 4. 6. 15. §. 2. H. A. F. u. H. A. V. v. 27 Jan. 1619 (Z. S. II. 21.) („in continenti ex actis und brieflichen Urkunden zu bescheinigen") n. v. 10 April 1634. (Z. S. II. 53.) *Mantzel* de processu execut. §. 4. Ob die Eidesdelation ein hier zulässiges Beweismittel sei? s. §. 71. Anmerk. 2.

(3) H. u. LGO. II. 4. §. 7. GCO. II. 4. §. 7. Die eben angeführten V. V. v. 1619 u. 1634.

(4) LGGEV. §. 384. n. 10. Schon nach der ältern Praxis. M. R. S. I. 64.

(5) H. u. LGO. II. 4 §. 7. GCO. II. 4. §. 7.

(6) H. u. LGO. II. 4. §. 7. GCO. II. 4. §. 7. Die V. V. v. 1619 u. 1634.

(7) Dieß ward schon 1613 beobachtet. M. R. S. I. 64.

(8) LGGEV. §. 384. n. 10. v. Nettelbladt Archiv I. 204.

(9) V. V. v. 1619 u. 1634. H. u. LGO. II. 4. §. 7. GCO. II. 4. §. 7. *Mantzel* de processu executivo §. 4 u. 23. v. Quistorp Beiträge S. 52.

§. 135.

γ) Mandatum sub poena executionis.

Wenn der Beklagte keine Einreden vorbringt; so wird auf des Klägers Ungehorsams-Beschuldigung und Bescheinigung der Insinuation des ersten Befehls (1), letztrer sub poena executionis

nis erneuert (2). Nach ältrem Gerichtsgebrauch ward gleich die Execution (3) und nur im Fall vorgeschützter, aber verworfener, Einreden noch ein mandatum sub poena executionis erkannt (4); aber derzeit ging die Frist von einem Gerichtstage zum andern (§. 131. 3.) Allein bei der Permanenz der Landesgerichte monificirte sich auch dieß Verfaren dahin, daß vor der Executions-Verhängung der erste Befehl in forma arctiori (5) oder sub poena executionis erneuert, mithin ein zweiter Zalungsbefehl erlassen ward. Derselbe beruhet daher, wie Mantzel richtig bemerkt (6), auf „inveterata observantia“ und ist gegenwärtig so wesentlich, daß die Verweigerung der drei Zalungsbefehle eine gegründete Beschwerde veranlassen würde (7). Dieser zweite Zalungsbefehl enthält die Erneuerung des ersten, dessen ganzem Umfange nach, mithin stillschweigend in Ansehung der Einreden die, im ordentlichen Erklärungs-Proceß übliche, poena praeclusionis (§. 104.); die Schwerinischen Landesgerichte fügen in Ansehung der Kosten-Erstattung die Clausel: moderatione respective salva hinzu und erstrecken ihn zuweilen ausdrücklich auf die weitern Kosten, obgleich sie auch ohnedem stillschweigend darunter begriffen sind.

(1) H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. Schw. C. O. §. 19. GCO. v. 1617 §. 6.
(2) C. J. R. §. 17. *Mantzel* de processu execut. §. 3.
(3) GCO. v. 1612. §. 6. H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. (§. 131. Anmk. 1.)
(4) M. R. S. I. 64.
(5) Schw. C. O. §. 19. GCO. II. 39. §. 1.
(6) in diss, de processu execut. §. 3.

(7)

(7) S. das Hof- und Landgericht in den M. R. S. I. n. 29.

§. 136.

♪) Mandatum sub poena paratissimae executionis.

Ein, jetzt allgemeiner, wahrscheinlich die ehemalige drei- bis viermonatliche Gerichtsfrist berücksichtigender, nachher gesetzlich bestätigter, Gerichts-Gebrauch hat den dritten Zalungsbefehl, durch welchen der erste sub poena paratissimae executionis erneuert wird, eingeführt (1), in Ansehung dessen die Grundsätze des vorigen §. eintreten.

Ein vierter Mandat wird nur aus ganz besondern Gründen, allein alsdann entweder ohne alle oder nur mit achttägiger Verwarnungsfrist (§. 89.) erkannt.

(1) *Manzel* diss. de processu execut. §. 3. M. R. S. I. n. 29. Schon die Schw. C. O. §. 19. schreibt dieß dritte Mandat vor. auch die B. v. v. 1655. (M. S. II. 101.) und das C. J. R. §. 17. wenigstens in größern Sachen. Dieß Mandat ward nach dem ältern Gerichtsgebrauch das Mandatum in superfluum auch Mandatum ex abundanti genannt.

§. 137.

♪) Executoriales.

Wenn auch dem dritten Befehl nicht gelebt ist; so wird, ohne die Rechtskraft desselben abzuwarten, nach Ablauf der, darin gesetzten, Frist (1), ohne Unterschied zwischen Personal- oder Real-Klage (2), die Execution erkannt (3) und vollstreckt (§. 88. f. f.). Dem Gesuch um Erkennung

der

der Execution ist ein vollständiges Verzeichniß der Kosten beizufügen (§. 86.).

(1) H. u. L. G. O. II. 38. §. 1. G. C. O. II. 39. §. 1. *Mantzel* de processu execut. S. 18.
(2) *Mantzel* a. a. O. S. 17.
(3) *Mantzel* a. a. O. §. 3 u. 7. f. Anmk. 1. u. §. 88 f. f.

§. 138.

f) Rechtsmittel.

Gegen die Erkenntnisse im Executiv-Proceße findet die Appellation überall nicht (§. 166.) und zwar die Restitution, aber nicht zum Suspensiv-Effect (§. 176.), Statt (1).

(1) Beiträge VI. Abh. XXV. §. 5. M. R. S. I. n. 17. In erstgedachter Schrift habe ich aus einer zu weit ausgedehnten Parification der Appellation und Restitution zwar die Unzulässigkeit der letztern überhaupt behauptet, allein das Erkenntniß im Executiv-Proceß ist von der, auf ein rechtskräftiges Urtel sich beziehenden, Executions-Verfügung zu verschieden, als daß der Schluß von dieser auf jenes zulässig sein kann, auch ist die Parification zwischen der Appellation und Restitution nicht auf einen, nur auf erstre gesetzlich beschränkten, Fall auszudehnen (§. 176.).

Sechster Titel.

Possessorischer Proceß.

§. 139.

a. Gattungen.

Der Possessorische Proceß (§. 37) ist in Rücksicht auf 1) den Zweck entweder adipiscendae (1), retinendae vel recuperandae possessionis, 2) das Verfaren entweder possessorum momentaneum s. summariissimum oder summarium oder ordinarium (2), von welchen dieses jene absorbirt (3).

(1) Z. B. LGGEB. §. 385. n. 5.

(2) GCO. II. 4. §. 3. LGGEB. §. 385. n. 1. Der Proceß wegen Restitution der, auch in Mecklenburg unerlaubten (§. u. LGO. II. 39. §. 1. GCP. II. 40. §. 1.), Spolien ist summariissimum. §. u. LGO., GCO. und LGGEV. a. a. O. (§. 129.)

(3) GCO. II. 4. §. 3.

§. 140.

b. Verfaren.

Im possessorischen Proceß findet ein höchst summarisches Verfaren und, nach Bewandniß der Sache, Inhibition, Sequestration (1), ja selbst ein unclausulirtes Mandat (§. 139) Statt (2) und soll insonderheit im possessorio momentaneo, nach eingebrachtem summarischen Beweise

ohne

ohne beider Theile Handlung von Amtswegen die Sache für beschlossen angenommen und erkannt werden (3).

(1) H. u. LGO. II. 40. GCO. II. 41. LGGEV. §. 385. n. 5.
(2) GCO. *II.* 8. §. 4. LGGEV. §. 385. n. 5.
(3) H. u. LGO. v. 30 Januar 1592 u. v. 25 Januar 1609 (S. 81).

§. 141.

c. Rechtsmittel.

Gegen die, über ein Spolium oder die momentanea possessio, mithin in possessorio summariissimo, oder wegen gefährlicher Weiterungen oder periculum armorum ergangene, Urteln findet zum Suspensiveffect weder die Appellation (1), noch die Restitution (2) Statt.

(1) H. u. LGGB. v. 30 Januar 1592 und v. 26 Januar 1609. (nach diesen Gesetzen hatte die Appellation zu keinem Effect Statt.) LGGEV. §. 385. n. 1. 5 u. 6. *Carmon* diss. de remed. suspensivis in Megapoli consuetis. Sect. gen. §. 9. Beiträge *VI.* Abh. XXV. S. 138. M. R. S. *I.* 17. *II.* 125. *Joach. Jungclaſs* decisio s. juris conclusio de illustri quaestione: utrum a puncto spolii attentati appellare liceat? contra Senatum et Synd. Gustroviensem (Rost. 1609) 4. (vergl. §. 167.)
(2) Beiträge *VI.* Abh. XXV. §. 7. M. R. S. a. a. O.

Sie

Siebenter Titel.

Arrestproceß.

§. 142.

a. Statthaftigkeit eines Arrests.

Die ehemalige Leichtigkeit der Arrestanlegung (1) ist durch spätere Gesetze dahin beschränkt, daß

I. der Arrest nicht eigenmächtig, sondern nur gerichtlich (2)

II. und nur aus hinreichenden Gründen erkannt werden soll und zwar

A. gegen einen einheimischen Impetraten wegen

1) einer liquiden, bescheinigten Schuld (3).

2) Gefahr, daß ohne Arrest die Verfolgung des Anspruchs vereitelt oder wenigstens sehr erschwert werden werde, dadurch

a. daß der Schuldner wegfertig oder flüchtig werden oder unter eine andre Gerichtsbarkeit ziehen wollte, ohne an liegenden oder sonst gewissen Gütern so viel, als zur Befriedigung des Klägers erforderlich ist, zurückzulassen.

b. daß die Erbschaft oder andre fahrende Habe, welche die Sache betrifft, vermuthlich

von

von dem Inhaber verrückt oder veräußert werden dürfte, oder

c. daß der Zinsmann (Miether, Pächter) abziehen will, ohne den verfessenen Zins vom Hause, Hofe, Acker, Wiese oder andern Gütern zu entrichten (4).

B. gegen einen Ausländer, wenn

1) derselbe, ohne in den Herzogl. Landen gesessen zu sein, mit einem Landeseinwohner in einem einheimischen Gericht, (im Lande), contrahirt oder bei einem Handwerker etwas hat machen lassen, dasselbe aber nicht bezahlt;

2) ein Einheimischer wegen einer, an den Impetraten habenden, Forderung von dessen Gericht auf sein gebührendes Ansuchen keine Justiz erhält;

3) ein Fremder in den Herzogl. Landen Geld zu fordern hat und dasselbe ihm auch zuerkannt ist, andre Einländer aber an ihn eine helle, klare und unläugbare Schuldforderung haben und

4) jemand sich weigert, die schuldige Zeche zu bezahlen (5).

Allein auch außer diesen Gründen ist der Arrest auch in andern gemeinrechtlich begründeten, Fällen zulässig (6).

III. Vom Arrest sind aber, außer den mit liegenden Gründen im Lande angesessenen (*), befreit:

1) die Unterthanen und Hintersassen der Ritterschaft und übrigen Landbegüterten und deren Güter wegen der, an Herzogl. Domanialunterthanen oder städtische Einwohner schuldigen, Forderungen, falls sie nicht der Flucht außer Landes verdächtig oder auf derselben schon begriffen sind, mithin außer dem Fall, in welchem die H. u. LGO. II. 39 die Arreste ausdrücklich gestattet (7).

2) die Besoldungen und Gnadengelder der Herzoglichen Bedienten, unter der Modification

a. im Schwerinschen, daß sie doch in subsidium in Ermangelung aller Mobilien und Haabseligkeiten, allein auch dann nur in der Maasse haften, daß den Bedienten der standesmäßige und nothdürftige Unterhalt bleibt (8) und

b. im Strelitzschen, daß der zehnte Theil (9) mit Arrest belegt werden kann.

3) die, von Ritter- und Landschaft oder von einem Stand allein bewilligten, Besoldungen und Beneficien (10).

4) die Entschädigungsgelder der städtischen Brandassecurations-Gesellschaft (11) und der Brandversicherungsgesellschaft für das platte Land der Herzogthümer M. Schwerin und Güstrow (12).

5) die Rostockschen Bürger (13)

6) einzelne Institute (14).

(1) P. O. Tit. v. Gerichten §. 1.
(2) H. u. LGO. v. 1558 u. v. 1568. Tit. v. Arrest §. 8 u. 10. H. u. LGO. 2. 39. §. 1. GCO. 2. 40. §. 8 u. 10.
(3) P. O. a. a. O. §. 2. H. u. LGO. a. a. O. §. 1. GCO a a. O. §. 1.
(4) H. u. LGO. und GCO. a. a. O. §. 1. HGO. v. 1558. u. 1568 a. a. O. §. 3 ff.
(5) P. O. a. a. O. §. 1. H. u. LGO. und GCG. a. a. O.
(6) H. u. LGO. und GCO. a. a. O. §. 2. z. B. vermöge der Retorsion. Beiträge *V.* S. 89 u. 94.
*) H. u. LGO. und GCO. a. a. O. namentlich nicht in fiscalischen Sachen *Resol. ad gr.* sp. güstrov. 9. LGGEV. §. 422.
(LGGEV. §. 414. *Mevii* decis. VII. 328. *Tornow* I. 626. II. 230. *Mantzel* Pandectae jur. Meckl. spec. II. §. 21.
(8) H. F. V. v. 18 May 1757. (N. S. II. 228) H. F. F. V. v. 25 Dec. 1797. (Schr. II. II. 150)
(9) H. A. F. *IV.* V. v. 21 März 1777, 16 Dec. 1778. u. H. C. V. v. 19 August 1795, 22 Dec. 1804 u. 24 April 1810. (nach letztrer V. ist diese Arrestbefreiung auch auf Herzogl. Pensions- und Gnadengehalte erstreckt.)
(10) H. F. F. V. v. 1 Oct. 1802 u. H. C. V. v. 8 Jun. 1804.
(11) H. F. F. V. v. 30 Jul. u. 9 Dec. 1785. u. 12 August 1790. (Schr. II. II. 49. I. II. 83 u. 124.)
(12) H. F. V. v. 28 Dec. 1781. (Schr. II. II. 16).
(13) *Regul. jurisd.* v. 1748. §. 4 u. 5. H. C. L. V. v. 9 April 1745. (Ditmar II. 107.) H. F. Res. v. 15 Sept. 1781. (Schr. I. I. 53) E. V. v. 1788. §. 105.
(14) Außer der Anm. 11 u. 12. z. B. das Güstrowsche Rathswittwen-Institut. H. F. F. V. v. 9 May 1787. (Ditmar II. 93.)
*) Die landesherrlichen Fiscäle haben in Ansehung der Arrestanlegung keine Vorzüge. (§. 116. 18.)

§. 143.

b. Arrestproceß.

Der Arrestproceß ist summarisch. In der Arrestbitte muß der Impetrant die Ursache des Arrests beständiglich und förmlich vortragen und bescheinigen auch sich zugleich zur Caurion erbieten und mit derselben gefaßt erscheinen (1); von derselben sind nur die landesherrlichen Fiscäle befreit (§. 116. 20). Nach allgemeinem ehemaligen Gerichtsgebrauch ward, nach Beschaffenheit, nach vorgängiger vorläufigen Anlegung des Arrests oder mit Aussetzung derselben, ein Termin zur Untersuchung und Rechtfertigung desselben und zur Berichtigung des Cautions-Puncts anberaumt und demnächst über die Fortdauer oder Erkennung des Arrests entschieden. Allein gegenwärtig findet, wenigstens in den Meckl. Schwerinschen Landesgerichten, dieser Termin zur Arrestjustification nur aus besondren Gründen Statt und wird vielmehr auf die Arrestbitte durch ein Decret, nach Bewandniß der Sache, entweder der Arrest erkannt oder der Impetrant zur bessern Begründung desselben angewiesen, im ersten Fall aber dem Impetranten die Verfolgung des Arrests durch die Hauptklage bei Strafe der Arrestaufhebung aufgegeben.

Der Impetrat kann indessen durch genugsame cautio pro relaxando arresto die Aufhebung desselben bewürken (2).

Die Rechtsmittel gegen eine Arrestanlegung haben keine Suspensivwirkung (§. 167).

(1) H u. LGO. II. 39. §. 3. GCO. II. 49. §. 3.
(2) H. u. LGO. II. 39. §. 4. GCO. II. 40. §. 4.
*) Die Arreste bei Rostockschen Bürgern werden durch einen Befehl an den dortigen Magistrat verhängt. H. C. L. V. v. 9 April 1745. (Ditmar II. 107.) E. V. v. 1788. §. 105.
**) Bei Arresten findet das Hülfsgeld (§. 88) nicht Statt. *Mantzel* jus meckl. ill. Cent. IV. jud. 59. M. R. S. I. n. 34. §. 4.

Achter Titel.

Concursproceß.

1) *Henr. Rahne* diss. de cessione bonorum. (Rost. 1637. 4.)
2) *Petr. Tornow* de Feud. Meckl. P. I. Sect. 6. (woselbst er S. 667 vom *Brunnemann* de concursu credit. sagt: praxis nostra megapolitana exacte et per omnia convenit, qua propter patronus causarum tute haec vestigia sequi potest.")
3) *Ernst Joh. Fried. Mantzel* s. *Joan. Abrah. Duve* diss. de juribus singularibus in Megapoli circa processum concursus creditorum. Rost. 1736. (2te Auflage 1738) 4.
4) Bemerkungen über einige Gegenstände des Mecklenburgischen Concursprocesses, vom Justiz- und Consistorialrath von Nettelbladt zu Rostock. (Rostock und Schwerin 1810.) gr. 8. (enthält wahre und richtige Grundsätze und sollte von allen Richtern ernstlich beherzigt werden) vergl. auch die Hallische Allg. Lit. Zeit. 1810. n. 228.)

§. 144.

a. Concurs und beneficium dationis in solutum.

Der Concurs und das beneficium dationis

nis in solutum kommen zwar in mehrern Puncten und besonders darin überein, daß beide das Mittel zur Befriedigung der, das Activ-Vermögen übersteigenden Schulden, sind, allein beide unterscheiden sich doch in mehreren Momenten. Das beneficium dationis in solutum, besonders durch die, an Käufern leeren, Zeiten nach dem dreißigjahrigen Kriege üblicher geworden, und von der, §. 92 gedachten, Adjudication in mehr, als einer Rücksicht verschieden, obwohl selten scharf genug unterschieden, ist mit keiner Untersuchung über die Schuld und Vorsetzlichkeit des Unvermögens verbunden, läßt dem Schuldner eine Competenz, ist überhaupt für den Schuldner milderer und befriedigt die Gläubiger zwar auch nach der Priorität, allein mittelst des beneficii eligendi, und in der Regel durch Naturaladjudication der einzelnen Theile des schuldnerischen Vermögens (1). Allein bei der, nach jenem Zeitpuncte vermehrten, Leichtigkeit des Verkaufs, bei dem, dem Schuldner in der Regel zur Wohlthat der Güterabtretung zulassenden, Gerichtsgebrauch und bei der weitern Ausbildung der Concurs-Gesetzgebung und des Concursprocesses ist diese datio in solutum in neuern Zeiten als beneficium, nicht aber als Mittel eines gütlichen Arrangements, außer Gebrauch gekommen.

Hier ist nur die Rede vom förmlichen Concurse.

(1) *Tornow I.* 658 u. 662. *Mantzel* de juribus singul. §. 6 ff. Ueber die Aufhebung der dationis in solutum Wolff Rep. 54.

§. 145.

b. Natur des Concursprocesses.

Die Natur des Concursprocesses, dessen Verbesserung mit Recht schon vor einem halben Jahrhundert zum Gegenstande der Gesetzgebung bestimmt ward (1), ist in Mecklenburg im Allgemeinen die gemeinrechtliche: theils ordentlicher, theils summarischer Proceß (2), in welchem der Richter mehr, wie in den übrigen Processen, von Amtswegen zu verfaren schuldig und befugt ist (3) und der mit Sistirung der Particularprocesse verbunden ist (4). Der Unterschied zwischen dem Lehns- und Allodialconcurs fällt in Mecklenburg weg, und auch der Concurs über Lehne gehört lediglich vor den Civil-Landesgerichten.

(1) LGGEV. §. 404. Allein diese Concursordnung ist noch nicht promulgirt. Ueber die Fehler des Meckl. Concursprocesses: *Mevii* discussio levaminum inopiae creditorum (1632) cap. I. n. 169 ff. Unvorgreifliche Gedanken über die Mittel, den verfallenen Credit in Meckl. wieder herzustellen (1767 Fol.); meditatio de naevis processus concursus creditorum delendis (in Select. jurid. rost. Fasc. 7. sp. I. med. I.) Mantzel Gedanken von dem Mecklenburgischen Credit- und Debitwesen (in s. Bützowschen Ruhestunden Thl. 25. n. 9. v. Uettelbladt a. a. O. Hallische Allgem. Lit. Zeit. 1810. n. 228.

(2) LGGEV. §. 404. *Tornow* I. 662 u. 666. *Mantzel* de jur. sing. §. I u. 9.

(3) H. F. V. v. 21 May 1776. J. O. §. 20.

(4) H. F. V. v. 6 Nov. 1770. (LL. S. II. 258.)

(5) *Cothmann* Resp. Vol. 3. resp. 18. *Tornow* I. c. 3. Sect. I. §. 8. Sect. 6. §. 2. *Mantzel* de jurib. sing. §. I.

*) Die Concursgesetzgebung besteht nur aus einzelnen, wäh-

während der drei, für Mecklenburg besonders nachtheilig gewesenen, Kriege (des dreißigjährigen, des siebenjährigen und des französisch-preußischen Kriegs) oder doch nach denselben erlassenen, Gesetzen (vergl. Hallische *A. L. Z.* a. a. O.) In Concursen der, beim Herzogl. Hofe angestellten, Officiers soll nach Militärgesetzen gesprochen werden. H. F. F. V. v. 9 Januar 1788. Für die Stadt Rostock gilt die, 1779 erneuerte, Fallitenordnung v. 1750. (M. R. S. *I.* 51. *II.* 154.)

§. 146.

c. Concurseröffnung.

Der Concurs wird bei Unzulänglichkeit des Vermögens des Schuldners zur Befriedigung der Gläubiger sowohl von richterlichem Amts wegen, als auf Antrag der Gläubiger oder des Schuldners selbst (1) eröffnet (2). Allemal sollte der Richter hierbei mit äußerster Vorsicht verfahren und dazu nie anders schreiten, als nach gewissenhaft, aber vergeblich, versuchter Abwendung des Concurses durch gütliche Vereinbarung (3)! (§. 112).

(1) Dieser Antrag ist entweder rein oder eventuell H. F. V. v. 6 Nov. 1770. (M. S. *II.* 158.)

(2) *J. E. Fr. Mantzel* p. *J. Jacob Henr. Baleke* diss. sistens assertiones quasdam circa provocationem creditorum ad demonstrandam sufficientiam bonorum. (Rost. 1752) 4.

(3) Nicht bloß das Herz, sondern auch der Kopf der Richter sollte sich aneignen, was v. Nettelbladt a. a. O. Abschn. 1. hierüber spricht! *Mantzel* de juribus sing. §. 6. J. D. §. 20. c u. d. nach diesem Gesetze gelten dabei majora vota creditorum, ohne Rücksicht auf ihre besondre Vorzüge und bei Gleichheit der Forderungen der größere

Theil

Theil der Personen, und werden die Abwesenden für einwilligend angenommen.

§. 147.

d. Wirkungen der Concurseröffnung.

Mit der formellen Eröfnung des Concurses sind auch in Mecklenburg die gemeinrechtlichen Wirkungen verbunden, als:

1) Begründung eines gemeinschaftlichen Concursforums (1)
2) Gemeinsamkeit des gemeinschuldnerischen Vermögens für alle Gläubiger (2).
3) Erkennung der Sicherheitsverfügungen, nämlich Administration, Versiegelung und Bestellung eines, wenigstens interimistischen, gemeinsamen Anwalds (3).
4) Sistirung der Particularprocesse sowohl bei dem Concursgericht, als den andern Landesgerichten (4).
5) Verlust des gemeinschuldnerischen Dispositionsrechts über sein Vermögen und Ungültigkeit der, dennoch vorgenommenen, Verfügungen und Gratificationen einzelner Gläubiger (5).
6) Edictalladung (§ 150).
7) im Schwerinschen müssen die Landesgerichte den, über ein Landguth eröffneten, Concurs der Regirung anzeigen (6).

Diese Würkungen hat indessen nur der Concurs, allein nicht die Convocation der Gläubiger zu einem andern Zweck, z. B. zur Vergleichsunterhandlung (7), welche allerdings auch

ohne

ohne, selbst eventuelles, Erbieten zur Cession geschehen kann.

(1) *Tornow* I. 664. Eine Ausnahme von diesem foro communi findet in Ansehung der, Landgüther besitzenden, Rostockschen Bürger Statt, K. E. V. v. 1788. §. 116, allein nicht der, in Rostock wohnenden, unter Herzogl. Gerichtsbarkeit stehenden, Herzogl. Diener. das. §. 155. f. f. Aber dieß forum commune wird durch ein bloßes, vom Schuldner erwürktes, Proclam, wenn er sich nicht wenigstens eventualiter zur Cession erboten hat, nicht begründet. H. K. V. v. 6 Nov. 1770.

(2) J. O. §. 20 c.

(3) *Tornow* I. 664. v. Nettelbladt S. 28. f. f. 35. f. f. allein nicht bloße Proclame ohne, mindestens eventuelle, Cessions-Erbietung. H. K. V. v. 6 Nov. 1770.

(4) *Tornow* u. v. Nettelbladt a. a. O. V. v. 6 Nov 1770.

(5) H. K. V. v. 6 Nov. 1770 u. H. C. Constit. v. 1810 wegen der hypothecarischen Klage auf cedirte Papiere. v. Nettelbladt a. a. O. Das Rostocksche Stadtrecht §. 17 u. 18. enthält darüber eine bestimmte Vorschrift: Fr. Gottl. Jul. Burchard Abh. von der Ungültigkeit der rechtlichen Geschäfte, die der Gemeinschuldner innerhalb vier Wochen vor eröffnetem Koncurse zum Nachtheil seiner Gläubiger unternommen hat, nach Lübschem und Rostockschem Rechte (Rostock 1793) 4.

(6) H. K. V. v. 23 Sept. 1769. (Dirmar II. 110.)

(7) H. Kr. V. v. 6 Nov. 1770. *Tornow* I. 663.

(8) H. Kr. V. v. 6 Nov. 1770. v. Nettelbladt a. a. O.

*) Lehngüter fallen durch den Concurs aus der Familie: LGGEV. §. 457. *Mantzel* Jus Meckl. ill. Cent. II. jud. 88. u. diss. de juribus sing. §. 33. *Zur-Nedden* positiones ex vario jure variae (Rost. 1712) posit. 17. *Caroli Krüger* (praes. *Mantzel*) diss. de revocatione feudi Mecklenburgici post addictionem in concursu solenni creditoribus factam (Rost. 1750. 4.)

Ueber

Ueber die Verbindlichkeiten der Gläubiger in Ansehung des Lehnherrn. LGGEV. §. 457. f. f.

§. 148.

e. Concursbediente.

Theils zum Betrieb des Concurses, theils zur Verwaltung der Concursmasse wird bestellt:

I. Der gemeinsame Anwald (actor communis) (1), der gegenwärtig (2) auch die Stelle des Contradictor vertritt und der gemeinschaftliche Anwald aller Gläubiger zum Betrieb der Rechte und Geschäfte der Gesammtheit derselben ist (3), mithin die Rechte einzelner Gläubiger nicht wahrnehmen darf (4). Nur ein, in loco des fori concursus wohnender und bei demselben immatriculirter, Anwald wird dazu bestellt (5). Sofort nach erkanntem Concurse und selbst schon wenn der Gläubiger sich eventualiter zur Cession erklärt hat, wird vom Richter bis zum Liquidations Termin ein actor communis interimisticus und nach diesem Termin, nach Bewandniß der Sache, jedoch ohne gesetzliche Nothwendigkeit und nach verschiedener Praxis, auf Vorschlag der Gläubiger der ordentliche gemeinsame Anwald bestellt (6), ohne daß jedoch die richterliche Wahl an dem Vorschlag der Gläubiger schlechterdings gebunden wäre (*). Bei den Herzogl. Meckl. Schwerinschen Untergerichten soll er indessen wenigstens bei Concursen von keinem sonderlichen Belange, anders nicht, als wenn der punctus liquidationis oder die Herbeiholung

holung der Activmasse ganz besondere Discussionen erfordert, bestellt, sondern im übrigen vom Concurs-Gericht dem curator bonorum, wenn es nöthig, ein zuverlässiger, fleißiger Mann aus den interessirten, gelehrten Special-Gevollmächtigten und in deren Ermangelung aus den Advocaten nach Befinden zur Berathung des Güterpflegers und zur Anfertigung der gerichtlichen Anträge beigesetzt werden (7). Der G. A. muß seine Pflichten bei Vermeidung der Remotion und Erstattung der, durch deren Versäumung erwachsenen, Schäden erfüllen (8), ist bei dem Concurs-Gericht das Organ der creditorischen Gesammtheit (9) und wird nach der gewöhnlichen Advocatur-Taxe (§. 29.) remunerirt (10) (**).

II. Der curator bonorum (11), dessen Amt nie (12) mit dem des gemeinsamen Anwalds verbunden und unter keinem irgend erdenklichen Vorwande einem Advocaten, selbst dann nicht, wenn die Mehrheit der Stimmen der Gläubiger ihn vorgeschlagen oder er angesessen ist, verbunden, sondern einem der ansehnlichsten Gläubiger oder einem andern angesessenen, von den Gläubigern für sicher gehaltenen, und von ihnen, vorzüglich aus dem Mittel der Ritterschaft oder auch des bürgerlichen Standes, durch Stimmenmehrheit dazu gewählten, Mann, gegen dessen Sicherheit, Redlichkeit und Erfahrung in der Landwirthschaft mit Recht nichts auszusetzen ist, mit gänzlicher Ausschließung der Rechtsgelehrten, übertragen werden soll (13). Der gemeinsame Anwald soll aber bei Verlust

sei-

seines Amts mit dem Rechnungswesen sich nicht bemengen, sondern dasselbe dem Güterpfleger überlassen, welcher im entgegengesetzten Fall allemal selbst und vorzüglich dafür verhaftet ist (14). Er wird gleich bei der Concurserkennung und selbst bei der eventuellen Cessionserbietung, wenigstens interimistisch, bestellt (15), muß beim Hof- und Landgericht, nicht bei den übrigen Landesgerichten, Caution bestellen (16) und das Vermögen administriren, mithin die außergerichtlichen Geschäfte besorgen (17) und über seine Administration bei fiscalischer Strafe jährlich dem Concurs Gericht Rechnung (18) ablegen (19), welche mit Zuziehung des gemeinsamen Anwalds, oft auch einiger Deputirten der Gläubiger, gerichtlich aufgenommen wird (20). Er muß sein Amt bei Vermeidung der Absetzung und Schadenserstattung treulich erfüllen (21) und erhält entweder ein Honorar oder Diäten und einige Gebühren (22).

III. Zuweilen wird ein besonderer Receptor pecuniae (23) bestellt und

IV. Deputirte der Gläubiger erwählt.

V. Jeder Gläubiger muß bei Strafe entweder der officiellen Constitution oder der Gebundenheit an die Beschlüsse der Anwesenden, einen Anwald in loco bestellen, allein diese bevollmächtigten Anwälde der einzelnen Gläubiger (Specialbevollmächtigte) sollen bei den wichtigsten, mit dem zum Concurs gediehenen Guthe vorzunehmenden, Veränderungen, Verpachtungen, Berechnungen und überhaupt bei allen, entweder die Activmasse merklich min-

mindernden oder gar in Gefahr setzenden, Handlungen ohne Befragung ihrer Principalen nicht stimmen, beschließen, Renussion an der Pacht, Präsente und Schenkungen machen, sondern in allen solchen Fällen nicht anders, als mit Vorwissen und Bewilligung ihrer Gewaltgeber und auf, von denselben erhaltene, mandata specialissima zu Werke gehen oder allenfalls zu den Veränderungen, Remissionen und Erogationen nur diejenigen Gläubiger concurriren, welche dazu ihre ausdrückliche Einwilligung gegeben haben (24).

(1) S. hierüber *J. E. F. Mantzel* s. *Erm. Henr. Ciese* diss. de actoris communis officio in concursu creditorum (Rost. 1735.) 4. besonders aber v. Nettelbladt a. a. O. II. Abschn. (*A. L. Z.* 1810. n. 228.)

(2) Nicht ehedem. *Tornow* I. 656. *Mantzel* de jurib. sing. §. 10.

(3) *Mantzel* de jurib. sing. §. 10. f. f. *Tornow* a. a. O. S. 666. v. Nettelbladt S. 55. 80. f. f.

(4) H. C. L. V. v. 12 Febr. u. 24 März 1756. (N. S. II. 47 u. 48.) (nach welchen der G. A. nicht zugleich solchen Gläubigern, welche wider gesammte Mitgläubiger oder einen ansehnlichen Theil derselben noch etwas auszusetzen haben, dienen soll). H. F. V. v. 2 Jan. 1770. (Ditmar II. 75. u. v. Nettelbladt 78.) (nach welcher der G. A. die, von ihm bisher geführten, Privatprocesse einiger Gläubiger nicht fortsetzen, sondern denjenigen Anwald, welchem sie übertragen sind, dem Gericht anzeigen soll.) Str. G. B. v. 30 April 1770. *Tornow* a. a. O. S. 666. *Mantzel* de jurib. sing. §. 10.

(5) H. F. V. v. 14 April 1770. (Spald. 165.), allein nicht derjenige, der dem gemeinsamen Schuldner vorher berathen gewesen. H. F. Rescript v. 2 Januar 1770. (bei v. Nettelbladt 77.)

(6)

(6) H. F. V. v. 6 Nov. 1770. (N. S. II. 258.) v. Nettelbladt 74. f. f. Mit Unrecht legt *Mantzel* de act. com. §. 16 u. 17. die Wahl den Gläubigern bei.

*) H. F. F. Reg. Rescript v. 15 Oct. 1805. (v. Nettelbladt S. 76.) v. Nettelbladt 70. f. f.

(7) J. O. §. 20g.

(8) H. u. LGGB. v. 23 July 1782. J. O. §. 20l.

(9) Der H. u. LGGB. v. 23 July 1782 enthält eine Instruction für die Conferenzen, deren Protocoll der G. A. sofort einreichen muß und in welchem jedesmal namentlich aufgeführt werden soll, wem die gegenwärtigen Advocaten bedient sind. G. B. v. 23 July 1782. v. Nettelbladt 87.

(10) Für jede Conferenz erhält der G. A. mit Einschluß der Bewirthung 3 Rthl. Gold. H. u. LGGB. v. 23 Juny 1770. Ueber die Fassung der Rechnungen des G. A. s. H. u. LGGB. v. 15 July 1780. II. n. 13. litt. a.

**) Die Klagen über die Zudringlichkeiten einiger Advocaten zu Actoraten sind nicht neu. Wolff Rep. S. 10.

(11) S. hierüber im Allgemeinen v. Nettelbladt Abs. III.

(12) Kleine Concurse machten zuweilen eine Ausnahme, besonders wenn keine liegenden Gründe zur Masse gehörig waren *Mantzel* de jurib. sing. §. 10. Allein jetzt ist auch dieß unzulässig.

(13) H. C. L. V. v. 12 Febr. u. 24 März 1756. (N. S. II. 47 u. 48.) H. F. V. v. 1 May 1769 (Spalding 165.), 26 Juny 1773 (Spalding 166. N. S. II. 257.), 4 Nov. 1776. (N. S. II. 261.) Wolff Rep. 53. Bei den Niedergerichten ein angesessener, dem Gericht untergebener, Einwohner. J. O. §. 20g. Unter dem Vorwande, daß eine cura bonorum nicht nöthig, soll das Gut nicht ohne cura gelassen werden. H. F. V. v. 26 Juny 1776. v. Nettelbladt 96. ff. Die Gläubiger haben indessen nur den Vorschlag. v. Nettelbladt a. a. O. 96. f. f.

(14) H. u. LGGB. v. 23 July 1782. v. Nettelbladt 94. f. f.

(15) H. F. V. v. 6 Nov. 1770.

(16) v. Nettelbladt 99.

(17) *Mantzel* de jurib. sing. §. 10. v. Nettelbladt 103. f. f. Bei den Niedergerichten auch die judicialia. J. O. §§. 20 g. Der H. u. LGGB. v. 1780 enthält eine Instruction für den C. B.

(18) Ueber deren Einrichtung s. H. u. LGGB. v. 23 July 1782. v. Nettelbladt 106.

(19) H. F. V. v. 1 u. 17 May 1769, v. 3 Febr. 1770 u. v. 23 July 1782 und H. F. F. V. v. 6 März 1788. (Schr. I. II. 104.) J. O. §. 18. v. Nettelbladt 105. f. f.

(20) S. Anmk. 18 u. 19. H. F. V. v. 25 März 1775. (Ditmar II. 119.) S. auch Schr. I. II. 255.

(21) H. u. LGGB. v. 23 July 1782. J. O. §. 201.

(22) H. u. LGGB. v. 23 July 1782. v. Nettelbladt 112. z. B. für jede Conferenz 3 Rthl. (H. u. LGGB. v. 23 July 1770), das Zählgeld von $\frac{1}{2}$ P. C. für die distribuirten Gelder: Schröder Neueste Gesetzsammlung II. 55. H. F. F. Reg. Reser. v. 21 März 1810. M. A. S. II. 145. v. Nettelbladt 112.

(23) v. Nettelbladt 110. f. f.

(24) H. F. V. v. 26 Juny 1773. (Spald. 166. und v. Nettelbladt 85.) H. u. LGGB. v. 23 July 1782. v. Nettelbladt 34. Auch Kapitalien dürfen nicht ohne besondern Consens aufgenommen werden: H. F. Res. v. 15 July 1776. H. u. LGGB. v. 23 July 1782. n. 9 u. 10. v. Nettelbladt 111.

*) Ueber die Pflichten und Rechte der curatores bonorum und actores communes enthält der H. u. LGGB. v. 7 Nov. 1810 genauere Vorschriften: 1) die cur. bonor. sollen ohne vorherige Anfrage beim Gericht oder ohne Befehl desselben nur diejenigen Zalungen vornehmen, die zur Verwaltung der Masse wesentlich gehören, Auslehungen an Massen-Geldern, Auszalungen an Gläubiger auf ihre Forderungen, die Zalungen an den Gemeinen-Anwald und andere Personen für gehabtes Verdienst bedürfen, selbst beim Consense gesammter Gläubiger, das Vorwissen des Gerichts (§. 1.), sie müssen bey 5 Rthl. Strafe die Jahresrechnung vier Wochen nach dem Abschlußtermin einreichen (§. 4.); Communicationen mit den Gläubigern gehen durch den G. A. (§. 5.) 2) Dies gilt auch

von

von dem Receptor pecuniae (§. 6.). 3) Der Actor. comm. darf keine Reisen ohne gerichtlichen Consens vornehmen (§. 8.) und ist nicht Justitiar auf dem Concurs Sitz, wenn ein näher wohnender Justitiar zu haben ist (§. 9.).

§. 149.

f. Beneficium cessionis bonorum.

Dem Gemeinschuldner wird die Wohlthat der Güterabtretung entweder zugestanden oder versagt.

Muthwillige und betrügerische Schuldner und Banquerouteurs sollen nebst ihren Frauen, wenn diese die Lage der erstern beweislich mit verursacht, ohne Ansehen der Person wegen des begangenen Betrugs und der den Gläubigern und Bürgern verursachten Schäden in den Schuldthurm (1) gesetzt werden (2). Hiervon befreiet die Wohlthat der Güterabtretung, welche aber keinem Unwürdigen, sondern nur den, ohne eigenes Verschulden in Abnahme und Verfall gerathenen Schuldnern auf deren Nachsuchung, nach vorgängiger Untersuchung und Ableistung des Manifestations- und Cessions-Eides, dessen Mißbrauch ernstlich bestraft werden soll (3), zugestanden werden soll (4), vermöge dessen der Schuldner seinen Gläubigern sein gesammtes Vermögen, mit Ausnahme der, nach Beschaffenheit der Person, nothwendigen Kleidung und, wenn er ein Handwerksmann ist, des nothdürftigen Werkzeugs (5), gerichtlich abtritt (6) und von der obgedachten Strafe sich befreit.

(1)

(1) In dessen Ermangelung nach Befinden in das Zuchthaus oder anderes Gefängniß, wobei die Gläubiger mit allem Beitrag zur Alimentation übersehen werden sollen. H. J. F. V. v. 19 Sept. 1799. (Schr. I. II. 187 u. 188.)

(2) H. Ulrich V. v. 16 July 1602. (17. S. II. 41.) H. u. LGO. II. 4. §. 8. 45. §. 1. GCO. II. 46. §. 1. Revers. v. 1621. Art. XX. erneuert durch H. F. V. v. 7 Jan. 1766. (17 S. II. 43.) R. G. O. I. Tit. 28. §. 3 u. 6. *Th. Lindemann* Exercit. Justinianeae Disp. IX. §. 153. *Tornow* Cap. I. Sect. VI. §. 1. *Mantzel* de juribus sing. §. 4. et *Jus Meckl. ill.* Cent. IV. jud. 38 u. 45. auch in s. Diss. (resp. *Fried. Gust. Wendt*) diss. juris com. Meckl. et Lub. de creditore per leges et conventiones in eventum morositatis magis vel minus securo (Rost. 1753. 4.) *Christ. Walh. Stein* com: num creditores moto concursu in omnia jura et omnes obligationes debitoris succedant? (Rost. 1781.) Cap. I. §. 8. Quistorp von der Strafe der Banqueroutirer (in s. Kleinen juriſt. Schriften I. S. 177. ff. und in den Gemeinnützigen Aufsätzen zu den Rost. Nachrichten (1768.) St. III — VII.) Eschenbach über die Strafe des Banquerouts (in Archiv v. u. f. M. Jahrg. I. Bd. II. St. I. n. 4.) Der Verlust der landüblichen Besserung der Ehefrau (H u. LGO. u. GCO. a. a. O.) ist keine Strafe des Muthwillens, sondern eine natürliche Folge der Vermögenslosigkeit und hat daher nicht Statt, wenn der Concurs nach dem Tode des Mannes ausbricht (§. 154.).

(3) H. u. LGO. a. a. O. §. 7. GCO. a. a. O. §. 7.

(4) S. Anmk. 2.

(5) H. u. LGO. a. a. O. §. 7. GCO. a. a. O. §. 7. R. G. O. I. 28. §. 7. *Rahne* a. a. O. §. 92. *Mantzel* de jurib. sing. §. 1. *Stein* a. a. O. *Warnemünde* Sect. III. 14. §. 1. Dem Adel und den Eheleuten gesteht *Tornow* Cap. III. Tit. 14. §. 1. das beneficium competentiae zu, welches beiden aber *Mantzel* de jurib. sing. §. 2. mit der Praxis versagt. In gemeinrechtlichen Fällen steht dasselbe aber jedem Schuldner zu: *Mantzel* de jurib. sing. §. 2. Einige gestatten

dem Gemeinschuldner, dessen Wittwe und Kindern die nothwendigen Alimente während des Concurses: *Tornow* I. 510. *Balthasar* collatio S. 28.

(6) H. Ulr. V. v. 16 July 1602. H. u. LGO. a. a. O. §. 2, 3, 4 u. 5. GCO. a. a. O. §. 2, 3 u. 5.

*) Ueber die Lehnsgebühren bei Cessionen der Lehngüter. Wolff Rep. 55.

§. 150.

g. Concursproceß

a) bis zum Liquidations-Termin.

Die Vorschriften der ältern Landesgesetze über den Concursproceß sind sehr dürftig (1); er ist durch einzelne neuere Gesetze und Gerichtsgebrauch ausgebildet.

Mit der Concurseröffnung und deren übrigen Wirkungen (§. 147.) wird ein Termin zur Liquidation sämmtlicher Schulden anberaumt und alle Gläubiger durch ein Proclam geladen, in demselben ihre Forderungen genau anzugeben und bei geringfügigen Concursen zugleich die Originale vorzulegen (2), bei Strafe der Ausschließung von der gegenwärtigen Masse und im letztern Fall bei Strafe, daß ihre Forderung widrigenfalls für eine chirographarische angenommen werden solle (3). Dies Proclam ist eine dreimalige, in eine zusammengefaßte, Ladung und muß daher wenigstens eine dreifache Ordnungsfrist enthalten, obgleich der Gerichtsgebrauch sie mit Einrechnung der zur Bekanntmachung erforderlichen Zeit auf 13 Wochen erweitert (4) und dreimal (5) in dreier Herren Lande theils durch Anschlag an die Gerichtstafel, theils durch Einrückung in öffentliche Blät-

ter

ter von zwei oder drei verschiedenen Landen bekannt gemacht werden (6), wogegen aber an die, zu den Acten bereits bekannten, Gläubiger keine besondere Ladungen ergehen (7); der Edictalladung pflegt gemeinhin die Aufgabe, unter dem, §. 148. gedachten, Nachtheil, spätestens im Termin einen Anwald zu bestellen, angehängt zu werden (8), wobei die, zu Specialacten bisher beigebrachten, Vollmachten, zum Betrieb der Sache im Concurse nicht genügen. Auch der gemeinsame Schuldner wird oft zu diesem Termin vorgeladen (8).

(1) H. u. LGO. II. 45. §. 6. GCO. II. 46. §. 6.
(2) Bei den Herzoglichen Untergerichten im Schwerinschen soll dieß allemal geschehen. J. O. §. 20 c.
(3) H. u. LGO. u. GCO a. a. O. *Mantzel* de jurib. sing. §. 7. v. Nettelbladt S. 36. f. f.
(4) *Mantzel* de juribus sing. §. 7. (vergl. §. .)
(5) *Mantzel* de jurib. sing. §. 7.
(6) Vergl. §. 127. Eine Ausnahme findet bei geringfügigen, besonders untergerichtlichen, Concursen und wenn es bekannt ist, daß außerhalb der Gerichtsbarkeit des Concursgerichts keine Gläubiger sind, Statt. J. O. §. 20. *Mantzel* de jurib. sing. §. 7.
(7) *Mantzel* de jurib. sing. §. 8. behauptet das Gegentheil, allein die, mindestens neuere, Praxis ist allgemein gegen seine Meinung.
(8) *Mantzel* a. a. O. §. 9.

§. 151.

b) Liquidations-Termin und Präclusiv-Abschied.

Im Liquidations-Termin muß jeder Gläubiger, nach seiner Wahl (1), schriftlich (2) oder mündlich (3) zu Protocoll seine Forderungen an Kapital und Zinsen specifice angeben und das

Schuldinstrument wenigstens in beglaubter Abschrift übergeben und dem übrigen Inhalt des Proclams (§. 150.) geleben. Die Gläubiger liquidiren nicht abgesondert, allein einer nach dem andern (5) und sowohl der Gemeinschuldner, als der gemeinsame Anwald, als contradictor, erklärt sich nach Wichtigkeit des Concurses entweder im Liquidations- oder in einem, nachher besonders dazu anberaumten, Termin über die Richtigkeit eines jeden einzelnen liquidirten Postens (16). Nach beendigter Liquidation wird, nachdem durch die, dem gemeinsamen Anwald oder dem Gericht obliegende, Reproduction der Affixions- und Insertions-Documente die öffentliche Bekanntmachung des Proclams bescheinigt worden (6), der Präclusivabschied publicirt und durch denselben der ladungsmäßige Nachtheil, mithin die Präclusion derjenigen Gläubiger, die sich nicht gemeldet haben, vollstreckt (8). Diese Publication erfolgt durch Vorlesung des Präclusiv-Abschieds, der nachher gewöhnlich in das Landes-Intelligenzblatt eingerückt, allemal aber an die Gerichtstafel angeschlagen und nach den, §. 127. angeführten, Grundsätzen beurtheilt wird (9).

(1) *Mantzel* de jurib. sing. §. 9.
(2) Die schriftlichen Liquidationen werden indessen im Terminsprotocoll bemerkt. *Mantzel* a. a. O. §. 9.
(3) Dann finden die, §. 127. gedachten, Liquidationsgebühren Statt.
(4) Die Liquidation in folle ist nicht zulässig. J. O. §. 20 a.
(5) *Mantzel* de jurib. sing. §. 9. Nach dem H. u. LGGB. v. 7 Nov. 1810 §. 11. sollen in den Liquidations- und Productions-Terminen keine andere Liquidanten zum protocollarischen Receſſe bei Fortsetzung des Termins vor dem Protonotar zu-

zugelassen werden, als diejenigen, die bei Eröfnung des Termins als erschienen im Protocoll verzeichnet sind, und diese haben ihre protocollarischen Anträge nach derjenigen Ordnung, in welcher sie aufgeführt sind, vorzutragen, indem derjenige, welcher nicht gegenwärtig ist, wenn die Reihe ihn ergreift, durch Zulassung des folgenden, der letzte aber durch Abschluß des Protocolls präcludirt und dabei mit Continuation des letztern Vormittags und Nachmittags, mit alleiniger Ausnahme der Ferien, unausgesetzt verfahren werden soll.

(6) *Mantzel* de jurib. sing. §. 9. J. O. §. 20 b.

(7) *Tornow* I. 665. *Mantzel* a. a. O. §. 9. v. Wetzelbladt S. 36.

(8) *Mantzel* a. a. O. §. 8. Er behauptet zwar, daß bei dem H. u. L G. die Präclusiion erst in dem Prioritäts-Urtel erkannt wird, allein dieß ist gegen die Praxis, obgleich sie in gedachtem Erkenntniß wiederholt zu werden pflegt.

(9) Auch in Ansehung der Restitution. *Mantzel* de jurib. sing. §. 8.

§. 152.

7) Constituirung der Passivmasse.

Nach erfolgter Liquidation und Präclusion wird, besonders bei nur eventueller Cessionserbietung, zum Versuch der Abwendung des Concurses (1) und in deren Entstehung zur reinen Cession (§. 149.) geschritten und in diesem Fall nach obigen (§ 148.) Grundsätzen ein gemeinsamer Anwald bestellt. Wenn mit der Liquidation nicht schon die Production der Originalien verbunden war (§. 151.); so wird dazu, wenigstens bei den mehresten Gerichten, ein eigener Productions-Termin unter dem Nachtheil, daß entweder die Forderung für bloß chirographarisch anzusehen oder daß der Gläubiger dieses Beweismittels für verlustig werde

er-

erklärt werden, anberaumt und öffentlich bekannt gemacht, auf das Termins-Protocoll aber der, die Liquidität einer jeden Forderung bestimmende, Productions-Abschied erkannt, obgleich, nach Umständen und neuerer Praxis, wohl der Liquiditäts-Punct mit dem der Priorität, mithin der Productions-Abschied mit dem Prioritäts-Urtel, verbunden wird (2).

Demnächst wird zur Ausführung der Priorität geschritten, und den Gläubigern entweder durch eine Edictal-Verordnung oder durch eine, vom gemeinsamen Anwald zu insinuirende, Patentverordnung aufgegeben, binnen einer bestimmten, gewöhnlich doppelten, Ordnungsfrist sub finali poena praeclusionis die Priorität zu deduciren oder es wird sogleich ein Rotulatione-Termin anberaumt, mit der Freilassung, bis acht Tage vor demselben binnen gleicher Strafe die Prioritäts-Deduction zu übergeben (3). Die, dabei interessirten, Gläubiger sind befugt, die Priorität derjenigen Gläubiger, die vor ihnen ein Vorzugsrecht behaupten, zu bestreiten und letztres mit ihnen auszumachen (4); allein zu des gemeinsamen Anwalds Pflichten gehört dieser Punct nicht (5). Wenn ein solcher Streit nicht obwaltet; so findet über die Priorität kein Schriftwechsel Statt (6). Nach abgelaufener Frist der Prioritäts-Ausführung wird auf eben die Art ein Rotulations-Termin, falls er nicht mit der Deductionsfrist verbunden war, anberaumt und bekannt gemacht (7).

(1) *Mantzel* de jurib. sing. §. 6. Die J. O. §. 20 c. enthält darüber bestimmte Vorschriften für die Herzogl. Untergerichte Schwerinschen Antheils.

(2)

(2) *Mantzel* l. c. §. 28. J. O. §. 20c.
(3) *Mantzel* l. c. §. 28.
(4) *Mantzel* l. c. §. 28. Str. G. B. v. 30 Apr. 1770.
(5) Abweichende Grundsätze hat indessen der Str. G. B. v. 30 April 1770.
(6) *Mantzel* l. c. §. 28.
(7) Bei den Herzoglichen Untergerichten findet er aber nicht Statt. J. O. §. 20e.
*) Ueber die Befugniß eines Gläubigers zur Actens-Inspection (§. 30. Anmk. *).

§. 153.

a) Constituirung der Activmasse.

Während dieser Constituirung der Passivmasse muß auch die Activmasse ausgemittelt und berichtigt werden.

Diesem gemäß, ist ein Inventarium aufzunehmen (1), der Manifestationseid abzulegen (§. 149), das Activ-Capitalvermögen beizutreiben (*), das Mobiliar-Vermögen in einer öffentlichen Auction zu versilbern (2) und überhaupt das Activvermögen vom curator bonorum (§. 148.) gehörig zu verwalten (3). Ein vorzüglicher Punct ist die Veräußerung des unbeweglichen Vermögens (4). Die H. u. LGO. schreibt schon desselben Verkauf vor (5), allein in Rücksicht auf damalige Zeitverhältnisse gestatteten spätere Gesetze, bei Ermangelung eines annehmlichen Käufers, die Zuschlagung in Grundlegung der Taxe (a) und nach der Priorität, mit Vorbehalt des den nachstehenden Gläubigern zustehenden Gleichgebots-Rechts (6).

Neuere Gesetze untersagen theils den außergerichtlichen Verkauf, schreiben die öffentliche Licitation vor (7) und verbieten Verpfändungen (*) und an-

andere, den Verkauf erschwerende, Contracte (**) und geben theils die bessere Beobachtung der Constitution vom Jahr 1646 dergestalt auf, daß für gesetzmäßige Bedenklichkeiten des öffentlichen Verkaufs der Concursgüter keine andere, als diejenigen anzunehmen, bei welchen das Eigenthum des Guts nicht rein (8) besessen wird, folglich auch beim Verkauf nicht rein abgetreten werden kann, z. B. wenn dem cridario noch eine besondre liquide Ansprache an das Gut zusteht oder zwischen ihm und seinen Gläubigern im Rechtsstreit befangen ist oder von einem Dritten wichtige Lehns- oder andre Ansprüche gemacht werden, die den Werth des Guts auf eine beträchtliche Art ungewiß und den, an den Käufer zu übertragenden, Besitz ungewiß machen, in welchem Fall ein solches Gut entweder gar nicht oder nicht anders, als mit Bekanntmachung dieser Bedenklichkeiten auf den Fall daß sich doch ein Käufer finden mögte, zum öffentlichen Verkauf zu stellen ist, wogegen aber auf Einwendungen, welche von den Gläubigern wegen einer, unter sich über den Genuß und Verlust bei dem Gut classificando getroffenen, Vereinbarung so wenig, als auf Protestation des gemeinsamen Schuldners wider den öffentlichen Verkauf Rücksicht genommen werden soll (9). Zugleich ist bestimmt, daß zu diesem öffentlichen Verkauf durch eine, gewöhnlichermaßen durch das Landes-Intelligenzblatt und zwei auswärtige Zeitungen bekannt zu machende, Ladung drei, zwei Monate von einander entfernte, Licitations Termine angesetzt und, wenn in dem ersten oder zweiten derselben schon ein anscheinlich annehmlicher Bot geschehen, das Gut schon dem Meistbietenden in diem zugeschlagen, allein noch

zuvor

zuvor zum dritten Male zur Subhastation gebracht werden soll (10). Eben diese Gesetze wollen zwar, daß dieser öffentliche Verkauf ohne alle Grundlegung einer Taxe erfolge, allein niemals, dem gemeinen Rechte zuwider, um die Hälfte oder gar unter der Hälfte des, aus dem reinen Ertrag erhellenden, wahren Werths des Guths geschehe, indessen der höchste Both, sobald er nur über die Hälfte solchen Werths geht, für annehmlich, zu achten und caeteris paribus das Guth dem Meistbietenden zuzuschlagen und den, damit unzufriedenen jüngern Gläubigern (11) und überhaupt jedem, der dabei ein rechtmäßiges Interesse hat, zu gestatten, daß sie binnen drei Wochen nach dem, im dritten Licitationstermin erfolgten, Zuschlag gegen genugsame Caution für besorgliche Schäden oder wirkliche Redemtion den Verkauf und Zuschlag aufrufen, oder wenn sie lieber wollen, das, durch die Constit. v. 1646 ihnen zugeeignete, jus idem offerendi ausüben (12); aber durch nachfolgende Gesetze ist nicht allein diese Cautionsbestellung aufgehoben (13), sondern auch die Annehmlichkeit des Bots von der Hälfte heruntergesetzt und bestimmt, daß bei dem Verkauf der, in Concurs gerathenen, Landgüther (14) der höchste Both nur dann für annehmlich zu halten, wenn er auf zwei Drittheile des wahren Werths eines Guts, nach dessen deductis deducendis zu computirenden reinen Revenüen, ansteigt (15). So viel das, den Gläubigern zustehende, Deliberations- und Gleichgebotsrecht betrifft; so ist durch den, noch im dritten Licitationstermin oder wenigstens am, auf ihn zunächst folgenden, Tage zu publicirenden, Abschied oder Conclusum ein neuer, weiter nicht,

als

als drei Wochen entfernter, Termin anzuberaumen, in welchem mit dem Pluslicitanten, welchem das Guth unter dieser Bedingung zugeschlagen worden, diejenigen Gläubiger, welche sich der constitutionsmäßigen Befugniß bedienen wollen, unerwartet weitrer Ladung, sich einfinden und ihre Erklärung unter dem Nachtheil constitutionsmäßig abgeben sollen, daß es widrigenfalls bei dem, im dritten Termin geschehenen, Zuschlag sein unbedingtes und unwiderrufliches Bewenden behält; in diesem (vierten) Termin ist allenfalls noch eine neue Pluslicitation zwischen dem Pluslicitanten und dem idem offerirenden jüngern Gläubiger unter einander zu gestatten, allein alle andren fremden Käufer sind hiervon ausgeschlossen, indem alle fremde (16) Käufer außer dem Pluslicitanten durch den Abschied im dritten Termin von aller weitern Licitation präcludirt werden. Mehrere Gläubiger, wenn sie zugleich idem offeriren oder den fremden Pluslicitanten in einer weitern Licitation überbieten, sind, im Fall sie conjunctive diese Befugniß ausüben, nur als ein Käufer anzusehen und sollen, wenn kein pluslicitans übrig, den reinen Zuschlag erhalten und demnächst, wenn es ein Lehnguth ist, zur Erfüllung der Lehnspflicht einen aus ihren Mitteln nehmen, wogegen aber mehrere einzelne Gläubiger, wenn jeder für sich von dem Gleichgebotsrecht Gebrauch machen will, durch ordentliche Pluslicitation sowohl unter sich, als allenfalls auch mit dem fremden Pluslicitanten denjenigen, dem nunmehr der unbedingte Zuschlag zu ertheilen, auszumachen haben (17). Es soll, sowohl in den Ladungen, als in dem, nach geschehenem Zuschlag zu erlassende Addictionsabschied

schied allezeit gleichförmig bloß den jüngern, bei dem letzten Both mit ihrer Forderung oder einem Theil derselben leer ausgehenden, Gläubigern, so wie einem jeden, cujus interest, die Ausübung des juris idem offerendi und eventualiter unter sich allein und mit dem letzten Käufer plus licitandi in einem, demnächst constitutionsmäßig anzuberaumenden, Termin vorbehalten und dieses niemals, hingegen der Vorbehalt eines, nicht Statt habenden, Aufrufs gegen Caution wegen besorglicher Schäden oder wirkliche Redemtion überall aus den Ladungen und Abschieden herausgelassen werden (18). Dieß jus idem offerendi steht nicht allein sowohl den leer ausgehenden Gläubigern, als den zur Perception kommenden selbst (19), sondern auch deren Cessionarien (20), selbst dann zu, wenn der Pluslicitant ihnen ihre Forderung auszahlen will (21) oder wenn sie mit einem Fremden, der nicht Mitgläubiger ist, bereits contrahirt und ihm auf den Fall des erhaltenen Zuschlags das Grundstück überlassen haben (22). In dem Addictionsabschied über städtische Grundstücke soll allemal die Clausel der Verlassung zu Stadtbuch dahin inserirt werden, daß Käufer und Verkäufer schuldig sind, an Orten, wo zur Verlassung eine gewisse Zeit vorgeschrieben ist, in diesem Termin, sonst aber binnen 14 Tagen das erhandelte Grundstück zu Stadtbuch zu verlassen und dadurch das Eigenthum zu erwerben (23). Das Concursgericht erhält an Terminsgebühren $\frac{1}{2}$ p. C. des Verkaufspreises (24).

In Ermangelung eines Käufers wird das Guth den Gläubigern in Grundlegung der ältesten Constitution adjudicirt (25).

(1) v. Aettelbladt S. 103 ff.
*) *Mantzel* de jurib. sing. §. 10. v. Aettelbladt S. 95 ff.
(2) H. C. L. V. v. 19 Dec. 1755. (A. S. II. 45.) Die, wenn der Concurs bei einem Landesgericht, durch den, bei demselben angestellten, öffentlichen Auctionar, bei den Niedergerichten aber durch den Actuar abgehalten werden muß. H. F. F. V. v. 14 May 1787 (Schr. I. II. 95.), fälls die Sache nicht so unbedeutend ist, daß die Auctionsgebühren mit den Reisekosten in gar keinem Verhältnisse stehen würden: H. F. F. Res. v. 2 Jul. 1778. (Schr. II. 181.) vergl. v. Aettelbladt Archiv, S. 117 ff.
(3) v. Aettelbladt S. 103 ff. S. 115 ff. Dahin gehört auch die Verbindlichkeit der Gläubiger, bei Verlust ihrer Forderungen und der Materialien, die Häuser in baulichem Stande zu erhalten, wobei die Baukosten vom Kaufgelde vorab genommen werden sollen. H. F. W. V. v. 29 März 1695.
(4) v. Aettelbladt S. 103 ff.
(5) H. u. LGO. II. 45. §. 6. auch GCO. II. 46. §. 6. Rev. v. 1621. Art. 20.
a) Die sogenannte Landtaxe hat *Tornow* I. 639. (vergl. Pötker A. S. II. 281. Ueber ihre Anwendbarkeit s. *Tornow* I. 646 u. 662. *Mantzel* jus Meckl. ill. Cent. III. jud. 34. Die Adjudication an Kirchen geschah aber nicht nach der Landtaxe, sondern nach dem wahren Werth. H. G. A. V. v. 15 May 1694.
(6) Landesresol. v. 29 Jan. 1646. (A. S. II. 45). *E. J. F. Mantzel* s. *Ernst Fried. Bouchholz* posit. inaug. sistentes analysin const. meckl. d. d. 29 Jan. 1646. (Rost. 1750) 4. *Georg. Bernh. Beemann* s. *Joannis Georg Kämmerer* diss. de taxatione et acceptatione in solutum interimistica praediorum debitoris in concursu creditorum ad const. d. d. 29 Jan. 1646. (Göttingae 1770.) 4. *Mantzel* de jurib. sing. §. 29 ff. *Tornow* I. S. 696 ff. Die Herzogl. Meckl. Constitution v. 1646 und was dem weiter in Rücksicht des allgemeinen Credits anhängig ist, durch ein Rechtsgutachten und einige Anmerkun-

kungen erläutert (1770. Fol.) A. F. Trendelenburg Beiträge zur Erläuter. der streitigen Lehre von der, nach der Meckl. Landesconst. v. 29 Jan. 1646 in Concursen vorgehenden, additione in solutum (in Gelehrt. Beitr. z. d. M. Schw. Anz. 1770. St. 15–17.) (Ad. Fried. Reinhard) Sammlung einiger Aufsätze über die dationem in solutum bei Concursen in Meckl. (Schw. 1772. 4.) (auch in den Nützl. Beitr. zu d. Neuen Strel. Anzeigen 1772. St. 3. 4. 9 u. 14) *Balthasar* coll. Sect. II. th. 8.

(7) H. Ch. Lud. B. v. 19 Dec. 1755. (LL. S. II. 46) und die, bei Nettelbladt S. 116. angeführten, B. B.; liegt ein Immobile zu Rostockschem Stadtrecht; so erkennt das Concursgericht zwar die Subhastation, allein der Rath vollzieht sie. Erbv. v. 1788. §. 160.

*) H. F. B. v. 5 Oct. 1776. (Schr. I. II. 8.) v. Nettelbladt S. 118.

**) Keine vieljährige Verpachtung (H. F. B. v. 15 Januar 1779. (v. Nettelbladt S. 141. Schr. I. II. 33.); der Kaufschilling soll in billigen Terminen bezahlt werden. H. F. B. v. 21 May 1776. (v. Nettelbladt S. 126.); bei den Verkaufsbedingungen soll der Willkühr oder Privatconvenienz der Sachwälde zur Verlängerung der Concursverwicklung keine unnöthige Nachsicht gegeben, sondern nach Befinden zur Vorlegung des originalisirten Kaufcontracts zum Zweck der gerichtlichen Bestätigung Frist gesetzt werden. H. F. F. B. v. 17 Nov. 1807; Verpachtungen sollen zwar Statt finden, wenn nicht constitutionsmäßig gebothen ist, allein ein Concursguth soll nicht ehe als nach vergeblich anberaumt gewesenem, dreimaligen Termin zum constitutionsmäßigen Verkauf verpachtet werden. H. F. F. B. v. 5 Jun. 1807. In allen Fällen, wo ein, sub cura judiciali stehendes, zu einer Concursmasse oder sonst zum gerichtlich administrirten, Vermögen minorenner oder sonst sub cura stehender Personen gehöriges, Guth gerichtlich verpachtet werden soll, soll mit Abschneidung aller Privateinleitungen und außergerichtlichen Verhandlungen der Creditoren oder sonstiger Interessenten zum Vortheil

der

der Masse oder des administrirten Vermögens nur auf öffentliche gerichtliche Licitation Rücksicht genommen und nach Befinden darüber der Zuschlag ertheilt werden. H. F. F. V. v. 1 Oct. 1807. Die V. v. 9 May 1807, vermöge deren bei keiner öffentlichen Verpachtung der Immobilien minorenner Personen die Vormünder in den Pachtbedingungen eine Auswahl unter den meistbietenden Licitanten sich vorbehalten und die Landesgerichte diesen Vorbehalt wegstreichen sollen, soll auch auf Concursgüter, in sofern bei denselben Verpachtungen Statt finden dürfen, sich erstrecken und auch beobachtet werden, wenn majorenne Mitinteressenten unter den Verpächtern vorhanden sind, die auf jene Bedingung bestehen. H. F. Fl. V. v. 8 Jun. 1807. vergl. auch v. Nettelbladt S. 139. Ueber den ehemaligen Unfug s. v. Nettelbladt S. 118 ff.

(8) Aus Zweck und Sinn dieser V. ergiebt sich aber, daß auch das lehnbare (nützliche) Eigenthum in dieser Hinsicht für ein reines zu halten ist.

(9) H. F. V. v. 21 May 1776. §. 2. (bestätigt durch H. F. V. v. 19 Januar 1778 (das. 172.) (Sp. Rep. 167.) H. A. F. *IV*. V. v. 27 May 1777. §. 2. vergl. v. Nettelbladt S. 120 ff.

(10) Die V. V. v. 21 May 1776 u. v. 27 May 1777. §. 2. v. Nettelbladt S. 124 ff. Ueber die Regulirung der Verkaufsbedingungen v. Nettelbladt S. 125 ff.

(11) H. A. F. *IV*. V. v. 27 May 1777. §. 5. fügt hinzu: „d. i. aus dem a plus licitanti offerirten Kaufpretio ihre Bezahlung nicht erhaltenden, Gläubiger" womit auch H. F. V. v. 19 Jun. 1778. (Schr. I. II. 23.) übereinstimmt.

(12) Die Anm. 9. angeführten Landsv. §. 5. auch H. F. V. v. 27 Dec. 1776. v. Nettelbladt S. 131 ff.

(13) H. F. V. v. 27 Decemb. 1776. (N. S. II. 265. u. Schr. I. II. 9.) H. F. F. V. v. 31 Januar 1789 (Schr. I. II. 114.) v. Nettelbladt S. 133.

(14) Das Res. v. 19 Jun. 1778 geht nicht auf städtische Grundstücke, sondern nur auf in Concurs gera-

gerathene Landgüther. H. F. F. Rescript an d. H. u. LG. v. 16 Jul. 1808.

(15) H. F. V. v. 19 Januar 1778 (Schr. Rep. 172,) v. Nettelbladt S. 130 ff. und soll bei Berechnung des wahren Werths nach dem ausgemittelten Ertrage der gewöhnliche Zinsenfuß von 5 p. C. angenommen werden. H. F. F. Circularv. an die Landesgerichte v. 25 März 1808. (v. Nettelbladt S. 129 ff., allein dieß soll in dem Subhastationsproclam nicht bemerkt werden v. Nettelbladt S. 131. Ueber die Taxen und deren Grundsätze s. derselben S. 127 ff.

(16) Falls nicht durch besondre Gesetze in Ansehung einiger Gegenstände eine Classe von Personen als Käufer ausgeschlossen sind z. B. der Adel bei den Schulzenlehnen in den strelitzschen Domänen, (Beitr. II. Abh. 7. §. 12.) und die Juden in Ansehung der städtischen Grundstücke.

(17) H. F. V. v. 27 Dec. 1776. H. A. F. *IV*. V. v. 27 May 1777. §. 6. v. Nettelbladt S. 134 ff.

(18) H. Fr. Circularv. v. 19 Jun. 1778. (Schr. I. II. 23.) in deren Postscript bestimmt ist, daß es nicht nöthig sei, dieß im Proclam zu bemerken. H. F. V. an das H. u. LG. v. 31 Januar 1779.

(19) M. R. S. II. 146. v. Nettelbladt S. 135. Bei der Ausübung des Gleichgebotsrechts gehen indessen die, nicht zur Perception kommenden, Gläubiger den dazu gelangenden und unter den erstren der bevorzügtere dem jüngern vor; dem zur Perception kommenden Gläubiger möchte ich aber nicht, mit v. Nettelbladt S. 136., das Recht, die jüngeren Gläubiger zu überbieten, absprechen.

(20) H. F. F. Res. v. 3 April 1810. M. R. S. II. 146. v. Nettelbladt S. 137.

(21) M. R. S. II, 146.

(22) M. R. S. II. 146.

(23) H. F. V. v. 13 Nov. 1781. (Schr. I. II. 58.) Bei Lehngütern wird der Käufer im Addictionsabschied angewiesen, seine Pflichten gegen den Lehnherrn zu erfüllen, und der Verkauf der Regirung angezeigt. v. Nettelbladt S. 138.

(24) Bei den Justizcanzleien war dieß schon früher in Gebrauch, dem H. u. LG. ist es erst gestattet durch

das

das Meckl. Schw. Reg. Rescript v. 23 Jan. 1807; mit Recht ist diese Sportel öffentlich getadelt.

(25) H. F. V. v. 26 Jun. 1773. H. F. F. V. v. 5 Jun. 1807. v. Nettelbladt S. 138. Ueber den lehnherrlichen Consens LGGEV. §. 459.

*) *J. E. F. Mantzel J. Joan. Frid. de Gehren* diss. de jure patronatus ad creditores et praediorum sub hasta emtores non transeunte (Rost. 1752) 4. behauptet mit Unrecht, daß das Patronatrecht nicht mit verkauft werde, er ist indessen von *Frid. Meckel* diss. jur: an creditoribus patroni Megapolitani subornati competat jus venditionem patronatus impediendi aut perfectam jam venditionem rescindendi? (Suerini 1775. 4.) widerlegt.

**) Ueber die Zulässigkeit fiscalischer Processe gegen Gläubiger oder Käufer wegen der, vom Gemeinschuldner niedergelegten, Bauern s. H. Fr. Bericht an den Kaiserlichen Reichshofrath v. 31 Dec. 1782. §. 43. (in Schlözer Staatsanzeigen B. *IV*. Heft 14. S. 202 ff.)

§. 154.

c) Prioritäts-Urtel.

Nach Berichtigung des Liquiditäts- und Prioritätspuncts und geschehener Actenrotulation (§. 152) erfolgt das Prioritätsurtel (1), zu deßen Publication der Termin durch eine, in das Intelligenzblatt einzurückende, Ladung bekannt gemacht wird. Soviel, als möglich soll das Prioritätsurtel vom Concursgericht selbst abgefaßt werden (2).

Die Gläubiger sollen nicht willkührlich, sondern nach dem Vorzug ihrer Forderungen befriedigt (3) und deren Folge in dem Prioritätsurtel bemerkt werden (4). In demselben werden

I. zu-

I. zuvörderst diejenigen Gläubiger, welche ein Separationsrecht haben und daher vom Concurse abzusondern und außer demselben zu befriedigen sind, bestimmt (5).

A. ein Separationsrecht haben

1) die Domini und deren Cessionarien (6)

2) die Adjudicatarien (§. 92)(7) und

3) die Vindicanten der, noch in Natur vorhandenen, Gegenstände (8).

B. ein Quasiseparationsrecht haben diejenigen, welche an einem Theil des Vermögens des Gemeinschuldners, schon ehe letztrer den erstren erhielt, eine Hypothek hatten (9), welches Recht sich vom gemeinrechtlichen darin unterscheidet, daß es von richterlichem Amts wegen zu berücksichtigen ist und auch nach Ablauf des quinquennii zusteht (10) (11).

II. demnächst erfolgt die Entscheidung über die Concurskosten (12), welche nach alter, beständiger, landüblicher Observanz von der ganzen Masse vorabgenommen (13), nachher aber von den, zur Perception kommenden, Gläubigern pro rata getragen wurden (14), nunmehr aber wieder, wie ehemals, von der ganzen Masse vorabgenommen werden (15).

III. hierauf werden die Concursgläubiger nach ihrem Vorzuge classificirt (16). Dieser ist, bis auf wenige Ausnahmen, der gemeinrechtliche.

A. Erste Classe. 1) Begräbnißkosten (17). 2) die Curkosten der letzten

Krankheit (18), 3) rückständiger Lohn der Dienstbothen (19), 4) rückständige öffentliche Abgaben (20), 5) die, auf dem Grund und Boden haftenden, Abgaben (21). 6) diejenigen, welche mit obrigkeitlichem Vorwissen und Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse (*), Brod- und Saatkorn in natura oder das Geld zu dessen Ankauf creditirt haben (22) (*)

B. Zweite Classe: privilegirte Hypothecarien, dahin 1) die in öffentliche Hypothekenbücher und in Ansehung der städtischen Grundstücke in das Stadtpfandbuch eingetragenen, Forderungen (23). 2) die pia corpora (24). 3) die lehnherrlich consensuirte Hypothek (25). 4) die Ehefrau oder, nach beständigem Landesgebrauch, ihre Descendenten (26), in Ansehung der Dotalforderungen (27a) und des lucri dotis (27b), nicht aber wegen andrer Forderungen (28). 5) diejenigen, welche unter ausdrücklicher Constituirung einer Hypothek zum Ankauf oder zur Reparatur geliehen (29). 6) der Fiscus wegen Contracts- und Verwaltungsansprüche (30). 7) Erbgelder (31). 8) Pupillen in Ansehung der Ansprüche an ihren Vormund (32).

C. Dritte Classe, dahin diejenigen öffentlichen oder quasiöffentlichen Hypothecarien, die kein Vorzugsrecht haben, in Ansehung deren das Mecklenburgi-

burgische Recht vom gemeinen Recht nicht abweicht (33).

D. Vierte Classe, die einfachen Hypothekarien (34).

E. Fünfte Classe, die privilegirten Chirographarien (35).

F. Sechste Classe, die einfachen Chirographarien, welche pro rata concurriren (36).

Die Zinsen haben den Vorzug des Kapitals (37) und gehen, soweit sie während des Concurses fällig werden, auch ultra alterum tantum (38)

IV. Am Schlusse, zuweilen im Anfang, des Prioritätsurtels erfolgt gewöhnlich die nochmalige Präclusion derjenigen Gläubiger, welche sich nicht gemeldet haben (§. 151). Die Gebühren für das Prioritätsurtel sind gesetzlich bestimmt (39).

(1) Formulare derselben s. in *Tornow* 1. 456. *Beermannorum* consilia T. II. n. 1.

(2) *Tornow* I. 670. auch nach den. in der Anm. 39. gedachten, Gesetzen und nach der Praxis ist ihre auswärtige Abfassung nicht unbedingt unzulässig.

(3) Reversalen v. 1621. Art. 20. H. u. LGO. II. 1. §. 15. GCO. II. 1. §. 15.

(4) *Mantzel* de jurib. sing. §. 11 ff. *Augustin do Balthasar* collatio juris communis cum jure saxonico lubecensi et Mecklenburgiço speciatim Pomeranico qua classificationem creditorum in concursu (Gryph. 1767. 4.) *Jacob Carmon* s. *Math. Abrah. Burmeister* diss. de diverso hypothecarum jure occasione const. Megap. de 1644 enucleato. (Rost. 1733. 4.)

(5) H. F. B. v. 10 Januar 1771. (Spald. Rep. 165.) Wolff Rep. 55. *Mantzel* de jur. sing. §. 12. *Jacob Carmon* s. *Joann. Henr. Eg-*

gerdes diss. de separatione bonorum in creditorum concursu ad quinquennium non restricta ex constitut. Megap. d. d. Schwerin d. 29 Januar 1646 ejusque aequitate (Rost. 1734. 4.) *Herrm. Becker* s. *Carol. Frid. Kütemeyer* diss. de jure separationis in concursu creditorum et praecipue quaestione: utrum creditores hereditarii s. patroni in ducatu megapolitano amissionem taxae subire teneantur? (Rost. 1759. 4.) *Becmann* s. *Kämmerer* diss. de taxatione et acceptatione §. 5. Ueber das Separationsrecht in den Gütern der Bürgen: *Sel. jur. rost.* Fasc. II. sp. 7. qu. 1. Die Separatisten sind nicht schuldig, nach der Taxe sich zu richten, sondern befugt, ihre volle Befriedigung mit baarem Gelde zu verlangen. H. F. V. v. 10 Januar 1771 u. 15 April 1778. (Beitr. VI. 271. *Mantzel* s. *Kütemeyer* a. a. O.) (§. 156)

(6) *Tornow* p. 1. 770 ff. *Mantzel* de jurib. sing. §. 11. *Becker* a. a. O. cap. 1. §. 2. vergl. K. St. K. p. III. Tit. 1. §. 23.

(7) Constit. v. 6 Febr. 1644. H. F. V. v. 10 Januar 1771. (Spald. Rep. 165.) *Tornow* I. 650. *Gutzmer* de adjud. §. 27. und das, dort angeführte, auch in M. S. II. 82 abgedruckte, Hof- und landgerichtliche Attest v. 1705. *Mantzel* jus Meckl. ill. Cent. IV. jud. 58. Eschenbach von der Vorzüglichkeit der Adjudicaten bei Concursen. (im Patriot. Archiv für Meckl. B. II. St. 1. n. 3.)* allein nicht wegen der rückständigen Früchte. *Mantzel* de jur. sing. §. 12.

(8) Z. B. H. F. V. v. 30 Dec. 1764. (M. S. II. 49.) K. St. K. III. 1. §. 43.

(9) Const. v. 29 Januar 1646. (M. S. II. 45.) *Mantzel* de jur. sing. §. 15. *Carmon* und *Becker* a. a. O. *Tornow* I. 673. Select. consult. Collegii Jurecons. Gryph. Resp. 31 u. 32. Selecta jurid. rost. Fasc. III. sp. 16. ass. 15. Jus Meckl. ill. Cent. I. jud. 46. *Mantzel* de jurib. sing. §. 15.

(10) *Warnemünde* diss. Sect. 3. Tit. 16. *Becker* a. a. O. Cap. 1. §. 14. *Carmon* a. a. O. *Tornow* I. 673.

(11) Ueber den Vorschuß der Pächter ist die Praxis schwankend. *Balthasar* S. 14.

(12) Was dazu gehört? s. H. F. F. V. v. 22 Dec. 1789. (Schr. I. II. 121.) *Tornow* I. 670.

(13) *Tornow* Part. I. c. 3. Sect. 6. §. 8. *Mantzel* de jurib. sing. §. 16. *Stein* a. a. O. §. 14.

(14) H. F. V. v. 20 Jul. 1776. (17. S. II. 272.) H. F. F. V. v. 22 Dec. 1789. H. A. F. *IV.* V. v' 9 Febr. 1787. §. 5. auch K. St. K. III. 1. §. 22. vergl. 1) darüber: ob die Separatisten zur Mittragung der Kosten verbunden? H. F. V. v. 20 Jul. 1776, 10 Febr. 1777 u. 15 April 1778.1 (Spald. S. 170 ff.) H. F. F. V. v. 22 Dec. 789 und die einzelnen Response in Beitr. V. 267. 17. S. II. 266 u. Schr. I. II. n. 13. 25. 26. 54. 73. 121 auch: Erörterung der Frage: ob in Concursen die domini und creditores separati zur Mittragung der gemeinsamen Kosten zu verpflichten? (1777) u. W. v. Wiese Progr. über die Rechte einzelner Gläubiger bei Vertheilung der Concurskosten besonders in Rücksicht auf das Separationsrecht (Rostock 1797. 4.) 2) über die Beitragsverbindlichkeit der Vindicanten: Eschenbach: Ist die Frau zu den Concurskosten beizutragen schuldig, wenn sie als Eigenthümerin individuelle Sachen bei dem Concurse ihres Mannes zurückfordert? (im Patriot. Archiv f. M. Jahrg. II. St. 2. n. 2.) Die, in der V. v. 22 Dec. 1789. allgemein und ohne Einschränkung gebrauchten, Worte: „rückständig" und „laufend" gehen auf alle, dort aufgeführten, einzelnen Gegenstände und sind auch von den, vor dem Concurse erwachsenen, Rückständen zu verstehen; H. F. F. R. an das H. u. LG. v. 22 Dec. 1809.

(15) H. F. F. V. v. 7 Jan. 1809. (bei v. Zettelblad S. 152.) H. C. V. v. 15 Febr. 1809.

(16) *Mantzel* de jur. sing. §. 11. „secundum praxin Megapolitanam non fit mentio classium, quia unus post alterum collocatur et quidem primo creditores, qui hypothecam privilegiatam; porro qui hypothecam publicam vel privatam, tum qui personale privilegium habent et denique, qui nudi sunt chirographarii, quod revera idem est, ac si certas classes statueris."

Bei

Bei Concursen der Rostockschen Bürger, welche Landgüther haben, sind auch in Ansehung der letztren die Rechte der Ehefrau und übrigen Gläubiger nicht nach gemeinem, sondern nach dem in Rostock üblichen, Rechte zu beurtheilen. E. V. v. 1788. §. 117. auch gewissermaßen die Gläubiger der, unter Herzogl. Gerichtsbarkeit stehenden, Herzogl. Diener, welche auf städtische Grundstücke geliehen haben. das. §. 159.

(17) *Tornow* I. 457. vergl. K. St. R. a. a. O. §. 24.

(18) Die Anm. 4. gedachten Schriftsteller.

(19) *Tornow* I. 459. in den schwerinschen Domänen aber nur das einjährige Lohn H. K. V. v. 7 Januar 1775 (N. S. IV. 51.)

(20) *Resol. ad gr. sp. suer.* 5. LGGEV. §§. 326. 362 u. 364. H. K. V. v. 5 Dec. 1762 u. 14 Jul. 1774. (N. S. II. 50. 263.) J. O. §. 20 m. H. K. K. V. v. 9 Dec. 1735 u. 22 Dec. 1789. (Schr. I. II. 83 u. 121.) *Tornow* I. 671 u. 686. *Scharff* consult. juris n. LXXI. *Mantzel* de jure praelationis pi. corp. §. 11 u. 18. Dahin auch die Beitragsgelder zu der städtischen Brandassecurationsgesellschaft. H. K. K. V. v. 9 Dec. 1785. (§. 142.); nach jenen Gesetzen sollen diese Abgaben selbst extra concursum bezahlt und vorabgenommen werden.

(21) *Tornow* I. 686. vergl. auch die vorige Anm.

(22) H. C. L. V. v. 13 März 1685. (Ditmar II. 185.) Gelehrte Beitr. zu den M. Schw. Nachrichten Jahrg. 1769, n. 7.) vergl. hierüber Ditmar a. a. O. und J. M. Martini von dem Vorzugsrecht des creditirten Saatkorns bei entstehendem Concurse (Gel. Beitr. a. a. O. n. 6 u. 7. u. Jahrg. 1770. n. 11 u. 12.)

*) Nach Lübschem Rechte auch pecunia sine usuris credita. *E. J. F. Mantzel* *). *Bernh. Frid. Neucranz* diss. de jure praelationis pecuniae sine usuris creditae (Rost. 1740. 4.) (Anm. 35.)

(23) H. C. L. Resolut. v. 21 Dec. 1748. auf die Angelegenheiten der Städte in den Herzogth. Meckl. Schw. und Güstr. ad n. 34. (in Grundgesetzen n. XIX.) LGGEV. §. 371. H. Fried. V. v. 7 Dec. 1787. und die Particulargesetze mehr

mehrerer Städte (M. C. R. I. II. §. 116 ff. K. St. R. III. 1. §. 40.) *Warnemünde* Sect. II. Tit. XI. §. 1. *Engau* Decis. et resp. P. 1. dec. 336. *Balthasar* a. a. O. 86. Der Vorzug der, in die Stadtpfandbücher eingetragenen, Gläubiger vor allen nicht eingetragenen ist unbestritten, allein der Rang der erstren unter einander, ob nach ihrem sonstigen Vorzugsrecht ohne Rücksicht auf die Zeit ihrer Eintragung oder allein nach letztrer? ist desto streitiger. Allein sowohl nach der Theorie, als selbst nach dem H. Meckl. Schw. Reg. Rescript v. 13 Febr. 1775 (in W. v. Wiese Samml. jur. Abh. S. 162. u. *Prehn* a. a. O.), welches durch das Rescript v. 4 Jun. 1784. (Schr. I. II. 98.), nach dessen richtigem Sinne (*Prehn* a. a. O. §. 20.), nicht abgeändert worden, ist in Ansehung der, vor dem Jahre 1755 (in Ansehung der piorum corporum vor dem Jahre 1775) (*Prehn* a. a. O.) eingetragenen, Gläubiger die erste, in Rücksicht auf die, nachher inscribirten, Gläubiger aber die letzte Meinung unstreitig die richtige. vergl. über diesen Streit: Monatsschrift v. u. f. Meckl. (1788) St. I. n. 7. St. II. n. 1. St. III. n. 1. *Joan. Jacob Prehn s. Carol. Gust. Oldenburg* diss. de praerogativa nominum in tabulas publicas. die Stadtpfandbücher, relatorum secundum §. 371. transactionis provincialis fundamentalis Mecklenburgicae (Butzovii 1789. 4.) *Carol. Fried. Walch s. Joan. Herrm. Becker* comment. de juribus creditorum inscriptorum Megapolitanis (Jenae 1791. 4.) Auch die pia corpora (LGGEV. §. 371. H. F. R. v. 16 April 1773. Siggelkow §. 60.) und die Dotalforderung (LGGEV. §. 371.) müssen eingetragen werden, wenn sie der Stadtbuchschrift nicht nachstehen sollen.

(24) Landesconst. v. 6 Febr. 1644. (L. S. I. 9.) (Die, hiervon diejenigen pia corpora, welche sich selbst in baulichem Zustande erhalten können, ausschließende, *resolut. ad grav.* v. 1 Sept. 1655 ist, wie schon *Mantzel* de jurib. sing. §. 19. bemerkt. niemals in Praxis angenommen) H. A. F. u. H. A. V. v. 4 u. 6 Febr. 1644. (L. S. I. S.

I. S. 137—139.) *Ernst. Joan. Fried. Mantzel* s. *Joan. Fried. Gröning* diss. de jure praelationis piorum corporum aliisque eorum juribus singularibus in Megapoli maxime in concursu creditorum (Rost. 1740. 4.) *Adolph Fried. Trendelenburg* s. *Georg Dieterici Berner* diss. de favore piarum caussarum in Megapoli tum ratione praelationis inter credi-tores concurrentes, tum respectu appellationis (Bützovii 1771. 4.) (vergl. Götting. Gelehrte Anzeigen 1771. S. 1334.) *Joan. Christ. Theod. Stever* meditationes quaedam de jure praelationis piorum corporum in Megapoli (Rost. 1782. 4.) *J. J. Prehn* diss. de praerogat. nominum (s. vorige Anm. am Schlusse.) *Mantzel* de juribus singul. §. 19. und Bützowsche Ruhestunden Thl. I. S. 70. *Tornow* I. 679. *Jus meckl. ill.* Cent. V. jud. 32. *Engau* Decis. et resp. P. I. decis. 336. Siggelkow Tit. VIII. §. 30. (1) Vor der Constitution v. 1644 hatten die pia corpora dieß Vorzugsrecht nicht (*Select. jurid. rost.* Fasc. III. sp. 16. ass. 11. *Jus meckl. ill.* Cent. I. jud. 44. und Cent. V. jud. 17. *Mantzel* de jure prael. Cap. II. §. 7. *Trendelenburg* Cap. II. §. 3.) (2) Diese Constitutson ist nicht temporär (*Sel. jur. rost.* a. a. O. 12. u. *Trendelenburg* Cap. II. §. 4.), obgleich ihr Grund jetzt minder anwendbar und ihre Aufhebung rathsam ist. Martini vom Vorzugsrecht des Saatkorns (a. a. O. 1770. St. XI.) (3) Dieß Vorzugsrecht steht nicht bloß den, in der Constitution genannten, Kirchen, Schulen, Oeconomien, Hospitälern und Armenhäusern, sondern auch allen andern, zu piis causis gewidmeten, Instituten z. B. den Landesklöstern (*Mantzel* de jurib. sing. §. 22 u. de jure prael. Cap. I. §. 5. Cap. II. §. 8 u. 10.) zu und ist außerdem mehreren andern Anstalten beigelegt (Spalding Rep. 662.), welche letztere Ertheilung aber bewiesen werden muß (*Trendelenburg* Cap. I. §. 12. Siggelkow §. 81.). (4) Nach der Constitution gebührt dieses Vorzugsrecht zwar nur den evangelisch-lutherischen piis corporibus (Siggelkow §. 80.), allein durch H. K. K. V. v. 6 May 1809 ist es auch dem Kirchen-Aerarium

rarium der katholischen Gemeinde in Schwerin beigelegt; (5) die pia corpora haben dieß Recht in Ansehung aller und jeder Forderungen aus Anleihen und Schulden der Administratoren und Pächter ꝛc. *Tornow* C. III. Sect. 6. §. 10 und Jus Meckl. ill. Cent. V. jud. 32. *Mantzel* de jure prael. Cap. II. §. 10. und *Trendelenburg* §. 16. (6) Die pia corpora concurriren unter einander ohne Vorzug einer Gattung derselben (*Mantzel* de jure prael. §. 15.), blos nach dem Alter der Schuld (*Mantzel* de jure prael. §. 15.); (7) das Vorzugsrecht steht den piis corporibus nicht bloß in Ansehung ursprünglich eigener, sondern auch abgetretener, assignirter und geschenkter Forderungen (Select. jur. rost. Fasc. IV. sp. 9. qu. 3. *Mantzel* de jure prael. §. 17. *Stever* §. VII. obgleich in Jus Meckl. ill. Cent. IV. jud. 55. das Gegentheil behauptet ist), so wie auch (8) nach Einigen (*Mevii* decis. IV. 151. *Tornow* P. II. C. 4. Sect. 1. §. 10. *Jus Meckl. ill.* Cent. IV. jud. 71.), obwohl mit Widerspruch Anderer (Selecta jurid. rost. Fasc. IV. sp. 9. qu. 3. Jus Meckl. ill. IV. jud. 72. *Stever* §. VII.) deren Cessionarien zu; (9) es hat auch an Orten Lübschen Rechts Statt (*Trendelenburg* Cap. II. §. 17.), obwohl die Eintragung ins Stadt-Pfandbuch in der, Anmk. 23. gedachten, Maße erforderlich ist. (10) Vermöge der Constitution haben die pia corpora ein Vorzugsrecht vor allen hypothecarischen Gläubigern, allein sie stehen den absolute privilegiatis z. B. den öffentlichen Abgaben (Res. ad gr. suer. 5. *Mantzel* de jure prael. §. 11.) nach. Ob sie der privilegirten Hypothek und namentlich dem Brautschatz vorgehen? ist eine streitige Frage, welche Einige (*Balthasar* S. 45. *Mevii* consil. cons. 20. n. 4. *Cothmann* Vol. III. consil. 21. n. 23. *Jus Meckl. ill.* Cent. III. jud. 29. Martini vom Vorzugsrecht des Saatkorns Jahrg. 1770. St. XI. *Stever* a. a. O. §. 3.) verneinen, Andere aber (*Tornow* P. I. Cap.. 2. Sect. 6. §. 10. u. P. II. 683. *Carmon* de diverso hypothecae jure §. 19. *Mantzel* de jure prael. §. 11. de foemin. Meckl. Cap. 1. §. 6. de jurib. sing. §. 20 u. 21. und de Ictis extraneis

neis in jure Meckl. errantibus adj. XI. *Trendelenburg* Cap. II. §. 7. f. f.) mit den Juris-sten-Facultäten zu Rostock (J. M. ill. Cent. III. jud. 29. Select. jurid. rost. Fasc. II. sp. 6. n. 6. obgleich nicht immer Cent V. jud. 32.) und zu Bützow (*Adolph Fried. Trendelenburg s. Dan. Christ. Jacob Bolte* quaestiones varii juris contraversae (Bützov. 1765) n. XI.) mit der, ehedem freilich verschiedenen, (*Mantzel* de jurib. sing. §. 22. *Trendelenburg* §. 10.) Praxis bejahen, welche letztre Meinung in Rücksicht auf den Schluß der Constitution wohl die richtigere ist. Dem lucro dotis gehen sie nach *Cothmann* Vol. II. resp. 92. n. 31. *Mantzel* de jure prael. §. 13. vor (11). In welche Classe die pia corpora zu setzen? ist ebenfalls streitig. Balthasar a. a. O. setzt sie hinter die, in die zweite Classe gehörenden, Hypothekarien und Trendelenburg a. a. O. §. 9. giebt ihnen die erste Stelle in der zweiten Classe, nicht die letzte in der ersten Classe; nach Stever §. X. giebt die Constitution keine hypotheca cum jure praelationis, sondern nur ein persönliches Privilegium.

(25) Landes-Constit. a. 6 Febr. 1644 „diejenigen „creditores, so Fürstliche Consense über ihre — „— hypothecas haben, sollen unter sich zwar ex „prioritate acquisiti consensus ästimiret, sonst „aber allen andern hypothecariis etiam anterio„res hypothecas sive tacitas sive expressas s. „generales s. speciales s. ex conventione s. „ex judiciali immissione acquisitas habentibus „präferirt werden. Hypotheca domini feudi di„recti consensu munita et in cancellaria feu„dali consensuata.": *Carmon* de diverso hypoth. jure §. 18. *Tornow* I. 683. II. 65. u. 68. *Carmon* a. a. O. §. 25. Diese Hypothek geht 1) dem pio corpori nach (*Tornow* I. 683. *Mantzel* de jurib. sing §. 20, 21 u. 23. et de jur. praelat. §. 13. *Mevii* Consil. 76. n. 48.) aber 2) dem Brautschatz vor, (*Mantzel* de jur. sing. §. 24. *Cothmann* Vol. III. consil. 21. n. 20. *Mantzel* de foemina Meckl. Cap. 1. §. 6. obgleich *Balthasar* S. 44. sie demselben nachsetzt). Dieß Vorzugsrecht geht aber nicht, mit *Jus Meckl. ill.*

ill. Cent. I. jud. 70., vom Tage der Verschreibung, sondern an dem des erhaltenen lehnherrlichen Consenses an.

(26) *Tornow* I. 685. *Carmon* de diverso jur. hypoth. §. XI. *Stever* de jure prael. Anl. 1. 2. 3.

(27a) J. O. §. 20h. u. c. Erläut. derf. v. 6 Nov. 1771. (N. S. II. 80.) *Tornow* I. 683. f. f. *Cothmann* III. consil. 21. n. 23. *Mantzel* ſ. *Christ. Math. Schaumkell* diss. de foemina Meckl. (Rost. 1738. 4.) Cap. 1. §. 6. *Carmon* de diverso hypoth. jure §. 23—27. (ſ. auch Anmk. 23, 24 u. 25.) Es genügt die wirkliche Einbringung und ist die versio in rem nur in Ansehung des Lehnherrn und der Agnaten erforderlich. *Tornow* I. 477. *Mantzel* de jurib. sing. §. 25. Wegen des Brautschatzes, nicht wegen der Paraphernalgüter, hat die Ehefrau ein Retentionsrecht. (H. u. LGO. II. 45. §. 5. GCO. II. 46. §. 5. *Hering* diss. de retentione in securitatem dotis permissa. (Rost. 1745. 4.) *Jus Meckl. ill.* Cent. II. jud. 88. *Carmon* de diverso jure hypothec. §. 23—27. *Warnemünde* diff. Lib. III. Sect. 3. Tit. 2. §. 1. *Mantzel* de jurib. sing. §. 25. et de foemina Meckl. Cap. 1. §. 6. Posse Abh. über einige vorzügliche Gegenstände des deutschen Staats- und Privatrechts, Heft III. (1802. 8.) S. 300), welches sie aber durch Mitveranlassung des Concurses ihres Mannes verliert. H. u. LGO. u. GCO. a. a. O. *Mantzel* de jurib. sing. §. 25. Die Rechte der, unter statutarischen Rechten stehenden, Frauen modificiren sich nach denselben: Vergl. z. B. J. O. §. 20h. und Erläut. derf. v. 6 Nov. 1771. Jargow zu Klüver II. 792. Beiträge II. 242. f. f. *Mantzel* de foemina Meckl. Cap. 1. §. 9. *Mantzel* ſ. *Ehrhard Joh. Casp. Wiedemann* diss. de vidua vel uxore lubecensi per cessionem illatorum se suaque futura bona salvante ad art. X. Tit. I. P. III. speciatim ejus verba sich bergen und Dachdings auftragen. (Rost. 1754. 4.) *Balthasar* S. 53. Die Ehefrauen der Herzogl. Rechnungsbediente müssen ihren Rechten und Privilegien entsagen. H. F. V. v. 15 May 1773. (N. S. II. 209.)

(27b) Dem lucro dotis gebührt der Dotal-Vorzug (*Mevii* Dec. I. dec. 173. *Tornow* I. 496. *Fried. Gottl. Struve* s. *Joan Christ. Flath* diss. de lucro dotis ejusque privilegio in concursu. (Kiloni 1756) th. 23—25. *Jus Meckl. ill.* Cent. IV. jud. 2. Cent. V. jud. 18. und *Balthasar* a. a. O. S. 55.), obgleich andere (*Mantzel* de foemina Meckl. Cap. II. §. 20. und de jure praelat. §. 13. *Cothmann* II. resp. 92. n. 31.) ihm nur eine stillschweigende Hypothek geben; die Analogie des augmenti dotis spricht für die erstre Meinung. Es möchte aus der Fassung der H. u. LGO. II. 4. §. 8. 45. §. 5. GCO. II. 46. §. 5. H. Ulrich B. v. 1602 und Rev. 1621. Art. 20. scheinen, daß das lucrum dotis einer Ehefrau, deren Mann Concurs macht, überhaupt nicht gebühre und scheint diese Meinung auch von *Tornow* I. 496. und *Struve* a. a. O. th. 27. angenommen zu sein, allein diese Gesetze reden nur von der Ehefrau eines, noch lebenden, Gemeinschuldners, nicht aber von einer Wittwe, und gebührt daher der letztern, auch wenn nach ihres Mannes Tode über sein Vermögen Concurs entsteht, das lucrum dotis. *Mantzel* de foemina Meckl. Cap. II. §. 19. Jus Meckl. ill. Cent. IV. jud. 2. Cent. V. jud. 18. (§. 149.)

(28) Z. B. die Morgengabe hat nur eine stillschweigende Hypothek: *Christ. Nettelbladt* diss. de vidua nobili Meckl. §. 29.), obgleich die Meinungen darüber verschieden sind. (Sel. jur. rost. Fasc. I. spec. 7. qu. 3. *Jus Meckl. ill.* Cent. I. jud. 6.)

(29) *Mantzel* de jure prael. §. 11. *Tornow* I. 684. K. St. K. III. Tit. 1. Art. 36. f. f.

(30) Daher die, am Schlusse der Anmk. 27a gedachte, B. v. 15 May 1773. Vergl. *Engau* Decis. et Resp. P. I. n. 104.

(31) Vergl. Mevius Project des Meckl. Landrechts. Tit. VIII. §. 10.

(32) Vergl. K. St. K. III. Tit. I. Art. 29.

(33) *Mantzel* de jurib. sing. §. 27. et de duobus vel tribus viris honestis. Sect. I.

(34) Hierüber hat das Meckl. Recht nichts besonders. *Mantzel* de jurib. sing. §. 27.; über Pächter und Verpächter s. Wolff Rep. 55.

(35)

(35) Nach Particular-Rechten gehört hieher auch 1) Depositum und treue Hand, so durch Untreue verwirkt. K. St. R. Thl. 3. Tit. 1. §. 27. 2) Geld was keine Zinsen giebt das. §. 30. f. f. und *Balthasar* S. 66. (s. Anm. *) S. 294.)

(36) H. F. V. v. 27 Juny 1771. H. A. F. IV. V. v. 19 Febr. 1777. §. 1.

(37) Landes-Constit. v. 29 Jan. 1646 (vergl. §. 20.), allein nur diejenigen, welche aus dem nämlichen Rechtsgrunde mit dem Kapital gefordert werden, mithin nicht, wenn aus einer neuen causa debendi mehr, als obligationsmäßige Zinsen gefordert werden, auf welche die V. v. 1646 nicht anwendlich ist. H. F. F. Reg. Res. an das H. u. LG. v. 1 Aug. 1807. *Tornow* Praef. S. 102. I. 688. *Mantzel* de jurib. sing. §. 12 u. 27. und de jure praelat. pior. corp. Cap. II. §. 16. *Balthasar* S. 105. *Engau* a. a. O. *Becmann* s. *Kämmerer* de taxatione §. 6. *Bouchholz* Sect. I. th. 1. Nach K. St. R. III. Tit. 1. §. 25. indessen nur dreijährige Zinsen, wenn die Schuld zu Stadt-Pfandbuch eingetragen; nach Lübsch. Recht auf ein Jahr, *Balth.* 107, nach einzelnen Stadtrechten nur einjährige Zinsen z. B. in Neustrelitz. M. C. R. I. 1. S. 229.

(38) Constit. v. 1646. verb. „vollkommlich bis zur Zalung" und „in etzlichen nicht vollkommen oder nur auf gewisse Zeit." H. F. V. v. 10 Jan. 1771. (Spald. 166.) „die durante concursu bis zum wirklichen Verkauf des Guts auflaufenden Zinsen." *Cothmann* Vol. II. resp. 52. n. 259. f. f. *Tornow* I. 689—692. *Mantzel* de jurib. sing. §. 27. de jure praelat. pior. corp. Cap. II. §. 16. und (resp. *Bouchholz*) Analysis Const. de 1646. Sect. I. th. 2—4. Sect. II. th. 9. n. 1. *Mevii* levam. inop. debit. cl. IV. Sect. V. n. 36. Select. jurid. rost. Fasc. *III.* sp. 16. ass. 18. *J. M. ill.* Cent. *I.* jud. 50. *Kämmerer* de taxat. §. 6. v. Nettelbladt Archiv *III.* S. 112. Ueber K. St. R. P. *III.* Tit. 1. Art. 25. s. *Joan. Christ. Schroeder* diss. ad art. XXV. P. *III.* Tit. 1. statuti rostoch. de classificatione usurarum in concursu. (Rost. 1783. 4.)

(39)

(39) H. F. V. v. 27 Juny 1771 (Spald. 166.) und v. 20 July 1776. (17. S. II. 272.) H. A. F. IV. V. v. 19 Febr. 1777.

§. 155.

7) Beweisverfaren und Rechtsmittel.

In Ansehung des, durch das Prioritätsurtel nachgelassenen, Beweisverfarens findet nichts Besonderes Statt; gegen dieses Urtel sind die gewöhnlichen Rechtsmittel zulässig (1), allein im Impugnatorium darf nur über diejenigen Posten, in Ansehung deren das Rechtsmittel eingelegt ist, gesprochen und nur diese Pöste anders classificirt, die übrigen sollen aber auf ihrer Stelle gelassen werden (2).

(1) Constit. v. 29 Januar 1646. *Mantzel* de jurib. sing. §. 34.

(2) Constit. v. 29 Jan. 1646. *Tornow* P. I. 692. *Mantzel* a. a. O. §. 35.

§. 156.

8) Distribution der Masse.

Die Masse wird entweder in natura oder in Gelde vertheilt; erstres kann jetzt selten Statt finden (§. 153.). Die eingegangenen Concursgelder wurden ehedem vor der Rechtskraft des Prioritätsurtels nur ausnahmsweise vertheilt (1), sondern zinsbar untergebracht und nach jener Rechtskraft, nach voraufgegangenem Distributionsabschied, in einem, dazu eigends anberaumten, Distributionstermin (2) in Grundlage des Prioritäts-

tätsurtels unter die Gläubiger vertheilt. Allein neuere Gesetze haben dies üble Verfaren abgeändert. Nachdem schon die Interimsordnung den Herzoglichen Untergerichten aufgiebt, auch vor dem Prioritätsurtel und dessen Rechtskraft die eingehenden Concursgelder von Zeit zu Zeit an die Gläubiger, deren Forderungen nach einer unbestrittenen Priorität die ersten sind, auf die Hauptsumme, nicht aber auf die Zinsen, abschläglich auszubezalen (3); so ist auch in Ansehung der Landesgerichte bestimmt, daß die aufkommenden Concursgelder nicht zinsbar belegt, sondern so lange die Vertheilung ausführbar ist, selbst bei, noch nicht rechtskräftig festgesetzter, Priorität, nach gütlicher Vereinbarung oder in deren Entstehung richterlicher Bestimmung, unter die Gläubiger vertheilt werden und demnach also nicht bloß an diejenigen Gläubiger, welche augenscheinlich und mit Anerkennung aller, möglichsterweise perceptionsfähigen, Gläubiger die ersten sind, unbedingt und ohne Cautionsleistung gezahlt und dieselben nicht länger in nexu et communione gehalten, sondern auch an diejenigen Creditoren, welche nach einer summarischen Uebersicht der Masse und gleichmäßiger Prüfung der Priorität als die ersten erscheinen, denen aber die Priorität von andern bestritten wird, obwohl nur gegen genügende cautio de eventualiter restituendo cum omni causa, ausgezahlt werden sollen; nur wenn diese zuletzt gedachten Gläubiger keine solche Sicherheit bestellen können, ist ihr Antheil an den aufkommenden Massengeldern zinsbar zu belegen und eventualiter für sie aufzubewahren, allein mit dem folgenden Vorrath muß weiter eben so, wie vorgedacht, verfaren werden, allemal aber sind etwanige

wanige Widersprüche jüngerer Gläubiger gegen die Ausbezalung und Vertheilung selbst gar nicht, Widersprüche aus dem Grunde der Priorität hingegen nur von solchen Gläubigern zu beachten, bei welchen eine Möglichkeit, zur Perception zu kommen und ein Interesse zum Widerspruch absehbar ist (4). Wegzalungen der Masse an Creditoren gegen zinsbare Verschreibungen sollen aber gar nicht Statt finden (5). Außer dieser abschläglichen Kapitalzalung sollen während des Concurses die Zinsen unpartheiisch und nicht nach Willkühr unter die Gläubiger vertheilt werden (6), und ist bei der Vertheilung der Masse darauf zu sehen, daß die Separatisten durchaus keinen Verlust an Kapital und an den, durante concursu bis zum Verkauf des Guts auflaufenden, Zinsen durch die Taxe leiden (§. 154), sondern vorzüglich vor andern Gläubigern, auch wenn das Gut unter der Taxe verkauft würde, wenn nur die Masse irgend so weit reicht, befriedigt werden (7), wobei der Kaufschilling ohne alle Rücksicht auf eine Taxe, lediglich nach der Priorität dergestalt zu vertheilen, daß ein jeder Gläubiger an Kapital und Zinsen ganz und unverkürzt, so weit das Kaufgeld reicht, seine baare Befriedigung erhält (8). Wenngleich der, ehemals übliche, Distributions-Abschied jetzt selten von Nutzen ist; so soll doch die Concursmasse durch einen rechtlichen, ir Gemäßheit des Prioritätsurtels abzufassenden, Distributionsbescheid, so weit sie reicht, vertheilt werden (9); den etwanigen, freilich seltenen, Ueberschuß erhalten der Gemeinschuldner oder dessen Erben (10). Der curator bonorum oder der Berechner der Concursgelder bekommt für die Auszahlung an die Gläubiger $\frac{1}{2}$ P. C. Zählgeld (§. 148.).

(1)

(1) *Tornow* I. 693 nur die Separatisten hatten das Recht, die Früchte zu erheben, die übrigen Gläubiger erhielten ihre Befriedigung erst nach dem Distributions-Abschied. *Manzel* de jurib. sing. §. 12. vergl. hierüber v. Kettelbladt S. 143.
(2) *Tornow* I. 693.
(3) J. O. § 20 f.
(4) H. J. K. Circular-V. an die Landesgerichte v. 12 Sept. 1809. (bei v. Kettelbladt S. 147.) v. Kettelbladt S. 145. f. f.
(5) H. K. K. Circul. V. v. 12 Sept. 1809
(6) H. J. V. v. 3 Sept. 1776. (N. S. *II.* 264. u. v. Kettelbladt S. 144.)
(7) H. K. V. v. 10 Jan. 1771 (Spald. 166.); über die Berechnung der creditorischen Erhebungen während des Concurses s. v. Kettelbladt Archiv Thl. *I.* S. 225—252. u. S. 339—341.
(8) H. K. V. v. 15 April 1778. (Beiträge VI. S. 275. s. die oben, §. 154. Anmk. 5. angeführten, Abhandlungen u. Spalding Rep. 171.)
(9) H. K. K. V. v. 22 Dec. 1789. (Schr. *I. II.* 121.) Die Gebühren für denselben sind bestimmt in H. K. V. v. 20 July 1776 und H. A. K. IV. V. v. 19 Febr. 1779. §. 2.
(10) *Tornow I.* 701. hat Beispiele.

§. 157.

a) Beendigung des Concurses.

Mit der Distribution der Masse ist das Concursverfaren beendigt und der gemeinsame Anwald zu entlassen (1).

(1) H. K. V. v. 26 Juny 1773.

Zweiter Abschnitt.

Processe weitrer Instanz.

Erste Abtheilung.

Rechtsmittel überhaupt.

1) Jargow Nachricht von denen Befugnissen der Canzleien in Mecklenburg circa remedia suspensiva, in specie der Appellation und deren Formalien (II. Anhang zu Klüvers Beschreibung der Herzogth. Mecklenburg. 2te Ausgabe Thl. II. S. 725 – 743.)
2) *Joan. Petr. Krafft* ſ. praes. *Casp. Math. Müller* diss. de competente foro violantium privilegium caesareum de non appellando. (Rost. 1712. 4.)
3) *Jacob Carmon* ſ. *Christ. Henr. Berner* diss. de remediis suspensivis ordinariis in Megapoli consuetis. (Rost. 1733. 4.)
4) Fr. A. Mehlen Abh. über die Appellation und andere Impugnativmittel gegen richterliche Erkenntnisse, besonders in Rücksicht auf Schwedisch-Pommern und Mecklenburg. (Berlin und Stralsund 1791. 8.)

§. 158.

– 1. Statthaftigkeit.

In der Regel ist jedem, der durch eine richterliche Entscheidung sich beschwert hält, der Gebrauch eines Rechtsmittels gegen dieselbe gestattet (1), allein jeder soll dazu der ordentlichen Mittel

und

und Wege Rechtens und nicht unerlaubter Mittel sich bedienen (2).

(1) H. u. LGO. II. 31. §. 1. GCO. II. 31. §. 1, insonderheit ist der freie Appellationszug von den Justiz-Canzleien an das H. u. LGericht grundgesetzlich. Beitr. III. 22 u. 61. Die Procuratoren und Advocaten sollen aber zur Ergreifung der Rechtsmittel wider ihre Ueberzeugung nicht rathen. H. u. LGO. I. 18.

(2) H. u. LGO. I. 1. §. 4. GCO. I. 1. §. 4. H. J. W. V. v. 14 Aug. 1694. (LL. S. II. 5.) Fürstbrüd. V. v. 25 Febr. 1622. (LL. S. II. 723.) LGGEV. §. 396.

§. 159.

2. Unzulässigkeit.

Diese Befugniß leidet indessen aus besonderen Gründen theils überhaupt (§. 166.), theils in Ansehung des Suspensiv-Effects (§. 167.), mehrere Ausnahmen, welche größtentheils zwar ausdrücklich nur bei der Appellation bestimmt, aber durch den Gerichtsgebrauch auch auf die Restitution ausgedehnt sind.

§. 160.

3. Gattungen.

Die Rechtsmittel in Mecklenburg sind

I. ordentliche:

A. devolutive — nur die Appellation.

B. nicht devolutive, dahin 1) Restitution, als remedium ordinarium, 2) Nullitäts-Deduction und 3) Supplication.

II. außerordentliche:

A. devolutive: 1) Nullitätsbeschwerde, 2) Avocation.

B. nicht devolutive, die Restitution als beneficium juris.

Das, zuweilen selbst in LGGEV. §. 430. gedachte, beneficium transmissionis actorum ist kein besonderes Rechtsmittel gegen gerichtliche Erkenntnisse, sondern nur ein, den Partheien zugestandenes, Recht, den Spruch auswärtiger Rechtsgelehrten zu fordern (§. 20) (1).

Die Revision der Acten ist in Mecklenburg kein zulässiges eigenes Rechtsmittel (2), wofür auch die declaratio sententiae (§. 64.), so wenig in Mecklenburg, als anderswo gehalten werden kann. Der Rostocksche Recurs (§. 15. **)) ist blos particulär und daher hier ausgeschlossen.

(1) Beiträge V. Abh. XXV. S. 107. *Prehn* de justis limitibus beneficii transmissionis actorum §. 10. Das Gegentheil nimmt Mehlen a. a. O. §. 178. irrthümlich an.

(2) *Carmon* a. a. O. Sect. gen. §. 5. M. R. S. I. 185. *Tornow* I. 610. Das Gegentheil behauptet mit Unrecht *Berger* oecon. jur. Lib. IV. Tit. 8. th. 9. n. 4. und Mehlen a. a. O. §. 178. In ältern Zeiten war beim Consistorium die „revisio actorum secundaria“ (C. O. Tit. X.) üblich, auch scheint es die Absicht gewesen zu sein, sie beim H. u. LGericht einzuführen. *Resol. ad gr. jud.* I. *Tornow* I. 610.

§. 161.

4. Concurrenz.

Unter den angeführten Rechtsmitteln findet, so weit jedes derselben, seiner individuellen Natur nach, zulässig ist, nach Wahl des beschwerten Theils, eine elective Concurrenz (1) und überdem unter den Rechtsmitteln einerlei Effects (also unter den devolutiven untereinander und den nicht devolutiven unter einander) eine cumulative Concurrenz Statt, vermöge deren sie mit einander verbunden werden können (2).

Von diesen Rechtsmitteln stehen aber einige auch in einer alternativen Concurrenz, vermöge deren der Gebrauch eines nicht devolutiven (3) Rechtsmittels den nachherigen Gebrauch sowohl eines andern nicht devolutiven, als des devolutiven Rechtsmittels ausschließt (4), wogegen unter den Rechtsmitteln der Appellation und der Restitution eine successive Concurrenz Statt hat, vermöge deren der Gebrauch der Appellation die nachmalige Einlegung der letztern nicht hindert (5), welche Concurrenz ehedem auch zwischen der landes- und der reichsgerichtlichen Appellation Statt fand, allein umgekehrt zwischen der Restitution und Appellation unzulässig ist.

(1) H. u. LGO. II. 36. §. 4. GCO. 37. §. 4.

(2) Es kann daher cumulirt werden I. die Appellation mit der Nullitäts-Querel (*Carmon* de rem. susp. Sect. gen. §. 8.) II. die ordentliche Restitution mit der Nullitäts-Deduction (H. u. LGO. II. 36. §. 4. GCO. II. 37. §. 4. *Carmon* a. a. O. 8. *Jus Meckl. ill.* Cent. I. jud. 71. n. 5. *Tornow* I. 608. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 10. v. Ketzelblatt Archiv III. 99.) III. die ordentliche Restitution mit der Restitution per brevem manum. (*Car-*

(*Carmon* Sect. gen. §. 8.); allein nicht die Appellation und die Restitution. *Tornow* I. 608. *Carmon* a. a. O. §. 8.

(3) Bei der Appellation ist dieß nicht der Fall, indem dem Appellanten gegen das reinbestätigende Appellatur-Urtel das remed. restit. in integr. ordinarium noch zusteht. *Carmon* Sect. gen. §. 8.

(4) *Scharff* consult. jur. consult. 29. n. 13. *Carmon* Sect. gen. §. 7. *Krafft* de foro comp. Sect. II. 16. *Tornow* P. I. Cap. 3. Sect. 5. § 6. *Jus Meckl. ill.* Cent. I. jud. 71. Mehlen §. 207. M. R. S. I. 17. 18. 35 II. 102. 161. v. Nettelbladt Archiv III. Abschn. 1. n. 15. III. S. 99. So schließt aus 1) die ehemals übliche revisio die Appellation (C. O. Tit. 10.). 2) Die Restitution die Appellation, die nachmalige Restitution und die Nullitäts-Deduction. (s. u. LGO. II. 36. §. 4. GCO. II. 37. §. 4. *Resol. ad gr. jud.* 1. R. St. R. V. Tit. 10. Art. 8 u. 9. LGGEV. §. 334. n. 9. §. 391. n. 1. Select. jurid. rost. Fasc. I. sp. 2. qu. 9. Klüver II. app. II. 728. *Jus Meckl. ill.* Cent. III. jud. 31 u. 50. IV. jud. 39 u. 50. *Scharff* consult. 29. n. 10. M. R. S. I. 17. 18. 85. II. 102 u. 161. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 10.) Beispieler, in ältern Zeiten auch nach beendigtem restitutorio zugelassenen Appellation s. *Jus Meckl. ill.* Cent. I. jud. 71. *Carmon* Sect. gen. §. 8. v. Nettelbladt Archiv II. 166. f. f.) 3) Die Nullitäts-Deduction, die Restitution und Appellation (s. n. 2.). 4) Der Rostocksche Recurs die Appellation und Nullitäts-Querel (M. R. S. II. n. 3.) 5) und ein ordentliches Rechtsmittel den Recurs an den Landesherrn (*Resol. ad gr. jud.* 2. *Kraft* Sect. III. §. 21.), obgleich wegen offenbarer Nullität auch nach beendigtem restitutorio ein geeignetes weitres Rechtsmittel noch zulässig ist (*Carmon* Sect. gen. §. 8. *Jus Meckl. ill.* Cent. III. jud. 31. Jargow zu Klüver II. 732. Mehlen a. a. O. §. 202. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 10. Anmk. 6.) und insonderheit der Recurs an den Landesherrn, soweit er überhaupt Statt hat, gerade die vorhergegangene, aber vergebliche, Anwendung der ordentlichen Rechtsmittel

tel voraussetzt, mithin bei offen liegender Nullität durch letztere nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr bedingt ist.

(5) *Carmon* Sect. gen. §. 8.

§. 162.

5. Fatalien.

Die Fatalien der Rechtsmittel enthalten ein tempus continuum, laufen daher von Augenblick zu Augenblick (1), schließen die Ferien in sich (2) und müssen bei Vermeidung der Erlöschung des Rechtsmittels genau beobachtet werden (3), obgleich gegen ihren Ablauf aus rechtsgültigen Gründen die Restitution zulässig ist (4). Wenn gleich eine Prorogation des Fatals (s. von der Justifications-Frist) Statt hat; so soll dieß doch nur aus erheblichen und bescheinigten Ursachen geschehen (5) und die prorogirte Frist die Natur des Fatals behalten (6).

(1) H. u. LGO. *II.* 37. §. 2. GCO. *II.* 38. §. 2. *Carmon* Sect. sp. *I.* §. 5. Jargow zu Klüver *II.* app. *II.* 740. Mehlen §. 189. v. Nettelblads Archiv *I.* 307. Beitr. V. Abh. XX. §. 4. 5 u. 12. VI. Abh. XXV. §. 12. M. R. S. *I.* 20. 22. u. 50. *II.* 115. (vergl. §. 34. 64. u. 68.); insonderheit soll auf das tempus scientiae nicht gesehen werden. H. A. F. u. H. A. Erl. Const. v. 15 Jan. 1624. §. 7. (L. S. *II.* 22.)

(2) H. F. V. v. 26 Febr. 1776. n. *II.* (L. S. *II.* 251.) H. A. F. *IV.* V. v. 3 Febr. 1770. Beiträge IV. Abh. XXV. §. 12. Anmk. 6. Ein anderes findet bei der Appellation von den Untergerichten an das Obergericht in Rostock Statt. K. G. O. *II.* Tit. 9. §. fin.

(3) LGGEV. §. 384. n. 3. u. §. 426. H. C. L. V. v. 11 Aug. 1753. (L. S. *II.* 29.) H. u. LGV.

LGO. *II.* 3. §. 3. 38. §. 1. GCO. 3. §. 3. 39. §. 1. H. u. LGGB. v. 4 Oct. 1709. O. K. §. 37. K. St. K. Thl. V. Tit. 10. §. 7. *Carmon* Sect., sp. *II.* §. 2. Mehlen § 202.

(4) H. H. A. F u. H. A. B. v. 15 Jan. 1624. n. 5. (M. S. *II.* 22.) *Mantzel* de appellatione quae fit stante pede S. 41. *Carmon* a. a. O. §. 2. u. 19. Klüver *II.* 727 u. 743. Mehlen §. 189. Beiträge *III.* Abh. IX. 101. V. Abh. XX. §. 4 u. 12. VI. Abh. XXV. §. 12. M. K S. *II.* 175.

(5) H. C. L. B. v. 31 März und 11 Aug. 1753. (M. S. *II.* 28 u. 29.) H. K. B. v. 4 Nov. 1776. (*II.* 256.) H. u. LGGB. v. 4 Oct. 1709, v. 25 Jan. 1779 u. v. 12 Oct. 1799. §. 3. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 10. und v. 21 Oct. 1796. K. St. K. V. 10. Art. 7. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 1. 19.

(6) M. K. S. *I.* n. 22. Beitr. VI. Abh. XXVI. §. 12. vergl. *Engau* Decis. et Resp. P. *II.* n. 144. Bei dem H. u. LG. wird jedoch die Frist zur Justification nicht mehr sub poena desertionis, sondern sub finali poena praeclusi eaque peremtoria ertheilt. H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 3.

§. 163.

6. Behinderung und Aufhebung.

Die Einlegung eines Rechtsmittels ist unstatthaft oder fällt weg, theils wegen Verzichtleistung, welche sowohl vor, als nach derselben geschehen kann (1), theils wegen Versäumung der Fatalien (§. 162.), theils wegen der Qualität der Sache (§ 159.)

(1) H. u. LGO. II. 4. §. 5. 38 §. 1. GCO. 4. §. 5. 39. §. 1. LGGEV. v. 384. n. (über den hierzu erforderlichen Grad der Verzichtleistung ist die Praxis verschieden.)

Zweite Abtheilung.

Einzelne Rechtsmittel.

Erste Unterabtheilung.

Ordentliche Rechtsmittel.

Erster Titel.

Appellation.

1) *de Behr* Res mecklenburgicae Lib. VII. c. 38.
2) *Taddel* diss. de appellatione ad parem (Rost. 1735. 4.)
3) (Meine) Skizze des Hof- und Landgerichtlichen Appellationsprocesses (in m. Beiträgen zum Mecklenb. Staats- und Privatrecht Thl. V. Abh. XX.)

§. 164.

a. Eintheilung der Appellation und des Appellationsverfarens.

Die Eintheilung der Appellation in die gerichtliche und außergerichtliche ist in Mecklenburg nicht üblich, üblicher dagegen bei der Appellation

von

von den übrigen Landesgerichten an das Hof- und Landgericht die in Haupt- und Nebenappellation, welche letztre, die appellatio ad causam, wegen Abschlag der Appellation zu beiden oder zu einem Effect Statt hat (1). Am wichtigsten ist in Mecklenburg die, auf der Eigenschaft des judicii a quo gegründete, Eintheilung in die Appellation von einem Landesgericht (landesgerichtliche) oder einem Niedergerichte (niedergerichtliche).

Der Appellationsproceß ist, gleich dem der ersten Instanz, entweder ein ordentlicher oder ein summarischer (§. 36) (2).

(1) M. R. S. I. 175.
(2) H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 4. Skizze S. 266.

§. 165.

b. Appellationsgerichte (1).

In Mecklenburg ist in Rücksicht auf Appellationen die Abstufung der gerichtlichen Behörden nicht so rein und scharf, wie in den mehrsten andern deutschen Landen, sondern die Appellationsfreiheit durch die Auswahl unter mehrern Appellationsrichtern verstärkt. So konnte unter der Reichsverfassung von den Justizcanzleien elective an das Hof- und Landgericht oder an eins der höchsten Reichsgerichte appellirt werden: so kann noch jetzt von allen Untergerichten (mit alleiniger Ausnahme der Rostockschen (§. 14), nach nach Wahl des Appellanten entweder an das H. u. L. Gericht oder an eine Justizcanzlei, ja von

einis-

einigen Untergerichten (2) noch vorher an ein andres Untergericht schlechthin oder, nach appellantischer Wahl, an dasselbe oder an ein Landesgericht appellirt werden.

Die Gerichte, an welche die Appellation Statt hat, sind

I. die Herzogliche Regirung in Ansehung der Appellation von den, §. 4 u. 5. gedachten, außerordentlichen Gerichten (3).

II. das Hof- und Landgericht, an welches nicht allein von den drei Justizcanzleien, dem Consistorium und dem Obergericht zu Rostock, sondern auch von gesammten Niedergerichten (4) und zwar, was letztre betrifft, mit Ausnahme jedoch der Stadtrostockschen, in Concurrenz mit den Justiz-Canzleien (§. 14) die Appellation Statt hat.

III. die drei Justizcanzleien, an welche, unter der, §. 14 gedachten, Concurrenz, von allen Untergerichten, mit Ausnahme der Rostockschen, appellirt wird.

IV. das Obergericht der Stadt Rostock, an welches der Appellationszug von den dortigen Untergerichten geht (5).

V. Die Magistrate der Stadt Parchim, Güstrow und Malchin, an welche theils mit, theils ohne Concurrenz mit den Landesgerichten, appellirt werden kann (6).

Die Competenz des Appellationsgerichts richtet sich nach dem Gerichtsstande des Beklagten in erster Instanz, wenn gleich der Appellat in erster Instanz dem Gerichtsstande des Appellationsgerichts nicht unterworfen ist (7).

(1) Mehlen a. a. O. §. 179 ff.
(2) Außer den, in der Anm. 6. gedachten, Fällen die ehedem übliche Appellation von den Stadtgerichten in Rhena, Goldberg, Crakow, Hagenow und Lübz an das dortige Amtshaus (*Müller* s. *Krafft* Sect. II. §. 13. *Carmon* §. 8. Jargow in Klüver II. 739. *Jus meckl. ill.* Cent. IV. jud. 26. Beiträge V. Aph. 5. Schr. II. n. 66. vergl. M. C. R. I. I. §. 111 – 120.) und die vormals Statt gehabte Appellation vom Stadtgericht zu Fürstenberg an den Magistrat zu Neubrandenburg.
(3) Ueber die Appellation vom Klostergericht in Rostock s. E. O. v. 1584. §. 38.
(4) Mit Ausnahme jedoch der städtischen Niedergerichte in Rostock, von welchen zuerst an das dortige Obergericht appellirt werden muß. R. G. O. Th. I. Tit. 27. Thl. II. Tit. 9.
(5) S. die vorige Anm.
(6) *Carmon* a. a. O. Sect. sp. I. §. 8. *Krafft* Sect. I. §. 13 u. 17. *Jus Meckl. ill.* Cent. IV. jud. 26. Selectiores consult. Collegii Ictorum Gryph. Resp. 51. Parchimsche Stadtstatuten (M. C. R. I. II. S. 228.) §. 24. *E. J. F. Mantzel* s. *Casp. Ernst Ringwicht* diss. specialia juris statutarii Parchimensis exhibens (Rost. 1757. 4.) Cap. IV. §. 32. M. C. R. I. I. §. 126. 132 u. 136. v. Nettelbladt Archiv III. S. 252.
(7) M. R. S. II. n. 132.

§. 166.

c. Unzulässigkeit der Appellation.

aa) überall.

Obgleich die Regel für die allgemeine Zulässigkeit der Appellation streitet (1); so hat dieselbe doch weder zu dem einen, noch zu dem andern Effect, mithin überall nicht, Statt:

(1) I. in

I. in allen denjenigen Sachen, welche zum ordentlichen gerichtlichen Verfaren überall nicht geeignet sind (§. 9), wobei der Recurs an die Regirung die Stelle der Appellation vertritt.

II. in peinlichen und fiscalischen Sachen, welche an Leib und Leben gehen, ohne Rücksicht, ob darin inquisitorisch oder accusatorisch verfaren und erkannt worden (3).

III. in Fällen, worin der Appellation ausdrücklich entsagt ist (§. 164) (4).

IV. wegen Mangel an der appellablen Summe; diese ist

1) für die Appellation von den Justizcanzleien und dem Consistorium an das Hof- und Landgericht
   a. in bürgerlichen Sachen 30 Reichsthaler (5),
   b. in fiscalischen Sachen 50 Rthl. (6),
2) für die Appellation vom Rostockschen Obergericht an das Hof- und Landgericht 70 Gulden Hauptsumme oder, jeden Gulden zu 24 ßl. Lübsch gerechnet, 35 thl. (7).
3) für die Appellation von den Niedergerichten an die Landesgerichte über 5 thl. (8),
4) für die Appellation vom Niedergericht in Rostock an das dortige Obergericht 10 Gulden (9).

V. wenn die Appellation wegen Versäumung der, in der H. u. LGO. vorgeschriebenen, Formalien für desert und erloschen erklärt worden (10), jedoch ist bei niedergerichtli-

 chen

chen Appellationen den Landesgerichten unbenommen, bei armen, geringen oder der Rechte unkundigen Personen ihres richterlichen Ermessens sich zu bedienen und überall mehr auf Wahrheit und Gerechtigkeit, als auf bloße Formalitäten zu sehen, auch die Protocolle und Acten erster Instanz abzufordern, um von der wahren Beschaffenheit der Sache besser zu urtheilen (11).

VI. wenn ein Erkenntniß oder eine Executionsverfügung sich auf rechtskräftige Urtel bezieht, jedoch ist wegen Excesses bei der Execution die Appellation zulässig (§. 88).

VII. von einem, nach geleistetem Eide condemnirenden oder absolvirenden, Urtel (§. 85) (12).

VIII. wenn in einer Sache drei gleichlautende Urtel vorhanden sind (13),

IX. von einer bloßen, und sonst keine beschwerliche Clauseln in sich fassenden, Citation (14).

X. wenn jemand gehörig citirt ist und sonst keine rechtmäßige Ursache seines Aussenbleibens ausgeführt hat, folglich wegen seines ungehorsamen Aussenbleibens (ob contumaciam in comparendo) verurtheilt ist (15).

XI. wenn Jemand nach ergriffenem Rechtsmittel der Restitution oder Nullitätsdeduction sachfällig geworden ist (16),

XII. wenn in klaren und liquiden, auf reiner Hand und Siegel beruhenden, Schuld- und Wechsel-, Gelübdes- und Bürgschafts-Sachen erkannt worden (17), obgleich die Appellation von dem separato zulässig ist (18)

(18) und Kläger in, dazu geeigneten, Fällen Caution bestellen muß

XIII. von Moderatordecreten der Rechnungen der An- und Sachwälde (§. 29),

XIV. von der Umänderung eines gesetz- oder praxiswidrig abgefaßten auswärtigen Urtels (§. 20).

Die Vorschriften des LGGEV. §. 384 u. 385. sind zwar, als solche, nicht auf die Appellation von den Niedergerichten an die Landesgerichte anwendbar (19), allein die gemeinrechtliche Inappellabilität solcher Fälle doch auch hierbei zu berücksichtigen.

Für die Appellation vom Rath zu Rostock an das Hof- und Landgericht sind noch einige besondre Fälle der Inappellabilität bestimmt (20).

(1) Reverss. v. 1572. Art. 5. u. v. 1621. Art. 5. H. G. A. V. v. 24 u. 31 Oct. 1654. *Resol. ad gr. eccl.* 3. *et gr. jud.* 1. LGGEV. §. 382. 387 u. 388. *Tornow* I. 610. Mehlen §. 185.

(2) Z. B. Steuersachen. LGGEV. §. 57. Erkenntnisse in Lehr- und Lebenssachen der Kirchen- und Schulbediente. H. C. L. V. v. 10 März 1749. (Ditmar II. 146.) Mehlen §. 183. n. 11. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 5. not. * u. c.

(3) LGGEV. §. 384. n. 1. H. C. L. V. v. 30 May 1738. (Ditmar II. 135.) R. E. V. §. 1584. (. 57. H. F. W. V. v. 9 Aug. 1709. verbot die Appellation in allen fiscalischen Sachen, ward aber durch das Reichshofraths-Conclusum v. 19 Oct. 1724 u. v. 2 May 1738 (Justiss. dec. 382 u. 622.) aufgehoben und darauf die Appellabilität durch die V. v. 30 May 1738 und, nachdem H. C. L. V. v. 10 März 1749 (Ditmar II. 136) zu den Grundsätzen der V. v. 1709 zurückgekehrt war, durch den LGGEV., wie angeführt, bestimmt, Frank A. u. N. M. B. XV. Cap. 13. §. 1. *Hartmann* de partibus ac ju-

ac juribus fisc. §. 44—51. Beiträge III. Abh. IX. §. 13. u. 4. M. K. S. II. n. 87. §. 1.

(4) LGGEV. §. 384. n. 2. Die Appel. Summe betrug nach den H. u. LGDD. v. 1558 u. 1568. Tit. was für Sachen ꝛc. 20 Gulden oder 10 thl. species (Klüver II. 740.). H. A. F. V. v. 30 Januar 1629. bestimmte sie zu 70 Gulden (allein sie ist entweder nicht publicirt (*Kraft* a. a. O. Sect. II. §. 15) oder nicht in Gebrauch gekommen (*Warnemünde* Sect. III. Tit. 19. §. 4.)

(6) LGGEV. §. 429. wenn die Summe 30 bis 50 thl. beträgt; so hat das remd. suppl. Statt LGGEV. §. 430. Wolff Rep. S. 16 ff.

(7) K. E. V. v. 1584. §. 57. K. G. O. P. I. Tit. 27. §. 1. Mehlen §. 187.

(8) LGGEV. §. 426. vergl. J. O. §. 16.

(9) K. G. O. P. I. Tit. 9. §. 1.

(10) LGGEV. §. 384. n. 3. u. §. 426.

(11) LGGEV. §. 457.

(12) LGGEV. §. 384. n. 6. Schröder a. II. a

(13) LGGEV. §. 384. n. 7.

(14) LGGEV. §. 384. n. 8. Beiträge VI. 135. Daher auch nicht 1) von einer bloßen, die Appellation annehmenden, Devolutor-Urtel. Beitr. VI. Abh. XXV. S. 135. M. K. S. *I.* 16. *II.* 131. 2) von einer bloßen Frist-Ertheilung. M. K. S. *I.* 17. Beiträge a. a. O. Wolff Repert. *II.* Forts. S. 203.

(15) LGGEV. §. 384. n. 8. Mehlen §. 183. Beiträge VI. S. 135.

(16) LGGEV. §. 384. n. 9. K. St. R. V. Tit. 10. §. 9. Ob von dem, die Restitution als nicht erheblich abschlagenden, Decret appellirt werden könne? Diese Frage ist von Jargow in Klüver *II.* S. 278. verneinet, in *Jus Meckl. illat.* Cent. *III.* jud. 39. aber bejahet.

(17) H. A. F. u. H. A. V. v. 27 Jan. 1619. (T. S. *II.* 21.) H. H. A. V. v. 10 April 1634. (*II.* 53.) H. u. LGO. *II.* 4. §. 6. 37. §. 9. GCO. *II.* 4. §. 5. Schw. C. . Eingang §. in hellen. Kaiserl. Appell. Privil. v. 1651. LGGEV. §. 384. n. 10. u. §. 891. n. 3. *Mantzel* de processu executivo S. 19.

(18)

(18) LGGEV. §. 384. n. 10. Beitr. VI. 136. M. R. S. I. 17. Nach dem Reg. Rescript an das H. u. LG. v. 26 Sept. 1807 ist die Disposition des LGGEV. §. 384. n. 10. von der im §. 386 ganz verschieden, indem jene für ganz inappellable Fälle erlassen ist, diese aber sich mit ausdrücklichen Worten auf die, nur den Devolutiveffect habenden, appellablen Fälle beschränkt, und nicht von der einen auf die andre geschlossen werden darf.

(19) H. M. Schw. Reg. Rescript v. 15 April 1767. (M. R. S. I. 19.)

(20) K. E. V. v. 1585. §. 57. Mehlen §. 187. über die Inappellabilität vom Niedergericht an das Obergericht. R. G. O. P. 2. Tit. 9. §. 1. *Warnemünde* a. a. O. §. 4.

*) ob. L. 6. C. quorum appell. non recipiuntur in Meckl. gilt? s. *Jus Meckl. ill.* Cent. V. jud. 49.

§. 167.

bb) nicht zur Suspensivwirkung.

Die überhaupt zulässigen Appellationen (§. 166) sollen zwar in der Regel den Suspensiveffect haben (1), allein diese, auf Sachen des ordentlichen Processes sich beschränkende, Würkung fällt in folgenden, zur summarischen Verhandlung größtentheils geeigneten, Fällen weg:

I. wenn die sententia a qua über ein Spolium oder über momentaneam possessionem, folglich in possessorio summariissimo, ergangen (§. 141).

II. wenn dieselbe nur eine interlocutoria mera ist (2), welches jedoch nur auf den Fall, daß sie den Beweissatz nicht festsetzt, zu beschränken ist (§. 74).

III. von einem, in Sachen der Kirchen, Schulen, Hospitäler, Armenhäuser, armer Wittwen und Waisen oder andrer dürftigen und miserablen Personen und wegen der adlichen Wittwen und Töchter Unterhalt oder Aussteuer gesprochenen, Urtel (3).

IV. wenn das Urtel auf klaren Vertrag oder Vergleich, oder auf klare, vor den Landesgerichten getroffene, Contracte sich gründet (4).

V. in Sachen, welche keinen Verzug leiden, als Beerdigungen, Eröfnung eines Testaments, Besitznahme einer Erbschaft, wenn das Testament mit keinem sichtbaren Mangel behaftet ist, Alimente, verdienter Lohn und Stipendien oder wenn sonst eine Gefahr mit dem Verzug verknüpft ist, wohin die Policei- Bau- Wasserstauungs- und andre schädliche und gefährliche Unternehmungen zum Nachtheil des gemeinen Wesens oder eines dritten und die, darüber erkannten Inhibitoria und sequestra zu rechnen sind (5), oder wenn sogar

VI. periculum armorum oder andre gefährliche Erweiterungen zu befürchten stehen und dawider in dem Urtel Vorsehung geschehen ist (6).

VII. gegen das Erkenntniß über die Recognition der Urkunden (7).

VIII. gegen Erkenntnisse über die cessio bonorum (8).

Wenn gleich die Appellation in diesen Fällen den Suspensiveffect dann, wenn die Sententia a qua rein verurtheilend ist, nicht aber wenn sie nur interloquirt (9), nicht hat; so muß doch

doch der obsiegende Theil, falls er nicht cautionsfrei ist, cautionem de eventualiter cum omni causa in casum succumbentiae restituendo vor Vollstreckung des Urteils bestellen (10).

(1) H. u. LGO. II. 39. §. 1. GCO. II. 40. §. 1. LGGEV. §. 387. Mehlen §. 185.

(2) LGGEV. §. 385. n. 2. Nach H. u. LGO. II. 37. §. 2 u. 14. und GCO. II. 38. §. 2. „nach „Eröffnung der Bei- und Endurtheile." noch deutlicher aber nach H. u. LGO. v. 1568. Tit. v. Appell. §. 3. „bei Urtheil, welche die Kraft „einer Endurthel hat", hatte das Gegentheil Statt, welches daher die Rechtsgelehrten vor dem LGGEV. z. B. *Carmon* Sect. sp. 1. §. 6. auch behaupteten.

(3) LGGEV. §. 385. n. 3. Auch in Alimenten- und Dienstbothenlohnsachen H. u. LGGB. v. 30 Jun. 1592 u. v. 25 Januar 1609. Beiträge VI. S. 140. *Ad. Frid. Trendelenburg* s. *Georg Diter. Berner* diss. de favore piarum causarum in Megapoli tum ratione praelationis inter creditores concurrentes, tum respectu appellationis (Butzovii 1771. 4.) Cap. III. Allein das geht nicht auf die Appellation von den Untergerichten an die Landesgerichte, wobei vielmehr nach gemeinem Recht die Appellation den Suspensiveffect hat: Trendelenburg a. a. O. §. 8, welcher im §. 9. das angeführte Vorzugsrecht nur auf den Fall beschränkt, wenn das pium corpus Appellat ist. Was gehört zu den piis corporibus? s. §. 154. Anm. 24. Den, gegen die Gastrechtserkenntnisse in Rostock eingelegten, Appellationen gebührt der Suspensiveffect nicht. R. E. V. v. 1788. §. 50.

(4) LGGEV. ü. 385. n. 4. Aus diesem Grunde und weil der LGGEV. §. 336. in Ansehung des landesherrlichen Consenses einen solchen Vergleich enthält, wird der Appellation in Bauernlegungssachen gewöhnlich der Suspensiveffect versagt. M. R. S. II. n. 119.

(5) LGGEV. §. 385. H. u. LGGB. v. 30 Januar 1592 u. 25 Januar 1609. Der Suspensiveffect fällt daher weg 1) in Policeisachen *Jus Meckl. ill.* Cent. V. jud. 20. 2) in Sachen wegen Duldung der Handwerker auf dem platten Lande. LGGEV. §. 265. u. Mehlen §. 184. n. 7. 3) in Sachen der Aufnahme der Handwerker. Skizze St. 40. 4) in Bauernlegungssachen M. R. S. II. 119. 5) in Alimentensachen (s. Anm. 3.) 6) in Dienstbothensachen (Anm. 3) 7) in Fällen, wo evidens periculum in mora ist. H. u. LGGB. v. 1592 u. 1609. 8) nach K. St. R. Thl. III. Tit. 8. art. 5. wenn dem Miethsmann die Räumung aufgegeben ist, und 9) gegen erkannten Arrest. K. St. R. Thl. V. Tit. XI. §. 2.

(6) LGGEV. §. 385. n. 6.

(7) GCO. II. 27. §. 1. (die H. u. LGO. hat diese Stelle nicht).

(8) Reverf. v. 1621. art. XX. H. F. V. v. 7 Januar 1766. (M. S. II. 43 u. 44.) Wolff Rep. 57.

(9) M. R. S. I. n. 17. Beiträge VI. Abh. XXV. §. 9. Anm. *

(10) LGGEV. §. 386. Mehlen §. 184. Skizze S. 288. (s. §. 134 u. 166. Anm. 18.) Die Bestellung muß im judicio a quo geschehen, obgleich die Stände bei den Verhandlungen über den LGGEv. vorschlugen, daß sie im judicio ad quod geschehen möge. Skizze S. 238.

§. 168.

d. Appellationsfatalien.

aa) Interposition.

Die Appellation muß bei Vermeidung der Erlöschung binnen zehn, von dem Zeitpunkt der Publication oder Insinuation der richterlichen Ent-

Entscheidung zu berechnenden, Tagen interponirt werden (1), entweder

I. gerichtlich, und zwar entweder

a. mündlich sofort nach Publication des Urtels (viva voce et stante pede) (2), welche Interpositionsart daher nur bei, feierlich publicirten, Urteln möglich, allein bei Appellationen von den Landesgerichten unzulässig (3) und nur bei denen von den Untergerichten üblich und dort, wenigstens in den Gerichten der mehrsten ältren Städte, mit Erlegung des Appellationsgroschens verbunden ist (4); bei dieser Einlegung erhält der Appellant ein gerichtliches documentum interpositae appellationis (5), oder

b. schriftlich, mittelst einer schriftlichen Anzeige bei dem judicio a quo, welche Interpositionsart bei Appellationen von den Landesgerichten unstatthaft, und nur bei den untergerichtlichen zwar nicht gewöhnlich, aber doch nicht unzulässig ist (6).

II. oder außergerichtlich vor einem Notar und zwei Zeugen (7), worüber jener ein Appellationsinstrument (8) oder auch nur ein bloßes Document (9) ausstellt.

(1) H. u. LGO. v. 1558. Tit. v. App. §. 2. „von „Stund an oder längstens innerhalb zehn Ta„gen in Schriften" H. u. LGO. v. 1568. daf. §. 2. eben so, jedoch mit dem Zusatz §. 3. „in „Schriften ex intervallo oder mündlich in con„tinenti." H. u. LGO. II. 38. §. 2. GCO. II. 38. §. 1. „von Stund an mündlich oder hernach-

„nachher schriftlich innerhalb zehn Tagen." R. E. O. v. 1584. §. 58. R. St. R. Thl. V. Tit. 10. §. 1 u. 2. *Carmon* sect. sp. 1. §. 5. Jargow in Klüver II. 740. Mehlen §. 189. Skizze §. 4; aus rechtsgenügendem Grunde ist jedoch gegen den Ablauf dieses Fatals Restitution zulässig. *Mantzel* de duobus vel tribus viris honestis. S. 41. M. R. S. II. 175. (vergl. §. 162.)

(2) S. die vorige Anm. auch *Carmon* sect. sp. 1. §. 2. *Mantzel* de appellatione, quae fit stante pede (Rost. 1738.) Mehlen §. 188.

(3) Schw. C. O. Tit. v. Canzleisubstit: §. weil sich auch. Jargow in Klüver II. 741. *Mantzel* de appell. quae sit stante pede S. 8. *Carmon* a. a. O. §. 2 u. 4. Mehlen §. 188. Skizze XX. §. 4. Diese Interpositionsart ist auch bei dem Obergericht in Rostock, so wie bei den dortigen Untergerichten, wenn zur Anhörung des Urtels Ladungen erlassen, unzulässig, hat aber dagegen im Gastrecht Statt. R. St. R. Thl. V. Tit. 10. §. 2.

(4) Anm. 1 u. 2. H. u. LGGB. v. 11 Jun. 1703. *Carmon* S. 13. *Mantzel* de appell. quae sit posit. 14. *Carmon* a. a. O. §. 2. Mehlen §. 188. Der Appellationsgroschen ist sehr verschieden z. B. beim Obergericht in Rostock 10 Gulden (R. E. O. v. 1584. §. 59. 61 u. 91.), im dortigen Gastrecht 18 ßl. (Mehlen §. 188.), beim Stadtgericht in Güstrow 1½ ßl. M. V. (Skizze §. 27.)

(5) H. u. LGO. II. 37. §. 3. GCO. II. 38. §. 3.

(6) *Carmon* a. a. O. §. 2 u. 4. *Mantzel* de app. quae fit stante §. 11. 12 u. 19. Jargow in Klüver II. 741. Mehlen §. 188. Skizze S. 212. M. R. S. II. 175. v. Nettelbladt Archiv III. S. 8.

(7) H. u. LGO. II. 37. §. 5. GCO. II. 38. §. 3. H. u. LGGB. v. 25 Januar 1609, 11 July 1668 u. 11 Jul. 1703. *Mantzel s. Joach. Beselin* diss. de duobus vel tribus viris honestis in hypothecis, intimationibus et appellationibus subsidiariis adhibendis (Rost. 1742. 4.) *Carmon* a. a. O. §. 2. Jargow in Klüver II. 741. Mehlen §. 188. Die Notarien sollen aber kei-

keine Appellation vor sich interponiren lassen, wenn ihnen nicht eine Appellationsschedel zugestellt ist, welche anzunehmen und dem Appellationsinstrument einzurücken ist. H. u. LGGB. v. 25 Januar 1609 u. 11 Jul. 1703.

(8) H. u. LGO. II. 37. §. 5. GCO. II. 38. §. 3. über die Form des Appellationsinstruments und der Schedel s. H. Ch. L. B. v. 31 März 1753. (N. S. I. 28.) H. u. LGGB. v. 1609, 1668, 11 Jun. 1703 u. 15 Jul. 1780. *Carmon* a. a. O. §. 16. *Krafft* Sect. II. §. 21. *Mantzel* de appell. quae fit etc. posit. 15. Mehlen §. 188. Skizze S. 213. M. R. S. II. 138 u. 142.

(9) Skizze S. 213 u. 244.

§. 169.

bb) Intimation.

Bei der gerichtlichen schriftlichen und ausergerichtlichen Interposition muß der Appellant die Appellation binnen dreißig Tagen, welche bei Appellationen von den Justizcanzleien und dem Consistorium an das H. u. LGericht von Zeit der Publication oder Insinuation des beschwerenden Erkenntnisses (1), bei niedergerichtlichen Appellationen aber von Zeit der Interposition (2) berechnet werden, dem judicio a quo schriftlich anzeigen (2) und dabei zugleich sowohl mittelst Notariatdocuments (3) die geschehene Einwendung bescheinigen, als da, wo Appellationssolennien Statt haben, um einen Termin zur Ableistung derselben und demnächstige Deferirung der Appellation bitten (4). Ob diese Intimationsfrist bei mangelnder gesetzlichen Vorschrift für ein Fatale zu halten? ist in der Theorie streitig und in der Praxis unbestimmt (5). Eine

Verkündigung an den Appellaten ist weder erforderlich noch üblich (6).

(1) *Carmon* §. 10. Jargow bei Klüver II. 741. Mehlen §. 190. Skizze §. 5. Die Abweichung dieser Computationsart ist wohl aus der Anwendung des Kaiserl. Appell. Privil. v. 1651 auf die Appellation von den Justizcanzleien an das H. u. LGericht entstanden.

(2) J. O. §. 16. M. R. S. I. 23. II. 114. Skizze §. 27. Die Intimation kann auch durch einen Notar geschehen. *Krafft* sect. II. §. 22. Skizze S. 220.

(3) Dasselbe ist bei allen schwerinschen Landesgerichten, auch bei Appellationen von ihnen an das H. u. LGericht hinreichend, allein bei der Strelitzschen Justizcanzlei die Beilegung eines förmlichen Appellationsinstruments erforderlich. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 9. H. A. A. F. III. Resol. an die Ritter- und Landschaft des stargardischen Kreises v. 9 u. 14 Nov. 1747. Beitr. III. Abh. IX. §. 23. n. V. Abh. XX. §. 5. Anm. 2. M. R. S. II. 45.

(4) Mehlen §. 190. Skizze §. 5. Bei den Herzogl. Untergerichten des Schwerinschen Landesantheils muß zugleich der superior genannt werden. J. O §. 16a. Ueber den Ursprung dieser Intimation s. Skizze §. 5; sie ist später als die H. u. LGO. durch den Gerichtsgebrauch eingeführt und nachher gesetzlich bestätigt. H. G. A. V. v. 24 u. 30 Oct. 1654. (M. S. 24 u. 25.) GCO. *II.* 38. §. 8. *Justiss. decis.* imp. n. 622. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 9. In Rostock schon durch EV. v. 1573. §. dagegen u. v. 1584. § 9.

(5) Die Negative ist von *Krafft* Sect. *II.* §. 22. *Carmon* §. 10. *Mantzel* diss de requisitione consensus absque formidine denegationis, von Mund gönnen (Rost. 1747 4.) §. 29 und in Skizze §. 5. u. M R. S. *I.* 23. *II.* 214, die Affirmative aber, bei Appellationen von den Landesgerichten an das Hof- und Landgericht, von Jargow in Klüver *II.* 741. und v. Nettelbladt Ar-

Archiv *II.* S. 334 behauptet; die Praxis des H. u. L.Gerichts nimmt die erste, die der übrigen Landesgerichte aber die letzte Meinung an. Vergl. Unpartheiische Nachricht von den, bei der Kaiserl. Commission in Meckl. vorgekommenen, Differenzen. St. *II.* S. 5. n. 33. 58. 65 u. 86. Daß sie aber bei niedergerichtlichen Appellationen keine Fatale sei, ist von allen zugegeben. Skizze u. M. R. S. a. a. O. *Carmon* §. 11. Mehlen §. 190. v. Nettelbladt a. a. O. S. 334.

(6) Beitr. *V.* Abh. XX. §. 5.

§. 170.

cc) Introduction.

Die Appellation muß binnen der, von Zeit der Einlegung (§. 168.) zu berechnenden (1), Nothfrist von sechs Wochen (2) bei dem Oberrichter, mit Beilegung des Appellationsinstruments (§. 168.) (3) und der sententiae a qua in Ur- oder beglaubter Abschrift (4), eingeführt werden (5). Diese Frist ist ein wahres, vom Richter ex officio zu berücksichtigendes, Fatale (6), ob sie gleich weder eine Prorogation (7), noch eine Restitution (8) ausschließt. Wenn gleich die Justification mit der Introduction verbunden sein soll (9); so ist doch eine Befristung zur Justification aus rechtserheblichen, bescheinigten Ursachen (§. 162.), und, wenn dem Erkenntniß über die Zulässigkeit der Appellation ein Termin zur Rotulation der Acten vorangeht, bis zu demselben ihre Einreichung zulässig (10).

(1) *Carmon* a. a. O. §. 14. *Krafft* Sect. II. §. 21. *de Behr* res Meckl. Lib. 8. c. 38. S. 1805. *Jus Meckl. ill.* Cent. II. jud. 83. Mehlen §. 192. Beitr. III. Abh. 12. Skizze §. 12. M. R. S.

R. S. I. 32. auch R. St. R. Thl. V. Tit. 10. §. 3. Diese Frist berechnet von dem Zeitpunkt der Publication des Urtels der, zur Beschränkung der Appellationsfreiheit überhaupt so geneigte, Jargow bei Klüver II. 742, mit Unrecht.

(2) H. u. LGO. II. 37. §. 4 u. 6. GCO. II. 38. §. 4 u. 6. H. u. LGGB. v. 4 Oct. 1703. H. C. L. B. v. 31 März 1753. (A. S. II. 28.) u. v. 11 Aug. 1753. (das. 29 u. 30.) *Carmon* §. 14 u. 16. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 19. §. 6. Mehlen §. 192. Skizze §. 12. In der H. u. LGO. v. 1558 war gar keine Introductionsfrist und in der v. 1568 Tit. v. Appell. §. 4. dazu der erste oder nächstfolgende Gerichtstag bestimmt, und daher der §. 60. des R. E O. v. 1584 keine besondere Bevorzügung der Stadt Rostock. (C. F. Evers das vormalige fatale introducendae appellationis von den Erkenntnissen des Magistrats zu Rostock an das H. u. LGericht im Patriotisch. Archiv für die Herzogth. M. Jahrg. II. Bd. III. St. 21) und deshalb durch E. V. v. 1788. §. 112. aufgehoben. Die Introductionsfrist ist aber bei Appellationen von dem Untergericht zu Rostock an das dortige Obergericht auf 14 Tage von Zeit der Einwendung und von Gastrechtsurteln auf den folgenden Gerichtstag verengt. R. G. O. P. II. Tit. 9. §. fin. R. St. R. Thl. V. Tit. 10. §. 3. f. f.

(3) H. u. LGO. a. a. O. §. 3 u. 4. GCO. a. a. O. §. 3 u. 4. H u. LGGB. v. 11 July 1703. u. 15 July 1780. n. 4. H. C. L. B. v. 31 März u. 11 Aug. 1753, (A. S. II. 28 u. 29.) *Carmon* §. 16. *Krafft* a. a. O. §. 21. *Mantzel* de appell. quae fit. etc. posit. 15. Mehlen §. 188. Skizze §. 12. M. R. S. II. 141. 142 u. 175.

(4) Skizze S. 245. M. R. S. II. 129.

(5) S. Anmk. 1—3. Mehlen §. 192. Skizze §. 12.

(6) *Carmon* §. 14.

(7) M. R. S. II. 128 u. 141.

(8) *Carmon* §. 14.

(9) H. u. LGGB. v. 4 Oct. 1709. H. C. L. B. v. 31 März u. 11 Aug. 1753. Beitr. V. Abh. XX. §. 12.

(10)

(10) H. u. LGB. v. 12 Oct. 1799 §. 3. Skizze §. 14. Mehlen §. 193. M. R. S. I. 23.

§. 171.

e. Appellations-Solennien.

Die Appellations-Sollennien modificiren sich nach Verschiedenheit des judicii a quo und sind

I. bei Appellationen von den Justiz Canzleien und dem Consistorium (1) an das Hof- und Landgericht gegenwärtig (2)

1) der, vom Appellanten, außer dem Fall einer besondern Befreiung (3) oder der landesherrlichen Dispensation von der Ableistung überhaupt oder wenigstens von der persönlichen Ableistung, persönlich judicio a quo (*) abzuleistende (4), Appellations-Eid,

2) die, von des Appellanten Sachwald auf vorhergehende ernste und scharfe Verwarnung gerichtlich zu Protocoll abzugebende, sogenannte constitutionsmäßige Erklärung: „daß er, vermöge geleisteten Advocaten-Eides, die „unterhabende Sache für recht und appellable halte, und deswegen auch seinem Principal zur Abstattung des Appellations-Eides gerathen habe (6)."

II. Bei Appellationen vom Rostockschen Obergericht an das H. u. LGericht

1) der Appellationseid des Appellanten und
2) das Legegeld von 10 Gulden oder 5 Rthl. (7)

III. Bei den eigentlichen Untergerichten finden, den

Appel-

Appellations-Groschen (§. 168.) abgerechnet, keine Solennien Statt (8).

Die Ableistung der Appellations-Solennien soll dem Appellanten nicht erschwert werden (9).

(1) Die unten angeführten V. V. reden zwar nur von den Justiz-Canzleien, aber sie gelten auch in Ansehung des Landes-Consistoriums.

(2) Vor dem Jahr 1654 gab es auch bei diesen Appellationen keine Solennien. Außer den jetzt gedachten ward in diesem Jahre zwar auch das Succumbenz- oder Legeld und die Caution eingeführt, allein bald wieder abgeschafft. Skizze S. 236. f. f. *Justiss. decis.* n. 622. 712. 729 u. 730. LGGEV. §. 389.

(3) Sie wird, theils unrecht, theils nicht allgemein, beigelegt 1) den Reichsgrafen (M. R. S. I. n. 39.), 2) den landesherrlichen Fiscälen (H. F. V. v. 24 April 1780. Schr. I. II. 46.), obgleich *Carmon* §. II. es bezweifelt, allein nicht dem Cammer-Procurator (v. Nettelbladt II. 108.). 3) den Herzogl. Dienern, wenn sie bei den Eiden und Pflichten, mit welchen sie dem Landesherrn verwandt sind, versichern, daß sie nicht muthwillig appelliren. *Carmon* §. II. Krankheit begründet ein Commissorium (*Carmon* §. II.) und Abwesenheit ein Requisitoriale. M. R. S. I. n. 39.

*) Bei Appellationen vom Academischen Concilium an die Regirung, jedoch im judicio a quod. *Carmon* §. II.

(4) Die Eidesformel ist in H. u. LGO. I. 32, erhielt aber den Zusatz: „daß Appellant dem Advocaten „wegen der Strafe, worin dieser verurtheilt wer„den möchte, keine Erstattung thun wolle." durch Constit. v. 30 Jan. 1656.

(5) H. u. LGO. I. 32. Beitr. VI. 311. H. A. F. u. G. A. V. v. 24 u. 30 Oct. 1654, 23 Nov. 1655 u. 30 Jan. 1656. (R. S. II. 24. 25. 26 u. 27.) GCO. II. 38. §. 8. *Justiss. decis.* n. 622 u. 695. LGGEV. §. 389. *Carmon* §. 12. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 19. §. 1. *Krafft* Sect. III. §. 28. Skizze S. 233. Das judi-

judicium a quo kann jedoch aus hinreichenden, rechtlichen Gründen die wirkliche Ableistung dieses Eides erlassen. Jargow bei Klüver II. 744. Skizze 234.

(6) Constit. v. 23 Nov. 1655 u. 30 Januar 1656. LGGEV. §. 389. Gem. Bes. der Rost. Justiz-Canzlei v. 6 May 1758. (Beiträge VI. 310.) Skizze §. 8. Nach den V. V. v. 24 u. 30 Oct. 1654 war ein besondrer Appellationseid für den Advocaten eingeführt, er ist aber durch die angeführten spätern V. V. abgeschafft. Zur Abgabe dieser Erklärung wird der Anwald bei der J. C. zu Rostock, nicht bei der zu Schwerin und Neustrelitz, besonders geladen; der Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 9. behält noch überdem erforderlichen Falls das juramentum calumniae vor. Vergl. den Procuratoren- und Advocaten-Eid in §. u. LGO. I. 18.

(7) R. E. V. v. 1584. §. 58. 59. 61 u. 91.

(8) *Jus Meckl. ill.* Cent. IV. jud. 26. n. 11. Skizze §. 27.

(9) R. H. R. Conclusum v. 2 May 1738. membr. 1. §. 5. (Justissimae dec. n. 622.)

§. 172.

f. Appellations-Proceß.

aa) im judicio a quo.

α) Niedergericht.

Der Appellationsproceß im judicio a quo ist verschieden, je nachdem dasselbe ein Niedergericht oder ein Landesgericht ist.

Wenn dasselbe ein Niedergericht (1) ist; so muß dasselbe auf die Interposition oder Intimation einen Reverential-Abschied erlassen (2) und, wenigstens wenn der Appellations-Richter ihm genannt ist, alles Verfarens in der Sache (3) und

alles

alles Erkenntnisses über die Zulässigkeit der Appellation (4) sich enthalten; im Fall der, mit dem Verzug verknüpften, Gefahr kann es jedoch, selbst unaufgefordert, die Acten mit Bericht an den Oberrichter einsenden (5).

Auf die, an das Gericht selbst ergehenden, (6), Compulsorialen muß es die Acten entweder in Urschrift oder in Abschrift (7) unter dem Gerichtssiegel verschlossen, an das Appellations-Gericht einsenden (8).

(1) Im Rostockschen Obergericht ist das Verfaren jedoch anders (§. 171.).
(2) *Cothmann* Vol. V. resp. 38. n. 4. *Carmon* §. 18. Skizze §. 27.
(3) H. u. LGO. II. 38. §. 3. GCO. II. 38. §. 3. *Resol. ad gr.* add. cl. 6. n. 5. J. O. §. 15 f. K. E. V. v. 1573. §. dagegen u. v. 1584. §. 59.
(4) H. u. LGO. II. 2. §. 2. GCO. II. 2. §. 2. s. Anmk. 2.
(5) J. O. §. 16.
(6) Skizze §. 27. n. 7. auch wohl compulsoriales arctiores. H. u. LGO. II. 2. §. 1. GCO. II. 2. §. 1.
(7) Die Acten müssen vollkommen, wohl und reinlich abgeschrieben sein, und jede Seite 24 Zeilen enthalten. H. u. LGO. II. 1. §. 14. 2. §. 1. 2. 3 u. 10. GCO. II. 1. §. 14. 2. §. 1. 2. 3 u. 10. Am Schlusse der Acten ist deren Uebereinstimmung mit den Original-Acten gerichtlich zu bezeugen. *Carmon* §. 15. M. K. S. II. 140.
(8) S. Anmk. 6 u. 7. Die Kosten der Ein- und Rücksendung trägt der Appellant. v. Nettelbladt III. 90.

§. 173.

β) Landesgericht.

Wenn das judicium a quo ein Landesgericht ist; so wird von demselben, falls die Appellation als unzulässig nicht schon klar vorliegt und dafür durch ein Respons erklärt wird, auf die Intimation (§. 169.), welche aber mit einer dreimaligen Acten-Requisition nicht verbunden zu sein braucht (1), ein Termin zur Untersuchung der Beschwerden und der Zulässigkeit der Appellation und eventualiter zur Leistung der Appellations-Solennien, wenn Appellant dazu zuzulassen, anberaumt und zu demselben die Partheien vorgeladen (2). In diesem Termin muß der Appellant, wenn er bei der Intimation nicht ein Appellationsinstrument, sondern nur ein Document (§. 168.) übergeben hat, die Beschwerden extra protocollum ad cognoscendum, welche aber dem Appellaten nicht mitgetheilt werden, und das responsum solitum in Urschrift (3) übergeben (4), welchemnächst über die Zulässigkeit der Appellation, sowohl unter den Partheien eine protocollarische Verhandlung zugelassen (5), als vom Gericht eine Untersuchung, die sich aber nicht über den materiellen Grund und die materielle Relevanz der Beschwerden verbreiten darf, sondern nur darauf, ob die gesetzlichen Fatalien beobachtet und ob die vorliegende Sache zu den gesetzlich, überall (§. 166.) oder mindestens nicht zum Suspensiv-Effect (§. 167.) nicht zulässigen, Fällen gehört? sich beschränken muß (6), angestellt (7). Wenn hiernach die Appellation zugelassen wird; so erfolgt im Termin darüber ein

Con-

Conclusum und die Ableistung der Appellations-Solennien und demnächst die Publication des Dimissorial-Abschieds, durch welchen der Appellation, nach Bewandniß der Sache, der völlige oder wenigstens der bloße Devolutiv-Effect gegeben und dem Appellanten der Weg an das Hof- und Landgericht geöfnet, allemal aber in casum succumbentiae die rechtliche Ahndung vorbehalten wird (8). Das judicium a quo muß, ohne daß hier eine Appellationsgerichtliche Inhibition Statt hat, insoweit die Appellation zugelassen ist, seinem Verfaren bis zur erfolgten remissio causae Anstand geben (9) und auf die, jedoch nur an seinen Registrator ergehenden (10) (§. 7.), Compulsorialen die abschriftliche Edition der Acten gegen billige Gebühr (11) unweigerlich gestatten (12).

Erscheint die Appellation überhaupt oder wenigstens zum Suspensiv-Effect unzulässig; so wird sie insoweit durch einen Abschied abgeschlagen (13) gegen welchen aber theils die appellatio ad causam (§. 164.) oder ein anderes geeignetes Rechtsmittel, theils die Querel bei der Regirung (§. 185.) Statt hat (14).

(1) Skizze S. 220. Das Gegentheil behauptet gegen Theorie und Praxis Jargow bei Klüver. II. 747.

(2) Und zwar der Appellant nach der Praxis der Schwerinschen Justiz-Canzlei sub poena desertae appellationis, nach der der Justiz-Canzleien zu Rostock und Neustrelitz, aber nur sub praejudicio; der Appellantische Anwald wird nur von der J. C. zu Rostock, nicht von den beiden andern, besonders vorgeladen. Skizze S. 231. Dieser Termin ist nicht peremtorisch. Beitr. a. a. O. Jargow bei Klüver 743 u. 744.

(3) Jargow a. a. O. 744. Skizze S. 232. M. R. S. II. 130.

(4)

(4) Skizze S. 232.
(5) Skizze §. 7 u. 8.
(6) Skizze §. 6. *Tornow I.* 611. *Carmon* §. 12. *de Behr* Lib. *VIII.* c. 38. Hagemeister M. St. R. §. 92. Mehlen §. 185. Andre Grundsätze hat Jargow in Klüver Anhang *II.* Thl. II.
(7) Skizze §. 6.
(8) *Tornow* I. 662. *Carmon* §. 18. Jargow a. a. O. S. 744. Mehlen §. 192. Skizze §. 9. M. R. S. *I.* 45. Die Justiz-Canzlei zu Neustrelitz eröfnet den Weg an das judicium ad quod nur cum apostolis refutatoriis.
(9) *Justiss. decis.* n. 296. 382. 645. resol. ad gr. addit. cl. 6. dec. 3. LGGEV. §. 387. Skizze §. 10.
(10) *Carmon* §. 16. Mehlen §. 192. Skizze §. 16.
(11) H. u. LGO. *II.* 1. §. 12. 2. §. 4. 9. §. 5. 37. §. 3. Skizze §. 11.
(12) *Justiss. decis.* n. 622. *Carmon* §. 16. Jargow in Klüver Thl. II. S. 745. Mehlen § 192. Skizze §. 11. In ältern Zeiten erließ das Hof- und Landgericht wohl compulsoriales an die J. C. die Acten wegen Armuth des Appellanten originaliter einzusenden. M. R. S. *II.* 171.
(13) Skizze §. 7.
(14) In ältern Zeiten erließ das H. u. LGericht auch Befehle an die Canzlei: der Appellation ihren Lauf zu lassen. M. R. S. *II.* 171.

*) Der, durch Kaiserliche Decrete zugelassene, Informativ-Proceß ist nicht in Uebung gekommen. Vergl. Skizze (§. 16.) Anmk. ***).

§. 174.

bb) im judicio ad quod.

α) bei Appellationen von Untergerichten.

Auch im judicio ad quod ist der Appellationsproceß verschieden, je nachdem von einem niedergerichtlichen oder einem landesgerichtlichen Urtel appellirt worden.

Wenn das judicium a quo ein Niedergericht ist; so geht dem eigentlichen Appellationsa

proceß gewöhnlich der Informativproceß voran und fordert der Appellationsrichter, auf die Einführung der Appellation (1), falls letztre nicht schon aus derselben als unstatthaft erscheint und daher durch ein Respons abgeschlagen wird, den Bericht des vorigen Richters mit den Original-Acten voriger Instanz, gewöhnlich unter Anberaumung einer vierzehntägigen Frist und einer Temporal-Inhibition, ein und prüft nach denselben die Zulässigkeit der Appellation (2). Wenn sie als unzulässig erscheint; so wird sie, allenfalls nach vorgängiger Mittheilung des Berichts ad contrainformandum, durch ein Respons abgeschlagen und die Rücksendung der Acten, unter Aufhebung der Inhibition, erkannt; wenn die Beschwerde durch ein bloßes Decret, ohne Gehör des Appellaten, gehoben werden kann, so wird die Appellation als Querel betrachtet und, mit Rücksendung der Acten ein rescriptum de emendando erlassen (3). Erscheint die Appellation aber zulässig; so werden, unter Aufhebung der Temporal-Inhibition und Rücksendung der Acten (4), falls sie wegen Armuth des Appellanten, Gefahr und Verzug oder andrer rechtlichen Gründe nicht in Urschrift im judicio ad quod zu behalten (5), Appellationsprocesse erkannt (6), welche, wenn die Appellation auch zur Suspensivwirkung angenommen wird, processus appellationis plenarii sind und nicht allein das mandatum de excipiendo an den Appellaten, sondern auch die Compulsorialen (§. 173.) und das Inhibitorium an den Unterrichter enthalten, sonst aber processus minus plenarii, mit Auslassung der Inhibition oder, wenn die Original-Acten im Appellationsgericht bleiben, der Compulsorialen.

Mit Ausnahme dieser Puncte, des hier weg-

wegfallenden responsi soluti, der Form des Devolutiv- und Definitiv-Urtels (7) und Zulässigkeit der Attentaten Querel, ist der weitre Appellationsproceß von dem der landesgerichtlichen Appellation nicht verschieden (9).

(1) Wobei jedoch hier nicht so genau, wie bei landesgerichtlichen Appellationen, auf die, gesetzlich freilich vorgeschriebene (GCO. II. 38. §. 3. Skizze §. 12.), Beilegung eines förmlichen Appellationsinstruments und der sententiae a qua gesehen wird. *Krafft* Sect. II. §. 21.

(2) H. F. V. v. 4 Oct. 1769. (Beitr. V. Abh. 25. und Ditmar II. 111.) Nach H. F. F. V. v. 10 Nov. 1809 sollen von allen Herzogl. Amts- und Stadtgerichten hinführo die Acten originaliter eingefordert und die remissio actorum erkannt worden, behalten werden; wobei jedoch im Falle, da ein Amts- oder Stadtgericht wegen weitrer Fortsetzung andrer Puncte die Acten nicht entbehren kann, es vom Ermessen des Appellations-Richters abhängt, demselben die Einsendung oder, dem Befinden nach, die Zurückbehaltung beglaubter Abschriften von den nöthigen Actenstükken aufzugeben. Skizze §. 28. vergl. Wolff Repert. S. 16.

(3) Skizze §. 28. n. 5.

(4) Daselbst §. 28. n. 4.

(5) S. Anmk. 1. u. 2.

(6) *Krafft* Sect. II. §. 21. Skizze §. 28. n. 4.

(7) Skizze §. 28. n. 7. (s. §. 7.)

(8) Skizze n. 9.

(9) Vergl. Skizze §. 27 u. 28. Mehlen ord. bürgerl. Proceß §. 406. Anmk. 3. auch der Termin zur Publication der Acten erster Instanz hat bei dieser Gattung von Appellation Statt. GCO. II. 38. §. 3. *Cermon* a. a. O. §. 13. Im Allgemeinen soll, wenn die Beschwerden als erheblich nicht angenommen, sondern verworfen werden, die Sache an den vorigen Richter zur Execution remittirt, wenn die Appellation aber angenommen und der Appellant zum Beweise seiner Beschwerden zugelassen wird, Appellat litem contestiren und darauf im Proceß, wie sonst in

prima instantia verfaren werden. H. u. LGO. II. 37. §. 7. GCO. II. 38. §. 7. über die Fristen (§. 34.); über nova (§. 78.).

*) Das Verfaren in den Magistraten bei Appellationen an sie gehört nicht hieher.

§. 175.

β) bei Appellationen von Landesgerichten.

Bei Appellationen von den übrigen Landesgerichten an das Hof- und Landgericht hat ein andrer Proceß Statt; ich beschränke mich hier nur auf die Grundzüge desselben, da ich ihn anderswo umständlicher dargestellt habe (1).

Da der Informativproceß hier nicht zulässig ist (§. 174.); so hat bloß der Appellationsproceß Statt, welcher judiciell ist (2). Auf die Introduction der Appellation (§. 170.) erfolgt das responsum solitum (3). Nach eröfnetem und überreichtem Dimissorialabschied (§. 173.) werden die processus soliti, nämlich die allgemeine, auf den ganzen Appellationsproceß gerichtete, Ladungen an beide Theile, an den Appellanten bei Strafe der Desertion, an den Appellaten aber nur bei der der Präclusion (4) und die, an den Registrator der vorigen Instanz gerichteten, Compulsorialen (§. 173.), allein keine Inhibition, erkannt (6). Dem Appellanten steht frei, den, an keiner Frist gebundenen, Justifications-Libell bis zum Rotulations-Termin zu übergeben (7) oder an dessen Stelle sich auf die Introductionsschrift und das Appellationsinstrument zu beziehen (8); so wie dem Appellaten, noch vor dem Devolutivurtel und dem, durch dieselbe erst erkannten, mandato de excipiendo, eine präoccupatorische Vorstellung einzureichen (9). Der Appellant muß die, ihm verabfolgten, abschriftlichen Acten erster Instanz übergeben (10), welchemnächst die Publi-

cation derselben erkannt, ein Termin zur Rotulation gesammter Acten anberaumt (a) und, nach erfolgter Rotulation, in puncto devolutionis sive relevantiae mit Rücksicht sowohl auf das Formelle, als das Materielle der Appellation, mithin sowohl auf die gesetzliche Appellabilität der Sache überhaupt, als den Grund der Beschwerden, das Devolutorurtel erkannt wird (11). Dieses Urtel, durch welches und nicht schon durch die processus soliti die Sache für, zu dem Appellationsrichter erwachsen angenommen wird, (obgleich schon letztre die Gerichtsbarkeit des Richters voriger Instanz beendigen (12)), und durch welches bis auf einige wenige Fälle (*), das vorige Urtel gegen den, im Appellatorium noch nicht gehörten, Appellaten nicht abgeändert werden kann (13), schlägt entweder 1) ab und bestätigt das letzte Urtel (sententia devolutoria non devolutiva s. rejectoria et prioris confirmatoria), oder 2) sie nimmt die Appellation zur weitern Verhandlung an (sententia devolutoria devolutiva). Im ersten Fall wird die Sache an den Richter voriger Instanz remittirt, im letzten hingegen durch das Devolutorurtel der Appellationslibell und die Justificationsschrift dem Appellaten mit dem Befehl, darauf sub poena praeclusionis in proxima (§. 34.) excipiendo zu handeln, abschriftlich mitgetheilt (14) und demnächst, wie in voriger Instanz, bis zur Duplick judicialiter verfaren (15) und, nach vorgängiger Acten-Rotulation (16), das definitive Urtel erkannt (17). Diese ist entweder 1) confirmatoria, in welchem Fall, wenn sie die sententia a qua rein bestätigt, nach eingetretener Rechtskraft die, in ihr erkannte, remissio caussae an den Richter voriger Instanz vollstreckt wird (18), oder 2) refor-

matoria, welche, jedoch nicht in pejus appellantis erfolgen kann (19), in welchem Fall die weitre Verhandlung der Sache im judicio ad quod bleibt (20). Die Strafe der muthwilligen Appellation, sowohl an der Parthei selbst, als an ihrem Anwald, ist nicht bloß bei dem Definitiv-, sondern auch bei dem Devolutorurtel zu berücksichtigen; sie ist für jene 5 p. C. und für diesen 1 p. C. des Appellationsgegenstandes, der Praxis nach aber arbiträr und dem judicio a quo verfallen (21).

(1) Skizze des Hof- und Landgerichtlichen Appellationsprocesses (in meinen Beiträgen zum Meckl. Staats- und Privatrecht Bd. V. Abh. XX.)
(2) Skizze §. 12. Anmk. g. M. R. S. II. 137.
(3) *Tornow* I. 611. *Carmon* a. a. O. §. 13 u. 16. Mehlen §. 193. Skizze §. 13.
(4) Skizze §. 16.
(5) H. C. L. B. v. 6 März 1752. (Ditmar II. 132.) Skizze S. 257.
(6) Skizze §. 15 u. 16. M. R. S. I. 23. II. 149.
(7) Skizze §. 14. M. R. S. I. 23. vergl. H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 3. Die Justification soll kurz sein. H. F. B. v. 21 März 1771. (17. S. II. 20.)
(9) H. u. LGO. II. 37. §. 4. GCO. II. 38. §. 4. res. ad gr. jud. 9.
(10) Skizze §. 19. M. R. S. II. 175.
a) Skizze §. 21.
(11) *Tornow* I. 612. Skizze §. 21. In eiligen summarischen Sachen wird sie zuweilen übergangen und ohne sie das mandatum de excipiendo erkannt (§. 40.).
(12) Skizze S. 256.
*) M. R. S. I. 14. II. 136.
(13) Skizze S. 263. M. R. S. I. 14. II. 136. (§. 20. Anmk. 31.)
(14) Skizze §. 22. Wenn die Appellation nur zum Theil angenommen wird; so ergeht diese Auflage nur insoweit. M. R. S. I S. 163.
(15) *Carmon* a. a. O. §. 17. Skizze §. 22.
(16) Skizze §. 23.
(17) Skizze §. 24.

(18)

(18) Skizze §. 26.
(19) Skizze §. 21.
(20) Skizze §. 26.
(21) Constit. v. 23 Nov. 1655 u. v. 30 Jan. 1656. (LL. S. II. 26 u. 27.) *Resol. ad gr. jud.* 1. u. 3. LGGEV. §. 389. 390 u. 391. Skizze §. 25. Diese Vorschrift geht nicht auf Appellationen von Niedergerichten. Skizze S. 284. obgleich Jargow in Klüver II. 746. das Gegentheil annimmt.

Zweiter Titel.

Restitution.

(Meine) Theorie des ordentlichen Rechtsmittels der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, nach Mecklenburgischem Rechte (in m. Beiträgen zum Meckl. Staats- und Privatrecht. Thl. VI. Abh. XXV.)

§. 176.

a. Natur.

Das, erst gegen den Ablauf des sechszehnten Jahrhunderts in Mecklenburg üblich gewordene (1), in bürgerlichen Sachen bei dem bisherigen Richter einzulegende, von der Restitution zur kurzen Hand (§. 188.) verschiedene, Impugnativmittel der Restitution ist in der eben angeführten Abhandlung genauer erörtert und daher hier nur in seinen Grundzügen vorzutragen.

Dasselbe ist

I. ein ordentliches, nicht bloß in subsidium, sondern in allen bürgerlichen Sachen (§. 182.) mit den andern ordentlichen Rechtsmitteln elective concurrirendes, Rechtsmittel (2), welches jedoch, nach dem neuern, dasselbe mit der Appellation parificirenden, indessen nicht zu weit auszudehnenden, Gerichtsgebrauch nicht in den, §. 166. unter I. II. VI. VII.

VII. IX. X. XI. und XIV. gedachten, Fällen der Inappellabilität, so wie in dem, daselbst unter XII. bemerkten, Fall, vermöge der, bei demselben angeführten, gesetzlichen Vorschrift, allein wohl in den übrigen Inappellabilitäts-Fällen und namentlich, obwohl ohne Suspensiv-Effect, in dem, unter XII. aufgeführten Fall, zulässig ist (3).

II. ein nicht devolutives Rechtsmittel (4).

III. ein suspensives Rechtsmittel (5), mit Ausnahme jedoch der Fälle, worin die Appellation (§. 167.) diese Wirkung nicht haben würde (6).

IV. ein beiden Theilen nicht gemeinsames Rechtsmittel, dergestalt, daß das Urtel voriger Instanz zum Vortheil des Imploraten nicht abgeändert werden kann (7), weshalb auch die Adhäsion des Imploraten unzulässig ist (8).

V. ein, mit der Appellation und Nullitäts-Deduction, so weit deren Natur es zuläßt, elective und mit letzterer cumulative concurrirendes, Rechtsmittel (§. 161.) (9).

VI. ein, nova zwar nicht voraussetzendes, allein dieselben, mithin das beneficium nova allegandi et nondum deducta deducendi zulassendes, Rechtsmittel (10) und

VII. ein, auf den Fall der reinen Bestätigung des vorigen Erkenntnisses ein weitres Impugnativ-Mittel ausschließendes, Rechtsmittel (11) (§. 161.).

(1) Theorie §. 2.
(2) *Carmon* Sect. sp. III. §. 1. Theorie §. 5.
(5) *Cothmann* resp. Lib. IV. resp. 4. n. 88. Wolff Repertorium 624. I. Forts. 281. II. Forts. 203. Theorie §. 5 u. 7. Beiträge V. Abh. XX. §. 21.

§. 21. Anmk. *. M. R. S. I. 16. 17. 18. u. 85. II. 125. 144. u. 175. Die, in der Theorie (§. 5.) aufgestellten, diese Parification zu weit ausdehnende, Grundsätze müssen nach obigen Principien beschränkt werden, soweit sie die Statthaftigkeit der Restitution überhaupt in nicht appellabeln Fällen betreffen und namentlich ist dieß Rechtsmittel, obwohl ohne Suspensiv-Effect, gegen ein Erkenntniß im Executivproceß zulässig (§. 138.)

(4) Theorie §. 6. M. R. S. II. 165. in ältern Zeiten ward es zuweilen wohl beim Oberrichter eingelegt. Beitr. VI. Abh. XXVI. §. 10.

(5) H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. *Carmon* a. a. O. §. 1. Theorie §. 7.

(6) Theorie §. 7. M. R. S. I. 17. II. 125. auch in dem Fall §. 166. n. XII. hat dies Rechtsmittel den Suspensiv-Effect nicht, obgleich ich die Parification der Appellation und der Restitution nicht so weit ausdehnen kann, um letztre in diesem Fall für überall unstatthaft zu halten.

(7) Theorie §. 8.

(8) Theorie §. 8.

(9) Theorie §. 9.

(10) H. F. F. V. v. 24 April 1795 (Schr. I. II. 148.) H. u. LGGB. v. 4 Oct. 1709. *Carmon* a. a. O. §. 5. *Engau* Decis. et Resp. P. II. n. 144. Theorie §. 11.

(11) H. u. LGO. II. 36. §. 4. GCO. II. 37. §. 4. LGGEV. §. 384. *Jus Meckl. ill.* Cent. I. jud. 71. *Carmon* a. a. O. §. 6. Theorie §. 10. Allein diese Ausschließung eines weitern Rechtsmittels setzt voraus, daß 1) durch das Restitutionsurtel die vorige Entscheidung rein bestätigt worden, wobei weder die Verurtheilung in die Kosten der Restitutions-Instanz (M. R. S. I. 17. 18. u. 85. Theorie §. 10. Wolff Repert. I. Fortsetz. S. 281.) (anders nach Rostockschem Stadtrecht Thl. V. Tit. IX. Art. 9.), noch ein Urtelsgrund (Theorie a. a. O. §. 10. Anmk. a.), wohl aber die Frivolitätsstrafe (M. R. S. I. 85.) für eine Abänderung zu halten ist, 2) daß von dem nämlichen Imploranten und 3) von einem ordentlichen Rechtsmittel die Rede ist. *Carmon* Sect. gen. §. 8. Mehlen §. 202. Klüver II. 732.

732. *Jus Meckl. ill.* Cent. III. jud. 31. Theoriek §. 10. Anmk. 6. Ueber die Frage: ob der Implorat gegen das Reformatorurtel eines, von ihm als Implorantен in restitutorio erstrittenen, Urtels und demnächst sein Gegner gegen die, von jenem wiederum erstrittenen, reformatoria dieses Rechtsmittels sich abermals bedienen könne? vergl. *Friedlieb* pract. forens. P. III. c. 13. *Coch* pract. forens. germ. P. IV. c. 30. §. 5. und in Rücksicht auf Mecklenburg. *Jus Meckl. ill.* Cent. I. jud. 71. Theorie S. 154. f. f. u. M. R. S. I. 18.

§. 177.

b. Förmlichkeiten.

Dieß Rechtsmittel muß bei Strafe der Erlöschung innerhalb der Nothfrist von sechs Wochen von Zeit der Publication oder Insinuation des beschwerdenden Erkenntnisses eingewandt werden (1), obgleich aus erheblichen Ursachen die Verlängerung dieser Nothfrist (2) und die Restitution gegen ihren Ablauf (3) zulässig ist.

Bei der Einwendung muß der Implorant „in specie, worin er lädirt worden, anzeigen," mithin die Beschwerden specifice angeben (4).

Der, in den Proceßordnungen vorgeschriebene, Restitutionseid (5) ist im Herzogl. Mecklenburg-Schwerinschen Landesantheil (6), allein nicht im Strelitzschen, abgeschafft, obgleich er hier gewöhnlich nicht gefordert, sondern, ohne zu seiner Ableistung einen Termin anzuberaumen, bei Annahme der Restitution erlassen wird (7).

(1) H. u. LGO. II. 36. §. 3. GCO. II. 37. §. 3. Fürstbrüd. Vergl. v. 13 Jan. 1624. §. 7. (17. S. II. 22.) C. J. R. §. 37. H. u. LGGB. v. 4 Oct. 1709. R. St. R. Thl. V. Tit. 10. §. 7. *Carmon* §. 2. Mehlen §. 202. Theorie §. 12. M. R. S. I. 22 u. 50.

(2)

(2) Theorie §. 12.
(3) H. C. L. R. v. 11 Aug. 1753. (17. S. II. 29.) *Carmon* §. 2. Theorie §. 12.
(4) H. u. LGO. *II.* 36. §. 3. GCO. *II.* 37. §. 3. Ser. G. B. v. 4 Febr. §. 9. Mehlen §. 202. Theorie §. 13. M. R. S. *I.* 21. *II.* 151.
(5) H. u. LGO. *I.* 25. *II.* 36. §. 3. GCO. *II.* 35. §. 3. H. u. LGGB. v. 14 Jan. 1716. Ser. G. B. v. 1712. §. 9. *Carmon* §. 3 u. 4. Theorie §. 20, nach *Carmon* a. a. O. §. 3. ist er aber bei den Niedergerichten nicht üblich gewesen.
(6) H. F. V. v. 4 Nov. 1776. (17. S. *II.* 256.) Wolff Rep. 188. Mehlen §. 202. Theorie §. 20.
(7) Theorie §. 20. Bei dem Hof- und Landgericht findet er aber auch in stargardischen Sachen nicht Statt. Theorie a. a. O. M. R. S. *II.* 136.

§. 178.

c. Proceß.

Im Restitutorium soll im Allgemeinen ein summarischer Proceß Statt haben (1); allein die Summarietät äußert sich nur in der Zahl der Satzschriften und findet übrigens der ordentliche und im Hof- und Landgericht selbst der judicielle, Proceß (2) Statt. In der Regel ist jedem Theil nur ein Satz, mithin nur das Verfaren bis zur Exceptionsschrift, zulässig (3); die Partheien heißen Implorant und Implorat (4) und die Ordnungsfrist ist beim Hof- und Landgericht die Judicialfrist von drei Monathen, bei den andern Gerichten aber die gewöhnliche Frist von drei Wochen (§. 34.), obgleich sie sowohl dort, als hier aus rechtlichen Gründen verengt oder erweitert werden kann (5); bei dem Hof- und Landgericht muß zur Restitutions-Instanz ein Judicial-Procurator besonders legitimirt werden (6).

Die Rechtfertigung ist mit der Einwendung zu verbinden oder wenigstens binnen der sechswö-

chigen

chigen Nothfrist einzureichen, obgleich aus rechtserheblichen, genugsam bescheinigten, Gründen dazu eine Fristverlängerung zulässig (7), allein demungeachtet die Justificationsfrist kein Fatale ist (8). Da gegenwärtig nicht mehr, wie ehedem (9), ein Termin zur Untersuchung der Beschwerden und, wenn sie gegründet sind, zur Ableistung des Restitutionseides Statt hat (§. 177.); so wird auf den Restitutions-Libell, in welchem der Implorat die Acten nicht wiederholen soll (10), falls das Rechtsmittel nicht schon aus demselben ganz oder zum Theil als unzulässig erscheint und in diesem Fall durch ein Respons abgeschlagen wird (11), unter abschriftlicher Mittheilung des Libells, an den Imploraten das mandatum de excipiendo erkannt (12) und demnächst auf die Exceptionsschrift, unter Erkennung des Actenschlusses, ein Rotulationstermin anberaumt (13) und darauf das Restitutionsurtel publicirt (14). Wenn die Beschwerden ungegründet befunden worden; so soll der Implorant nicht allein in die Kosten der Restitutions-Instanz verurtheilt, sondern auch, nach Befinden der Umstände, ernstlich gestraft werden (15).

(1) H. u. LGO. *II.* 36. §. 3. GCO. *II.* 37. §. 3. H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 1. *Carmon* §. 5. *Warnemünde* S. 185. Theorie §. 14.

(2) Theorie §. 14 u. 24. M. K. S. *II.* 143.

(3) H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. §. 1. *Carmon* §. 4. Mehlen §. 202. Theorie §. 15. M. K. S. *I.* 20. Eine Ausnahme findet in dem restitutorio gegen eine, in appellatorio gesprochene, sententia non devolutoria Statt. M. K. S. *I.* 20. Klüver *II.* 728. Theorie a. a. O.

(4) Theorie §. 16. M. K. S. *I.* 33.

(5) H. u. LGGB. v. 12 Oct. 1799. *Krafft* de foro compet. violantium privil. caes. de non appell. Sect. *III.* §. 20. Theorie §. 17.

(6)

(6) Theorie §. 18.
(7) Theorie §. 19. und die, daselbst angeführten, Gesetze. auch Str. G. B. v. 21 Oct. 1796.
(8) Theorie §. 19.
(9) Theorie §. 20.
(10) Theorie §. 19.
(11) M. K S. *I.* 85.
(12) Klüver *II.* 728. Theorie §. 20. Ausnahmen s. Theorie §. 15. Anmk. d. M. K. S. *I.* 20.
(13) Mehlen §. 194. Theorie §. 22.
(14) Theorie §. 23. Ueber die Actenverschickung s. §. 20.
(15) H. u. LGO. *II.* 36. §. 3. GGO. *II.* 37. §. 3. H. K. V. v. 4 Nov. 1776. (M. S. *II.* 256.) Theorie §. 25. vergl. den Procuratoren- und Advocaten-Eid. H. u. LGO. *I.* 18.

Dritter Titel.

Nullitäts-Deduction.

§. 179.

a. Natur.

Das Rechtsmittel der Nullitäts-Deduction (1) hat Statt, wenn, ungeachtet der richterlichen Pflicht, den Proceß vor Nullitäten zu bewahren (§. 18.), dennoch entweder ex defectu jurisdictionis oder in meritis causae nichtiglich verfahren worden (2), diese Nichtigkeit mag eine heilbare oder unheilbare sein, nur muß sie in den, bisher verhandelten, Acten enthalten sein (3), weshalb sie durch nova nicht begründet werden kann.

Die Nullitäts-Deduction

I. ist ein ordentliches remedium suspensivum (4), welches

II. entweder für sich allein (5) oder cumulative mit der Restitution (6) Statt hat,

III. bei dem bisherigen Richter angebracht werden muß (7)

IV. ein nachheriges Rechtsmittel ausschließt (§. 161.) (8).

(1) Es wird bald beneficium nullitatis (H. u. LGO. II. 35. GCO. II. 36. LGGEV. §. 384. n. 9.) bald nullitatis deductio (H. u. LGO. II. 14. §. 2. 36. §. 3 u. 3. 38. §. 1. GCO. II. 14. §. 3. 37. §. 3 u. 4. 39. §. 1.) genannt. Die Hofgerichtsordnungen v. 1558 u. 1568. kannten dies Rechtsmittel nicht, obgleich im Tit. von Appellationen §. 2. etwas darüber im Allgemeinen vorkommt; über den Ursprung desselben s. Beiträge VI. S. 117. f. f.

(2) H. u. LGO. II. 35. GCO. II. 36. LGGEV. §. 384. n. 9. *Carmon* Sect. sp. II. §. 1 u. 2. Mehlen §. 201.

(3) „Ex actis beibringen — und da die angegebene nullitas aus den Acten nicht beigebracht." H. u. LGO. II. 35. GCO. II. 36. *Carmon* §. 2. Mehlen a. a. O.

(4) H. u. LGO. II. 38. §. 1. GCO. II. 39. §. 1. *Carmon* §. 2.

(5) Die, Anmk. 2. gedachten, Gesetze; jedoch selten Mehlen §. 201.

(6) H. u. LGO. II. 36. §. 4. GCO. II. 37. §. 4. Mehlen a. a. O.

(7) Die, Anmk. 2. gedachten, Gesetze. *Carmon* §. 3. behauptet das Gegentheil, allein er verwechselt offenbar die, mit der Appellation vereinbarliche, Nullitäts-Querel (§. 185.) mit dem ordentlichen Rechtsmittel dieser Nullitäts-Deduction.

(8) H. u. LGO. II. 36. §. 4. GCO. II. 37. §. 4. LGGEV. §. 384. n. 9. M. R. S. 1. 85. Ueber den Ursprung dieser Vorschrift s. Beiträge VI. S. 118.

§. 180.

b. Förmlichkeiten.

Dieß Rechtsmittel muß

1) binnen sechs Wochen nach Publication des Erkenntnisses eingelegt werden (1); in Ansehung der Verlängerung dieser Nothfrist treten die, bei der Appellation angeführten, Grundsätze ein (2).

2) die Beschwerden sind specifice anzugeben (3).

3) der Deducent ist zur Ableistung des juramenti malitiae (4) verpflichtet (5).

(1) H. u. LGO. II. 35. 38. §. 1. GCO. 36. 39. §. 1. (Diese sechs Wochen sollen präcise gehalten und dagegen kein Eid, daß der Deducent das Urtel nicht früher gewußt, zugelassen werden: Fürstbrüd. Vertr. v. 1624 n. 7.) *Tornow I.* 617. f. f. *Engau* Decis. et Resp. P. *III.* decis. n. 36. *Jus Meckl. ill.* Cent. V. jud. 67. *Carmon* §. 2. Mehlen §. 201. Ob auch die Deduction unheilbarer Nichtigkeiten an diesem Fatale gebunden? ist eine streitige, von *Cothmann* Vol. I. cons. 37. u. 488. *Scharff* consult. juris consult. 29. n. 4—6. *Warnemünde* Sect. *III.* Tit. 20. und *Engau* a. a. O. n. 4. bejahend, von *Martini* in comment. ad ord. Sax. Tit. 38. n. 30—32. *Tornow I.* 618. und *Carmon* Sect. sp. *II.* §. 2. mit Berufung auf die Praxis, aber verneinend beantwortete, Frage. da die beiden Proceß-Ordnungen ganz allgemein und ohne Unterscheidung reden und die, in ihnen selber angegebenen, Momente zu den unheilbaren Nichtigkeiten gehören; so scheinet die erstre Meinung die richtige und kann sich wohl eine Praxis bei diesem, so äußerst seltenen, Fall weder für die eine, noch die andre Meinung bilden, wie sie sich denn auch nicht gebildet hat.

(2) H. u. LGO. *II.* 36. GCO. *II.* 36. Str. G. B. v. 4 Febr. 1712. n. 9.

(3) H. u. LGO. I. 25.

(4) H. u. LGO. *II.* 36. GCO. *II.* 36. *Carmon* §. 5. nach dem Str. G. B. v. 1712. n. 9. auch der Advocat. Ob, wie Mehlen a. a. O. §. 202. behauptet, dieser Eid auch bei diesem Rechtsmittel nicht mehr üblich ist? ist so allgemein wohl nicht anzunehmen, mindestens ist er nicht gesetzlich abgeschafft, obgleich die Praxis ihn nicht zu fordern scheint.

§. 181.

c. Proceß.

Auf die Einlegungsschrift, mit welcher in der Regel die Rechtfertigung verbunden sein muß (1),

(1), wird, wenn die Beschwerden und das Rechtsmittel selbst nicht sofort als ungegründet erscheinen und letztres daher sofort abzuschlagen ist (2), nach, wenn er erforderlich ist (§. 180.), abgeleistetem Eide, die Nullitäts-Deduction dem Deducten abschriftlich mit dem Befehl mitgetheilt, darauf seine Exceptionsschrift einzureichen (3). Die, zu ihrer Einreichung vorzuschreibende, Frist soll eine kurze sein (4), enthält aber in der Regel die, bei nicht devolutiven Rechtsmitteln überhaupt gewöhnliche, Ordnungsfrist, mithin bei dem Hof- und Landgericht, wo auch dieses Rechtsmittel zum Judicialproceß gehört, die von drei Monathen, bei den andern Landesgerichten aber von drei Wochen. In der Regel wird auf die Exceptionsschrift der Actenschluß und, nach vorgängiger Rotulation, das Urtel erkannt, welches, wenn die angegebene Nichtigkeit aus den Acten nicht beigebracht ist, den Deducenten in die Kosten und, nach Befinden, in ernste Strafe verurtheilen soll (5).

(1) H. C. L. V. v. 31 März u. 11 Aug. 1753. (H. G. O. II. 28. u. 29.) St. G. B. v. 4 Febr. 1712. §. 9. (s. §. 162.)
(2) GCO. II. 36.
(3) H. u. LGO. II. 35. GCO. II. 36. *Cærmon* §. 5.
(4) H. u. LGO. II. 35. GCO. II. 36.
(5) H. u. LGO. II. 35. GCO. II. 36. Mehlen §. 201. vergl. den Advocaten- und Procuratoren-Eid in H. u. LGO. I. 18.

Vierter Titel.

Supplication.

(Meine) Abhandlung: über das remedium supplicationis (in M. R. S. Thl. II. n. LXXXVII.)

§. 182.

a. Natur.

Das Rechtsmittel der Supplication ist in Meck-

Mecklenburg in fiscalischen Sachen zulässig und für dieselben das Surrogat sowohl der Appellation, insoweit der Gegenstand die appellable Summe nicht erreicht (§. 166), als der Restitution; es entstand theils aus der, in fiscalischen Sachen behaupteten, Unzulässigkeit der Appellation von den Justiz-Canzleien an das Hof- und Landgericht, indem dieß Rechtsmittel dafür aufgestellt (1) und auch bei der beschränkten Zulassung der Appellation (§. 166.) beibehalten ward (2), theils daher, daß man in neuern Zeiten das Rechtsmittel der Restitution nur für, bei bürgerlichen Sachen zulässig, hielt und in fiscalischen Sachen die Supplication für deren Surrogat annahm.

Die Supplication ist diesemnach

1) ein ordentliches, bei allen Landesgerichten (3), allein

2) nur in fiscalischen Sachen, insoweit sie nicht peinlich sind (§. 115), nicht aber in blos bürgerlichen Sachen, Statt habendes (4) und

3) darin mit der Appellation, so weit diese zulässig ist, allein nicht mit der, hier unstatthaften, Restitution, elective concurrirendes (5) (§. 161),

4) suspensives, aber nicht devolutives und

5) im Fall der reinen Bestätigung des vorigen Erkenntnisses, ein weitres Rechtsmittel ausschließendes, Rechtsmittel (6) (§. 161.).

Nächst den wenigen gesetzlichen Vorschriften, ist die, in ältern Zeiten angenommmene, Analogie der Appellation und die, späterhin angewandte, Gleichstellung mit der Restitution die Entscheidungsquelle (§. 183.)

(1) Schon 1622 forderten die Stände das beneficium supplicationis für diejenigen Fälle, in welchen, nach dem neuern Kais. Appellations-Privilegium, die Appellation an die Reichsgerichte nicht Statt hatte (Beitr. VI. 119.), und erneuerten diese Forderung späterhin, als die Appellation von den

Canzleien an das H. u. L.Gericht anfing von erstern für unzulässig gehalten zu werden, worauf im Jahr 1684 die landesherrliche Resolution erfolgte: „daß anstatt der Appellation das remedium supplicationis und die Einholung eines responsi von einer unpartheiischen Juristenfacultät verstattet sein solle.“ (*Resol. ad gr. jud.* I. *Hartmann* de partibus et juribus fiscal. §. 44—51. *Warnemünde* Sect. III. Tit. 19. §. 2. M. R. S. II. 87. §. 2.), welche durch den LGGEV. §. 428—430 bestätigt ward. *Tornow* 1. 608. II. Sect. V. §. 6. *Krafft* de compet. foro Sect II. 1. 19 u. 23. *Friedlieb* practica forensis Cap. XIII. §. 2. Mehlen §. 204. Beitr. III. 41. V. 119. M. R. S. II. 87. §. 1.

(2) LGGEV. §. 428—430. Mit Unrecht beschränkt Mehlen §. 178 u. 204. dieß Rechtsmittel auf den Fall, daß die Strafe unter 30 bis 50 Rthl. beträgt, indem dasselbe ohne Rücksicht auf Geringfügigkeit oder Größe der Strafe Statt hat.

(3) Ob auch bei Niedergerichten? Mehlen §. 178. hält dieß nicht für ausgemacht; allein auch bei ihnen ist die Statthaftigkeit wohl anzunehmen, so weit vor ihnen fiscalische Sachen überhaupt gehören und vorkommen können.

(4) LGGEV. §. 430. *Tornow* a. a. O. *Friedlieb* a. a. O. *Carmon* Sect. sp. 4. §. 1. *Krafft* a. a. O. St. 23. Mehlen §. 178 u. 204. M. R. S. a. a. O. §. 2.

(5) M. R. S. II. 87. §. 2. vergl. jedoch M. R. S. 1. n. 51 u. 85. Beiträge VI. 130.

(6) *Carmon* Sect. sp. 4. §. 4. läßt indessen, mit Bezug auf die Praxis, die supplicatio supplicationiszu, weil sie eine species defensionis ist; die Analogieder Appellation spricht dafür, die der Restitution aber dagegen, eine neuere Praxis ist kaum vorhanden.

§. 183.

b. Förmlichkeiten.

Ueber die Förmlichkeiten dieses Rechtsmittels bestimmen die Gesetze nichts und ist die Praxis nach Zeit und Gerichtshöfen verschieden; der ältere Gerichtsgebrauch nahm hiebei die Formalien der Appellation, deren Stelle die Supplication

vertrat,

vertrat, an, der neuere neigt sich hingegen aus gleichem Grunde zu denen der Restitution.

Nach ältrem Gerichtsgebrauch lag daher dem Supplicanten ob, binnen 10 Tagen von der Publication des Urtels an die Supplication entweder im Gericht selbst mittelst einer Supplication, oder vor Notar und Zeugen zu interponiren und demnächst zu introduciren, welchemnächst von Gerichtswegen eine Frist zur Justification anberaumt ward (1). Die Justiz-Canzleien zu Schwerin und zu Neustrelitz (von letztrer ist mir jedoch nur ein Fall bekannt, worin aber keine förmliche Interposition Statt hatte) scheinen diese Praxis beibehalten zu haben, wogegen nach der neuern Hof- und Landgerichtlichen Praxis dieß Rechtsmittel die Natur und Förmlichkeiten des ordentlichen Restitutions-Rechtsmittels angenommen hat und daher ohne förmliche Interposition binnen sechs Wochen unter specifiquer Angabe der Beschwerden eingelegt werden muß (2).

Dem Supplicanten liegt ferner die Ableistung des Supplicationseides ob (3), welcher jedoch nach der neuern hof- und landgerichtlichen Praxis wegfällt (4).

(1) *Carmon* a. a. O. *Krafft* a. a. O. S. 23. Mehlen §. 240.
(2) M. R. S. II. 87. §. 3.
(3) *Carmon* a. a. O. §. 2 u. 3. auch in dem oben gedachten Fall in der strelitzschen Justiz-Canzlei hatte dieser Eid Statt.
(4) M. R. S. II. 87. §. 3.

§. 184.

c. Proceß.

Nach der Verschiedenheit jener Analogie ist auch der Proceß verschieden. Nach der ältern Praxis ward auf die Einführung ein Termin zur Rechtfertigung der Beschwerden und eventualiter zur Ableistung des Supplicationseides (§. 183.)

angesetzt und nach Berichtigung dieser beiden Puncte und dabei befundener Relevanz der Beschwerden dem Supplicaten aufgegeben, binnen Ordnungsfrist die Exceptionsschrift beizubringen, auf welche demnächst, wie im Appellatorium, bis zur Duplick verfaren und nach voraufgegangener Rotulation der Acten, erkannt ward (1). Nach der neuern hof- und landgerichtlichen Praxis ist aber der Restitutions-Proceß das Vorbild und wird daher die Supplicationsschrift ohne jenen Termin dem Supplicaten mit dem Befehl, darauf sub poena praeclusionis in proxima excipiendo zu handeln, mitgetheilt, mit der Exceptionsschrift der Actenschluß erkannt und demnächst, wie im Restitutorium, ferner und überall judicialiter verfaren (2).

(1) *Carmon* a. a. O. §. 2 u. 3.
(2) M. R. S. II. 87. §. 3.

Zweite Unterabtheilung.

Außerordentliche Rechtsmittel.

Erster Titel.

Nullitäts-Querel.

§. 185.

a. gegen Landesgerichte.

Obgleich der Regent den Rechtsspruch nicht leiten soll (§. 15.); so ist hievon doch der Fall einer „nullitatis manifestae“ ausdrücklich

aus-

ausbeschieden (1), indem in demselben das landesherrliche Oberaufsichtsrecht eintritt.

Hierbei sind folgende Grundsätze zu bemerken:

1) es muß eine Nichtigkeit vorhanden sein.
2) sie muß aus den bisherigen Acten hervorgehen (manifesta nullitas).
3) gegen diese Nichtigkeit muß kein remedium ordinarinm zulässig sein, wenigstens nicht den nämlichen Nutzen gewähren.
4) Fatalien und Formalien sind hiebei nicht erforderlich; die Querel wird bei dem Landesherrn unmittelbar oder bei der Regirung angebracht.
5) der Querel muß die gravirende Entscheidung beigelegt werden (2).
6) der Landesherr fordert vom Landesgericht Bericht und, nach Beschaffenheit, auch Einsendung der Acten (3).
7) das landesherrliche Einsehen beschränkt sich nur auf die Aufhebung der Nullität, schreibt aber den, nach dieser Aufhebung eintretenden, richterlichen Spruch nicht vor (§. 15.)
8) in allen Fällen, wo nach erhobener Querel das Verfaren des Landesgerichts gebilligt und die Beschwerde ungegründet befunden wird, ist letztres befugt, vom Querulanten die Kosten des Berichts wahrzunehmen (4).

Außerdem hat auch die simple Beschwerde über verzögerte oder versagte Justiz beim Landesherrn oder bei der Regirung um so mehr Statt, als sie gegen die Justiz-Canzleien bei dem Hof- und Landgericht unzulässig ist (5).

(1) *Res. ad gr. jud.* 2 u. 5. *Justiss. decis.* n. 611. 612. 615. 382. 325. 622. 645. LGGEV. §. 397. Wolff Rep. 500. Mehlen §. 176. Beitr. III. 76.
(2) H. C. L. V. v. 14 Febr. 1750. (Z. S. II. 58.)
(3) LGGEV. §. 397. auch Anmk. 4.

(4) H. C. L. V. v. 26 Nov. 1750. H. F. F. V. v. 22 Sept. 1794. (Schr. I. II. 144.) Wolff Rep. 163.
(5) H. C. L. V. v. 6 März 1752. (Ditmar II. 132.) Mehlen §. 176. Beiträge III. 91.

*) Visitationen (§. 15.).

§. 186.

b. gegen Untergerichte.

Querelen über unrechtmäßiges Verfaren, Verweigerung oder Verschleppung der Justiz der Niedergerichte können bei den, die Aufsicht über letztre führenden (§. 17.), Landesgerichten, und zwar elective (§. 14.), auch ohne Appellation, angebracht werden (1), obgleich dieß nicht gegen förmliche Erkenntnisse, sondern nur gegen Decrete Statt hat (2). Der Oberrichter erläßt nach Beschaffenheit ein mandatum de emendando, Promotorialen oder, zuweilen unter angehängter Inhibition, einen Befehl, die Acten mit Bericht einzusenden (3). Das Untergericht, welches, wenn keine Inhibition erkannt ist, in der Sache weiter verfaren kann (4), muß über die oberrichterliche Verfügung keine Verhandlung zwischen den Partheien zulassen (5), sondern der erstern gehorsamen; auf Bericht und Acten, oft auch auf Gegenbericht, entscheidet der Oberrichter und hebt entweder die Nullität oder die Beschwerde mit oder ohne Vorschrift des weitern Verfarens (6), oder billigt das niedergerichtliche Verfaren, in welchem letzten Fall, wenigstens wenn der Oberrichter es schlechthin bei seinem Verfaren bewenden läßt, das Untergericht befugt ist, die Gerichtskosten, auch wenn sie ihm obergerichtlich nicht zuerkannt sind, wahrzunehmen (7). Wenn aber der Unterrichter offenbar gegen die Rechte und seine Pflichten gehandelt hat; so ist er nicht allein in Schäden und Kosten zu verurtheilen (8), sondern auch noch überdem zu bestrafen (9).

(1)

(1) H. u. LGO. II. 1. §. 1. 3. §. 2. f. f. 43. §. 2. GCO. II. 1. §. 1. 3. §. 1. f. f. 44. §. 2. H. A. J. III. B. v. 4 Nov. 1718. H. C. L. B. v. 14 Febr. 1750. (L. S. II. 58.) *Carmon* S. 34. *Tornow* II. 618. Mehlen §. 205. Beiträge III. 51 u. 69. ſ. auch §.

(2) H. u. LGO. II. 3. §. 1. GCO. II. 3. §. 1. J. O. §. 17.

(3) Die, Anmk. 1. gedachten, Geſetze, allein keine mandata s. c.

(4) J. O. §. 17.

(5) H. u. LGO. II. 3. §. 2. GCO. II. 3. §. 2.

(6) S. Anmk. 1 u. 3. Die Appellation an das H. u. LG. von einem, in Gemäßheit landesgerichtlicher Remiſſorialien erkannten, niedergerichtlichen Urtel iſt gegen jene, nicht aber gegen dieſe einzulegen. M. R. S. II. 190.

(7) J. O. §. 17.

(8) H. u. LGO. II. 1. §. 9. GCO. II. 1. §. 9. v. Zettelblatt Archiv III. S. 80.

(9) H. u. LGO. II. 1. §. 9. GCO. II. 1. §. 9.

Zweiter Titel.

Avocation.

§. 187.

Obgleich die Landesgerichte nicht leicht von Untergerichten Sachen abrufen ſollen; ſo hat doch, wenn der Richter aus kundbaren Urſachen verdächtig, oder an der Sache ſelbſt intereſſirt iſt (§. 19.), oder, ungeachtet oberrichterlicher Weiſungen, die Juſtiz verzögert, oder ungebührlich verwaltet, die Avocation (1) und die weitre Verhandlung der Sache entweder vor dem avocirenden Landesgericht oder vermöge deſſen Auftrags vor einem andern Untergerichte Statt.

(1) H. u. LGO. *II.* 1. §. 1. 3. §. 1. GCO. *II.* 1. §. 1. LGGEV. §. 425 u. 427. *Resol. ad gr.* cl. 6. gr. 9. H. C. L. B. v. 14 Febr. 1750. (L. S. *II.* 58.) *Tornow II.* 222. *Math. Stein ſ. Christoph Krövenagel* diss. de avocatione causae (Rost. 1703. 4.)

*) Ueber Avocationen von den Landesgerichten ſ. §. 15.

Drit-

Dritter Titel.

Außerordentliche Restitution.

§. 188.

Diese Restitution hat auch in Mecklenburg Statt, sowohl

I. in außergerichtlichen Geschäften, als prätorische Rechtswohlthat, welche auch gegen Contumacial-Erkenntnisse zulässig ist und wobei ganz die Grundsätze des gemeinen Rechts eintreten (1), als

II. bei gerichtlichen Verhandlungen neben dem ordentlichen Rechtsmittel der Restitution, als restitutio per brevem manum, aus den, bei I. zulässigen, Gründen, gegen Versäumung minder wichtiger Obliegenheiten der Partheien oder ihrer Anwälde, gegen Versehen des Richters und gegen bloße proceßleitende, ohne Gehör des Gegners erlassene, Decrete, wobei nicht allein ein summarischer Proceß (§. 42.), sondern auch in der Regel nicht einmal das Gehör des Gegentheils Statt hat.

(1) H. u. LGO. *II.* 36. §. 1 u. 2. GCO. *II.* 37. §. 1 u. 2. K. St. R. Thl. *I.* Tit. 4. Art. 18. Tit. 7. Art. 32. Thl. *III.* Tit. 7. Art. 3. *Mantzel* de jurib. sing. in Megapoli circa processum concursus credit. § 8. Beitr. VI. Abh. XXV. §. 4. M. R. S. *I.* 60 *II.* 142.

(2) *J. C. Eschenbach* diss. de restitutione in integrum quae fit brevi manu (Butzovii 1778.) §. 2. (in s. comment. jurid. Fasc. I. (Rost. 1788. 8.) n. 1.) Beitr. a. a. O. §. 4. M. R. S. *I.* 21. *II.* 28.

3888

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Kamptz, Karl Albert <<von>>,

Handbuch des Mecklenburgischen Civil-Processes

Berlin 1811
J.pract. 129 m
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10554264-1